

***Protokoll  
27. Parteitag  
der CDU Deutschlands***

***9. – 10. Dezember 2014 · Köln***

**CDU**

# **Protokoll**

**27. Parteitag der CDU Deutschlands  
9. – 10. Dezember 2014, Köln**

## Inhalt

	Seite
Begrüßung, Eröffnung und Ehrung der Verstorbenen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	8
Beschlussfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	10
Wahl der Mandatsprüfungskommission	10
Wahl der Stimmzählkommission	10
Grußworte:	
■ Jürgen Roters , Oberbürgermeister der Stadt Köln	11
■ Joseph Daul, Vorsitzender und Präsident der Europäischen Volkspartei	15
■ Armin Laschet MdL, Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen	19
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands	22
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	42
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands	58
Bericht der Mandatsprüfungskommission	61
Bericht der Rechnungsprüfer	62
Entlastung des Bundesvorstandes	64
Wahl des Bundesvorstandes	65
■ Wahl des Vorsitzenden	66
■ Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden	67
■ Wahl des Bundesschatzmeisters	75
■ Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums	77
■ Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	89
■ Fortsetzung der Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums	117

	Seite
Foren	
■ Forum I: Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren	120
■ Forum II: Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft	142
■ Forum III: Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit	163
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands	190
Anträge - Beratung und Beschlussfassung	199
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Volker Kauder MdB	215
Anträge zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU	225
Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei	262
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der Europäischen Volkspartei	262
Wahl der Rechnungsprüfer	263
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Herbert Reul MdEP	263
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	266
ANHANG	
Beschlussprotokoll	269
Rednerverzeichnis	291

**Dienstag, 9. Dezember 2014**

**Erste Plenarsitzung**

(Beginn: 11.09 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung, Begrüßung und Ehrung der Verstorbenen

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 27. Parteitag der CDU Deutschlands und möchte Sie alle sehr herzlich hier in Köln begrüßen.

Mein erster Gruß gilt zuerst Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Herzlich willkommen hier in Köln! Wir sind bereits zum vierten Mal mit unserem Bundesparteitag in dieser schönen Stadt. Allerdings waren wir jetzt schon über 30 Jahre nicht mehr hier. Es wurde wirklich hohe Zeit, wieder einmal Köln als Tagungsort auszuwählen.

(Beifall)

Ich möchte mich bei dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Koelnmesse GmbH, Herrn Gerald Böse, für die hervorragenden Arbeitsbedingungen und natürlich auch beim Geschäftsführer der KölnKongress GmbH, Herrn Bernhard Conin, für die reibungslose, sehr partnerchaftliche und sehr kollegiale Vorbereitung dieses Parteitages bedanken.

(Beifall)

Ich freue mich, auch den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herrn Jürgen Roters, begrüßen zu dürfen, der gleich nachher ein Grußwort zu uns spricht. Herzlich willkommen, Herr Roters.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich den gastgebenden Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalens, unseren Freund Armin Laschet.

(Beifall)

Morgen erwarten wir den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Horst Seehofer, und den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, Herrn Andreas Scheuer.

Ich freue mich, dass Joseph Daul, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, unter uns als Gast ist und gleich zu uns sprechen wird. Herzlich willkommen, lieber Joseph Daul!

(Beifall)

Neben Joseph Daul begrüße ich zahlreiche internationale Gäste aus den Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei, aus den Mitgliedsparteien der Internationalen Demokratischen Union und der Christlich Demokratischen Internationalen. Schön, dass Sie bei uns sind.

Stellvertretend für viele begrüße ich den EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, unseren Freund Günther Oettinger, und den ehemaligen Außenminister Tschechiens, Herrn Karl Schwarzenberg.

(Beifall)

Wir freuen uns über die Teilnahme vieler Botschafter, Vertreter der Botschaften und Vertreter Diplomatischer Missionen. Schön, dass Sie da sind.

Ich freue mich ganz besonders, dass Prälat Dr. Karl Jüsten und Prälat Dr. Martin Dutzmann wieder unsere Gäste sind. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen auch für Generalsekretärin des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Frau Nurhan Soykan.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging. Aber ich glaube, dass wir heute Morgen einen beeindruckenden und bewegendem ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom miterleben durften. Dafür möchte ich mich ausdrücklich beim Erzbischof von Köln, Herrn Rainer Maria Kardinal Woelki, sowie beim Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Herrn Manfred Rekowski, bedanken. Dieses Erlebnis werden wir so schnell nicht vergessen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir freuen uns über die Teilnahme des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Herrn Dr. Rudolf Seiters. Ganz herzlich willkommen, lieber Rudolf!

(Beifall)

Es werden auch zahlreiche Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden unseren Parteitag begleiten. Stellvertretend möchte ich den Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Reinhard Göhner, sowie Herrn Gregor Callegari aus dem IG-Metall-Vorstand ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße ebenfalls den Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Herr Rainer Wendt, der morgen kommen wird, und den Präsidenten des Bundesverbandes der Selbstständigen.

gen, Herrn Günther Hieber, den Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Herrn Reiner Holz-nagel, sowie den Präsidenten des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, Unternehmer-verband Deutschlands, Herrn Mario Ohoven. Herzlich willkommen bei unserem Parteitag!

(Beifall)

Natürlich begrüße ich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die auf unserem Par-teitag hoffentlich viel Interessantes erleben werden. Wir werden hier insbesondere unseren Leitantrag „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft. Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland“ sowie einen Antrag zur inneren Sicherheit beraten. Ich freue mich auf unsere Beratungen. Wir werden natürlich auch einen neuen Bundesvorstand wählen.

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener ge-denken, die seit dem 26. Parteitag im April dieses Jahres von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Ich nenne Waltraud Reiss, geboren am 12. Juni 1948, gestorben am 23. April 2014. Sie gehörte seit 1987 der CDU an. Von 1991 bis 2012 war sie Mitglied im CDU-Kreisvorstand Karlsruhe-Land so-wie Geschäftsführerin dieses Kreisverbandes.

Ich erinnere an Professor Manfred Fuchs, geboren am 25. Juli 1938, gestorben am 26. April 2014. Er war seit 1976 Mitglied der CDU. Professor Manfred Fuchs war von 1979 bis 1987 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Als Visionär für den Technologie- und Raumfahrtstandort in Deutsch-land engagierte er sich als Vorsitzender des Arbeitskreises Forschung und Technologie der Bre-mer CDU.

Wir denken an Manfred Freiherr von Richthofen, geboren am 9. Februar 1934, gestorben am 1. Mai 2014. Manfred Freiherr von Richthofen war seit 1960 Mitglied der CDU. Von 1963 bis 1967 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der Jungen Union Berlin und von 1965 bis 1969 das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Berlin. Er war von 1969 bis 1985 Direktor des Lan-dessportbundes Berlin. Dem Nationalen Olympischen Komitee gehörte er von 1983 bis 1997 als Mitglied an. Im Jahr 1985 übernahm er die Präsidentschaft des Landessportbundes Berlin. Von 1994 bis 2006 bekleidete er das Amt des Präsidenten des Deutschen Sportbundes.

Ich nenne Ursula Benedix-Engler, geboren am 12. September 1922, gestorben am 17. Mai 2014. Seit 1953 war sie Mitglied der CDU. Ursula Benedix-Engler war von 1967 bis 1972 Mitglied im Nie-dersächsischen Landtag. Von 1970 bis 1989 war sie stellvertretende Vorsitzende der CDU in Nie-dersachsen, und sie hatte von 1971 bis 1990 den Vorsitz der Frauen Union der CDU in Nieder-sachsen inne. Von 1972 bis 1990 war sie stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union und wurde 1990 zur Ehrenvorsitzenden der Frauen Union der CDU in Niedersachsen gewählt. Ursula Benedix-Engler war von 1972 bis 1983 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich denke an Dietrich Meister, geboren am 18. Juli 1927, gestorben am 3. Juni 2014. Er war seit 1961 Mitglied der CDU. Von 1963 bis 1994 bekleidete Dietrich Meister den Vorsitz des CDU-Kreisverbandes Werra-Meißner und war von 1970 bis 1991 Mitglied des Hessischen Landtages.

Ich nenne Hartmut Engels, geboren am 15. Mai 1942, gestorben am 13. Juni 2014. Seit 1965 war er Mitglied der CDU und bekleidete seit 2002 das Amt des Vorsitzenden des Landesausschusses der CDU in Hamburg. Von 1974 bis 2011 war er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Wir erinnern an Egon Sommerfeld, geboren am 3. Dezember 1930, gestorben am 26. Juni 2014. Er war seit 1952 Mitglied der CDU und von 1990 bis 1994 Landrat des Kreises Salzwedel und Mitglied des Kreistages in Salzwedel. Von 1994 bis 2002 war er Mitglied des Landtages in Sachsen-Anhalt.

Wir gedenken Albrecht Martin, geboren am 9. Juli 1927, gestorben am 15. Juli 2014. Er war seit 1964 Mitglied der CDU, von 1967 bis 1991 Mitglied im Landtag von Rheinland-Pfalz und von 1974 bis 1985 dessen Präsident. Von 1985 bis 1989 bekleidete er das Amt des Landesministers für Bundesangelegenheiten. Albrecht Martin wurde für die Zeit von 1982 bis 1988 zum stellvertretenden Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz gewählt, und von 1984 bis 1990 war er Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Ich erinnere an Elsbeth Rickert, geboren am 20. April 1916, gestorben am 18. September 2014. Seit 1946 war Elsbeth Rickert Mitglied der CDU. Von 1957 bis 1978 bekleidete sie den Vorsitz der CDU-Frauenvereinigung, später Frauen-Union, des CDU-Kreisverbandes Olpe. Von 1969 bis 1978 war sie Bezirksvorsitzende der Frauen-Union im Bezirk Sauer-Siegerland, dem heutigen Bezirk Südwestfalen. Als Mitglied des Landesvorstandes der CDU Westfalen-Lippe wurde sie für die Zeit von 1968 bis 1977 gewählt. Von 1969 bis 1978 hatte Elsbeth Rickert stellvertretend das Amt der Landesvorsitzenden der Frauen-Union in Westfalen-Lippe inne. Sie war von 1969 bis 1985 Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Alard von Arnim, geboren am 19. September 1943, gestorben am 2. Oktober 2014. Seit 1962 war er Mitglied der CDU. Er war Beisitzer im Vorstand des CDU-Kreisverbandes Uckermark. Von 1998 bis 2014 war Alard von Arnim Mitglied des Gemeinderates Gerswalde und des Kreistages Uckermark sowie von 1999 bis 2009 Abgeordneter im Brandenburgischen Landtag. Von 2008 bis 2010 bekleidete er den Landesvorsitz der Senioren-Union in Brandenburg.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Schweigeminute. – Herzlichen Dank.

Liebe Delegierte! Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

#### Wahl des Tagungspräsidiums

Sie finden den Vorschlag für das Tagungspräsidium in den Tagungsunterlagen. Die Abstimmung erfolgt wie immer mit dem Zeigen der Stimmkarte. Das ist gleich der erste Test, ob jeder alles



beisammen hat. Ich frage: Wer stimmt dem Vorschlag für das Tagungspräsidiums zu? Den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Da fällt mir erst einmal nichts auf. Wer enthält sich? – Der Vorschlag scheint nahezu einstimmig angenommen zu sein.

Da wir nun ein Tagungspräsidium haben, das bitte auf der Bühne Platz nimmt, übergebe ich nunmehr die Fortführung der Geschäfte an den Präsidenten des Tagungspräsidiums, Armin Laschet.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Bundesvorsitzende. – Das Tagungspräsidium dankt für Ihr Vertrauen.

Ich darf als Nächstes einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag geben. Da wir heute entsprechend unserer Tagesordnung den Bundesvorstand der CDU Deutschlands neu wählen, werden wir nach unserer Geschäftsordnung eine Meldefrist für weitere Kandidaturen festlegen und beschließen. Wir schlagen vor, die Frist auf 12 Uhr festzulegen. Die Vorschläge müssen schriftlich im Tagungsbüro – das ist im Foyer der Halle 8, Eingang Nord – eingereicht werden. Eine Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen befindet sich in Ihren Unterlagen. Für diese Kandidaten erübrigt sich selbstverständlich eine weitere Nominierung. Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Frist einverstanden sind, zeigen Sie bitte das mit Ihrer Stimmkarte an. Wer ist dafür, dass wir diese Frist einsetzen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir die Meldefrist für die Kandidaten auf 12 Uhr festgelegt.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wer einen solchen Antrag einbringen möchte, kann ihn ebenfalls im Büro der Antragskommission abgeben. Das Büro befindet sich in der Nachbarhalle 7, Raum H 17. Damit auch diese Anträge ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist festlegen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, 13,30 Uhr festzusetzen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch dies so beschlossen.

Die Antragskommission wird sich unmittelbar nach Beginn des Tagesordnungspunktes 16.2 – Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden – und nach erfolgter Stimmabgabe zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission, Halle 7, Raum H 19, zusammenfinden. Die Mitteilung über den Beginn der Sitzung erfolgt rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Ich weise an dieser Stelle auf Folgendes hin: Die Antragsbroschüren sind Ihnen rechtzeitig per Post zugesandt worden. Sollten weitere Broschüren benötigt werden, liegen diese links und rechts an den Eingängen zum Plenarsaal aus. Auf Ihren Tischen finden Sie die Anträge des CDU-Bundesvorstands D 1 „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft. Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland.“ und D 2 „Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit“. Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie, die

Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Von der Bühne aus gesehen rechts – dort, wo das Schild „Wortmeldungen“ steht – können diese Zettel abgegeben werden. Bitte füllen Sie diese vollständig mit Name, Thema und Antragsnummer aus und geben Sie an, welches der im Saal gekennzeichneten Mikrofone Sie benutzen werden.

Wenn es zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2 keine weiteren Wortmeldungen gibt, rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

#### Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung und die vorläufige Tagungsfolge für diesen Parteitag wurden Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Sie liegen Ihnen nochmals in aktualisierter Form in den Tagungsunterlagen vor. Ist jemand mit der Tagesordnung nicht einverstanden? – Enthält sich jemand? Dann ist auch diese so beschlossen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

#### Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Namensliste finden Sie in den Unterlagen. Ist jemand gegen diese Antragskommission? – Enthält sich jemand? – Dann ist auch das einstimmig beschlossen.

Ich rufe dann TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

#### Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission bestätigt. Auch diese Namensliste befindet sich in Ihren Unterlagen. Ist jemand gegen diese Mandatsprüfungskommission? – Enthält sich jemand? – Dann ist auch das einstimmig beschlossen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden am Tisch zur Abgabe der Wortmeldungen hier vorne rechts zu versammeln, damit dann die Mandatsprüfung stattfinden kann.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

#### Wahl der Stimmzählkommission

Erfreulicherweise haben sich viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission mitzuarbeiten. Auch diese Namen sind in Ihren Unterlagen. Ist jemand gegen die Stimmzählkommission? – Möchte noch jemand mitzählen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Dann ist auch die Stimmzählkommission so bestätigt. Sie trifft sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission, Halle 7, Raum H 13.

Wenn Sie jetzt nicht erschöpft sind, rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

Grußworte

Ich erbitte das erste Grußwort vom Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herrn Jürgen Roters. Herr Oberbürgermeister, Sie haben das Wort.

(Beifall)

**Jürgen Roters:** Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrte Delegierte und Gäste! Ich begrüße Sie ganz herzlich hier in Köln. Wir freuen uns sehr, dass die Stadt Köln nach 31 Jahren wieder der Ort des Bundesparteitags der CDU ist. Sie, meine Damen und Herren, können sicher sein: Die Stadt Köln wird sich als gute Gastgeberin erweisen.

Köln hat einen großen Sohn, der nicht nur für unser Land Entscheidendes bewirkt hat, sondern als langjähriger Oberbürgermeister auch für diese Stadt: Konrad Adenauer.

Noch heute kann ihm für seine visionäre Kraft und seinen Durchsetzungswillen nur höchster Respekt gezollt werden.

(Beifall)

Als Oberbürgermeister hat er den Grundstein für unsere lebendige und lebenswerte Stadt gelegt. Auf diesem Fundament bauen wir heute unsere moderne und zukunftsorientierte Metropole auf.

Vielleicht wissen Sie es nicht: Es war auch Konrad Adenauer, der die Koelnmesse, in deren Hallen Sie jetzt tagen, mit großem Weitblick vor genau 90 Jahren gegründet hat. Sie hat sich zum fünftgrößten Messegelände der Welt entwickelt. Sie beherbergt zahlreiche weltweite Leitmesen wie die Anuga oder die Möbelmesse. Sie ist gleichzeitig auch ein immens wichtiger Wirtschaftsstandort in unserer Stadt.

Konrad Adenauer verdanken wir die Kölner Grüngürtel, die Köln zu einer der grünsten Städte Europas machen. Auch die Automobilwerke der Ford AG wären nicht in Köln, wenn Konrad Adenauer Henry Ford nicht von den Vorzügen dieses Standorts am Rhein hätte überzeugen können.

Köln ist eine spannende Stadt. Bei jedem Gang durch die Stadt zeigt sich die Spannung zwischen der 2000-jährigen Stadtgeschichte und der modernen Stadtgestaltung. Köln hat einen internationalen Anspruch, nicht zuletzt wegen seiner 22 internationalen, auch wirklich gelebten Städtepartnerschaften.

Wir Kölner verstehen es, eine gute Balance zwischen der Ernsthaftigkeit der Arbeit und der Leichtigkeit des Seins herzustellen, nicht nur im Karneval, sondern auch an vielen Festen in der Stadt. Arbeit und Feiern – das bestimmt das Lebensgefühl der Kölner.

Köln ist eine stark wachsende Stadt. Wir sehen dies als Chance und Herausforderung. Wir bauen neue Kindertagesstätten und neue Schulen. Wir erweitern die Verkehrsinfrastruktur und schaffen in großem Umfang neuen, vor allem aber bezahlbaren Wohnraum. Als Millionstadt – das sage ich als Oberbürgermeister – ist Köln die Metropole im Rheinland. Gemeinsam mit unseren regionalen Partnern Düsseldorf, Bonn und Aachen bilden wir einen mächtigen wirtschaftlichen Wachstumsraum in Europa.

Wir in Köln setzen auf industrielle Produktion; denken wir etwa an die Automobilindustrie oder den größten europäischen Chemiegürtel rund um Köln. Unser Pfund ist aber auch die Branchenvielfalt, die Mischung zwischen großen, mittleren und kleinen Betrieben und dem Handwerk.

Als Kommunikations- und Medienstandort – ich nenne hier die Hauptsitze von WDR und RTL – richten wir uns auf die digitale Zukunft aus, nicht nur durch das schnellste Internet Deutschlands, sondern auch durch die gute Förderung kreativer und innovativer Ideen.

In den letzten Jahren hat sich Köln zu einem der größten Wissenschafts- und Forschungsstandorte Deutschlands entwickelt. Zahlenmäßig ist die Universität zu Köln die größte Hochschule des Landes. Gleichzeitig gibt es auch die RWTH Aachen, die zweite Exzellenzuniversität des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier studieren 100.000 Studierende. Sie machen die Stadt jung, aufregend und zukunftsorientiert.

Als Millionstadt ist Köln weder Stadtstaat noch Landeshauptstadt. Vieles, etwa die gesamte Kulturförderung, schaffen wir aus eigener Kraft, aber sie stößt auch an Grenzen.

Sie alle wissen, dass die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger ganz konkret in ihren Städten und Gemeinden bestimmt werden. Diese Lebensbedingungen entwickeln sich von Jahr zu Jahr immer unterschiedlicher. Die Schere zwischen den wohlhabenden Kommunen auf der einen Seite und denen, deren Haushalte stark defizitär und überschuldet sind, auf der anderen Seite wird immer größer. Wir in Köln befinden uns genau in der Mitte. Die Abwärtsspirale der Städte, die unter steigenden Soziallasten und unter Steuer- und Hebesätzen leiden, bewegt sich scheinbar unaufhaltsam weiter. Im Grunde genommen kann es so nicht weitergehen. Der Wandel der Kommunalhaushalte von Investitionshaushalten hin zu Sozialhaushalten muss gestoppt werden. Wir Städte müssen angesichts der ständig steigenden Sozialausgaben entlastet werden. Ich erkenne an: Die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund ist hier ein guter Anfang.

(Beifall)

Wenn wir unser Land zukunftsfähig machen wollen, dann brauchen wir starke und leistungsfähige Städte. Gerade die Innovationskraft der Großstädte ist gefragt. In den großen Städten werden die Weichen für die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik gestellt.

Lassen Sie mich das an zwei kurzen Beispielen erläutern. Wenn wir unser selbst gesetztes Ziel, Energie sicher, sauber und bezahlbar zur Verfügung zu stellen, erreichen wollen, gelingt dies vor allem durch eine dezentrale Erzeugung und Versorgung. Die kommunalen Versorgungsunternehmen, zu deren größten die Kölner Rheinenergie gehört, können wir den Weg der Energiewende vorzeichnen, und zwar durch den Einsatz erneuerbarer Energien und durch die Kraft-Wärme-Kopplung. Ein erst vor drei Monaten veröffentlichtes Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums bestätigt: Die Kraft-Wärme-Kopplung passt sich der schwankenden Erzeugung durch erneuerbare Energien hervorragend an. Hier in Köln wird zurzeit, auch im Vertrauen auf die Fortführung einer stringenten KWK-Politik, ein solches hocheffizientes Kraftwerk gebaut.

Nehmen Sie als Delegierte einer großen Volkspartei, die in der Bundesrepublik Verantwortung trägt, aus Köln mit: Bringen Sie neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung voran, und sorgen Sie mit dafür, dass bis Mitte des Jahres eine entsprechende Gesetzesnovelle verabschiedet wird, durch die die Zukunft der Fernwärme gesichert und der weitere Ausbau forciert werden.

Lassen Sie mich abschließend ein zweites Beispiel nennen. Wir alle spüren, wie sehr unsere Verkehrsinfrastruktur in die Jahre gekommen ist. Brücken und Tunnel müssen gesperrt werden, Straßen sind in einem zum Teil miserablen Zustand.

Die Erneuerung unserer Straßen, Brücken und Bahnanlagen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Allein auf kommunaler Seite sind Aufwendungen in Höhe von 3,2 Milliarden Euro erforderlich. Für unsere Kölner Brücken, Straßen und Tunnel werden wir in den nächsten zehn Jahren 500 Millionen Euro benötigen. Im ÖPNV werden wir zum selben Zeitpunkt rund eine Milliarde Euro einsetzen müssen.

Dass wir das nicht allein stemmen können, leuchtet jedem ein. Um Planungssicherheit zu erhalten und den dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur leisten zu können, brauchen wir jetzt die Entscheidung für das im Jahr 2019 auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Die Verkehrswege sind die Lebensader unserer Wirtschaft. Hier stehen Bund und Länder in der Verantwortung. Auch wir Städte machen unsere Hausaufgaben.

Angesichts der Dringlichkeit der Probleme brauchen wir die Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Die Mehrbedarfe sind deutlich nachgewiesen. Ohne diese Steigerung können wir Städte unsere Verantwortung für Mobilität und Wirtschaftswachstum nicht wahrnehmen.

Sehr geehrte Gäste, in diesen Monaten stehen wir alle, Bund, Länder und Gemeinden, vor der Herausforderung, die drastisch angestiegene Zuwanderung zu meistern. Zuversichtlich stimmt: Es gibt eine breite Zustimmung in unserer Bevölkerung, den Menschen, die vor Krieg und Verelendung fliehen, eine menschenwürdige Unterbringung zu bieten. Wir in den Städten unternehmen alle Anstrengungen, zu helfen, zu unterstützen und zu integrieren. Es zeichnet unser Land aus, dass die Hilfsbereitschaft so stark verankert ist. Mit der Bereitstellung von einer Mil-

liarde Euro Soforthilfe für die Städte und Gemeinden hat der Bund einen ersten wichtigen Schritt getan. Wer aber die Herausforderungen vor Ort kennt, weiß, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Solidarität heißt auch hier, die finanziellen Lasten gerecht zu verteilen. Wir Städte stehen zu unserer humanitären Verpflichtung.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Delegierte, gute Beratungen und wegweisende Beschlüsse. Im Hinblick auf den NRW-Abend heute Abend: Viva Colonia.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, auch für die Gastfreundschaft der Kölnerinnen und Kölner in diesen Tagen. Einen Kölner, den ich hier im Saal gerade gesehen habe, möchte ich ganz herzlich begrüßen. Es ist der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, unser Freund Wollseifer. Herzlich willkommen bei der CDU.

(Beifall)

Eine Delegierte hat heute Geburtstag. Sie feiert ihren 50. Geburtstag mit uns. Das ist die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen aus Niedersachsen. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Jetzt übernimmt Peter Hintze das Tagungspräsidium.

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, die CDU ist Gründungspartei der Europäischen Volkspartei. Die Europäische Volkspartei ist die stärkste Kraft in Europa, stellt die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament. Wir freuen uns ganz besonders, dass unser CSU-Freund Manfred Weber, der Fraktionsvorsitzende der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament, heute unser Gast auf diesem Parteitag ist.

(Beifall)

Ich nenne noch ein paar europäische Politiker, vielleicht bekunden Sie Ihren Beifall am Schluss für alle zusammen. Wir freuen uns, dass der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul, bei uns ist, ebenso wie der Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, Antonio Lopez-Isturiz, der Vizegeneralsekretär vom Niederrhein, Christian Kremer, der Vizegeneralsekretär Luc Vandeputte, sowie Brenda Furniere, der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering,

(Beifall)

der Vorsitzende der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Jürgen Rüttgers.

(Beifall)

Wir sind froh und stolz, dass aus der Ukraine der schlagkräftigste Kommunalpolitiker Europas, der Bürgermeister Kiews, Vitali Klitschko, bei uns ist. Herzlich willkommen.

(Lebhafter Beifall)

Nun freue ich mich ganz besonders, dass der frühere Fraktionsvorsitzende und jetzige Vorsitzende und Präsident der Europäischen Volkspartei aus der Mitte Europas, aus dem Herzen Europas, aus dem Elsass zu uns gekommen ist, um zu uns zu sprechen. Es spricht der Vorsitzende der EVP, Joseph Daul.

(Beifall)

**Joseph Daul:** Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Angela Merkel! Liebe Freunde! Vor gut sechs Monaten haben die Bürger Europas ein neues Europäisches Parlament gewählt. Aus dieser Europawahl ist nicht nur die CDU mit dem Spitzenkandidaten David McAllister als stärkste Kraft in Deutschland hervorgegangen. Auch auf europäischer Ebene stellt die EVP wieder mit Abstand die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Wir stellen mit unserem Spitzenkandidaten bei der Europawahl, Jean-Claude Juncker, den Präsidenten der Europäischen Kommission und mit Donald Tusk den Präsidenten des Europäischen Rates. 14 von 28 Mitgliedern der Kommission gehören unserer politischen Familie an.

Außerdem wird die EVP in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode auch den Präsidenten des Europäischen Parlamentes stellen. Wir sind in diesem Wahlkampf von links und rechts angegriffen worden, aber dennoch haben uns die Wähler ihr Vertrauen geschenkt. Die Sozialdemokraten mit ihrer Politik gegen Reformen und für mehr Schulden konnten die Menschen nicht davon überzeugen, dass sie die besseren Rezepte für Europa haben.

(Beifall)

Mein eigenes Heimatland, Frankreich, ist leider ein schlechtes Beispiel dafür, was passiert, wenn man sich notwendigen Reformen verweigert. Dann gibt es sozialen Abstieg, steigende Arbeitslosigkeit und Stimmen für die Rechtsextremen.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Politik ist anders. Strukturreformen und Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit erfordern kurzfristige Opfer und Anpassungen, aber sie führen schließlich zum Erfolg. Wir haben in den kommenden Jahren eine große Verantwortung, den Menschen wieder Hoffnung zu geben: durch neues Wachstum und neue Arbeitsplätze in Europa. Wir müssen eine solche Krise in Zukunft verhindern. Wir haben die Finanzmärkte besser reguliert, damit die Steuerzahler in Zukunft nicht mehr für Kasinokapitalismus bei den Banken zahlen müssen. Wir haben Solidarität mit den Krisenländern gezeigt, aber gleichzeitig auch Eigenverantwortung und Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit eingefordert. Wir haben einen Rettungsschirm geschaffen für Länder, die sich selbst aus der Schuldenfalle nicht mehr befreien können. Jetzt haben wir ein Instrument, um zu hohe Staatsschulden zu verhindern. Das müssen wir anwenden.

Diese Krise ist auch eine Chance, die Zukunft besser zu gestalten. So kann unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft Wohlstand und Solidarität für uns alle sichern, für unsere jungen Leute und unsere armen Leute, die wir heute in unseren verschiedenen Ländern haben. Der Erfolg Deutschlands ist dafür ein eindeutiger Beleg.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Angela, ohne deine klare Vision und dein Bekenntnis zu einem starken Europa wäre der Euro heute weniger stabil. Ich möchte aber deiner Regierung und den Deutschen insgesamt dafür danken, dass ihr euch in den vergangenen Jahren so angestrengt habt. Das war nicht einfach. Ihr habt die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig gemacht und damit auch Europa insgesamt fit gemacht für die Bekämpfung dieser Krise. Angela, du erlebst viel Kritik. Ich sage dir: Merci beaucoup pour toute engagement, liebe Europäer. Vielen Dank für dein Engagement in Europa.

(Beifall)

Noch ein kleines Wort, bevor es weitergeht: Ihr wisst gar nicht, was für eine große Chefin ihr habt.

(Heiterkeit und Beifall)

Heute Abend fehlt keine Stimme für unsere liebe Bundeskanzlerin.

Liebe Freunde, ein anderes Thema ist in den vergangenen Monaten immer aktueller geworden: die Lage in der Ukraine. Ich sage auch Danke, dass Klitschko bei uns ist. Frieden und Freiheit in Europa des 21. Jahrhunderts sind keine Selbstverständlichkeit. Wir haben über 60 Jahre erfolgreiche europäische Integration hinter uns. Wir dachten, die Selbstbestimmung von Staaten und die Unveränderbarkeit von Grenzen seien allgemein anerkannte Werte. Jetzt müssen wir lernen, dass dies nicht so ist. Frieden und die Einhaltung des Völkerrechts sind nach wie vor keine Selbstverständlichkeit in Europa, liebe Freunde. Wir brauchen heute mehr und mehr Europa,

(Vereinzelt Beifall)

sonst können wir solche Krisen in der Nachbarschaft der EU nicht verhindern. Wenn wir den Rechtspopulisten folgen, dann sind wir bald wieder in einem Europa der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts. Wir wissen, wie viel Leid dies immer wieder über unseren Kontinent gebracht hat. Das sage ich gerade auch als Elsässer. Natürlich müssen wir uns weiterhin um einen Dialog mit Russland bemühen. Wir werden uns aber nicht damit abfinden, dass die russische Regierung Nachbarländer erobert,

(Vereinzelt Beifall)

dass sie andere Nachbarn militärisch bedroht und demokratische Regierungen destabilisiert.

(Beifall)



Ich möchte Herrn Putin sagen: Man muss zuerst zu Hause die Bürgerrechte anerkennen und darf die Meinungsfreiheit nicht mit Füßen treten.

(Beifall)

Es stimmt ja: Diplomatie heißt immer auch, sich in die Lage des anderen hineinzusetzen. Das funktioniert aber nur, wenn man weiß, für welche Werte man selber steht. Deswegen müssen wir mit unseren Verbündeten auf die Bedrohung auf Moskau eine klare und dezidierte Antwort formulieren. Das 20. Jahrhundert hat uns gezeigt: Zwei Situationen dürfen nie wieder vorkommen, ein Schlafwandel in die Eskalation wie 1914 und ein Nachgeben gegenüber der Aggression wie 1938.

(Beifall)

Deswegen brauchen wir einen kühlen Kopf, eine kluge Diplomatie und eine feste einheitliche und auf unsere Werte basierende Position. Wir brauchen aber auch eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die der veränderten Lage gerecht wird. Leider müssen wir feststellen, dass die Welt weit weniger friedlich ist, als wir sie gerne hätten. Aber Politik muss sich an der Realität orientieren und wir müssen die Sicherheit unserer Mitbürger garantieren können. Dazu brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit und auch – ich habe keine Angst, das hier zu sagen – eine neue Verteidigungspolitik für Europa.

(Beifall)

Das gilt nicht nur für den Konflikt in unserem östlichen Nachbarland, sondern auch für den menschenverachtenden Terror, den der sogenannte Islamische Staat in Syrien und im Irak verbreitet. Diese Konflikte stellen uns vor große Herausforderungen in Bereichen wie Einwanderung, Terrorismus, religiösen Extremismus und auch Energiesicherheit. Frieden und Stabilität in der Nachbarschaft Europas sind der Schlüssel für Frieden und Stabilität auch in Europa. Ich bin tief davon überzeugt, dass wir diese Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen können.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Angela, dein Verhandlungsgeschick und dein politisches Verständnis werden auch in Zukunft in Europa gebraucht und wir unterstützen dich. Gemeinsam mit Peter Hintze als EVP-Vizepräsident, Manfred Weber als meinem Nachfolger als Vorsitzender der EVP-Fraktion, Herbert Reul als Chef der deutschen Gruppe und vielen anderen führenden Köpfen hast du dafür gesorgt, dass die Union in Europa heute stark ist. Europa braucht Deutschland und die EVP braucht eine starke CDU. Ich möchte dir auch persönlich für die große Unterstützung danken: Vielen Dank! Ich wünsche euren Familien christliche und schöne Weihnachten. – Danke schön.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Lieber Joseph Daul, der Parteitag dankt dir für deine Rede. Er dankt dir aber besonders dafür, dass du als Vorsitzender der stärksten politischen Kraft in Europa dafür gesorgt hast, dass wir in Brüssel stabile und klare Verhältnisse haben.

Heute wird der von uns auf den Weg gebrachte Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, 60. Einen Gruß zum 60. Geburtstag auch vom Parteitag aus Köln nach Brüssel!

(Beifall)

Da wir bei einem internationalen Thema sind: Wir haben auch Gäste aus Lateinamerika hier. Ich freue mich, dass der Vorsitzende der Propuesta Republicana aus Argentinien, der Oberbürgermeister von Buenos Aires, Mauricio Marci, bei uns ist. Herzlich Willkommen auf unserem Parteitag in Köln!

(Beifall)

Wir haben noch weitere liebe Geburtstagskinder: Erich Fritz, den viele über Jahrzehnte als engagierten Vertreter Dortmunds im Deutschen Bundestag kennen, feiert heute seinen 68. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Es freut mich auch, dass der Generalsekretär unseres Weltverbandes, IDU, Eirik Moen, hier ist ebenso wie der vor zwei Wochen in Südkorea neu gewählte stellvertretende Vorsitzende unseres Weltverbandes, David McAllister. Herzlich willkommen beide!

(Beifall)

Günter Wigbers aus dem Emsland hat heute ebenfalls Geburtstag. Glückwunsch!

(Beifall)

Ich übergebe das Tagungspräsidium an David McAllister.

**David McAllister**, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir fahren in dem Tagesordnungspunkt 7, Grußworte, fort.

Bevor ich das Wort an den Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen übergebe, sehen wir nun einen kurzen Film.

(Filmeinspielung)

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich übergebe nun das Wort an den Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, Herrn Armin Laschet.

(Beifall)

**Armin Laschet:** Liebe Frau Bundesvorsitzende! Lieber Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Im Namen des gesamten Landesverbandes, im Namen der Mitglieder aus dem Münsterland, aus Ostwestfalen und aus Lippe, vom Niederrhein und vom Mittelrhein, aus Aachen und aus dem Ruhrgebiet, aus Südwestfalen, dem Sauer- und Siegerland und aus dem Bergischen Land heiÙe ich Sie herzlich in Köln willkommen!

(Beifall)

Es war bewegend, heute Morgen diesen Gottesdienst im Kölner Dom als Auftakt zu unserem Parteitag zu erleben. Ich denke, die Besinnung auf das Wesentliche in diesem beeindruckenden Gotteshaus ist ein guter Einstieg in einen Bundesparteitag. Dieser Dom steht zugleich für das geistige Fundament, auf dem unsere Partei ruht. Diese Kathedrale, dieses Weltkulturerbe, war prägend für Konrad Adenauer, unseren ersten Landesvorsitzenden hier im Rheinland, unseren ersten Bundesvorsitzenden und unseren ersten Bundeskanzler. Viele haben vielleicht noch das Bild vor Augen – mancher hat es als ersten Fernseheindruck seiner Kindheit in Erinnerung – wie 1967 der Sarg von Konrad Adenauer, der in der Kathedrale aufgebahrt war, mit Schiffen nach Rhöndorf gefahren wurde und zehntausende Menschen am Rheinufer von diesem großen Staatsmann Abschied genommen haben. Deshalb habe ich vor diesem Bundesparteitag am Wochenende noch einmal in den „Erinnerungen“ von Konrad Adenauer gelesen, in dem Band, der mit dem Jahr 1945 beginnt, also dem zweiten. Adenauer erzählt dort von diesem Messegelände, auf dem wir uns gerade befinden und der wie folgt beginnt – ich zitiere:

„Ende September 1944 kam ich nach einer abenteuerlichen Flucht aus dem Konzentrationslager auf dem Kölner Messegelände, wohin ich im Zusammenhang mit dem Aufstand gegen Hitler vom 20. Juli 1944 gebracht worden war, in das Gestapogefängnis Brauweiler bei Köln.“

Meine lieben Freunde, er hat nicht nur, wie es der Herr Oberbürgermeister erwähnt hat, diese Messe hier als Oberbürgermeister in der Weimarer Republik begründet, sondern er war nachher auch auf diesem Messegelände inhaftiert. Das zeigt, was die Gründer unserer Partei damals bewegt hat, was die Grundsätze waren, aus denen heraus sie die CDU gegründet haben. Man muss sich einmal die Lage vorstellen, als noch vor dem 8. Mai 1945 in Rhöndorf, Adenauers Wohnort in der Nähe von Bonn, ein amerikanischer Jeep mit einem jüdischen Emigranten als Offizier vorfährt: Der bittet ihn, wieder die Verwaltung der Stadt Köln zu übernehmen. Diese Stadt Köln war linksrheinisch befreit, rechtsrheinisch wurde damals noch gekämpft. Das war die Stadt, aus der ihn die Nazis 1933 vertrieben haben. Dies im Blick zu haben, zu wissen, welche Wurzeln unsere Partei hat, das tut uns, glaube ich, auch in der heutigen Zeit noch gut. Ich persönlich bin sehr froh, dass wir einen besonderen Gast haben, eine Frau, die das damals alles miterlebt hat, die Tochter von Konrad Adenauer, Libet Werhahn-Adenauer. Sie sitzt bei den Kölner Delegierten. Herzlich willkommen hier auf diesem Parteitag!

(Beifall)

Man muss sich einmal vorstellen, was Menschen damals bewegt hat. Am 8. Mai 1945 ist der Krieg zu Ende. In dieser gespenstisch anmutenden Stadt steht nur noch der Dom. 70 Prozent der Stadt sind zerstört, und dann setzen sich Menschen zusammen und sagen: Wir gründen eine Partei. Man könnte ja fragen: Habt ihr nichts anderes zu tun in dieser Notlage? Aber sie erinnern sich der geistigen Wurzeln und bereiten hier in Köln und parallel in Berlin die Gründung der CDU vor. Konrad Adenauer, dieser 73-jährige Mann, war zur damaligen Zeit ein echter Modernisierer. Der sagte als Erstes: Wir machen nicht weiter wie beim alten Zentrum. Wir gründen eine Union, in der evangelische und katholische Christen zusammenwirken. Das erscheint uns heute selbstverständlich. Aber zu dieser Zeit, vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil, durften Katholiken und Protestanten nicht einmal heiraten. So war das in der damaligen Zeit. Und Adenauer sagte: Wir gründen jetzt diese Partei mit beiden Konfessionen zusammen. Er gründet und entwickelt mit Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft, die diesem Menschenbild entspricht. Er sagt: Wir wollen kein Bündnissystem mehr, wie man das über Jahrhunderte kannte, sondern wir wollen fest im Westen verankert sein, Mitglied der NATO an der Seite der Vereinigten Staaten und an der Seite Frankreichs. Und er sagt noch etwas anderes – Joseph Daul hat das eben erwähnt: Nicht mehr Absprachen zwischen Ländern, sondern die Gemeinschaftsmethode auf der Basis von Kohle und Stahl, die hier in Nordrhein-Westfalen verankert sind, ist unser neues Modell für Europa. Gemeinsam mit Robert Schumann, gemeinsam mit Frankreich gründen wir das neue Europa. Wer mehr als eine Sekunde Zeit braucht, um die Frage zu beantworten, mit welchen Parteien wir jedenfalls nicht koalieren, der muss sich nur an diese Grundsätze und an Konrad Adenauer erinnern.

(Beifall)

Die Frage, vor der dieser Parteitag steht, lautet: Was heißt das eigentlich in der heutigen Zeit? 1950 waren 95 Prozent der Menschen in Deutschland Mitglied der evangelischen oder der katholischen Kirche. Vor unserer Programmkommission hat vor kurzem ein Wissenschaftler berichtet, dass heute nur noch 59 Prozent der Menschen in Deutschland einer der beiden christlichen Kirchen angehören, also etwas mehr als die Hälfte. Aber was heißt das für unsere Grundwerte in einer solchen Gesellschaft? Was würde ein Modernisierer wie Konrad Adenauer uns heute empfehlen in einer Gesellschaft, in der vier Millionen Muslime leben, in der in den großen Städten 50 Prozent der Kinder einen Zuwanderungshintergrund haben? Wie kann in einer solchen Gesellschaft eine moderne Volkspartei CDU noch mehrheitsfähig sein? Das sind die Themen, die uns in den Foren am heutigen Tag beschäftigen werden und in denen wir über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die immer vielfältiger wird, nachdenken wollen.

Ein Zweites haben wir gelernt: Konrad Adenauer hatte die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, weil er sagte: Jeder Einzelne hat erst einmal Freiheitsrechte, und dann erst kommt der Staat. Der Staat setzt soziale Rahmenbedingungen, aber jeder Einzelne ist erst einmal auch für sich selbst verantwortlich.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist unsere Kritik an der Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen. Sozialdemokraten in diesem Land sagen als Erstes: Wir wissen, was gut für den Menschen ist. Dann stellt man viele Beamte ein, die möglichst viele Vorschriften machen müssen, in denen man reguliert, was gut für den Menschen ist. Damit wächst der öffentliche Dienst an. Wir haben heute in unseren Haushalten Personalausgaben in Höhe von 38 Prozent. Diese Beamten machen möglichst viele Vorschriften, regulieren alles bis ins Letzte; alles gut gemeint. Und wir sagen: Wir müssen nicht die Menschen alimentieren. Wir müssen sie stark machen. Wir müssen Kommunen vor Ort entscheiden lassen und nicht aus der Zentrale.

(Beifall)

Wir müssen Hochschulen vor Ort entscheiden lassen. Wir müssen Unternehmen nicht das Leben im Wettbewerb schwermachen, sondern Blockaden wegnehmen. Das ist zwischen 2007 und 2009 gelungen. Unter Jürgen Rüttgers als Ministerpräsident, Helmut Linssen als Finanzminister und Christa Thoben als Wirtschaftsministerin haben wir es geschafft, im Wachstum der deutschen Länder nicht wieder Schlusslicht zu sein, sondern nach vorne zu kommen. Das alles ist seit 2010 zum Erstarren gekommen. Aber die Wähler haben das gemerkt. Bei der Bundestagswahl war die CDU in Nordrhein-Westfalen die stärkste Kraft. Bei der Kommunalwahl hatte die CDU 38 Prozent und die SPD 31 Prozent. Bei der Europawahl waren wir stärkste Kraft. Seit dem letzten Sonntag sind wir auf der aktuellsten WDR-Umfrage – zum ersten Mal wieder die stärkste Kraft auch bei einer Landtagswahl.

(Beifall)

Deshalb freuen wir uns über die Unterstützung von allen Landesverbänden aus ganz Deutschland. Das gibt uns Rückenwind, um dieses Land ab 2017 wieder stark zu machen.

Dass man Unterstützung braucht, hat auch der Kölner Dom erlebt. An diesem Dom ist 600 Jahre lang gearbeitet worden; 600 Jahre lang Baustelle. Wir wollen uns mit dem Zurückgewinnen der Mehrheit in Nordrhein-Westfalen nicht 600 Jahre Zeit lassen. Der Dom wurde dann von den Preußen im 19. Jahrhundert vollendet. Deshalb haben wir uns überlegt, liebe Angela Merkel, dir ein Stück vom Dom zu schenken. Es hat einige Überzeugungskraft gekostet, die Dombauhütte dazu zu bewegen, ein Originalstück dieses Domes der Bundeskanzlerin zu schenken; ein Originalstück eines Figurenbaldachins, gearbeitet aus französischem Savonnières-Kalkstein. Dieser Dom ist also ein wirklich europäischer Bau. Ich glaube, dass der preußischen Hauptstadt Berlin, der fernen Hauptstadt im Osten, ein Dombaustein aus dem Westen, aus dem Abendland, aus dem Ort von Konrad Adenauer, gut tut. Deshalb ein Gastgeschenk an dich, liebe Angela, von den nordrhein-westfälischen Delegierten und allen Mitgliedern.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall – Armin Laschet überreicht das Gastgeschenk)

**David McAllister**, Tagungspräsidium: Lieber Armin Laschet, vielen herzlichen Dank für dein Grußwort als Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen. Wir alle sind uns einig: Nordrhein-Westfalen braucht wieder eine CDU-geführte Landesregierung. Wir wünschen dir und deinem Team dabei viel Erfolg.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich möchte noch zwei weitere besondere Gäste herzlich begrüßen. Zum einen ist unter uns Herr Heinz Schwarz, der ehemalige Innenminister von Rheinland-Pfalz. Er ist seit 1947 Mitglied unserer Partei und ist seit 1950 auf jedem Bundesparteitag zu Gast gewesen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Dann ist es mir als Niedersachse eine besondere Freude, Herrn Günter-Helge Strickstrack aus Celle zu begrüßen. Wir werden Herrn Strickstrack im nächsten Jahr für 70 Jahre Mitgliedschaft in der CDU ehren. Herzlich willkommen unserem Parteifreund.

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren, ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 8 auf:

#### Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Ich erteile das Wort an unsere Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Liebe Freundinnen und Freunde! Zuerst einmal, lieber Armin Laschet, ganz herzlichen Dank für das Stück des Kölner Doms, das natürlich einen Ehrenplatz im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin bekommen wird. Ich bedanke mich dafür sehr. Das können wir gut gebrauchen. Ich will auch darauf hinweisen: Berlin hat schweren Herzens seinen Kardinal ziehen lassen, damit er im Kölner Dom seinen Dienst tun kann. Das ist echte Großzügigkeit gewesen. Das sage ich als evangelische Christin, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Als Zweites möchte ich ein ganz herzliches Dankeschön an Joseph Daul sagen. Lieber Joseph, du bist nicht nur ein toller Vorsitzender unserer großen Europäischen Volkspartei, sondern du bist ein gelebtes Beispiel deutsch-französischer Freundschaft, die so vieles in Europa möglich gemacht hat. Danke dir dafür. Danke für deine Arbeit als Vorsitzender unserer Europäischen Volkspartei.

(Beifall)

Liebe Freunde, nach neun Jahren CDU-geführter Bundesregierung können wir feststellen: Wir haben viel erreicht. Wir leben in einem wohlhabenden und international geachteten Land. Wir sind ein erfolgreicher Industriestandort. Wir haben einen starken Mittelstand. Wir haben hohe soziale Standards und hohe Umweltstandards. Unsere Arbeitslosigkeit liegt unter drei Millionen. Die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen in unserem Land ist die niedrigste in der Europäischen Union. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie heute: 43 Millionen Menschen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist auf über 30 Millionen angestiegen. Davon, liebe Freunde, profitieren zum ersten Mal auch endlich ältere Arbeitnehmer. Mittlerweile ist jeder zweite der 60- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Im Jahre 2000 war es nur jeder Fünfte. Die Betriebe in Deutschland melden über eine halbe Million freie Stellen. Dieses Jahr werden die Nettolöhne zum sechsten Mal in Folge steigen.

Die Preise sind stabil, die Lohnzusatzkosten in etwa konstant, die Rentenbeiträge sinken auf 18,7 Prozent. All das kann sich wirklich sehen lassen, liebe Freundinnen und Freunde. Das haben wir ganz wesentlich mit ermöglicht.

(Beifall)

Das alles ist die Grundlage für das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Bilanz zum Ende dieses Jahres. Nach 46 Jahren haben wir im Deutschen Bundestag zum ersten Mal einen Haushalt verabschiedet, bei dem der Bund im kommenden Jahr keine neuen Schulden aufnimmt. Das gilt auch für die kommenden Jahre.

(Beifall)

Der Staat hat jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt. Damit machen wir jetzt Schluss. Das ist eine historische Leistung. Und was erleben wir in diesen Tagen, kurz bevor wir dieses Ziel erreicht haben? Eine ganz typisch deutsche Diskussion. Ich habe noch einmal nachgelesen: Vor sechs Jahren standen wir schon einmal kurz vor dem Erreichen dieses Ziels.

Dann kam die internationale Finanzkrise. Wir hatten einen Wirtschaftseinbruch von fünf Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes, und wir mussten damals dieses Ziel aufgeben.

Was wurde damals gesagt? Armutszeugnis, Versagen, Kleinmut. Heute, da wir das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes erreichen können, sprechen manche davon, wir trügen die sogenannte Schwarze Null wie eine Monstranz vor uns her, wir kämen aus der Feierlaune gar nicht mehr heraus usw. usf. Nein, liebe Freunde, es geht hier wirklich nicht ums Feiern oder Frohlocken, es geht um nicht mehr und nicht weniger als um Deutschlands Zukunft. Wir zeigen: ausgeglichener Haushalt – das geht. Das ist eine Zukunftsaussage.

(Beifall)

Wir machen Schluss mit dem Leben auf Pump. Wir denken an unsere Kinder, wir denken an unsere Enkel. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist vorneweg und ganz besonders das Verdienst eines Mannes, das ist das Verdienst von Wolfgang Schäuble. Wir danken ihm ganz herzlich. Er ist heute in Brüssel und kämpft an anderer Stelle für uns und unsere Bankenabgaben. Ein herzlicher Gruß und ein herzliches Dankeschön, lieber Wolfgang Schäuble! Sie haben mit Macht für dieses Ziel gearbeitet.

(Beifall)

Es gilt noch mehr: Wolfgang Schäuble hat Schluss gemacht mit alten Gegensätzen, Schluss mit dem Gegensatz solider Haushalt oder Wirtschaftswachstum, Schluss mit dem Gegensatz gute Wirtschaftspolitik oder gute Sozialpolitik. Nein, liebe Freunde, das ist unsere Erfahrung: beides geht zusammen. Beides zusammen ist Soziale Marktwirtschaft. Und Soziale Marktwirtschaft ist Generationengerechtigkeit pur. Soziale Marktwirtschaft ist Zukunftspolitik, sie ist Grundlage dafür, dass Deutschland gut dasteht. Man kann ganz kurz und einfach sagen: Die CDU tut Deutschland gut, meine Damen und Herren, liebe Delegierte!

(Beifall)

Aber eines ist auch klar: Dabei dürfen wir natürlich nicht stehenbleiben. Ich will nicht, dass wir uns morgen nur noch an erfolgreiche Politik von gestern erinnern. Ich will, dass wir Deutschlands Zukunft gestalten.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir leben in einer ausgesprochen spannenden Zeit. Innovationsökonomien sagen uns, dass wir in Deutschland seit der Gründung der Bundesrepublik eine relativ stabile Phase hatten, geprägt von einer starken und sich immer weiterentwickelnden Industrie: im Automobilbau, in der Chemieindustrie, im Maschinenbau und in vielen anderen Bereichen. In solchen Phasen muss der, der einmal die Weltspitze erobert hat, schon sehr viele Fehler machen, damit er davon verdrängt wird.

Im Umkehrschluss heißt das: Für die, die in dieser Phase nicht an die Spitze gekommen sind, ist es gar nicht so einfach, dann auch an die Spitze vorzudringen zu können.

Aber dann gibt es Zeiten technischer Revolutionen. Diese Zeiten bedeuten völlige Veränderungen, weil nun plötzlich ganz neue Technologien auf den Plan treten. Dies war zum Beispiel im 19. Jahrhundert beim Übergang von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft die gesamte industrielle Revolution. Die hat Europa damals gut gemeistert und Deutschland ganz wesentlich auch.

Heute kommen wir wieder in eine solche Phase, getrieben von der Digitalisierung. In diesen Phasen werden die Karten völlig neu gemischt. Das bedeutet für die einen, die nicht vorne mit dabei waren, dass sie jetzt die Chance haben aufzuholen. Das bedeutet aber auch für die ande-



ren, dass sie nicht vergessen dürfen, die neuen Technologien mitaufzunehmen. In genau dieser Phase sind wir jetzt. Deshalb dürfen wir uns keinen Tag auf dem Erreichten ausruhen. Wir werden uns auch niemals auf dem Erreichten ausruhen. Deshalb lautet unser Motto: „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“. Das ist das Motto dieses Tages, dieses Parteitages, aber auch der nächsten Jahre hin zur nächsten Bundestagswahl.

(Beifall)

Victor Hugo wird die Aussage zugeschrieben – ich zitiere ihn einmal –: „Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Mutigen ist sie die Chance.“

Zitat Ende.

Es geht jetzt um nicht mehr und nicht weniger als darum, ob wir mutig sind, ob wir die Chancen ergreifen. Ich möchte Ihnen zurufen: Lassen Sie uns die Chancen ergreifen! Lassen Sie uns die Mutigen in diesen spannenden Zeiten sein! Darum geht es für uns als Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Deshalb benennen wir die Herausforderungen: Die erste Herausforderung ist die Digitalisierung. Sie wird die Arbeitswelt massiv verändern. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ unter Leitung von Thomas Strobl. Hier geht es wieder darum, nicht vor allen Dingen über Risiken zu sprechen, sondern die Chancen zu ergreifen, die die Digitalisierung bietet. Die digitale Revolution kann das Leben der Menschen erleichtern, davon bin ich zutiefst überzeugt. Wenn wir es richtig anstellen, wird sie mehr Beschäftigung schaffen, als wir an anderen Stellen Beschäftigung verlieren. Wir werden das aber nur schaffen, wenn wir uns dieser Aufgabe gemeinsam stellen. Wir können nicht denen, die sich heute als Digital Natives bezeichnen, das Ganze allein überlassen, sondern wir müssen diese Entwicklung verstehen. Was ist dabei die Aufgabe der Politik? Die Aufgabe der Politik ist, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Es geht jetzt darum, dass wir unserer Wirtschaft die richtigen Entfaltungsmöglichkeiten erlauben und den richtigen Rahmen setzen. Das war immer wieder die Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft, an die Verantwortung des Staates zu appellieren, ohne die Freiheit derer, die in der Wirtschaft agieren, so zu beschneiden, dass nichts Vernünftiges mehr herauskommt. Das ist unsere Aufgabe jetzt genauso wieder im 21. Jahrhundert, wie es sie im 20. und 19. Jahrhundert war.

(Beifall)

Diese Veränderungen vollziehen sich unter dem Stichwort Industrie 4.0. Denken wir einmal an die Automobilindustrie. Wir sind da heute führend. Aber der Anteil der Elektronik, der Anteil des Internets im Auto vergrößert sich permanent. Irgendwann wird sich die Frage stellen: Kön-

nen diejenigen, die Motoren und Karosserien bauen können, auch noch wirklich das moderne Auto bauen? Oder geht diese Fähigkeit über an diejenigen, die mit dem Internet besser umgehen können? Wir müssen beides können, damit eine starke Branche unseres Landes auch weiter stark bleibt, liebe Freunde!

(Beifall)

Wir können aber genauso an die Landwirtschaft denken. In Zukunft wird man über ein GPS-System erkennen, welcher Quadratmeter des zu bearbeitenden Landes welche Fruchtbarkeit hat. Wer diese Informationen nicht hat, wird nicht mehr wettbewerbsfähig sein können. Denken wir auch an die Telemedizin: neue Heilmethoden, Versorgung auf höchstem Niveau im ländlichen Raum. Es werden unendlich viele Datenmengen anfallen, Stichwort Big Data. Die Frage wird sein: Haben wir Angst und Furcht, oder sind wir offen für neue Wertschöpfungen?

(Vereinzelt Beifall)

Damit sind wir mittendrin in der heißen Debatte. Unbeschränkter Zugriff auf Daten, damit wir neue Produkte schaffen können, sagen die einen; Persönlichkeitsrechte, sagen die anderen. Das führt uns wieder zu einer alten und von uns immer wieder erfolgreich geführten Debatte über die Balance zwischen Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite. Genau diese Balance haben wir Christdemokraten in vielen Situationen immer wieder zugunsten des wirtschaftlichen Erfolgs, verbunden mit der Achtung der Würde des einzelnen Menschen, gefunden.

Vor dieser Aufgabe stehen wir wieder. Wenn es jetzt um das Telekommunikationspaket von Günther Oettinger geht, wenn es um die Datenschutzgrundverordnung geht, die Thomas de Maizière für uns verhandelt: Wir müssen diejenigen sein, die die Chancen der neuen Möglichkeiten ergreifen und die Würde des einzelnen Menschen erhalten. Das können wir mit unserer Erfahrung aus der Sozialen Marktwirtschaft, und das wollen wir leisten. Darum geht es in den nächsten Jahren.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere zweite große Herausforderung ist die Demografie, die Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft. Kaum ein Land auf der Welt muss sich in so starkem Maße damit auseinandersetzen. Zunächst einmal möchte ich sagen: Wir haben Wort gehalten. Die Mütterrente, für die wir im Wahlkampf so gekämpft haben, ist Gesetz. Wir haben sie auf vielen Parteitagern beraten – durchaus strittig.

Wir haben sie im Koalitionsvertrag vereinbart und wir haben sie im Deutschen Bundestag verabschiedet. Sie gilt seit dem 1. Juli dieses Jahres. Damit haben wir Wort gehalten.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich weiß, dass hier im Saal wahrscheinlich etliche sitzen, die sagen – hinterher mehr als vorher – : Ein Muss war das nun wirklich nicht. Ich sage: Nein, es war kein Muss. Aber diese Mütterrente sagt sehr viel über uns aus. Sie steht symbolhaft dafür, ob und wie wir Lebensleistungen anerkennen.

(Beifall)

Für die Mütter von heute haben wir viel getan. Jetzt haben wir auch etwas für die getan, die vor 1992 ihre Kinder bekommen haben. Das ist das Wesen unserer Partei.

Die Mütterrente sagt auch etwas darüber aus, was uns, den Christdemokraten, die Erziehungsleistung wert ist. Wir glauben daran, dass Eltern Herausragendes leisten. Wir glauben an die Wahlfreiheit. Wir haben durch den Ausbau von Kindergärten und durch die Ausweitung von Kitaleistungen die Wahlfreiheit ermöglicht. Aber wir achten nach wie vor die Erziehungsleistung der Eltern. Auch das sagt die Mütterrente aus. Das ist CDU pur.

(Beifall)

Die Schaffung von Wahlmöglichkeiten für Eltern ist natürlich von überragender Bedeutung gerade angesichts der demografischen Entwicklung. Es ist wunderbar, wenn wir länger leben, wenn wir länger gesund sind. Es ist wunderbar, wenn die Enkelkinder heute viel länger etwas von ihren Großeltern haben. Es ist gut, wenn Menschen so fit sind, dass sie auch über den Renteneintritt hinaus zum Teil weiterarbeiten wollen. Deshalb haben wir beim Rentenpaket durchgesetzt, dass man mit befristeten Verträgen endlich weiterarbeiten kann.

Unbeschadet der Ausnahme von 45 Beitragsjahren bleibt die Rente mit 67, die schrittweise eingeführt wird, natürlich unverzichtbar. Wir sorgen jetzt bei der Diskussion um die Flexi-Rente für weitere Verbesserungen. Ich danke in diesem Zusammenhang gerade der Jungen Gruppe im Deutschen Bundestag. Wir setzen auf Erfahrung und Kompetenz. Wir glauben, dass die Menschen sehr unterschiedliche Bedürfnisse haben. Die Flexi-Rente kann genau hierauf eine richtige Antwort sein.

(Beifall)

Natürlich wird es in den nächsten Jahren ganz wesentlich um das Thema Fachkräftesicherung gehen. Das ist nicht nur ein Thema der Industrie, sondern auch ein Thema des Mittelstandes. Daher sind gerade solch flexible Instrumente sehr wichtig. Genauso gut ist es auch, wenn junge, gut ausgebildete und leistungsbereite Menschen aus aller Welt zu uns kommen: „In Deutschland möchte ich arbeiten und leben. Da möchte ich mich einbringen!“ Damit sagen diese Menschen doch nichts anderes, als dass unser Land ein großartiges Land ist. Ich sage: Diese jungen Leute haben recht damit, dass sie zu uns kommen. Sie sind uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Eine älter werdende Gesellschaft bietet im Übrigen auch Chancen, die man auf den ersten Blick gar nicht erkennt. Die Gesundheitswirtschaft zum Beispiel ist ein echter Motor für Wachstum und Beschäftigung geworden. Da werden innovative Medizinprodukte entwickelt: künstliche Linsen zur Behandlung des grauen Stars, individualisierte Therapien bei Krebserkrankungen, eine breite Erforschung unserer Volkskrankheiten. Das ist „Made in Germany“. Das ist Fortschritt, der dem einzelnen Menschen dient.

Deshalb sollten wir beim demografischen Wandel vor allen Dingen an die Chancen denken. Ich erwähne hier die vielen Älteren, die sich inzwischen ehrenamtlich einbringen, zum Beispiel als Lesepaten in Kitas und Grundschulen. Das ist genau das, was den Zusammenhalt der Generationen unter veränderten Lebensbedingungen stärkt. Wir brauchen einen starken Zusammenhalt.

Das heißt für uns: Die Schwachen in unserer Gesellschaft müssen auf die Solidarität der Stärkeren vertrauen können. Sonst hat die Soziale Marktwirtschaft versagt. Und das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir wissen, dass Menschen in schwierige Situationen kommen können und auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind. Das zeigt sich in der Pflege. Fast jeder von uns kennt in seiner Familie oder seinem Bekanntenkreis Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. Wir dürfen nie vergessen: Die allermeisten von ihnen werden zu Hause von der eigenen Familie gepflegt. Deshalb können wir gar nicht oft genug sagen: Das sind die eigentlichen stillen Helden unserer Gesellschaft. Ihnen gebührt ein herzliches Dankeschön für das, was sie leisten.

(Beifall)

Aber der Staat entzieht sich seiner Verantwortung nicht. Wir haben in den letzten Monaten erhebliche Verbesserungen erreicht. In drei Wochen tritt die Pflegereform in Kraft: höhere Pflegeleistungen, mehr Personal, bessere Unterstützung von pflegenden Angehörigen. Herzlichen Dank, Hermann Gröhe, dass du dieses Gesetz so schnell auf den Weg gebracht hast. Es wird vielen Menschen helfen und zeigen: Auch die Pflege ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall)

Wahr ist – davor haben wir die Augen nicht verschlossen, auch nicht im Wahlkampf -: Das kostet Geld. Deshalb haben wir den Beitrag zur Pflegeversicherung leicht gesteigert. Aber wir haben auch an die zukünftigen Generationen gedacht und zum ersten Mal in der Pflege einen Vorfondsfonds angelegt, damit die, die heute jünger sind und später auf Pflege angewiesen sind, auf diese Rücklagen zurückgreifen können.

Genau um diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt, von dem ich jetzt gesprochen habe, und um das Thema Generationengerechtigkeit in einer Zeit, in der sich der Altersaufbau ei-

ner Gesellschaft verändert, geht es in der Kommission von Armin Laschet unter dem Titel „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“. Wir wollen gestalten.

Lieber Armin Laschet, liebe Mitstreiter in Nordrhein-Westfalen, ich wünsche euch von ganzem Herzen viel Erfolg. Rot-Grün hat etwas geschafft, was man in der Bundesrepublik Deutschland selten findet: vier Regierungsjahre, viermal eine Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht – dreimal wegen eines nicht rechtskonformen Haushalts, einmal wegen falscher Bezahlung der Beamten. Das ist ein trauriger Rekord. Ich kann nur sagen: Ihr müsst schauen, dass Nordrhein-Westfalen ein Rechtsstaat bleibt, dass man sich an Recht und Gesetz hält und dass hier endlich wieder Vernunft Einzug hält.

(Anhaltender Beifall)

Die entscheidenden Schlüssel, damit wir weiter ein erfolgreiches Land bleiben, sind natürlich Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit. Das zu stärken ist die dritte Herausforderung, an der wir für Deutschlands Zukunft arbeiten. Es geht immer darum, ob es auf der Welt – nebenbei bemerkt: 90 Prozent des Wachstums auf der Welt findet außerhalb Europas statt – Menschen gibt, die das, was wir in Deutschland herstellen, erfinden und produzieren, auch kaufen wollen. Das wird uns nur mit wirklich innovativen Produkten gelingen. Deshalb ist das Thema „Made in Germany“, „Weltspitze“, „Hidden Champions“, „Weltmarktführer“ nicht irgendein Elitethema, sondern schlussendlich geht es dabei darum, unseren Lebensstandard zu erhalten oder zu verbessern.

CDU und CSU achten in der Großen Koalition genau auf diesen Punkt. Wir können auf dem aufbauen, was wir in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit der FDP erreicht haben. Ich will an dieser Stelle einmal Folgendes einfügen: Manchmal kann ich mich nur wundern, wie die FDP heute schon von vielen endgültig abgeschrieben wird. Ich rate uns: Warten wir es doch einmal in Ruhe ab.

(Vereinzelt Beifall)

Sie ist und bleibt auf jeden Fall unser natürlicher Koalitionspartner, und wir haben in der vergangenen Legislaturperiode viele Weichen richtig gestellt. Darauf können wir heute aufbauen. Das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall)

Wir haben gesagt: keine Steuererhöhungen. Das haben wir durchgehalten und erreicht. Wir haben gesagt: ein ausgeglichener Haushalt. Das haben wir jetzt erreicht. Wir werden auch Wort halten bei der kalten Progression. Darüber gab es vor dem Parteitag eine lange Diskussion – richtigerweise. Gestern haben wir uns mit verschiedenen Vertretern der Vereinigungen und der

Landesverbände zusammengesetzt und gesagt: Es muss doch möglich sein, bei einem Thema, das wir alle gemeinsam für richtig und wichtig halten, bei einem Thema, bei dem es um Gerechtigkeit geht, bei dem es darum geht, dass Lohn erhöhungen auch bei den Menschen ankommen, eine Lösung zu finden. Ich finde, wir haben einen weisen Beschluss gefasst. Wir haben beschlossen, dass wir uns finanzielle Spielräume erarbeiten wollen, damit wir in dieser Legislaturperiode noch einen ersten Schritt bei der Abmilderung der kalten Progression machen können. Das ist vorsichtig formuliert, und das ist gleichzeitig ein Ansporn, denn wenn ein Anliegen ein wichtiges ist, dann muss man es auch sozusagen angespornt umsetzen, und genau das tun wir. Deshalb danke ich denen, die sich dafür eingesetzt haben. Ich bitte aber auch um Verständnis, dass niemand etwas versprechen will, was wir zum Schluss nicht halten können. Jetzt haben wir einen guten Kompromiss gefunden. Herzlichen Dank allen, die daran mitgearbeitet haben!

(Beifall)

Wenn wir innovativ und wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann müssen wir – das wissen wir – erst einmal mehr investieren. Wahr ist: Deutschlands Investitionsquote liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Deshalb ist es unser Ziel, dass wir diesen OECD-Durchschnitt möglichst schnell erreichen. Wir haben jetzt auf die sowieso schon zusätzlich vereinbarten Investitionen noch einmal ein Paket mit einem Volumen von zehn Milliarden Euro draufgelegt. So müssen wir weitermachen. Investieren ist wichtig.

Es geht um Investitionen in Straßen und in den Breitbandausbau, in Verkehrswege, in Schienenwege, in Gebäudedämmung und in umweltfreundliche Technologien, aber eben auch um Investitionen in junge Menschen, in kluge Ideen, in Forschergeist und Kreativität.

Hier geht es um zweierlei: Auf der einen Seite geht es um Bildung und Ausbildung und es geht auf der anderen Seite um Forschung und Entwicklung. Jedes Kind, jeder Jugendliche muss bei uns eine Chance auf eine gute Ausbildung haben. Wir sind da im Augenblick in einer sehr guten Situation. Wir müssen nur aufpassen: Wir haben sehr, sehr viel gemacht für diejenigen, die an den Fachhochschulen und Hochschulen studieren. Inzwischen ist das die Hälfte eines Jahrgangs. Jetzt geht es aber auch darum, dass wir alles daransetzen, dass unser duales Ausbildungssystem, wofür wir auf der ganzen Welt belobigt werden, eine genauso glänzende Säule unseres Bildungssystems ist wie die Hochschulausbildung. Das galt früher, und das muss auch in Zukunft gelten.

(Beifall)

Wir brauchen Spitzenforschung. Die Tatsache, dass wir in diesem Jahr wieder einen Nobelpreisträger für Chemie aus Deutschland haben, zeigt, dass es bei uns Spitzenforschung gibt. Wir haben tolle außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Der Bund hat jetzt die Verantwortung für das ganze BAföG übernommen. Warum? Mit dem Ziel, die Länder zu entlasten, und zwar mit

der Erwartung, dass das Geld, das der Bund übernimmt, bitte schön in die Universitäten und Hochschulen fließt, damit wir in diesem Bereich besser werden und nicht nur außeruniversitäre Hochschuleinrichtungen gut sind. Diese Erwartung haben wir jetzt an die Länder. Ich hoffe, sie werden das alle tun.

(Beifall)

Seit 2005 haben wir die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bundeshaushalt um 60 Prozent gesteigert. Wir schaffen jetzt fast das drei-Prozent-Ziel und geben drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus.

Im Bereich Bildung haben wir sogar eine Steigerung um 90 Prozent, also fast eine Verdoppelung. Johanna Wanka steht in der Bundesregierung für diese Politik, für Zukunftspolitik. – Ein herzlichstes Dankeschön, liebe Johanna Wanka!

(Beifall)

Wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann muss uns die Energiewende gelingen. Gelingt sie, ist sie ein absolutes Zukunftsprogramm mit neuen Technologien. Gelingt sie nicht, ist sie eine Gefahr für den Industriestandort Deutschland. Wir haben jetzt in der Großen Koalition das EEG, das Erneuerbare-Energie-Gesetz, verändert. Wir haben in Brüssel leider manchmal sehr hart kämpfen müssen, damit unsere energieintensive Wirtschaft wirklich vernünftig behandelt wird. Es hat ja keinen Sinn, wenn man energieintensive Technologien aus Deutschland und Europa verjagt, weil man das falsche Verständnis hat, weil man denkt, dass das nicht gefördert werden kann. Das ist kontraproduktiv. Da werden wir uns weiter einsetzen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir brauchen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen für Versorgungssicherheit, für unseren Kraftwerkspark der Zukunft, wir brauchen ein klares Signal für den Ausbau von Leitungen, und wir brauchen eine Integration unserer Energiepolitik in eine europäische Energiepolitik. Man kann nicht eine Politik für die Energiewende machen, die sich im Grunde auf einzelne Länder konzentriert, sondern diese Politik muss eingebettet sein in einen europaweiten Rahmen. Wir haben hier noch viel Arbeit vor uns; aber ich bin fest überzeugt: Auch hier wird es die Union sein, die die wirtschaftspolitische Vernunft mit den ökologischen Herausforderungen am besten zusammenbringt.

Wir müssen auch darauf achten, dass wir nicht immer mehr Bürokratie aufbauen. Wir haben die Wirtschaft in den vergangenen Jahren von erheblichen Bürokratiekosten entlastet. Wir haben jetzt durch einige Gesetzgebungen wieder ziemlich viel Bürokratie draufgesattelt. Deshalb haben wir gesagt – das war ein wichtiger und von der Unionsfraktion herbeigeführter Beschluss –: Wenn wir ein Gesetz machen, das mehr Bürokratiekosten verursacht, dann müssen wir auf der

anderen Seite ein Gesetz herausnehmen, damit Bürokratiekosten entfallen. One in, one out – so heißt das Ganze. Das wollen wir jetzt versuchen, zielstrebig umzusetzen. Die CDU wird darüber wachen, dass das auch wirklich passiert, liebe Freunde.

(Beifall)

Es geht natürlich auch um neue Formen von Unternehmen, zum Beispiel um Start-ups. Mein Traum ist, dass die Zulassung von Start-up-Unternehmen im digitalen Bereich in ganz Europa, in allen 28 Mitgliedstaaten gleich abläuft. Mein Traum ist – daran arbeiten wir ganz intensiv –, dass wir hinsichtlich der Versorgung mit Wagniskapital, mit Risikokapital, wie wir das nennen, besser werden. Das Allerschönste wäre, wenn wir nicht immer von Risiken und Wagnis sprechen würden, sondern sagen würden: Das ist Chancenkapital, und das hat nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa eine Chance. Dann werden wir besser, dann ziehen wir die besten Köpfe an, dann können unsere jungen Unternehmen etwas bewerkstelligen.

(Beifall)

Wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann müssen wir offen sein, zum Beispiel offen für den Welthandel, für den Freihandel. Als ich jetzt beim G-20-Treffen in Australien war, ist mir noch einmal bewusst geworden, was für eine Dynamik in der pazifischen Region vorherrscht – von Japan über China bis Australien und Neuseeland –: ein Freihandelsabkommen nach dem anderen.

Liebe Freunde, wenn wir als Exportnation unsere hohen Standards im Umweltschutz und im Verbraucherschutz in solchen Freihandelsabkommen verankern wollen, zum Beispiel in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, dann müssen wir uns sputen. Dann dürfen wir nicht den ganzen Tag Bedenken ausdrücken, sondern dann müssen wir sagen: Wir wollen Standards weltweit setzen. Deshalb müssen wir zu den Ersten und dürfen nicht zu den Letzten gehören. Die Welt wartet nicht auf uns.

(Beifall)

Bei unseren Standards geht es um Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Das ist genau das Thema, mit dem sich Julia Klöckner in ihrem Forum beschäftigt. Gutes Leben, nachhaltiges Leben – wie können wir das in Übereinstimmung bringen mit Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft? Nebenbei, liebe Julia, ihr macht das in Rheinland-Pfalz wirklich großartig. Ihr seid auf allen Kanälen mit dabei. Ihr brandmarkt, was immer nicht recht ist in Rheinland-Pfalz, und das ist leider mehr, als uns lieb ist. Deshalb sage ich: Ihr habt eine richtige Chance, ihr Rheinland-Pfäler, mit ihr an der Spitze in anderthalb Jahren wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir werden euch mit allen Kräften, die wir haben, unterstützen.

(Starker Beifall)



Da wird schon dabei sind, was in anderthalb Jahren sein wird, möchte ich Guido Wolf ganz herzlich gratulieren und sagen: Lieber Guido Wolf, lieber Thomas Strobl, liebe Freunde aus Baden-Württemberg, auch ihr habt eine reale Chance, wieder Regierungsverantwortung zum Wohle Baden-Württembergs zu übernehmen. Wir helfen euch, wir unterstützen euch, wir fiebern mit euch. Gut, dass es so aussieht, dass wir das schaffen können.

(Beifall)

Genauso herzliche Wünsche an Reiner Haseloff und die CDU in Sachsen-Anhalt. Dort wird 2016 gewählt. Auch ihr sollt eure erfolgreiche Regierungsarbeit fortsetzen können. Dafür werden wir eintreten.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe jetzt viel von Deutschland gesprochen. Aber Joseph Daub hat es schon gesagt: Ein Land alleine kann heute auf der Welt nicht mehr viel bewegen. Deshalb ist nicht nur Deutschland unsere Heimat, sondern ist Europa auch unsere Zukunft. Wir sind eingebettet in die Europäische Union. Wir haben schwere Jahre in Europa hinter uns und teilweise sind wir noch mittendrin. Die europäische Staatsschuldenkrise ist zwar unter Kontrolle gebracht, aber dauerhaft überwunden ist sie noch nicht. Wenn man heute Menschen auf der Welt fragt, ob Europa der dynamischste Kontinent ist, dann wird es nur wenige geben, die sagen, dass Europa der dynamischste Kontinent ist. Das sage ich nicht, damit wir uns selber schlecht machen oder depressiv werden. Ich bin der festen Überzeugung: Wir haben alle Chancen. Aber zu den Chancen gehört auch, dass wir Vertrauen auf der Welt genießen. Das heißt, dass wir uns an die Regeln halten, die wir uns selber gegeben haben. Deshalb handelt es sich nicht um deutsche Penibligkeit, wenn wir immer vom Stabilitäts- und Wachstumspakt sprechen und darauf hinweisen, dass wir diesen einhalten müssen. Vielmehr hat das etwas mit Vertrauen zu tun. Die Staatsschuldenkrise in Europa war im Kern eine Vertrauenskrise. Wenn wir das, was wir uns in dieser Krise vorgenommen haben, zum Schluss nicht einhalten würden, dann würden wir Vertrauen verspielen. Das wäre nicht gut für Europa. Deshalb achten wir auf die Einhaltung der Regeln, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Im Übrigen ist es doch so, dass dieser Pakt nicht umsonst Stabilitäts- und Wachstumspakt heißt. Das Wachstumsprogramm, das jetzt von Jean-Claude Juncker vorgelegt wurde und über das wir nun diskutieren werden, birgt alle Potenziale und Möglichkeiten in sich, dass wir beides vereinen: solide Haushaltsführung mit Strukturreformen und Wachstumsmöglichkeiten.

Liebe Freunde, wir erinnern uns: Der Ausgangspunkt der Staatsschuldenkrise war die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir alle wissen, dass wir damals etwas gesagt haben, was wir noch nicht vollständig eingelöst haben und auf dessen Einhaltung die CDU immer wieder

achten muss. Wir haben damals gesagt: Jeder Finanzplatz, jeder Finanzmarktakteur und jedes Finanzmarktprodukt muss reguliert werden. Wir haben das für die Banken geschafft. Wir haben in Europa eine Bankenunion. Es herrscht jetzt weitaus mehr Steuergerechtigkeit. Wolfgang Schäuble hat hier Herausragendes geleistet. Vor allem gibt es mehr Steuerehrlichkeit, Stichwort „automatischer Informationsaustausch“. Aber es bleibt dabei: Die Schattenbanken sind international noch nicht so reguliert, dass wir den Steuerzahlern sagen können: Wenn da etwas passiert, werdet ihr nicht wieder zur Kasse gebeten. – Deshalb sollte die Christlich Demokratische Union die Partei sein, die immer wieder sagt: Banken und insbesondere Schattenbanken müssen so reguliert sein, dass wir den Menschen voller Überzeugung sagen können: Nein, ihr werdet nicht mehr herangezogen, wenn es um die Risiken geht. Das ist jetzt so gelöst, dass die Verursacher die Risiken tatsächlich bezahlen müssen.

(Beifall)

Bei all dem, worüber ich bislang gesprochen habe, geht es um wirtschaftliche Stärke, Wettbewerbsfähigkeit und im Kern um die Frage, wie wir morgen in Europa leben können. Aber es gibt darüber hinaus etwas, was unser Leben in Europa bestimmt. Als wir heute vor einem Jahr überlegt haben, was 2014 für ein Jahr sein wird, haben wir über den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs und über den 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs gesprochen. Wenn wir fast am Ende des Jahres 2014 zurückblicken, dann stellen wir fest, dass es viele bewegende Erinnerungsfeiern anlässlich dieser historischen Ereignisse gab. Aber 2014 war für uns in unserem alltäglichen Leben ein Jahr voller Kriege, Krisen und schrecklicher Krankheiten. Wir mussten erleben, dass in Europa Grenzen missachtet wurden, die Krim annektiert wurde, die territoriale Integrität, ein Kernbestandteil der europäischen Nachkriegsordnung, infrage gestellt wurde, in Donezk und Luhansk. Scheinbar war das Recht des Stärkeren stärker als die Stärke des Rechts. Deshalb muss ich es immer und immer wieder sagen: Was seit Monaten in der Ukraine passiert, das stellt unsere europäische Friedensordnung infrage. Russland hat gegen internationales Recht verstoßen und verstößt weiterhin dagegen. Nachbarländer sind plötzlich keine Partnerländer mehr, sondern sie werden zu Einflussphären. Wir werden diese Probleme nicht lösen, wenn wir die Dinge nicht klar beim Namen nennen. Auch dafür hat die CDU immer gestanden.

(Starker Beifall)

Aber wir werden die Probleme auch nicht überwinden, wenn wir nicht die richtige Herangehensweise finden. Das heißt, die Fakten beim Namen zu nennen. Das heißt – das habe ich von Anfang an gesagt: Militärisch ist diese Krise nicht zu lösen. Diplomatisch müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um sie zu lösen. Ich darf Ihnen versprechen: Ich werde gemeinsam mit dem Außenminister keine Gelegenheit verstreichen lassen, um immer und immer wieder darauf hinzuweisen: Wir wollen eine diplomatische Lösung. Lasst uns zum Minsker Abkom-

men zurückkehren! Lasst es uns versuchen! Wir brauchen vielleicht einen langen Atem. Aber ich bin überzeugt: Wir können das schaffen, und wir müssen das schaffen, als Lehre aus der Geschichte und als Antwort auf unser heutiges Europa.

(Beifall)

Ich weiß, dass Sanktionen zum Teil auch für unsere Wirtschaft hart sind. Ich sage noch einmal: Sie sind kein Selbstzweck. Aber sie werden beschlossen, wenn sie unvermeidlich sind.

Unser Ziel ist eine territorial unversehrte Ukraine, die frei und selbstbestimmt über ihre Zukunft entscheiden kann. Das ist die Durchsetzung der Stärke des Rechts. Der Weg ist hart. Er erfordert einen langen Atem. Aber ich sage Ihnen, lieber Herr Klitschko, als Stellvertreter vieler in der Ukraine: Wir helfen Ihnen, wo immer wir können, und wir unterstützen Sie.

(Beifall)

Liebe Freunde, nur wenige Flugstunden von hier entfernt spielt sich seit vielen Monaten in Syrien und im Irak ein noch fürchterlicheres Drama ab. Es geht nicht nur um die Tragödie des Bürgerkriegs in Syrien, sondern es geht auch um das menschenverachtende Terrorregime IS, das dort wütet und dessen Hass und Brutalität offenbar keine Grenzen zu kennen scheinen.

Da stellen sich manche natürlich die Frage: Was geht mich denn das an, was so scheinbar weit entfernt von uns vor sich geht? Ich sage: Als Christdemokraten können wir nicht einfach unsere Hände in den Schoß legen. Wir sind verpflichtet zu helfen. Wir sind verpflichtet hinzuschauen. Wir sind verpflichtet international Verantwortung zu übernehmen.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle einem danken, der sich immer wieder um das Schicksal von verfolgten Christen gekümmert hat und kümmert. Lieber Volker Kauder, Du hast frühzeitig deinen Finger in diese Wunde gelegt und gesagt:

Es ist unsere Pflicht, vielen Menschen zu helfen, aber gerade da, wo Christen verfolgt sind, kann die CDU nicht schweigen. Deshalb ein herzliches Dankeschön für deine Arbeit in dieser ganzen Region.

(Beifall)

Deutschland engagiert sich seit vielen Jahren in vielen Regionen der Welt. Wenn ich allein daran denke, was die Bundeswehr auf ihren Auslandsmissionen leistet. Ob es um Schutzmaßnahmen geht, um logistische Hilfe, um Infrastruktur, um militärische Einsätze, wie den in Afghanistan, um Hilfe, wie jetzt für die Peschmerga in Kurdistan, um Aufbau staatlicher Strukturen und vieles mehr: Deutschland leistet da Wichtiges.

Die Bundeswehr befindet sich in einem wirklich wichtigen Umbauprozess, damit sie sich auf diese völlig neuen Herausforderungen überhaupt vorbereiten kann. Ich sage: Das ist nicht mehr

und nicht weniger als eine Herkulesaufgabe. Deshalb möchte ich Ursula von der Leyen ganz herzlich danken, dass sie sich mit Präzision, Energie und Klarheit dieser Aufgabe stellt. Danke, liebe Ursula, für deine Arbeit in der Bundesregierung.

(Beifall)

Ganz herzlich möchte ich unseren vielen Soldatinnen und Soldaten danken, die unter Einsatz ihres Lebens ihren Dienst zum Teil weit entfernt von unserem Land leisten. Danke schön, dass Sie bereit sind, diesen Dienst zu leisten.

(Beifall)

Ein genauso herzliches Dankeschön allen Entwicklungshelfern, Ärzten und Polizisten, die sich fernab der Heimat einsetzen.

Denken wir nur an die schreckliche Heimsuchung durch Ebola. Ich habe allergrößte Hochachtung vor jeder Krankenschwester, vor jedem Arzt, der bereit ist, in das Krisengebiet zu gehen und sich dem Kampf gegen diese Krise zu stellen.

Herzlichen Dank dafür, dass es Menschen gibt, die anderen Menschen von Herzen gerne helfen. Sie haben unsere volle Unterstützung verdient.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Ereignisse, die scheinbar weit weg sind, machen sich bei uns durch die steigende Zahl von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen, die bei uns ankommen, bemerkbar. Allein im Jahr 2014 gab es in Deutschland über 200 000 Asylbewerber. Das sind völlig neue Herausforderungen für die Kommunen. Deshalb haben wir gesagt: Wir als Bund müssen die Kommunen unterstützen, zum Beispiel bei den Liegenschaften. Wir haben Hunderte neue Stellen im Bundesamt für Migration geschaffen, wo die Zulassungsverfahren laufen. Wir haben drei Länder – Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro – zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt; denn wir müssen jene im Fokus haben, die wirklich unsere Unterstützung brauchen, nämlich jene, die dort herkommen, wo nahezu kein akzeptierter Asylbewerber herkommt.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, das war eine schwierige Entscheidung. Es war schwierig, hierfür überhaupt eine Unterstützung im Bundesrat zu bekommen. Ich will noch einmal daran erinnern: Die gleichen Grünen, die Baden-Württemberg einen Vorwurf gemacht haben, weil es sich im Bundesrat für sichere Herkunftsstaaten entschieden hat, haben im letzten Jahr entschieden, dass sie unter keinen Umständen eine Koalition mit uns eingehen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen: Wir wären bereit gewesen, eine solche Koalition zu wagen, manche Grüne waren es nicht. Schade drum!

(Beifall)

Umso erfolgreicher arbeitet unser Freund Volker Bouffier als Ministerpräsident unter einer schwarz-grünen Koalition in Hessen. Lieber Volker, danke, dass du das hinbekommen hast.

(Lebhafter Beifall)

Das ist ein neuer interessanter Weg. Ich habe den Eindruck, er ist gut für Hessen.

(Beifall)

Da wir über die Zahlen sprechen, will ich daran erinnern: Flucht und Vertreibung – was viele Menschen derzeit auf der Welt erleben –, das haben zwölf Millionen vertriebene Deutsche in der Nachkriegszeit am eigenen Leib erfahren. Ich möchte Erika Steinbach – leider kann sie heute nicht hier sein –, die nach vielen Jahren als Präsidentin des Bundes für Vertriebene ihr Amt aufgegeben hat, ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall)

Sie hat eine Ära geprägt. Sie hat etwas geleistet, das vorher schon angelegt war: Die Vertriebenen sind heute integriert. Sie leisten ihren Beitrag für unser gemeinsames Heimatland genauso wie alle anderen. Das ist ein riesiger Integrationserfolg, der in der Geschichte der Bundesrepublik ohne die Christlich Demokratische Union nicht möglich gewesen wäre, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir merken auch an anderen Stellen, dass die internationale Situation etwas mit uns hier zu Hause zu tun hat. Damit sind wir beim Thema Innere Sicherheit. Wir haben gerade hier in Köln erleben müssen, dass die Sicherheit auf Straßen und Plätzen von außenpolitischen Entwicklungen beeinflusst wurde. Deshalb sage ich ganz deutlich: Die CDU wird immer an der Seite unserer Polizistinnen und Polizisten stehen. Vielen Dank jedem Einzelnen, der sich für die Sicherheit in unserem Land einsetzt.

(Beifall)

Die CDU wird mit aller Schärfe das Recht und die Regeln in unserem Land durchsetzen. Wir gehen vor gegen Hassprediger und gewaltbereite Islamisten genauso wie gegen Hooligans, die unsere Straßen unsicher machen wollen. Wir achten auf die Sicherheit. Danke, Thomas de Maizière, für deine Arbeit. Herzlichen Dank, dass du auf Recht und Gesetz in unserem Land achtest.

(Beifall)

Liebe Freunde, angesichts dessen, was ich bisher ausgeführt habe, ist eines klar: Wir stehen vor zentralen Herausforderungen. Wir haben sehr viel erreicht, und das gelingt uns immer nur deshalb, weil wir einen sicheren Kompass haben.

Ein Kölner Oberbürgermeister sagte einmal – ich zitiere ihn –: „Ich meine, in einer Periode, in der alles fließt, kommt es darauf an, ob man von Anfang an die richtige Richtung eingeschlagen und sie gesichert hat; das ist das Entscheidende.“

Dieser Kölner Oberbürgermeister war auch unser erster Vorsitzender und der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland: Konrad Adenauer. Er hat uns mit diesem Satz etwas ganz Wichtiges ins Stammbuch geschrieben: das Festhalten an unserem Kompass, das Festhalten an unserem Wertesystem. Das ist der Blick auf den Einzelnen, der Blick auf den Einzelnen in seiner Freiheit und seiner unveräußerlichen Würde.

Nächstes Jahr feiern wir Christdemokraten unseren 70. Parteigeбurtstag. Hier in Köln, in der Heimatstadt Konrad Adenauers, wurde nur wenige Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein wichtiger Beschluss gefasst: die sogenannten „Kölner Leitsätze“. In diesen „Kölner Leitsätzen“ heißt es – ich zitiere –: „Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.“

Ein wunderbarer Satz: „Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.“

(Beifall)

Vielleicht könnte man diesen Satz als christdemokratisches Grundgesetz bezeichnen. Das ist unser Grundgesetz. Die „Kölner Leitsätze“ waren eines der Gründungsdokumente unserer Partei, der stolzen Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Unsere christlich geprägten Überzeugungen sind eine Einladung. Sie sind eine Einladung an alle, die unser Verständnis von Freiheit und Verantwortung teilen. Alle, die unsere Werte teilen, sind bei uns in der CDU herzlich willkommen, jeder Einzelne mit seinen Gaben und mit seinen Möglichkeiten. Freiheit und Verantwortung, das heißt auch, den zu schützen, der auf Hilfe angewiesen ist. Deshalb ist uns Christdemokraten auch der Schutz des Lebens so wichtig, vom Anfang des Lebens bis zum Ende. Wir führen zurzeit eine wichtige Debatte über die Frage von Sterbehilfe. Geschäftsmäßige Sterbehilfe kommt für uns nicht in Betracht. Auch das Sterben ist ein Teil des Lebens, liebe Freunde.

(Beifall)

Freiheit des Einzelnen, Verantwortung für unseren Nächsten – das ist unser Kompass. Hiervon ließen sich die Christdemokraten in den vergangenen 70 Jahren immer leiten. Denken Sie an die

Anfänge unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als die Menschen in der Ära Adenauer angepackt haben, Schutt weggeräumt haben und Neues aufgebaut haben, als sie Verantwortung übernommen haben und die Grundlagen für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland gelegt haben. Denken Sie an die Soziale Marktwirtschaft, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf Freiheit aufbaut, die auf Verantwortung setzt, die der Bundesrepublik Deutschland das Wirtschaftswunder gebracht hat. Denken Sie an die Westbindung, an die Verankerung der Bundesrepublik in der freien Welt. Sie war das klare Bekenntnis für Freiheit, Demokratie und Recht, und sie war eine klare Absage an Tyrannei, Diktatur und Mangelwirtschaft. Oder, liebe Freunde, denken Sie an die Zeit des NATO-Doppelbeschlusses. Er war damals heftig umstritten. Ich fürchte, es gab auch manchen Zweifler in den Reihen unserer Partei.

Aber die CDU hat Verantwortung übernommen, sie ist nicht den bequemen Weg gegangen, sondern sie hat immer deutlich gemacht: Demokratie wird Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nur dann erhalten können, wenn sie auch bereit ist, dann, wenn es nottut, diese Werte zu verteidigen. Das war damals notwendig.

Diese Haltung war ein ganz wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit.

(Beifall)

Als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, weiß ich den Mut und das Verantwortungsgefühl der Christdemokraten hier sehr zu schätzen; denn in der Zeit bis 1989, liebe Freunde, war es für uns in der DDR wichtig, dass die Erfassungsstelle in Salzgitter nicht aufgegeben wurde,

(Beifall)

dass DDR-Bürger weiter die deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Das hat die deutsche Einheit überhaupt möglich gemacht.

(Beifall)

CDU und CSU haben jahrzehntelang an der Deutschen Einheit festgehalten, als andere sich schon längst verabschiedet hatten. Das war die Voraussetzung dafür – als die Menschen zu Hunderttausenden auf die Straße gingen, als sie nach Prag flüchteten und als sie in Ungarn über die Grenze nach Österreich gingen –, dass die Deutsche Einheit gestaltet werden konnte. Es war die CDU unter der Führung von Helmut Kohl, die die historische Chance für die Deutsche Einheit nicht nur gesehen hat, sondern auch umgesetzt hat, vom 10-Punkte-Plan bis zum Einigungsvertrag. Deshalb ist und bleibt Helmut Kohl der Kanzler der Deutschen Einheit, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Es waren wir Christdemokratinnen und Christdemokraten, die an einem geeinten Deutschland in einem geeinten Europa entscheidend mitgewirkt haben. Wenn es die deutsche Christdemo-

kratie nicht gegeben hätte, ihren Einsatz für die Menschen in der DDR, die Schaffung der Möglichkeit, dass wir in der ehemaligen DDR selbst bestimmen konnten, welchen Weg wir gehen können, dann könnte ich schlicht und ergreifend als Ihre Vorsitzende nicht vor Ihnen stehen. Deshalb werde ich niemals vergessen, wie mein Weg gelaufen ist.

Es ist jetzt vier Wochen her, dass wir an den Mauerfall vor 25 Jahren gedacht haben. Menschen aus der ganzen Welt waren in Berlin zu Gast, ob an der Bernauer Straße oder am Brandenburger Tor. Neben Kölsch konnte man Niederländisch und Englisch, Bayerisch neben Arabisch, Sächsisch neben Spanisch hören. Es war ein fröhliches Fest. Es war ein Fest – wer nicht dabei war, es aber im Fernsehen verfolgt hat, wird es bestimmt auch mitbekommen haben –, das eine Leichtigkeit ausstrahlte: als die Ballons, die die ehemalige Grenze markiert haben, plötzlich in den Himmel stiegen und wegflogen, dazu die Musik von Ludwig van Beethoven, die „Ode an die Freude“.

Liebe Freunde, am Abend des 9. November habe ich mich noch einmal selbst in den Arm gewickelt und überlegt: Wo kommst du her? Was ist möglich geworden? – Ich kann nur sagen: Es ist ein Glück, ein großes Glück, ein Glück, dass wir die deutsche Einheit erleben konnten, ein Glück, dass wir die friedliche Revolution erleben konnten, ein Glück, dass wir in einem wiedervereinigten Deutschland leben, ein Glück, dass dieses wiedervereinigte Deutschland in eine Europäische Union eingebettet ist, die in Frieden und Sicherheit leben kann. Ich glaube, wir können über das glücklich sein, was wir erreicht haben.

(Beifall)

Das alles ist möglich gewesen, weil Christdemokratinnen und Christdemokraten immer wieder Verantwortung übernommen haben. Da ist es schon ein beklemmendes zeitliches Zusammenreffen, wenn wir sehen, wofür die andere Volkspartei in Deutschland, die SPD, letzten Freitag in Erfurt den Weg freigemacht hat. Sich als stolze Volkspartei in die Juniorrolle unter Führung der Linkspartei zu begeben – wie viel kleiner will sich die SPD eigentlich noch machen, frage ich mich.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich halte das Verhalten der SPD in Thüringen für eine Bankrotterklärung,

(Beifall)

eine Bankrotterklärung an den eigenen Anspruch, als Volkspartei wirklich Zukunft gestalten zu wollen. Das ist die eigentliche Bankrotterklärung.

(Beifall)

Für Thüringen, dieses so aufstrebende Land, ist das natürlich eine denkbar schlechte Nachricht. Thüringen steht heute glänzend da: starkes Wachstum, niedrige Arbeitslosigkeit, solide Finan-



zen. Liebe Christine Lieberknecht, auch von dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön! Danke für deine erfolgreiche Arbeit und Dank an alle in der CDU, die 24 Jahre erfolgreich für Thüringen und seinen Aufstieg gearbeitet haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Liebe Freunde, vor ein paar Tagen hat der Ehrenvorsitzende der Thüringer CDU, Bernhard Vogel, in einem, wie ich finde, bemerkenswerten Interview ausgeführt, worum es eigentlich geht, wie gewohnt in seiner sehr ruhigen, aber auch sehr unmissverständlichen Art. Ich zitiere ihn:

„Thüringen ist nur eine Etappe. Schon aus diesem Grund wäre es Ramelows größte Torheit, jetzt den Eindruck zu erwecken, er plane in Thüringen die Revolution. Wir werden mit ihm eher ruhige Jahre erleben. Damit 2017 alle glauben, die Linken taugten auch für den Bund.“

Genau darum geht es. Uns allen gemeinsam muss eines klar sein: Nur unsere eigene Stärke, nur eine starke Union im Jahr 2017 wird Rot-Rot-Grün im Bund unmöglich machen. Daran haben wir für die Menschen in unserem Land zu arbeiten.

(Anhaltender Beifall)

Natürlich gibt uns dabei die Bundestagswahl im vergangenen Jahr Rückenwind und auch Zuversicht. Die Menschen vertrauen uns. Sie trauen uns zu, dass wir die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit geben, und sie trauen uns zu, dass wir an der Zukunft Deutschlands arbeiten. Es ist und bleibt auch wahr: Wahlen werden niemals in der Vergangenheit gewonnen. Eine erfolgreiche Geschichte gibt uns aber Kraft und Zuversicht. Ich glaube an die gemeinsame Zukunft, die wir haben, genauso wie ich es vor 25 Jahren für unser Land getan habe.

Etwa in diesen Tagen genau vor 25 Jahren stand für mich die Frage im Raum: Was machst du mit dieser neu gewonnenen Freiheit, mit der offenen Mauer? Ich war Naturwissenschaftlerin, bin dann dem Demokratischen Aufbruch beigetreten. Ich habe überlegt: Bleibst du in der Wissenschaft? Irgendwann habe ich mich entschieden: Ich kehre der Wissenschaft den Rücken und werfe mich hinein in diese politische Arbeit, die so viel Spannung, so viel Neues und so viel Ungewohntes verspricht. Mein Weg in der CDU hat auf dem Vereinigungsparteitag 1990 in Hamburg begonnen. Alles war neu und ungewohnt. Dann kam Helmut Kohl als Vorsitzender zu mir als einer von drei Delegierten des Demokratischen Aufbruchs, und ich sollte meine erste kleine Parteitagsspreche halten. Ich hatte blanke Panik,

(Vereinzelt Heiterkeit)

zumal mir Helmut Kohl noch etwas gesagt hatte, was mir nicht richtig passte. Er hat nämlich gesagt: Sprich lieber über dich und deine Biografie als über Politik.

(Heiterkeit)

Daran habe ich mich allerdings nicht ganz gehalten. Mir kam die Rede ewig vor. Ich habe es noch einmal nachgelesen: Sie war ganz kurz. Zum Schluss habe ich gesagt: „Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit, und ich bin auf den gemeinsamen Weg gespannt.“

Seitdem sind 24 Jahre vergangen. Wir haben viel geschafft, und ich habe die Erfahrung gemacht, in einem starken Team zu arbeiten: mit Peter Tauber als Generalsekretär, mit Klaus Schüler als Bundesgeschäftsführer, mit dem ganzen Team im Adenauer-Haus, mit Peter Altmaier, der die Fäden in der Regierungsarbeit zusammenhält, mit der Fraktion, mit Volker Kauder, mit den Freunden der CSU, mit Horst Seehofer und Gerda Hasselfeldt, und vor allen Dingen, liebe Freunde, mit Ihnen allen, mit dieser so wunderbaren Partei und ihren Mitgliedern, manchmal streitbar, aber zum Schluss immer eine Partei, die an die gemeinsamen Werte glaubt. Deshalb sage ich aus vollem Herzen und mit diesen 24 Jahren Erfahrung: Die CDU ist eine großartige Partei, und deshalb tut sie Deutschland gut, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Ich sage daher aus voller Überzeugung: Gerne möchte ich als Vorsitzende dieser großartigen Partei zusammen mit jedem Einzelnen von Ihnen auch weiter unserem Land, der Bundesrepublik Deutschland, dienen. – Herzlichen Dank.

(Die Delegierten erheben sich – Langanhaltender starker Beifall)

**Ingbert Liebig**, Tagungspräsidium: Frau Bundeskanzlerin, herzlichen Dank für diese großartige Rede, für die engagierte, richtungsweisende Standortbestimmung für unser Land! Die CDU Deutschlands ist stolz auf ihre Vorsitzende, wir sind stolz auf Sie und Deutschland kann stolz sein auf diese Bundeskanzlerin.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden. Dafür darf ich diejenigen, die sich zu Wort melden möchten, bitten, die Wortmeldezettel zu verwenden. Außerdem bitte ich die Redner, ihre Redebeiträge so zu fassen, dass möglichst viele Wortmeldungen berücksichtigt werden können.

Ich rufe jetzt die erste Wortmeldung auf von Dietrich Wersich, dem Spitzenkandidaten der CDU für die Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 in Hamburg.

(Beifall)

**Dietrich Wersich**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Bundesvorsitzende! Verehrte Bundeskanzlerin! Liebe Freundinnen und Freunde! Als Hamburger freut man sich natürlich immer ganz besonders, hier nach der Bundeskanzlerin sprechen zu können, die ja bekanntlich in unserer Stadt geboren ist. Ich glaube, wir alle sind dankbar für die großartige Leistung, die Angela Merkel für unsere Union und für Deutschland erbringt, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Parteitage sind ja wie große Familientreffen. Heute hier in Köln erinnere ich mich noch an meinen ersten Bundesparteitag. Er fand 1990 in Hamburg statt. Ich war dort nicht als Delegierter, sondern als junger Helfer. Und ich stand damals mit hochroten Wangen in den Kulissen und sah, wie eine junge Frau auf dem Parteitag in bewegenden Worten verkündete: Die CDU Thüringen ist Teil der CDU Deutschlands. – Diese tapfere Frau war Christine Lieberknecht. Ich werde den Hamburger Vereinigungsparteitag nie vergessen und ich bin sicher, dass auch unsere Union diesen besonderen Tag in unserer Geschichte nie vergessen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Der Mauerfall vor 25 Jahren war der Sieg der Freiheit und brachte die Einheit. Aber wir in Deutschland sollten nicht vergessen: Es war auch der totale Bankrott des Sozialismus gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft. Die sozialistische Staatswirtschaft hat die DDR in allen Bereichen ruiniert: die Städte, die Wirtschaft, die Böden, die Luft, die gesamte Umwelt und das Recht. Das alles gipfelte nicht nur in Unfreiheit, sondern hatte auch eine gegenüber dem Westen um fünf Jahre geringere Lebenserwartung für die Menschen zur Folge. Liebe Freunde, kann es einen stärkeren Beweis dafür geben, dass unsere Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard besser ist für die Menschen, als diese Bankrotterklärung des Sozialismus?

(Vereinzelt Beifall)

Die Menschen haben damals den Sozialismus überwunden und die Demokratie mit der Sozialen Marktwirtschaft gewählt. Nur 25 Jahre später hilft die SPD in Thüringen wieder einem Sozialisten als Ministerpräsident an die Macht. Das, liebe Freunde, ist eine Schande. Es ist geschichtsvergessen und wer vergisst, der wiederholt. Liebe Freunde, das dürfen wir der SPD nicht durchgehen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Dieselbe SPD, die dort einen Sozialisten wählt, gibt in Hamburg den Wirtschaftsfreund schlechthin. In nur 68 Tagen, am 15. Februar 2015, findet in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt. Es wird nicht leicht, aber wir kämpfen geschlossen dafür, dass die CDU wieder stark wird. Wir wollen zeigen, dass die CDU erfolgreich sein kann. Wir haben bis 2011 in Hamburg gezeigt: Wir wollen und wir können regieren, liebe Freundinnen und Freunde. Das ist auch notwendig. Denn was ist aus Hamburg, dem Wirtschaftsmotor im Norden unseres Landes, geworden? Wir stehen, was die wirtschaftliche Entwicklung, das Wirtschaftswachstum angeht, auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Man muss der SPD immer wieder sagen: Wohlstand entsteht nicht durch Verteilung, sondern Wohlstand muss erarbeitet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Weil wir als Union das wissen, macht die CDU sich mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze immer wieder für eine bessere Bildungs- und Wissenschaftspolitik stark; denn nur

mit guten Schulen und Hochschulen werden wir die besten Köpfe ausbilden, die unser Land braucht. Nur: Die jüngste Entlastung der Länderhaushalte durch die Übernahme des BAföG durch den Bund geht in Hamburg an den Hochschulen vorbei. Keinen einzigen Euro gibt die SPD bei uns zusätzlich für Hochschulen oder Schulen aus. Olaf Scholz zweigt das Geld einfach ab. Das – man muss es klar sagen – ist politischer Betrug. Damit beschädigt er das Vertrauen in Hamburg als seriösen Vertragspartner. Das macht man nicht, meine lieben Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Seit 2011, seit die SPD wieder regiert, haben wir in Hamburg eine Zunahme der Straftaten um 14 000 Fälle zu verzeichnen, den höchsten Stand seit acht Jahren. Wir stehen, was die Zahl der ungeklärten Straftaten angeht, an der Spitze. Wir haben die niedrigste Aufklärungsquote aller Bundesländer. Nein, liebe Freundinnen und Freunde, die Sozialdemokraten können keine Sicherheit, sie können keine Wirtschaft und sie können keine Wissenschaft – weder im Land noch in der Stadt. Wir, die Union, sind auch die Volkspartei der großen Städte. Wir sind bunt und vielfältig, was soziale Schichten, Lebensstile und Herkunftsländer betrifft. Das Wichtigste ist aber: Wir machen die richtige Politik.

Liebe Freunde, unsere Union in Hamburg kämpft im Norden für den Stimmungswechsel. Ich brauche eure und ihre Unterstützung, damit sich die Roten am 15. Februar 2015 im Norden schwarzärtern. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wersich. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Eugen Abler aus Baden-Württemberg. Danach kommt Herr Fritz Niedergesäß.

**Eugen Abler**: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren! Der Beifall ist zu Recht so reichlich ausgefallen, Frau Bundeskanzlerin, aber es gibt noch einige Themen, die mir etwas zu kurz gekommen sind.

Politik beginnt bekanntlich beim Betrachten der Wirklichkeit. Es gibt mittlerweile die AfD. Wir sollten uns fragen: Warum gehen Wähler zu dieser Partei? Was vermissen sie bei anderen Parteien, was sie glauben, bei der AfD zu finden? Neue Parteien entstehen, wenn die Unzufriedenheit mit etablierten Parteien steigt. Wir sind stark beliebig geworden. Die Konservativen in der CDU sind heimatlos geworden. Sie suchen eine neue Heimat. Der Preis des Modernisierungskurses, Frau Bundeskanzlerin, auf den Sie uns geführt haben, ist die zunehmende Aufgabe konservativer Positionen. Die Modernisierung hat zur Folge, dass die Werte des christlichen Menschenbildes beiseitegeschoben werden. Ich habe den Eindruck, dass wir zu stark mit dem Gender-Zeitgeist flirten. Dabei müssten alle wissen, dass die grün-linken Lager aus ideologischen Gründen die Familien schwächen wollen. Wir unterscheiden uns kaum mehr von der SPD und den Grünen. Ich bin zum Beispiel erschüttert, dass die Bundes-CDU kein klares Signal gegen die Frühsexualisie-

rung der Kinder in den Schulen setzt. Das hat nichts mit dem christlichen Menschenbild gemein und schwächt damit unsere Glaubwürdigkeit. Das C muss unser Kompass bleiben und an den Inhalten erkennbar sein. Christlich und fortschrittlich sind keine Gegensätze, vielmehr sind sie zwei Seiten einer Medaille. Konservative Inhalte sind für mich Lebensschutz, Bewahrung der Schöpfung, Ehe und Familie als Grundlage unserer Gesellschaft, ein Patriotismus im guten Sinne und das Verbleiben von Kreuzen in öffentlichen Einrichtungen. Wir brauchen dringend eine Schärfung unseres Profils mit einer Rückbesinnung auf christliche Werte.

Unser Steuersystem – um ein anderes Thema aufzugreifen – gilt bekanntlich als das komplizierteste der Welt. Bereits 2010 hat der Bundesrechnungshof die Bundesregierung aufgefordert, eine Steuerreform durchzuführen, die die Kriterien der Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Gerechtigkeit erfüllt. Das ist in weiter Ferne, auch wenn wir heute mit der Zusage zum Abschwächen der kalten Progression einen Schritt in die richtige Richtung machen.

Das Mehrwertsteuerrecht entbehrt jeder Logik, wenn für Schnittblumen, Trüffel und Rennpferde sieben Prozent Mehrwertsteuer zu zahlen sind, während für Kinderartikel wie Windeln, Kindersitze und Kindernahrung 19 Prozent fällig werden. Wir brauchen eine tiefgehende Steuerreform, die diesen Namen verdient. Das Modell von Paul Kirchhof erfüllt alle Kriterien dazu.

Wo bleibt der Mut für Reformen? Wir sollten hier nicht länger herumdoktern. Statt dringend zu operieren, nehmen wir nur Salbe.

„Das Schicksal der Familie ist über kurz oder lang das Schicksal des Landes“, stellte Kolping vor 150 Jahren fest. Unsere demografische Entwicklung ist dramatisch. Um unser Volk zu erhalten, sind 2,1 Kinder pro Frau nötig. Wenn sich unsere derzeitige Quote von 1,35 Kindern pro Frau fortsetzt, werden wir unter Berücksichtigung der Zuwanderung am Ende dieses Jahrhunderts eine völlig andere Republik haben. Es wird zwar noch Deutsche geben, aber kein deutsches Volk mehr. Wollen wir das? Die Chancen, diese Entwicklung zu verhindern, sind zwar gering, aber man könnte sie abschwächen. In Frankreich werden 2,1 Kinder pro Frau geboren. Das sollte auch unser Ziel sein. Dazu brauchen wir aber eine starke Kursänderung in der Familienpolitik und eine Überprüfung unserer Einwanderungspolitik. Eltern mit Kindern brauchen mehr Unterstützung und mehr Wertschätzung. Wir müssen Kinder wieder als Reichtum begreifen. Investitionen in Familien sind die einzige Chance, um unser Land zukunftsfähig zu machen. Sie ergeben die höchste Rendite.

Letztes Stichwort: Ich werde nicht müde, mich für den Lebensschutz einzusetzen. Der Schutz menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod muss höchste Priorität einer Partei sein, die sich christlich nennt. Wir müssen dafür eintreten, dass Menschen an und nicht durch die Hand eines Menschen sterben. Es ist schrecklich, wenn Senioren aus Holland in unser Land kommen, um der Gefahr, in einem Heim in Holland eventuell aus dem Leben geschafft zu werden, aus dem Weg gehen.

In unserem Land wird dem Tierschutz ein wesentlich höherer Stellenwert als dem Lebensschutz zugemessen. Die Schwächsten unserer Gesellschaft verdienen aber unsere uneingeschränkte Solidarität. Aber wir mit dem C im Namen schauen zu oft zu und schweigen; auch die höchsten Gremien unserer Partei. Es bleibt ein Skandal, dass jährlich etwa 200 000 Kinder im Mutterleib getötet werden. Menschen dürfen nicht über das Leben anderer Menschen verfügen. Was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Die hunderttausendfache Tötung von ungeborenen Kindern ist eine erschütternde Tatsache und eine existenzielle Bedrohung unserer Gesellschaft. Jedes Kind ist ein Geschenk Gottes. Ich fordere die Regierung zu einer Kampagne für eine Kultur des Lebens auf.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Abler. – Nächster Redner ist Fritz Niedergesäß aus dem Landesverband Berlin.

**Fritz Niedergesäß**: Danke schön, Herr Tagungspräsident. – Meine Damen und Herren! Ich möchte das Wort unserer Bundeskanzlerin aufgreifen: Den Mutigen soll die Chance gehören, den Mutigen gehört die Zukunft! Ich, als jemand, der über 40 Jahre lang im Verkehrsbauwesen gearbeitet hat, habe ein Problem mit der Diskussion, die seit Jahren in Deutschland läuft, wir hätten zu wenig Geld für Infrastruktur. Ich glaube nicht einmal, dass wir zu wenig Geld haben, sondern dass das Geld weitgehend in der Bürokratie verpufft. Wir haben heute Planungsvorläufe, von denen vor 30, 40 Jahren noch niemand geträumt hat. Man hat auch vor 30, 40 und 50 Jahren schon in Deutschland investiert, vor allen Dingen in der Bundesrepublik, und Planungsvorläufe von ein oder zwei Jahren gehabt. Man hat hervorragend gebaut, und die Kosten lagen wesentlich niedriger, lagen teilweise bei einem Viertel der heutigen Aufwendungen. Es kann nicht sein, dass sich bei Infrastrukturprojekten die Planungskosten auf bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten belaufen. Am Ende zählen nur der Quadratmeter Straße oder der Kilometer Fluss oder Eisenbahnstrecke und nicht, wie viele Planungsbüros sich vorher gegenseitig das Leben zur Hölle gemacht haben und wie viele Rechtsanwälte und Gerichte mit dem Problem befasst waren.

Wir haben ein ausgefeiltes System mit Planfeststellungsverfahren, die bei Großprojekten auch wirklich sein müssen. Jedoch ist kein Ende dieses Verfahrens abzusehen. Warum? Auch dann, wenn ein Planfeststellungsverfahren bereits von einem Gericht bestätigt worden ist, ist es in dieser Republik noch möglich, alles wieder auf den Kopf zu stellen. Selbst Volksabstimmungen wie in Dresden, Berlin oder Stuttgart werden ignoriert. Dann wird wieder geklagt, und irgendein Bezirksgericht kann alles wieder blockieren. Das kann nicht wahr sein! 1989 haben wir Transparente herumgetragen, auf denen stand, dass bestimmte Leute in die Produktion gehen sollen. Heute müsste man fast sagen: Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwälte in die Produktion!

Vier Kilometer von meinem Wohnhaus entfernt ist eine Großbaustelle. Manch einer weiß, wo ich wohne, aber die meisten hier nicht. Diese Baustelle heißt jetzt BER. Berlin und Brandenburg bemühen sich, einen Flughafen zu bauen. Das Ding läuft jetzt seit acht Jahren, und man kommt aus dem Staunen gar nicht wieder heraus.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wohne unglücklicherweise in Lärmzone 1, der Tag- und Nachtschutzzone. Daher bin ich hochgradig an den Abläufen auf dieser Baustelle interessiert. Ich habe viele frühere, aber auch jetzige Kollegen, die dort arbeiten und mir die fürchterlichsten Geschichten erzählen, wie sich die Bürokratie gegenseitig das Leben zur Hölle macht und letztendlich alles blockiert wird. Ganz davon abgesehen, dass dieser Standort für den Flughafen der falsche Standort war – wir kommen nicht daran vorbei. 2002 wurde er von Rot-Rot-Grün in Berlin beschlossen. Jetzt haben wir keine Chance mehr, auszubüchsen. Wir müssen da durch. 2006 erfolgte der Spatenstich. Beteiligt waren immerhin drei hochrangige Politiker: ein gewisser Herr Tiefensee, damals Bundesminister für Verkehr und Bauen, von der SPD, der Ministerpräsident von Brandenburg, Herr Platzeck, SPD, und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Wowereit, SPD.

Meine Damen und Herren, ich will gar nicht die SPD miesmachen, aber diese haben dann einen kommunalen Auftraggeber gebildet, weil sie der Meinung waren – ausgelöst durch die Kommunisten, die in Berlin an der Regierung waren –, dass dort kein Konzern die Finger ins Getriebe halten darf, weil Konzerne ja nur Profit machen wollen. Also hat man einen kommunalen Auftraggeber gebildet für ein – das war damals schon abzusehen – drei-Milliarden-Projekt. Dann haben die losgelegt. Sie können sich gar nicht vorstellen, was dort bis heute alles passiert ist. Die drei Milliarden, die ursprünglich angesetzt waren, belaufen sich heute auf sechs Milliarden. Wir hätten viel Geld gespart, wenn wir dort eine öffentlich-private Partnerschaft gegründet hätten. Das ist für mich das Idealbild eines Auftraggebers für größere Projekte, seien es Autobahnen oder Stuttgart 21; in Hamburg ist es noch konfuser, weil es dort drei verschiedene Parteien gibt, die dort bauen. Aber man kann kein Milliardenprojekt mit einem kommunalen Auftraggeber machen, bei dem eine Truppe zusammengewürfelt wird, die vorher noch nie zusammengearbeitet hat. Die Ergebnisse spiegeln das ganze Chaos dort wider.

Die Krönung ist allerdings der Aufsichtsrat. Erst mal haben sie schon so eine Gurkentruppe aus etwa 40 Leuten zusammengewürfelt, dann besteht auch noch der Aufsichtsrat aus 18 Verantwortlichen. Darunter ist jedoch kein einziger Bauingenieur. Das sind alles Politologen oder weiß der Teufel, was die für Berufe haben. Aber ein Bauingenieur, der vielleicht Kalk von Zement unterscheiden kann, ist nicht dabei. Was soll denn dabei herauskommen?

(Vereinzelt Beifall)

Das hat in Berlin beispielsweise Rot-Rot zu verantworten. Wir als CDU waren in der Opposition und konnten nichts ausrichten. Jetzt haben die sich auch noch über tausend Projektänderungen

einfallen lassen. Das ist ein Übel, das in vielen Bereichen Mode macht, etwa in Hamburg bei der Oper. Dazu habe ich heute Vormittag ein Gespräch mit einem Kollegen aus Hamburg geführt, der mir erzählt hat, dass dort pausenlos neue Forderungen gestellt und die Bauabläufe über den Haufen geworfen werden. So kann man eben nicht bauen. Wenn man bauen will, muss man vorher wissen, was man will. Bestimmte Anpassungen sind selbstverständlich möglich, aber nicht so, wie es beispielsweise in Berlin mit der Abfertigungshalle gelaufen ist. Die haben aus der Riesenabfertigungshalle einen Konsum gemacht. Die haben dort lauter Geschäfte gebaut, die Strömungsverhältnisse verändert. Jetzt machen sie sich einen Kopf, wie sie die Rauchgasentsorgung hinbekommen. Das kann noch Jahre dauern! Es kommt noch zu einem GAU. Das ist wie eine Kernschmelze in einem Kernkraftwerk. Das alles kann doch nicht wahr sein! Wir sind doch ein Rechtsstaat! Wo bleibt denn der Rechtsstaat, wenn wir einen solchen Unfug zulassen, dass jeder dort machen kann, wozu er Lust hat.

Das Allerschärfste ist Folgendes: Der eine der beiden Geschäftsführer hat doch glattweg vorige Woche Freitag vor dem Untersuchungsausschuss behauptet:

„Bau des BER war nicht meine Aufgabe.“

Na, wo lebe ich denn überhaupt? Der Mann hat jahrelang ein Riesengehalt bekommen – so viel habe ich mein Leben lang nicht verdient wie der in zwei Jahren. Wo kommen wir denn da hin, wenn solche Gurken dort eingesetzt werden, die dann Jahre später, wenn alles vor den Baum gefahren ist, feststellen, dass sie gar nicht zuständig waren? Wo bleibt denn hier der Rechtsstaat? Das kann doch so nicht weitergehen.

(Vereinzelt Beifall)

Daher habe ich nun die Forderung an unseren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kauder, dass sich die Bundestagsfraktion einmal mit diesem ganzen Kram befasst, mit der Bürokratie und der Verantwortung für solche Projekte. Dies ist nicht nur in Berlin so, auch wenn es dort die größte Form annimmt. Ich habe ja schon gesagt: Wir werden bei sechs Milliarden Euro landen. Stellen Sie sich vor, wir hätten dort drei Milliarden Euro weniger an Kosten, dann hätten wir die paar Kröten, die durch die bayerische Maut eingenommen werden sollen, lange eingespielt. So ist es bei vielen Projekten in Deutschland. Sie können hinkommen, wo Sie wollen. Dort, wo die Kommunen allein solche Großprojekte durchziehen, ist das oft genug mit Riesenproblemen verbunden.

Deshalb plädiere ich dafür, dass mehr Ingenieure in die Aufsichtsräte kommen. Ich habe versucht, in den Bundestag gewählt zu werden. Das ist mir leider nicht gelungen. Ich musste im Wahlkreis Treptow-Köpenick beim letzten Mal als Kandidat einspringen, obwohl ich nicht mehr der Jüngste bin. Ich habe zu Gysi, meinem Wahlkampfgegner, gesagt: Anwälte gibt es genug im Bundestag. Deshalb müssen da noch ein paar mehr Ingenieure hin. – Die Wähler haben das aber



nicht umgesetzt und deshalb bin ich nicht im Bundestag gelandet. Letztendlich ist da ein Problem verborgen: Es gibt zu viele Leute, die von dem, was sie da machen sollen, überhaupt keine Ahnung haben.

Die Kanzlerin hat gesagt, den Mutigen soll man eine Chance geben. Den Mutigen müssen wir endlich Räume eröffnen, damit sie etwas machen können und damit sie sich durchsetzen können. Ich plädiere dafür, diesen ganzen Wust abzuspecken und wieder auf eine normale Ebene zu kommen. Wir müssen die Bürokratie verschlanken und wieder sinngemäß nach dem Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz arbeiten. Dann werden wir wieder Erfolg haben.

Ich war in Kanada im Urlaub. Da wurden wir ausgelacht. Die Kanadier haben gesagt: In Deutschland investieren wir nicht mehr; wir gehen jetzt nach Brasilien oder sonst wohin. In Athen wurde der Flugplatz – das muss man sich einmal vorstellen – planmäßig in acht Jahren fertiggestellt. Nun haben wir ja gehört, dass in Athen die Verhältnisse nicht die allerbesten sind. Aber was gab es dort? Eine öffentlich-private Partnerschaft mit einem großen deutschen Konzern an der Spitze. Da hat das wie geschmiert geklappt. Wir haben einen kommunalen Auftraggeber, und es ist alles in die Hose gegangen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidium: Lieber Fritz Niedergesäß, vielen Dank für deine erfrischende Rede. – Es folgt nun Ingbert Liebong, der frisch gewählte Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holsteins.

(Beifall)

Dieser Applaus ist für dich. Du bist seit knapp vier Wochen im Amt. Alles Gute für dich bei Erfüllung dieser großartigen Aufgabe! Bereithalten kann sich bitte schon Dr. Christian Bäumler aus Baden-Württemberg.

**Ingbert Liebong**: Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin. – Liebe Parteifreunde! Der vergangene Freitag war ein schwarzer Tag für Deutschland. Aber eigentlich müssten wir sagen: Es war ein roter Tag für Deutschland mit der Wahl des ersten Ministerpräsidenten von SED/PDS/Linkspartei nach der Wiedervereinigung. Es war jedenfalls ein bitterer Tag für unser Land.

(Beifall)

Genauso bitter ist die Begleitmusik insbesondere aus der SPD. Da gibt es Einzelne, die nicht müde werden, dieses Ereignis als großen Erfolg zu feiern – allen vorneweg ein Herr Stegner. Es tut mir leid, liebe Parteifreunde, wir Schleswig-Holsteiner können nichts dafür, dass einer aus unserem Bundesland nun Deutschland in eine linke Republik verwandeln will. Unser Land Schleswig-Holstein leidet selbst zur Genüge unter ihm. Wir erleben, wie eine bunte Truppe aus SPD, Grünen und SSW, der Partei der dänischen Minderheit, unserem Land schadet. Was haben wir da in

den vergangenen Wochen und Monaten nicht alles erlebt? Da ist eine Bildungsministerin zurückgetreten, weil die Staatsanwaltschaft gegen sie wegen Korruptionsverdachts ermittelt. Der Innenminister ist zurückgetreten, weil er in einem besser bezahlten Job weniger arbeiten muss und zwar in einer Branche, der Immobilienbranche, für die er gerade Millionenbeträge aus dem Landeshaushalt organisiert hat.

Im Zuge der Kabinettsumbildung werden Aufgaben neu ressortiert. Dabei werden Wissenschaft und Hochschulen ins Sozialministerium verschoben, als wären sie ein Sozialfall. In den Schulen herrschen chaotische Zustände. Einheitslehrer, Einheitsschulen, Inklusion ohne Plan – das alles treibt Eltern, Schüler und Lehrer gleichermaßen auf die Barrikaden.

Es wird in unserem Land nicht mehr investiert. Trotz höchster Einnahmen haben wir die niedrigste Investitionsquote. Trotz Mehreinnahmen steigt die Neuverschuldung. Die Kommunen leiden. Unsere Landtagsfraktion hat in der vergangenen Woche entschieden, eine Normenkontrollklage gegen den neuen kommunalen Finanzausgleich zu erheben. Das ist alles nur ein kleiner Teil einer bitteren Bilanz der SPD-geführten Landesregierung. Wir müssen feststellen: Schleswig-Holstein wird unter Wert registriert.

(Beifall)

Über allem schwebt ein Ministerpräsident, Herr Albig, der zwar voller Pathos reden kann, der sich aber für die Probleme des Landes und für das Schicksal der Menschen im Land überhaupt nicht interessiert. In Kiel läuft er ohnehin nur noch am Gängelband des Herrn Stegner. Beide, Stegner wie Albig, profilieren sich im Dauerstreit mit ihrem eigenen Parteivorsitzenden, treten ihm regelmäßig gegen das Schienbein. Beim EEG geht Albig auf Totalkonfrontation. In der Verkehrspolitik kommt er im Wochenrhythmus mit den blödesten Vorschlägen, für die sich selbst seine Genossen entschuldigen. Die Diskussion über die Bekämpfung der kalten Progression, an der sich immerhin auch der SPD-Parteivorsitzende beteiligt, tut Herr Albig lax ab. Das sei etwas für Tarifästheten, sagt er. Steuergerechtigkeit ist offenbar ein Fremdwort für ihn.

Liebe Parteifreunde, ich berichte Ihnen diese Entwicklung aus Schleswig-Holstein, weil dies zeigt, wo ein Bundesland unter einer schlechten Regierung landet. Das werden wir ändern. Schleswig-Holstein hat eine bessere Regierung verdient. Dafür werden wir sorgen.

(Beifall)

Dabei standen wir selbst vor nicht leichten Entscheidungen und vor der Notwendigkeit, unsere Führung neu zu besetzen. Die CDU Schleswig-Holsteins hat aus der Not eine Tugend gemacht. Die Landtagsfraktion hat sich mit dem neuen Vorsitzenden Daniel Günther und mit weiteren Personalentscheidungen neu aufgestellt. Sie geht mit neuem Schwung an die Arbeit. Und ich darf mich Ihnen heute als neuer Landesvorsitzender unserer Partei vorstellen.

(Beifall)

Wenn angesichts dieser Personalentscheidungen eine große Zeitung unseres Landes die Schlagzeile „Landes-CDU schaltet um auf Attacke“ formuliert, so wird dies zwar den guten Leistungen der Vorgänger Johannes Callsen als Fraktionsvorsitzenden und Reimer Böge als Landesvorsitzenden nicht gerecht. Sie haben der CDU im Land nach dem Wechsel von der Regierungsbank in die Opposition – das war nun wirklich keine leichte Zeit, und das war keine leichte Aufgabe – wieder festes Fundament gegeben und verdienen dafür Dank und Anerkennung.

Aber es ist schon so: Zur Halbzeit hat die Landesregierung in Kiel abgewirtschaftet. Das sehen auch die Menschen in unserem Land so. Das Ansehen des Ministerpräsidenten ist laut Umfragen auf Wowereit-Niveau abgesackt. Aber der ist immerhin schon zurückgetreten.

2017 ist die nächste Landtagswahl und zwar im Mai vor der nächsten Bundestagswahl. Das ist wahrlich kein unwichtiges Datum. Diese Zeit bis 2017 wollen wir nutzen, um uns fit zu machen für den Regierungswechsel; denn das ist unser Ziel. Unser Ziel ist der Regierungswechsel in Kiel. Wir setzen nicht auf Platz, wir setzen auf Sieg, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Mein Ziel ist es, in Kiel die CDU wieder in Regierungsverantwortung für Schleswig-Holstein zurückzuführen, um anzuknüpfen an die Arbeit so erfolgreicher Ministerpräsidenten wie Gerhard Stoltenberg und Peter Harry Carstensen. So wollen wir vom Norden aus unseren Beitrag dafür leisten, dass die Union in Deutschland gut regieren kann und auch dafür, dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel auch über 2017 hinaus unser Land in eine gute und in eine sichere Zukunft führen kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ingbert Liebing, für diese starke Rede aus Schleswig-Holstein. Ich bin mir sicher, du hast einen starken Landesverband hinter dir. Euch also alles Gute. – Als Nächster hat Dr. Christian Bäumler das Wort und es macht sich bitte Paul Ziemiak bereit.

**Dr. Christian Bäumler**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Bundesvorsitzende! Da ich aus Baden-Württemberg komme, ist es natürlich mein vorrangiges Ziel, dass es in meinem Heimatland zu einem Regierungswechsel kommt. Das hätten wir genauso wie die Freunde in Schleswig-Holstein verdient.

(Beifall)

Ich möchte allerdings auf den Teil der Rede von Angela Merkel Bezug nehmen, der sich mit TTIP beschäftigt. Es ist richtig, dass dieses transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen langfristig Wohlstand steigern und Arbeitsplätze schaffen wird. Es ist auch richtig, dass wir versuchen, über dieses Abkommen weltweit Regeln und Standards zu setzen. Richtig ist

aber auch, dass viele Bürger in unserem Land und auch in Europa wegen dieses Abkommens Bedenken haben. Diese Bedenken sollten wir nach meiner Auffassung ernst nehmen. Es ist da nicht alles optimal gelaufen.

Die politische Kommunikation bei TTIP war suboptimal. Das Verhandlungsmandat, das die europäischen Regierungen der Europäischen Kommission gegeben haben, war zu weit gefasst.

Theoretisch würde es auch eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichen. Die Bürger in unserem Lande sind sich einig: Sie wollen nicht, dass über TTIP, CETA oder TISA die Wasserversorgung, die Bildung oder die Gesundheit privatisiert werden. Sie wollen auch nicht, dass Arbeitnehmerrechte gefährdet werden, dass die Mitbestimmung oder die Tarifautonomie in Gefahr geraten.

Wenn wir uns die vorliegenden Dokumente zu CETA anschauen – soweit CETA überhaupt schon übersetzt ist; Sie sprachen ja schon von Kommunikationsproblemen – stellen wir fest – dieser Auffassung bin ich –, dass CETA in weiten Teilen diesen Anforderungen gerecht wird. CETA ist nach meiner Auffassung eines der besten Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, die jemals verhandelt wurden. Das gilt auch für das Kapitel über den Investitionsschutz.

Es gibt bei diesem Abkommen allerdings ebenso wie bei TTIP eine Klippe, nämlich die Möglichkeit von privaten Schiedsgerichtsverfahren. Dabei geht es um die Möglichkeit, dass private Investoren den Staat vor privaten Schiedsgerichten verklagen – das ist für mich das größte Hindernis bei diesen beiden Abkommen –, und das kann nach meiner Auffassung nicht sein. Wir haben in Europa wie in den Vereinigten Staaten ausgeprägte Rechtskulturen. Das müssen wir auch durch ein Justizabkommen hinbekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin dafür, dass wir zu einem transatlantischen Freihandels- und Investitionsschutzabkommen kommen. Ich bin der Meinung, wir brauchen die Partnerschaft mit den Amerikanern. Ich bin der Meinung, dass dieser Prozess dieses Abkommens eine Chance bietet, die transatlantische Wertegemeinschaft zu vertiefen. Dieser Auffassung bin ich. Aber TTIP muss man richtig machen. Deswegen sage ich: Lassen Sie es uns richtig verhandeln und richtig abschließen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidentin: Herr Dr. Bäuml, vielen Dank für Ihren Beitrag. – Es folgt Paul Ziemiak, der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands,

(Vereinzelt Beifall)

und es macht sich bereit der Kollege Arnold Vaatz aus Sachsen.

**Paul Ziemiak:** Sehr geehrte Frau Dr. Merkel! Lieber Armin Laschet! Liebe Freundinnen und Freunde! Vielen Dank für Ihren Bericht, Frau Bundeskanzlerin. Gestatten Sie mir jedoch, dass ich als Bundesvorsitzender der Jungen Union noch eine Anmerkung mache zu dem Rentenpaket, das beschlossen wurde: Wir finden, das Rentenpaket ist nicht generationengerecht und es war ein schlechtes Zeichen für die junge Generation in diesem Land.

Eine Sache wollen wir aber klarstellen: Es geht nicht darum, dass wir den Menschen, die hart gearbeitet haben, etwas nicht gönnen. Auch wir wollen Gerechtigkeitslücken in diesem Land schließen. Unserer jungen Generation geht es so gut wie keiner anderen zuvor. Dass es uns so gut geht, ist das Verdienst von den Menschen, die älter sind, die hart gearbeitet haben. Das Einzige, was wir wollen, ist, dass auch wir in Zukunft die Chance haben, fleißig zu sein, Leistung zu erbringen und auch später von den Systemen zu profitieren. Diese Chance fordern wir ein.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Frau Bundeskanzlerin! Ich habe immer gesagt: Die Junge Union muss kritisch, aber konstruktiv sein. Deswegen kritisieren wir dies als falsches Zeichen für Generationengerechtigkeit und trotzdem wollen wir die schwarze Null erwähnen. Frau Bundeskanzlerin! Lieber Herr Schäuble! Meine Damen und Herren! Die schwarze Null war immer eine Forderung der Jungen Union, weil auch das mit Zukunftsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit zu tun hat. Deswegen sagen wir als Junge ausdrücklich: Das war wirklich ein starkes Zeichen für die junge Generation und die Zukunft Deutschlands. Als Junge Union sind wir sehr stolz darauf, dass wir das geschafft haben und zwar ohne Steuererhöhungen, so, wie wir es versprochen haben. Ich denke, diesen Mut sollten wir mitnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten uns merken, dass wir es schaffen können, für die Zukunft zu planen. Die Junge Gruppe im Deutschen Bundestag, Steffen Bilger und ich, als Vertreter der Jungen Union im Deutschen Bundestag, haben gemeinsam mit der MIT die Flexi-Rente angestoßen. Später werden wir noch über die Lösung diskutieren, die wir hinsichtlich der kalten Progression gefunden haben. Ich glaube, in diesem Rahmen – schwarze Null, keine Steuererhöhungen und trotzdem versuchen, Spielräume zu schaffen – können wir viel erreichen. Diesen Mut wünsche ich mir. Dass wir das mit der schwarzen Null geschafft haben, dass Sie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages das geschafft haben, dass insbesondere Sie als Bundesregierung das geschafft hat, das macht mir als Bundesvorsitzender der Jungen Union Mut für die Zukunft.

Ich kann Ihnen nur eine gute Zusammenarbeit mit der Jungen Union anbieten. Ich habe es im Bundesvorstand der CDU bereits gesagt: Wir sind kritisch und konstruktiv. Wir sind der Stachel im Fleisch der CDU. Ich verspreche aber auch dies: Wenn die Bundesregierung möglichst viele

Vorschläge der Jungen Union umsetzt, dann wird das für alle Beteiligten eine angenehme Akupunktur, liebe Freunde. Also: Auf die Zukunft! Ihnen, liebe Frau Bundeskanzlerin, und dem ganzen Vorstand alles Gute für die Wahlen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidium: Lieber Paul Ziemiak, vielen Dank für deine Worte. Dir wünsche ich im Namen des Tagungspräsidiums alles Gute zu deiner Wahl. So lange ist das ja noch nicht her.

Lieber Arnold Vaatz, du hast jetzt das Wort. – Als letzter Redner macht sich bitte Carsten Linne-  
mann bereit.

**Arnold Vaatz**: Liebe Freunde! Liebe Angela, du hast heute eine fantastische Rede gehalten. Ich möchte einen Aspekt aus dieser Rede herausgreifen und verstärken. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben zurzeit das Jahr 2014. Das Jahr 2014 weist uns in besonderer Weise darauf hin, wohin die Politik der Konfrontation, die Politik nationaler Egoismen in Europa geführt hat und was für eine gewaltige Leistung es war, von einer Politik der Konfrontation auf eine Politik der Kooperation von freien Staaten umzuschalten.

Wir haben nach 1990 davon geträumt, dass sich dieser Gedanke auf ganz Europa ausdehnen lässt, bis zum Ural, bis nach Wladiwostok. Ausgerechnet in diesem Jahr mussten wir erleben, dass das ein Trugschluss war. Liebe Angela! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Ich bin beeindruckt und ich danke dir für deine Politik der Standhaftigkeit, des Dialogs, aber auch der Benennung von Tatsachen gegenüber unserem großen russischen Partner.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme aus Ostdeutschland. Wie alle Deutschen weiß auch ich, dass unsere Vorfahren ungeheure Verbrechen an dem russischen Volk begangen haben; aber kein Land hat so sehr wie Deutschland an der Aufarbeitung dieser Verbrechen gearbeitet. Wir sind heute – darauf bin ich stolz – so weit, dass kein Mensch in diesem Land seinen Ruf wahren kann, wenn er diese früheren Verbrechen irgendwie beschönigt. Aber gerade aus diesem Grund, weil wir uns sehr wohl bewusst sind, welche Täter aus unserem Land hervorgegangen sind, haben wir die Verpflichtung, Verbrechen beim Namen zu nennen, wenn sie heute wieder geschehen. Und das, was im Osten der Ukraine geschieht, ist eine russisch angestiftete und zum Teil unterstützte Aggression, die durch nichts provoziert worden ist und von der eine Gefahr ausgeht, die am Ende für ganz Europa darstellen kann.

Deshalb sage ich – lieber Vitali Klitschko, ich weiß nicht, ob Sie uns hören können –: Wir können sehr wohl nachempfinden, was das ukrainische Volk empfindet. Viele in diesem Saal kommen ebenso wie ich aus einem Land, das für viele Jahre – das gilt für 30 Jahre meines Lebens – domi-

niert wurde von Marionetten der Sowjetunion, die auf die Macht von 500.000 Soldaten, die das Land besetzt hielten, bauen konnten. Wir wissen, dass uns diese Besetzung, diese Dominanz, zusammen mit unseren polnischen Freunden, unseren tschechischen Freunden und unseren baltischen Freunden um Jahre zurückgeworfen hat. Es brauchte Transferleistungen von 1,5 Billionen Euro von West nach Ost, damit wir nach und nach aufholen konnten, was uns in den Jahren vorher verwehrt war.

Deshalb wissen wir auch, dass es in der Ukraine eine wache Erinnerung an das Unrecht gibt, das die Deutschen begangen haben, aber auch an das Unrecht, das ihnen von russischer Seite zugefügt worden ist. Es gab Anfang der 30er-Jahre eine staatlich organisierte Hungersnot, den Holodomor. Dieser Hungersnot sind drei bis sechs Millionen Ukrainer zum Opfer gefallen. Danach gab es die Stalin'schen Säuberungen. Wir können sehr wohl verstehen, dass die ukrainischen Familien einer solchen Situation nie wieder ausgesetzt sein wollen. Demzufolge stehen wir solidarisch an ihrer Seite.

Auf der anderen Seite – jetzt kommt ein Punkt, der mir sehr wichtig ist – bemerken wir angesichts dieser Krise auch, dass wir uns in einer enormen Abhängigkeit von Russland befinden, und zwar in energiepolitischer Hinsicht. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir sofort daran arbeiten, dass wir in energiepolitischer Hinsicht so unabhängig wie nur möglich in diesem Land und in Europa werden. Wir können uns eine dauerhafte Abhängigkeit von einem Land, das die Energiepolitik gelegentlich zu politischer Erpressung nutzt, nicht leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesem Grund müssen wir die Schwächen unserer eigenen Energiepolitik offen ansprechen. Wir müssen den Markt wieder zum Leben erwecken. Wir können uns keine hoch subventionierte und am Ende nicht funktionierende Energiewende leisten. Wir müssen zu einer grundlastfähigen Stromversorgung in unserem Land kommen. Was andere Energieformen betrifft, wie beispielsweise Gas oder Treibstoffe, müssen wir eine Versorgungslage finden, die uns von jeglichen Erpressungsmöglichkeiten freimacht. Nur dann werden wir uns in diesem Land tatsächlich ordentlich entwickeln können.

Nebenbei danke ich Fritz Niedergesäß, der vorhin darauf hingewiesen hat, dass wir mittlerweile kaum noch ein Großprojekt realisieren können. Das ist eines Industriestaats unwürdig. Ich habe sehr genau gehört, was er verlangt hat. Wir müssen Gesetze machen, die uns eine schnellere Realisierung unserer Vorhaben ermöglicht. Das haben wir sehr genau gehört. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidentin: Lieber Arnold Vaatz, vielen Dank für deine Rede. – Es folgt nun Carsten Linnemann, der Vorsitzende der MIT. Unser letzter Redner ist dann Hartmut Schauerte.

**Carsten Linnemann:** Liebe Frau Merkel! Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich bei Ihnen, Frau Merkel, für Ihre Rede bedanken. Sie haben genau die Fragen gestellt, die wir heute beantworten müssen, wenn wir in zehn oder 15 Jahren noch erfolgreich sein wollen. Es geht erstens um die Frage, wie wir Industrieland bleiben können. Wie halten wir unsere Industriekern, wie halten wir ganze Bruttowertschöpfungsketten in Deutschland? Zweitens geht es um die Frage, wie wir der Industrie helfen können. Wie können wir den Rahmen so setzen, dass sie sich stärker und schneller mit der digitalen Welt verzahnt? Natürlich gibt es auch den Mittelstand, den wir stützen müssen. Das Urteil aus Karlsruhe liegt vor uns. Ich freue mich, dass es ein ganz klares Signal gibt, dass wir die Familienunternehmen unterstützen und an die nächste Generation übergeben wollen und dass dies nicht durch die Erbschaftsteuer gefährdet ist.

(Beifall)

Ich freue mich über den Beschluss zur kalten Progression. Von diesem Parteitag wird das Signal ausgehen, dass noch in dieser Legislaturperiode, also spätestens 2017, die kalte Progression abgeschafft wird. Dass die schwarze Null eine Bedingung bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit für eine Partei wie die CDU. Das stand und steht in unserem Antrag. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wir brauchen beides: die schwarze Null und den Abbau der kalten Progression. Wir brauchen die Schuldenbremse und die Steuerbremse. Die CDU ist die Partei der Steuergerechtigkeit. Das muss auf diesem Parteitag deutlich werden.

(Beifall)

Ich möchte mich vor allen bei den Ministerpräsidenten bedanken, die diesen Beschluss unterstützen; das ist nicht ganz einfach. Ich möchte mich auch – es war eine Gemeinschaftsleistung – bei der CDA mit Karl-Josef Laumann an der Spitze und bei der Jungen Union mit Paul Ziemiak an der Spitze bedanken. Das zeigt: Es stimmt, wenn die Vereinigungen stark sind, profitiert die CDU davon. Starke Vereinigungen gleich starke CDU! Ich möchte mich auch bei der Basis bedanken. Wir haben monatelang in den Kreisverbänden über diese Steuerbremse, über den Abbau der kalten Progression, debattiert. Das zeigt: Die CDU kann Debatte. Das war gut. Daran müssen wir festhalten. Wir müssen dafür sorgen, dass das auch umgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich würde mich freuen, wenn in Zukunft nicht nur die eine Seite der sozialen Gerechtigkeit gesehen würde, also nur der Aspekt, wie wir den Sozialstaat ausdehnen können. Wir müssen auch an die andere Seite der Medaille denken, nämlich an diejenigen, die den Sozialstaat finanzieren bzw. ihn erst ermöglichen. Das sind die Arbeitnehmer, die Mittelständler, die Freiberufler und die Handwerker. Das sind die Leistungsträger. Das ist die Mitte der Gesellschaft. Das sind die fleißigen Menschen. Ein entsprechendes Signal muss nun von diesem Parteitag ausgehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)



**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Carsten Linnemann. – Als letzter Redner folgt nunmehr Hartmut Schauerte aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Hartmut Schauerte**: Liebe Frau Bundeskanzlerin! Liebe Freunde! Zwei kurze Bemerkungen: Die erste betrifft die Regierungsbildung in Thüringen. Das ist nicht nur von der Bundes-SPD geduldet worden, sondern ist Teil einer Strategie. Ich will daran erinnern, dass es 2010 unmittelbar nach der Wahl hier in Nordrhein-Westfalen keine Mehrheit für die bürgerliche Sozialdemokratie, die Kohlekumpelsozialdemokratie, gab und die SPD in Nordrhein-Westfalen kein Problem darin sah, sich von einer linken Fraktion tolerieren zu lassen. Das hat zwar nicht lange gehalten. Aber es gab keine wirklichen Berührungsängste. Dann kam es zu Neuwahlen. Vergessen wir das bitte nicht! Wenn im größten Land der Sozialdemokratie, im Mutterland der Sozialdemokratie, eine Tolerierung durch die Linken bereits 2010 möglich war, dann können wir als gesicherte Erkenntnis davon ausgehen, dass die SPD 2017 null Probleme hat, zusammen mit der Linken jede Form der Regierungsarbeit auf Bundesebene zu organisieren, wenn es rechnerisch Sinn macht.

(Vereinzelt Beifall)

Nun zu meiner zweiten Bemerkung, liebe Frau Merkel. Auf wie vielen Parteitagern haben wir uns mit der kalten Progression befasst? Ich bin dankbar und froh, dass wir jetzt ein Ende gefunden haben. Wir Mittelständler legen großen Wert darauf, dass die Finanzierung gelingen muss. Aber das betrifft nun das Bundestagswahljahr 2017. Daher verbietet es sich von vornherein, hier eine Wackelpartie einzugehen und die Realisierungschancen kleinzureden.

Ich will in diesem Zusammenhang einen Finanzierungsvorschlag machen. Liebe Frau Merkel, wir haben in den letzten Wochen und Monaten erlebt, dass große internationale Konzerne mitten in Europa keine Steuern zahlen und das in unvorstellbaren Größenordnungen. Meine Empfehlung an den Finanzminister lautet daher, eine Taskforce aus fünf gut bezahlten, tüchtigen Leuten zu bilden, die ab sofort nichts anderes zu tun haben, als Modelle zu entwickeln, die dazu dienen, diese unerträgliche, ungerechte sowie mittelstands- und wettbewerbsfeindliche Steuervermeidungstrickserei zu beenden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gehe davon aus, dass hier Schätze mit einem jährlichen Volumen von 15 Milliarden bis 20 Milliarden Euro zu heben sind. Selbst wenn wir nur die Hälfte bekämen, liebe Frau Merkel, wäre die Finanzierung des Abbaus der kalten Progression zeitnah gesichert. Zudem kämen diese Erträge auch den Ländern zugute. Das ganze Handling würde erleichtert, wenn wir das miteinander verbinden würden. Das würde im Mittelstand enorm gut ankommen; denn uns als Mittelständler stehen solche Steuervermeidungsstrategien nicht zur Verfügung. Wir wollen sie auch nicht. Aber wir wollen nicht, dass sie bei den Großen stillschweigend geduldet und nicht wirksam bekämpft werden. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für Ihren Beitrag. – Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke für die Beiträge und die konstruktive Aussprache. Ich beende hiermit die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden.

**Annette Widmann-Mauz**, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir kommen nun zum TAGES-ORDNUNGSPUNKT 12:

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands Dr. Philipp Murmann MdB

Ich gebe das Wort unserem Bundesschatzmeister Dr. Philipp Murmann.

(Beifall)

**Dr. Philipp Murmann**, Bundesschatzmeister: Frau Präsidentin, vielen Dank. – Auf dem Parteitag im Frühjahr haben wir die öffentlichen Rechenschaftsberichte der Jahre 2011 und 2012 vorgelegt. Beide Berichte waren mit dem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen und wurden fristgerecht beim Bundestagspräsidenten eingereicht.

Wichtig ist: Wir konnten in beiden Jahren trotz zahlreicher Landtags- und Kommunalwahlkämpfe einen soliden Überschuss erwirtschaften. Das ist eine gute Nachricht.

Sie werden vielleicht den Rechenschaftsbericht 2013 auf Ihren Tischen vermissen. Er ist bereits erstellt, auch testiert. Er wurde bereits bei der Bundestagsverwaltung eingereicht. Er ist allerdings noch nicht geprüft und veröffentlicht. Insofern liegt er Ihnen heute nicht vor.

Ich kann Ihnen aber schon sagen, dass wir unseren Kurs solider Finanzen auch im Jahr 2013 fortgesetzt haben. Mit den gebildeten Rücklagen aus den Vorjahren konnten wir auch dieses Mal den Wahlkampf aus eigener Kraft und ohne Aufnahme von Krediten finanzieren.

Besonders erfreulich ist, dass es uns trotz der Bundestagswahl und weiterer Landtags- und Kommunalwahlen 2013 gelungen ist, für die gesamte Partei ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften. Das ist eine wirklich positive Nachricht, auch im Hinblick auf die Vermögenslage unserer Partei; denn Sie wissen alle: Solide Finanzen sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir anständige Wahlkämpfe bestreiten können.

Wie sieht es nun 2014 aus? Das Budget für das laufende Jahr, sowohl was die Bundesgeschäftsstelle wie auch den Europawahlkampf angeht, liegt im Plan. Wenn jetzt in den letzten Wochen nichts mehr dazwischenkommt, werden wir die Budgets einhalten und können damit sicherstellen, dass wir auch für kommende Wahlkämpfe eine ordentliche Rücklage bilden können.

Warum ist das wichtig? Es wurde schon erwähnt: Wir haben zum ersten Mal erlebt, dass die Bundesregierung einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat. Natürlich fühlen wir uns auch als Partei diesem Prinzip der soliden Finanzen verpflichtet. Wir müssen dafür sorgen, dass wir un-

sere Kasse immer im Blick behalten. Das ist zunächst die positive Botschaft meines heutigen Berichts. Ist damit alles gut? Zunächst ja, aber es gibt natürlich auch Entwicklungen, die uns Sorge bereiten.

Wir hatten in den letzten Jahren mit einem Rückgang der Mitgliederbeiträge zu kämpfen. Das betrifft vor allem Sie, in den Kreisverbänden vor Ort, aber es betrifft auch die gesamte Partei; denn es schmälert unsere Berechnungsgrundlage für die staatliche Seite der Parteienfinanzierung. Hier trifft es dann die Bundespartei besonders, weil sie aufgrund der Finanzverteilung überproportional von der staatlichen Finanzierung abhängt.

Ich danke Peter Tauber sehr, dass er die Initiative für eine Parteireform ergriffen hat, die sich insbesondere mit dem Thema Mitgliederwerbung beschäftigt. Wir müssen ihn alle dabei unterstützen. Ich darf Sie alle bitten, Ihren Beitrag dazu zu leisten.

Als Bundesschatzmeister unserer Partei gilt mein besonderes Augenmerk unseren Spendern und Unterstützern. Es ist sehr erfreulich, dass wir in den vergangenen Jahren wieder steigende Spendeneinnahmen verbuchen konnten. Besonders im Bundestagswahljahr sind wir von unseren Spendern toll unterstützt worden. Wir haben sogar über eine Million Euro mehr Spenden erhalten, als wir das in unserer ursprünglich sicherlich vorsichtigen Planung vorgesehen haben.

Mein besonderer Dank gilt meinem Amtsvorgänger Helmut Linssen, der sich mit großem Einsatz und Engagement seiner Aufgabe verpflichtet gefühlt hat. Ihn wollen wir an dieser Stelle herzlich grüßen; ich sehe ihn im Moment nicht, aber ich bitte Sie, das draußen auf den Fluren weiterzugeben.

Liebe Freunde, ich bin seit rund acht Monaten Ihr Bundesschatzmeister. Die Arbeit bringt zwar manche Last, aber ich kann sagen, sie macht mir auch Freude. Freude macht es mir, für eine stolze und starke Partei, eine Partei mit Traditionen und Werten zu arbeiten. Freude macht mir mein Team und die Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus. Freude macht es mir aber auch, mit unserer Parteivorsitzenden, unserem Generalsekretär und dem ganzen Präsidium und Bundesvorstand immer wieder über die vielen Möglichkeiten zu diskutieren, wie wir unser Land und unsere CDU weiter voranbringen können. Ich finde, wir sind ein großartiges Team; von so einem Team kann die SPD nur träumen.

(Vereinzelt Beifall)

Danke schön.

Freude macht es mir aber auch, mit unseren vielen ehrenamtlichen Schatzmeistern in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden für unsere gemeinsame Sache zu arbeiten. Auch ihnen gelten unser herzlicher Dank und die Anerkennung des gesamten Parteitages für ihr Engagement und für ihre nicht immer leichte Arbeit. Herzlichen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf ein anderes Thema zu sprechen kommen. Als große Volkspartei erhalten wir traditionell sehr viele kleine Spenden von Bürgern aus allen Regionen unseres Landes. Darauf sind wir stolz, ebenso wie auf die traditionelle Unterstützung durch viele mittelständische Betriebe und Familienunternehmen; denn, meine Damen und Herren, jede dieser Spenden ist auch eine Spende für die Demokratie.

Was mich allerdings betrübt, ist der Umstand, dass sich einige Großunternehmen und ihre Repräsentanten zunehmend aus ihrem Engagement für die Parteien zurückziehen. Das gilt nicht nur für die CDU, das gilt für alle Parteien. Es heißt, man spende ja an Vereine oder ehrenamtliche Organisationen, aber mit Parteien wolle man lieber nichts zu tun haben.

Ich frage mich natürlich schon: Was ist das denn für eine Haltung? Sind Parteien vielleicht keine ehrenamtlichen Organisationen? Was für eine Parteienfinanzierung stellen wir uns denn sonst vor? Etwa eine rein staatliche oder eine rein private? Ich denke, unser System einer gemischten, also staatlichen und privaten Finanzierung ist das beste System, das man sich vorstellen kann.

Mit unserem Parteienfinanzierungsgesetz bekennen wir uns zu einem Höchstmaß an Transparenz, und wir legen umfänglich Rechenschaft ab; weit mehr als die meisten anderen Organisationen. Ich meine – als politisch engagierter Unternehmer kann ich das beurteilen –: Unsere Parteien leisten einen wichtigen Beitrag in unserer Gemeinschaft. Unsere Aufgaben sind im Grundgesetz verankert. Sie fühlen sich unserem Land und unserer Demokratie verpflichtet. Deshalb ist jede Spende für die CDU auch eine Spende für die freiheitliche Grundordnung, für die wir stehen. Jede Spende für die CDU ist auch eine Spende für die Demokratie.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Appell geht deshalb besonders an die Verantwortlichen in großen Unternehmen. Engagieren Sie sich für unsere Demokratie, auch persönlich! Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Natürlich müssen auch wir als Politiker und Repräsentanten der CDU immer wieder intensiv werben; denn unsere Demokratie muss allen Bürgern und ihren Institutionen etwas wert sein.

Ich sage allen Spendern und allen Unterstützern, die sich finanziell und persönlich einbringen, und auch all denjenigen, die sich zur Unterstützung der CDU und ihrer Grundpositionen und Werte bekennen, und auch bereit sind, wenn es darauf ankommt, die Stimme zu erheben – und das sind zum Glück viele – im Namen der CDU: Herzlichen Dank! Ich rufe ihnen von hier aus zu: Die CDU braucht auch weiterhin Ihre Unterstützung. Unsere Demokratie braucht Ihre Unterstützung. Meine herzliche Bitte als Bundesschatzmeister ist: Bleiben Sie auch zukünftig an unserer Seite. Wir arbeiten gemeinsam für unser Land.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Die Finanzlage unserer Partei ist geordnet. Wir sind gut vorbereitet für die kommenden Aufgaben, aber natürlich gibt es auch Risiken und Unsicherheiten, denen wir unsere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Ich bedanke mich bei unserem Finanzbeauftragten, dem Revisionsbeauftragten und auch unseren Wirtschaftsprüfern für ihre geleistete Arbeit. Ein besonderer Dank für ihr Engagement gilt unseren ehrenamtlichen Rechnungsprüfern. Den Bericht über ihre Tätigkeit werden wir gleich im Anschluss hören.

Abschließend danke ich im Namen der Bundespartei den Landes- und Kreisverbänden für die gute und jederzeit konstruktive Zusammenarbeit.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Annette Widmann-Mauz**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Philipp Murmann, für Ihren Bericht. Wir spüren, dass Sie sich in den letzten acht Monaten sehr schnell in das neue Amt eingefunden haben. Auch die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

Ich darf Sie, liebe Delegierte, jetzt herzlich um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie mit dem Bericht des Bundesschatzmeisters einverstanden sind. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Bericht angenommen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Er wird heute von Herrn Christian Post, dem stellvertretenden Abteilungsleiter der Landesgeschäftsstelle der CDU Nordrhein-Westfalen, vorgetragen.

(Vereinzelt Beifall)

**Christian Post**, Mandatsprüfungskommission: Sehr verehrte Parteivorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros geprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 27. Parteitag 1 001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1 001 Delegierten waren um 13.30 Uhr 980 Delegierte anwesend. Der 27. Parteitag ist somit beschlussfähig.

(Beifall)

**Annette Widmann-Mauz**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Post und allen anderen Mitgliedern in der Mandatsprüfungskommission, für Ihre Arbeit.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich bitte nun, Herrn Peter Rzepka, den Bericht abzugeben.

**Peter Rzepka:** Frau Tagungspräsidentin! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und -freunde! Seit dem Parteitag in Hannover haben sich die Rechnungsprüfer, Frau Störr-Ritter, Herr Tillmann und ich, regelmäßig mit den Verantwortlichen in der Bundesgeschäftsstelle, dem Geschäftsführer und dem Finanzbeauftragten getroffen, um Einnahmen und Ausgaben zu prüfen und uns unter Vorlage entsprechender Unterlagen über die Liquidität und die Erstellung des Rechenschaftsberichts berichten zu lassen. Unsere Fragen wurden sachgerecht und erschöpfend beantwortet. Unsere Anregungen wurden aufgegriffen, wofür wir uns recht herzlich bedanken.

Die Rechenschaftsberichte 2011 und 2012 sind bereits als Drucksachen des Deutschen Bundestages veröffentlicht und wurden auf dem diesjährigen Parteitag in Berlin ausgelegt. Der Einnahmenüberschuss des Jahres 2012 lag mit rund 14,8 Millionen Euro um rund 6,2 Millionen Euro über dem Einnahmenüberschuss des Jahres 2011, was wesentlich daran lag, dass im Jahr 2011 sieben Landtagswahlen stattfanden; ich erinnere an Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Die Bundespartei konnte damit in den Jahren 2011 und 2012 ihre geplanten Wahlkampfrücklagen bilden, sodass der Bundestagswahlkampf 2013 – der Bundesschatzmeister hat schon darauf hingewiesen – vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden konnte.

Der Rechenschaftsbericht 2013 wurde im November in Bundesvorstand verabschiedet, mit einem uneingeschränkten Testat versehen und dann fristgerecht an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet. Aufgrund der Bundestagswahl ist das Ergebnis 2013 naturgemäß durch deutlich höhere Ausgaben für Wahlen geprägt. Das durch die Wahlkampfausgaben bedingte Defizit der CDU Deutschlands beträgt rund 300000 Euro. Die Bundespartei weist ein Defizit von rund 3,7 Millionen Euro aus, das aber durch die Ergebnisse der Landesverbände kompensiert werden konnte. Die Wahlkampfausgaben der Bundespartei in Höhe von 19,4 Millionen Euro waren im Etat 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant. Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass das Spendenziel im Jahr 2013 deutlich überschritten wurde, und zwar um rund 1,4 Millionen Euro.

Finanziell war das Jahr 2013 für die Bundesgeschäftsstelle unter Berücksichtigung der etatisierten Mehrausgaben für die Bundestagswahl erfolgreich. Der Wahlkampfetat des Jahres 2013 konnte trotz eines sehr erfolgreichen Wahlkampfes ohne Überschreitungen eingehalten wer-

den und der laufende Etat 2013 verzeichnete sogar ein sehr deutliches Plus von rund 4,5 Millionen Euro. Dies lag im Wesentlichen daran, dass 2013 kein Parteitag stattfand, der mit rund 1,9 Millionen Euro Ausgaben etatisiert war und dass überplanmäßige Einnahmen aus Spenden in Höhe von 1,4 Millionen Euro und aus staatlichen Mitteln in Höhe von 0,8 Millionen Euro erzielt wurden.

Auch beim Europawahletat 2014 und beim laufenden Etat 2014 kann nach derzeitigen Erkenntnissen mit leicht überplanmäßigen Ergebnissen gerechnet werden.

Für die Partei insgesamt und die Bundespartei im Besonderen gibt es jedoch weiterhin eine problematische Entwicklung. Die Mitgliederzahlen und die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind auch im Jahr 2013 mit 9 259 Mitgliedern weniger und 500 000 Euro weniger Beiträgen zurückgegangen. Dieser anhaltende Rückgang der neben den staatlichen Mitteln bedeutendsten Einnahmequelle ist für die Finanzsituation besorgniserregend, weil diese negative Entwicklung ansteigend ist und weil dadurch die Einnahmen der staatlichen Teilfinanzierung negativ beeinflusst werden.

Aus diesem Grund ist es aus Sicht der Rechnungsprüfer unumgänglich, dass wir das Beitragsaufkommen zumindest wieder stabilisieren. Eine ständige Abwärtsspirale in Höhe von rund einer halben Million Euro pro Jahr gefährdet auf lange Sicht unser finanzielles Gleichgewicht. Wir müssen uns weiterhin bemühen, neue Mitglieder zu gewinnen. Zusätzlich kann es notwendig sein, die derzeitigen Beitragstarife bzw. das System unserer Beitragseinschätzung zu überprüfen.

Auch bei der derzeitigen soliden Finanzlage hat die Bundesgeschäftsstelle sicherzustellen, dass die Ausgaben nicht über das zur Erfüllung der Aufgaben notwendige Maß hinausgehen. Trotz zahlreicher Sponsoringeinnahmen kostet ein Parteitag oft deutlich über zwei Millionen Euro, wobei der Ort des Parteitags einen erheblichen Einfluss auf die Kosten hat. Deshalb sei abschließend erneut darauf hingewiesen, dass sich die Bundespartei einen jährlichen Parteitag, der deutlich über zwei Millionen Euro kostet, nicht wird leisten können.

Liebe Parteifreundinnen und -freunde, die Rechnungsprüfer empfehlen Ihnen aufgrund der nach unserer Überzeugung soliden Finanzwirtschaft, dem Bundesvorstand für die Jahre 2011 und 2012 uneingeschränkte Entlastung zu erteilen. Die Rechenschaftsberichte 2011 und 2012 wurden bereits auf dem Parteitag in Berlin beschlossen.

Abschließend möchte ich mich bei meinen Prüferkollegen Frau Störr-Ritter und Herrn Tillmann sehr herzlich für die Zusammenarbeit bedanken. Ich möchte mich insbesondere bei Herrn Tillmann bedanken, der nicht erneut kandidiert, nachdem er diese Aufgabe 25 Jahre wahrgenommen und damit ein Beispiel für ehrenamtliches Engagement in der Union gegeben hat. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Annette Widmann-Mauz**, Tagungspräsidium: Wir danken allen Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und insbesondere Ihnen, Herr Rzepka, für Ihren Bericht und Ihre Hinweise. Wie Sie schon ausgeführt haben, wollen wir am heutigen Tag insbesondere Ferdinand Tillmann danken, der seit 25 Jahren dieses Amt innehat und morgen nicht mehr als Kandidat zur Verfügung steht. Deshalb wird unser Bundesgeschäftsführer, Dr. Klaus Schüler, Ihnen als kleines Dankeschön für Ihre große Arbeit ein Präsent überreichen. Herzlichen Dank, Herr Tillmann.

(Beifall – Dr. Klaus Schüler überreicht Herrn Ferdinand Tillmann ein Präsent)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde! Unter unseren Ehrengästen befinden sich zwei ehemalige Bundesgeschäftsführer der CDU, die viel zum Erfolg der Partei beigetragen haben. Ich freue mich, dass Willi Hausmann und Hans-Joachim Reck heute hier beim Parteitag dabei sind. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

#### Entlastung des Bundesvorstands

Die Entlastung ist von den Rechnungsprüfern für die Jahre 2011 und 2012 beantragt worden. Wir gehen davon aus, dass Sie mit einer gemeinsamen Entlastung für die beiden Jahre auf dieser Grundlage einverstanden sind. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Wer der Entlastung des Bundesvorstands zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Betroffenen ist das so beschlossen.

Somit stelle ich fest, dass der Bundesvorstand durch den Parteitag entlastet wurde.

Bevor die entlasteten Mitglieder die Bühne verlassen, übergebe ich zunächst das Wort an unsere Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, bevor wir zur Wahl des neuen Bundesvorstandes kommen, möchte ich mich bei einem ganz herzlich bedanken, nämlich bei Philipp Mißfelder, der heute nicht wieder für das Präsidium bzw. den Bundesvorstand kandidiert.

Lieber Philipp, du warst seit 2008 im Präsidium und du hast zwölf Jahre die Junge Union geführt; das ist schon fast eine Ära. Für beides ganz herzlichen Dank! Du hast die erfolgreichste und größte Parteijugendorganisation Deutschlands in diesen Jahren maßgeblich geprägt. Du hast dich immer um eine konstruktive und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der Mutterpartei bemüht. Ich sage von ganzem Herzen: Danke schön, lieber Philipp! Alles Gute! Du wirst ja



nicht aus der Politik verschwinden, sondern bist Bundestagsabgeordneter, unser außenpolitischer Sprecher und gleichzeitig Schatzmeister des Landes Nordrhein-Westfalen. Alles Gute und noch einmal herzlichen Dank für deine Arbeit!

(Beifall)

Gleichzeitig möchte ich allen Mitgliedern des Bundesvorstandes herzlichen Dank sagen für die gute Zusammenarbeit. Die Wahlperiode war geprägt durch den Wahlkampf für die Bundestagswahl und die Europawahl. Wir sind beide Male deutlich stärkste Kraft geworden. Daran hat mit Sicherheit auch dieser Bundesvorstand ganz besonderen Anteil. Danke also all denen, mit denen ich zusammenarbeiten konnte! Mir hat das sehr viel Freude bereitet und für die CDU Deutschlands war es ein guter Bundesvorstand. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich bitte nunmehr die Mitglieder des Bundesvorstandes bei den Delegierten Platz zu nehmen. Der Generalsekretär befindet sich noch in seiner Amtszeit und bleibt selbstverständlich hier oben bei uns.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

#### Wahl des Bundesvorstandes

Vor Eintritt in die einzelnen Wahlgänge möchte ich auf Folgendes hinweisen: Laut § 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit; sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

In § 15 unseres Statuts ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. Bei der Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden, bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums und bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes gilt also das Frauenquorum. Die jeweils ersten Wahlgänge sind nur dann gültig, wenn mindestens ein Drittel der Gewählten Frauen sind. Sie sind in Ihrer Stimmabgabe frei; aber es ist natürlich ein Gebot der Klugheit, unsere qualifizierten Frauen tatsächlich zu wählen, damit unsere Wahlgänge von Anfang an gültig sind.

(Vereinzelt Beifall)

Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Nach dem Ausfüllen

werfen Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurnen, welche zu Ihnen an Ihren Platz getragen werden. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

Wir kommen nun, liebe Freunde, zu einem weiteren Höhepunkt unseres Parteitages, zu TAGES-ORDNUNGSPUNKT 16.1:

#### Wahl des Vorsitzenden

Vorgeschlagen ist Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich darauf hinweisen, wie wir wählen wollen: Bitte nehmen Sie Ihren Stimmzettelblock zur Hand, den Sie zusammen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro bekommen haben. Die Stimmzettel befinden sich etwa in der Mitte des Blocks. Wir werden mit dem blauen Stimmzettel Nr. 1 die Wahl durchführen. Wenn Sie für die vorgeschlagene Kandidatin, Frau Dr. Angela Merkel, stimmen wollen, so können Sie entweder „Ja“ darauf schreiben oder einfach „Angela Merkel“ oder „Merkel“. Alle drei Varianten werden als Ja-Stimme gewertet. Wenn Sie anderer Meinung sein sollten, können Sie „Nein“ darauf schreiben. Wenn Sie sich enthalten wollen, schreiben Sie „Enthaltung“ darauf oder lassen den Stimmzettel leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig.

Ich bitte jetzt, in den Wahlgang einzutreten. Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, die großen orangefarbenen Stimmzettel für die Stellvertreterwahlen im Büro der Stimmzählkommission in Halle 7, Raum H13, abzuholen.

Können bitte einmal diejenigen ihren Stimmzettel hochhalten, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben?

Haben alle Delegierten ihren Stimmzettel zur Wahl der Vorsitzenden abgegeben? Hat irgendjemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe hiermit den Wahlgang und unterbreche den Parteitag bis zur Bekanntgabe des Stimmergebnisses zur Wahl der Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

(Unterbrechung von 15.01 bis 15.13 Uhr)

**Peter Hintze**, Tagungspräsident: Liebe Freunde, wir eröffnen den Parteitag wieder zur Bekanntgabe des Stimmergebnisses zur Wahl der Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Ich bitte alle, dazu ihre Plätze einzunehmen.

Wahl der Parteivorsitzenden, Protokoll der Stimmzählkommission: Abgegebene Stimmen 919. Ungültige Stimmen 0.

(Beifall)

Enthaltungen 5. Gültige Stimmen 914. Die erforderliche Mehrheit für die Wahl ins Amt würde 458 Stimmen betragen.

Auf Frau Dr. Angela Merkel entfielen 884 Stimmen. Das sind 96,72 Prozent.

(Starker Beifall)

Mit Nein stimmten 30 Delegierte. Das sind 3,28 Prozent.

Damit ist unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wieder zur Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt worden.

Ich frage Angela Merkel, ob sie die Wahl annimmt.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Delegierte! Herr Tagungspräsident! Ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für das überwältigende Vertrauen und verspreche Ihnen, dass wir gemeinsam alles tun, damit die CDU weiter erfolgreich bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Ein Glückwunsch durch den Parteitagpräsidenten Armin Laschet, der unserer Vorsitzenden mit einem Blumenstrauß gratuliert.

Der Vollständigkeit halber: Das Protokoll der Stimmzählkommission ist unterschrieben: Ulf Leisner, Wolfgang Blum, Köln, 9. Dezember 2014.

Die Mitglieder der Antragskommission werden gebeten, sich während des folgenden Tagesordnungspunktes 16.2 „Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden“ zur Sitzung der Antragskommission zu begeben. Es ist sichergestellt, dass dort die Stimmabgabe möglich ist. Die Antragskommission tagt in der benachbarten Halle 7. Diese befindet sich von mir aus gesehen auf der rechten Seite. Die Sitzung findet in Raum H 19 statt. Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock mit. Alle Mitglieder der Antragskommission, die Delegierte sind, können während der Sitzung der Antragskommission an den weiteren Wahlgängen teilnehmen. Die großen Stimmzettel für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums und, wenn notwendig, die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes werden in der Sitzung überreicht.

**David McAllister**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Hintze.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2 auf:

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden

Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich in alphabetischer Reihenfolge vorlese. Erstens Volker Bouffier, zweitens Julia Klöckner, drittens Armin Laschet, viertens Dr. Ursula von der Leyen und fünftens Thomas Strobl.

Wir kommen nun zu den Vorstellungen. Zunächst Volker Bouffier, bitte.

**Volker Bouffier:** Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Volker Bouffier, Vorsitzender der hessischen CDU, hessischer Ministerpräsident. Ich führe eine Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall)

Vielen Dank. – Wenn ich einmal unsere Freunde in Bayern weglasse, so ist das übrigens die einzige Regierung in Deutschland ohne Sozialdemokraten. Das ist gut so, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir haben Rot-Rot-Grün verhindert und sind neue Wege gegangen. Wir haben uns auf der Grundlage unserer Stärke und unserer Geschlossenheit bewusst für diese Koalition entschieden. Wir arbeiten respektvoll miteinander, wir lernen voneinander, und wir sind erfolgreich. Wir haben traditionelle Grenzen überwunden, aber wir haben unsere Identität nicht aufgegeben. Wir stehen zu unserer Tradition, wir stehen zu unseren Werten, und wir stehen zu dem, was die CDU Deutschlands ausmacht.

Liebe Freunde, die CDU Deutschlands ist die mit Abstand stärkste politische Kraft in unserem Land. Das soll auch in Zukunft so sein. Damit das besonders gut gelingt, müssen wir alles tun, damit wir in den Ländern wieder viele Regierungen stellen; viele Regierungschefs.

(Beifall)

Es ist für unser Land wichtig, dass wir nicht rot-grüne Blockaden erleben. Es ist wichtig, dass eine CDU-geführte Bundesregierung mit möglichst vielen CDU-geführten Länderregierungen – Bund und Land gemeinsam – für unser Land erfolgreich arbeiten kann. Dafür will ich mich besonders einsetzen. Dafür bitte ich Sie erneut um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**David McAllister,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Volker Bouffier. – Jetzt hat Frau Julia Klöckner das Wort.

**Julia Klöckner:** Liebe Freundinnen und Freunde! Es hat vorhin sehr gutgetan, als Angela Merkel in ihrer Rede Rheinland-Pfalz erwähnt hat und der ganze Parteitag applaudiert hat. Vielen Dank dafür. Das gibt uns aus Mainz guten Rückenwind, sodass wir mit diesem guten Rückenwind morgen wieder gestärkt zurückfahren können.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Kraft brauchen wir. In rund 500 Tagen wird in Rheinland-Pfalz wieder gewählt. Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen: Julia Klöckner ist mein Name, bin noch 41 Jahre alt, komme aus einem ländlichen Gebiet, aus Guldental, bin in einem Weingut groß geworden und leite die Fraktion und den Landesverband der Christdemokraten in Rheinland-Pfalz. Wie Sie wissen, habe ich mich 2011 bewusst entschieden, nach neun Jahren Bundestag und als Parlamentarische Staatssekretärin wieder in das Land Rheinland-Pfalz zurückzukehren. Es war eine richtige Entscheidung und mit vollem Herzen getroffen, in dieses Land zu gehen, in dem Helmut Kohl und Bernhard Vogel viele Jahre erfolgreich Politik gemacht haben. Deshalb arbeiten wir an einem Wechsel für 2016.

(Beifall)

Ich habe eben Helmut Kohl erwähnt. Ich darf Sie recht herzlich von Helmut Kohl grüßen, der zusammen mit seiner Frau uns hier auf dem Parteitag zuschaut. Ich denke, wir schicken aus Köln Grüße nach Oggersheim.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben ein gemeinsames Ziel in Rheinland-Pfalz. Wir wollen solide Finanzen, nachhaltige Bildung und den Zusammenhalt der Generationen. Was treibt uns an? Es ist das Bild vom Menschen. Alle Menschen sind gleich viel wert. Jeder hat Talente. Es gibt keinen, der nichts kann: ob jung oder alt, ob Mann oder Frau, ob krank oder gesund, ob in eine Kasse einzahlend oder aus einer Kasse bekommend. Wir sind fest davon überzeugt, dass der Wert eines jungen Menschen nicht erst mit dem Abitur oder dem Studium beginnt. Die berufliche Bildung ist genauso viel wert wie die akademische Bildung. Dafür kämpfen wir.

(Beifall)

Alle Menschen sind gleich viel wert. Männer und Frauen sind gleich viel wert. In einer offenen Gesellschaft sind wir der Meinung, dass, weil einige religiöse fundamentalistische Männer es meinen, Frauen sich nicht verschleiern müssen, nur weil sie Frauen sind.

(Beifall)

Eine offene Gesellschaft heißt für uns auch, dass wir den Menschen mehr zutrauen als es Rot-Grün tut, wie der Alltag des Lebens zu meistern sei. Ich will Ihnen abschließend ein Beispiel geben, wohin uns die rot-grüne Familienpolitik in Rheinland-Pfalz führt.

Die neue Bildungsministerin hat gesagt: Keine Mutter kann ihrem Kind das bieten, was eine Krippe bieten kann.

(Pfiffe)

Liebe Freunde, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Keine Krippe kann das bieten, was eine Mutter und ein Vater einem Kind bieten können.

(Beifall)

Das ist auch ein Grund, warum unser Land den Wechsel braucht. Deshalb bewerbe ich mich erneut um das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und würde mich sehr über Ihre Unterstützung freuen. Es wäre wirklich prima, wenn wir es zusammen mit Baden-Württemberg schaffen würden, im Jahr 2016 den Wechsel zu schaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**David McAllister**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Julia Klöckner. – Nun hat das Wort Armin Laschet.

(Beifall)

**Armin Laschet**: Herr Präsident! Liebe Freunde! Wir liegen bei den Umfragen bei 40 Prozent. Wir haben bei der Bundestagswahl fast die absolute Mehrheit errungen. Also stellt sich die Frage: Ist eigentlich alles gut? Müssen wir nichts mehr tun? Müssen wir nur noch feiern? – Ich glaube, wir haben in drei Bereichen Nachholbedarf. Diesen widmen sich die drei Programmkommissionen gerade.

Erstes Thema. Was passiert eigentlich mit einer Gesellschaft, die sich so schnell verändert, die älter wird, die bunter wird – ich habe heute Morgen darüber kurz sprechen können –, und in der immer weniger Menschen das erwirtschaften müssen, was wir, die geburtenstarken Jahrgänge, dann irgendwann, wenn wir in den Ruhestand gehen, als Leistung empfangen? Dazu brauchen wir gemeinsame Werte, die heute nicht mehr die der 50er-Jahre sind. Dies zusammen mit Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur zu erarbeiten, ist das Ziel unserer Programmkommissionen. Dort würde ich gern als stellvertretender Bundesvorsitzender, wenn Sie mir das Vertrauen schenken, weiter mitarbeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Zweites Thema. Wirtschaft. Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung, die Steuereinnahmen sprudeln ohne Ende, die Sozialkassen sind gefüllt. Aber die Frage ist: Wie können wir in Zukunft, in dieser älter werdenden Gesellschaft, Industrieland bleiben? Wie soll der Kampf um jeden Arbeitsplatz in Zukunft funktionieren? Wenn Sie die chemische Industrie – die Bayer-Werke befinden sich unweit dieses Veranstaltungsortes – fragen, sagen dort viele: Wir investieren mit Blick auf die Dinge, die in zehn Jahren anstehen, heute schon nicht mehr in Deutschland. – Deshalb geht es um die Frage: Wie können wir Industrieland bleiben? Das fängt bei Banalitäten an, dass Sie beispielsweise Güter, die Sie produzieren, in die Welt bringen müssen. Wenn Sie aber in Leverkusen mit Lkws über 3,5 Tonnen nicht mehr über den Rhein fahren können, ist das eines Industrielandes unwürdig.

(Beifall)

Deshalb ist Verkehrspolitik heute Wirtschaftspolitik. Bei der A 40 in Duisburg droht das nächste Problem. Wir haben in den letzten Jahren viel in den Osten investiert. Wir müssen jetzt auch in diesem Kernland der Industriepolitik die Infrastruktur in Ordnung bringen.

Das dritte Thema. Die Bundeskanzlerin hat heute über die digitalisierte Wirtschaft gesprochen. Bei uns – ähnlich wie in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen und anderen Ländern – entstehen industrielle Arbeitsplätze heute eher in ländlichen Regionen, nicht mehr nur in den Industriezentren; Hidden Champions, versteckte Champions, die auf dem Weltmarkt agieren, aber ein Internet haben, das nicht auf der Höhe der Zeit ist. Deshalb ist mit Blick auf den internationalen Wettbewerb der Breitbandausbau das dritte wichtige Thema, bei dem wir dringend besser werden müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Eine letzte Bemerkung: Wir freuen uns an 40 Prozent plus X im Bund. Wir haben eine exzellente Bundeskanzlerin, die alle Chancen hat, 2017 ein rot-rot-grünes Bündnis zu verhindern. Ich habe nachgeschaut, wann der letzte Parteitag in Nordrhein-Westfalen war. Das war 2005 in Dortmund. Damals hatte sich die Parteitagsregie in ihrer Weisheit einfallen lassen, zehn Grußworte an den Anfang zu stellen. Stellen Sie sich das einmal vor: Zehn Grußworte! Das waren die Grußworte unserer Ministerpräsidenten. Heute haben wir nur noch vier! Deshalb ist es wichtig – so wie Julia das über Rheinland-Pfalz vorgetragen hat –, dass wir bis 2017 in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg wieder Regierungen stellen. Dafür bitte ich um Ihren Rückenwind an diesem heutigen Parteitag. – Vielen Dank.

(Beifall)

**David McAllister**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Armin Laschet. – Nun spricht zu uns Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall)

**Ursula von der Leyen:** Liebe Freundinnen und Freunde! Auch ich möchte mich vorstellen: Ursula von der Leyen, 56 Jahre alt, verheiratet, sieben Kinder. Ich durfte Familienministerin sein. Ich war Arbeitsministerin, jetzt bin ich Verteidigungsministerin. Als ich vor einem Jahr ins Amt berufen worden bin, gab es ein einziges großes Thema in diesem Amt, nämlich die Frage, wie wir in Afghanistan die Nachfolgemitmission auf den Weg bringen können. Jetzt, keine zwölf Monate später, dominieren ganz andere Fragen den Alltag, nämlich die schreckliche Seuche Ebola in Westafrika, das barbarische Vorgehen des sogenannten „Islamischen Staates“ und – was die Menschen in Deutschland sicherlich am meisten bedrückt – die Russland/Ukraine-Krise.

Ich möchte in diesem Amt und in der CDU Deutschlands meinen Beitrag dazu leisten, dass wir unsere Verantwortung übernehmen für die von Krankheit gezeichneten Menschen in Westafri-

ka, dass wir den Blick nicht abwenden von den verfolgten Flüchtlingen im Nordirak, die Not und Leid erfahren, und dass wir diejenigen unterstützen, die ihnen Schutz geben und die sich – wie die Peschmerga – dem IS entgegenstellen.

Aber es geht mir auch um die Grundsatzdiskussion, auf welchen Regeln des Zusammenlebens wir in Europa noch aufbauen können. Haben wir eine europäische Sicherheitsarchitektur, die tragbar ist? Gilt das Völkerrecht noch? Liebe Freundinnen und Freunde, in diesen Tagen geht es um den Bestand der europäischen Friedensordnung, wie sie uns einmal hinterlassen worden ist von Staatenlenkern wie Helmut Kohl, wie Michael Gorbatschow und wie Jacques Chirac. Das ist das Erbe, das es in diesen Tagen zu verteidigen gilt.

Wir haben doch nicht vergessen, was es bedeutet, an einem Grenzzaun zu leben. Wir haben doch nicht vergessen, was für ein unglaubliches Gefühl es ist, wenn die Menschen eines Landes frei entscheiden können, wie sie leben wollen und mit wem sie Bündnisse eingehen wollen. Darum geht es in diesen Tagen.

Eines zeigt sich auch: Krisen entstehen immer da, wo Schwäche ist, wo es ein Vakuum gibt. Präsident Putin konnte die Krim annektieren, weil er die Möglichkeit dazu hatte und weil sich ihm keiner entgegengestellt hatte. Deswegen sind ein starkes Bündnis innerhalb der NATO, Geschlossenheit und Einigkeit so unendlich wichtig. Denn mit dem Starken muss man reden; den Starken kann man nicht provozieren, sondern man muss sich mit ihm an einen Verhandlungstisch setzen.

(Vereinzelt Beifall)

Für all das brauchen wir immer wieder die Diplomatie. Wir brauchen immer wieder die wirtschaftliche Zusammenarbeit, weil wir wissen: Es gibt keine Sicherheit ohne wirtschaftlichen Wohlstand und es gibt keinen Wohlstand ohne Sicherheit.

Aber wir brauchen auch die Bundeswehr als einen verlässlichen Pfeiler innerhalb unserer Bündnisse. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten viel debattiert über die Ausrüstung und die Aufstellung der Bundeswehr. Das ist notwendig. Ich will diese Modernisierung beherzt angehen. Was mich aber in den letzten Wochen geschmerzt hat, ist, dass über diese Debatte aus dem Blick geraten zu sein scheint, was unsere Soldatinnen und Soldaten in 16 internationalen Einsätzen leisten. Dafür, liebe Freundinnen und Freunde, gebührt ihnen unsere Hochachtung, unsere Anerkennung und unser Respekt.

(Beifall)

Genau für diese Themen möchte ich mich einsetzen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben. – Vielen Dank.

(Beifall)



**David McAllister**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Ursula von der Leyen. – Nun hat Thomas Strobl das Wort.

(Beifall)

**Thomas Strobl:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Thomas Strobl. Ich bin der stellvertretende Vorsitzende unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Arbeitsbereichen Innen- und Rechtspolitik. Baden-Württemberg ist meine Heimat. 2011, nach der verlorenen Bundestagswahl, hat mir die CDU Baden-Württemberg das Vertrauen gegeben und mich zu ihrem Landesvorsitzenden gemacht. In den vergangenen drei Jahren habe ich alles dafür gegeben, damit wir 2016 dieses Land Baden-Württemberg zurückerobern.

(Beifall)

Es wäre mir eine Ehre gewesen, unseren stolzen Landesverband Baden-Württemberg in diese Landtagswahl zu führen. Nun, am vergangenen Freitag, haben die Mitglieder der CDU Baden-Württemberg unseren Landtagspräsidenten, Guido Wolf, zu ihrem Spitzenkandidaten gemacht. Eines ist mir persönlich wichtig, Ihnen zu sagen: In all den vielen zurückliegenden Monaten des innerparteilichen Wettstreits war Guido Wolf nie wirklich mein Gegner. Ich kenne nur einen Gegner, und dieser Gegner steht links. Ich möchte Ihnen sagen: Die CDU Baden-Württemberg, wir werden geschlossen bleiben, und ich persönlich werde in den nächsten Monaten alles, alles, alles daransetzen, dass wir in 15 Monaten Grün-Rot in Baden-Württemberg ablösen und Guido Wolf Ministerpräsident von Baden-Württemberg wird. Das ist mein ganzes Ziel in den nächsten 15 Monaten.

(Anhaltender Beifall)

Ich würde mich freuen, wenn ich das mit Ihrer Unterstützung und Rückenwind auch als stellvertretender Bundesvorsitzender tun könnte.

In der langen Geschichte unserer Partei sind wir immer die Partei der inneren Sicherheit gewesen. Sie gehört zu unserem Markenkern. Die Menschen trauen uns in diesem Bereich viel zu, und das lassen wir uns von niemandem nehmen. Wir werden morgen mit einem von Thomas de Maizière, mir und anderen ausgearbeiteten Antrag zur inneren Sicherheit ein klares Signal für einen starken Staat setzen. Dort, wo die Union das Innenministerium führt, ist es um die innere Sicherheit in der Regel gut bestellt; dort steigt die Zahl der Polizisten an. Dort, wo Rot-Grün oder Grün-Rot regiert, wie in Baden-Württemberg, steigt die Zahl der Einbrüche an.

Wir haben gerade im Bundeshaushalt 2015 400 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen und stellen einen deutlichen zweistelligen Millionenbetrag für eine bessere Ausrüstung unserer Polizistinnen und Polizisten trotz Nullverschuldung zur Verfügung. Ich sage: Das ist richtig. Wir

müssen uns hinter unsere Polizei stellen. Wer sich nicht hinter unsere Polizistinnen und Polizisten stellt, steht bald allein und hilflos vor den Gewalttätern. Die Kölner Krawalle – 4 500 Hooligans haben diese große, stolze Stadt, in der wir heute tagen, terrorisiert – sind ein Alarmsignal. Das darf es niemals wieder geben, nicht in Deutschland, nicht in Nordrhein-Westfalen und erst recht nicht in Köln. Deswegen, lieber Armin Laschet, braucht ihr in Nordrhein-Westfalen wieder einen CDU-Innenminister. Dann wird sich so etwas nie wiederholen.

(Beifall)

Bei einem anderen Thema müssen wir genau hinschauen. In Deutschland leben knapp vier Millionen Muslime. Der allergrößte Teil von ihnen ist rechtstreu, arbeitet hier, zahlt Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, ist integriert oder bemüht sich um Integration. Doch ich mache mir Sorgen um eine wachsende Zahl extremistischer Islamisten. Die Radikalsten von ihnen ziehen in den nördlichen Irak oder nach Syrien, um dort mit barbarischer Grausamkeit einen Gottesstaat zu errichten. Man fragt sich bei uns: Wie kann man sich derart radikalisieren? Wir müssen wachsam und entschlossen sein. Wir sind ein tolerantes Land. Bei uns gibt es Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und Religionsfreiheit. Diese Freiheiten wollen wir erhalten. Wenn aber bei uns hasserfüllte Wanderprediger auftreten, die in unseren Städten für die Scharia Werbung machen, dann müssen wir eine Handhabe gegen solche Leute haben. Ich möchte Ihnen sagen: Wir als Union werden unsere freiheitliche Grundordnung verteidigen. Wir werden die Meinungsfreiheit verteidigen. Wir werden die Demonstrationsfreiheit verteidigen. Wir werden die Religionsfreiheit verteidigen. Für uns gilt: In Deutschland macht nicht der Prophet Gesetze, sondern das Parlament. Dafür muss die CDU klar stehen. Hier arbeite ich in Zukunft gerne für ein klares Profil. – Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall)

**David McAllister**, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Thomas Strobl, für deine Vorstellung. – Vor Eröffnung des Wahlgangs darf ich auf Folgendes hinweisen: Erstens. Die Wahlen erfolgen mit dem großen, orangefarbenen Stimmzettel, auf welchem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Diesen Zettel haben Sie hoffentlich zwischenzeitlich von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer erhalten. Zweitens. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, in unserem Fall also fünf. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er drei, vier oder fünf Kreuze enthält.

Wie vorhin erwähnt, ist in § 15 unseres Statuts ein Frauenquorum vorgesehen. Demzufolge müssen ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Quorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies sind bei fünf gewählten stellvertretenden Vorsitzenden mindestens zwei Frauen.

Ich darf nun fragen, ob alle Delegierten den großen, orangefarbenen Stimmzettel erhalten haben? – Ich sehe keinen Protest. Dann ist dies offenkundig der Fall. Damit eröffne ich jetzt den Wahlgang. In der Zwischenzeit erfolgt nochmals ein Hinweis für die Mitglieder der Antragskommission. Bitte begeben Sie sich nach Ihrer Stimmabgabe in den ausgeschilderten Raum der Antragskommission.

Haben alle Delegierten die Gelegenheit gehabt, ihre Stimmzettel abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang für die stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Auszählung der Stimmen zur Wahl unserer Bundesvorsitzenden wird natürlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Tagungspräsidium schlägt daher vor, während der Auszählung bereits die Wahl des Bundesschatzmeisters durchzuführen.

(Vereinzelt Beifall)

Gibt es Gegenstimmen zu diesem Vorschlag? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 16.3 auf:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Ich erteile nun das Wort unserer Parteivorsitzenden, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, für die Wahl des Bundesschatzmeisters schlage ich Philipp Murmann vor, der auf dem vergangenen Parteitag erstmalig zum Bundesschatzmeister gewählt wurde.

Philipp Murmann hat Ihnen eben seinen Bericht vorgetragen. Er hat sich mit Schwung und Engagement seiner Aufgabe angenommen und hat das weitergeführt, was Helmut Linsse auf den Weg gebracht hat. Er hat hier eben ganz grundsätzliche Ausführungen zu der Notwendigkeit von Parteispenden gemacht, die ich absolut unterstütze.

Philipp Murmann ist bereit, wieder für das Amt des Schatzmeisters zu kandidieren. Ich würde gerne weiter mit ihm zusammenarbeiten und schlage ihn deshalb als neuen Schatzmeister vor. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**David McAllister**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel. Vorgeschlagen ist also Dr. Philipp Murmann.

Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie, wiederum folgende Hinweise zu beachten. Erstens. Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem hellen, elfenbeinfarbenen Stimmzettel Nr. 2 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen.

Gültig sind Stimmzettel, auf denen Ja oder der Name, Nein oder Enthaltung steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang. – Ich bekomme gerade den Hinweis, dass die Urnen erst in zwei bis drei Minuten fertig sind. Der Wahlgang bleibt solange eröffnet. Die Urnen kommen sicherlich gleich.

Ich möchte den Parteitag fragen: Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden liegt noch nicht vor. Deshalb unterbreche ich für einen kurzen Zeitraum den Bundesparteitag.

(Unterbrechung von 15.59 bis 16.07 Uhr)

**David McAllister**, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte nun das Ergebnis der Wahl der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 960. Ungültige Stimmen: 2. Enthaltungen: keine. Damit gültige Stimmen: 958. Die erforderliche Mehrheit beträgt 480.

Als stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands wurden gewählt: Julia Klöckner mit 924 Stimmen, das sind 96,45 Prozent;

(Lebhafter Beifall)

Volker Bouffier mit 854 Stimmen, das sind 89,14 Prozent;

(Beifall)

Armin Laschet mit 729 Stimmen, das sind 76,1 Prozent;

(Beifall)

Thomas Strobl mit 720 Stimmen, das sind 75,16 Prozent;

(Beifall)

und Ursula von der Leyen mit 675 Stimmen, das sind 70,46 Prozent.

(Beifall)

Ich frage die Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen: Volker Bouffier? – Julia Klöckner? – Armin Laschet? – Ursula von der Leyen? – Thomas Strobl? – Dann gratuliere ich sehr herzlich zur Wahl als stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands. Die gewählten Stellvertreter dürfen auf der Bühne vorne ihren Platz einnehmen.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4:

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Für die Wahl der weiteren Mitglieder sind vorgeschlagen: Emine Demirbükten-Wegner, Hermann Gröhe, Annegret Kramp-Karrenbauer, Karl-Josef Laumann, David McAllister, Dr. Wolfgang Schäuble, Jens Spahn und Stanislaw Tillich. Weitere Vorschläge liegen uns nicht vor.

Bevor wir mit der Vorstellung der Kandidaten beginnen, möchten wir die Landesgeschäftsführer bitten, die Stimmzettel bei der Stimmzählkommission abzuholen.

Ich möchte im Vorfeld sagen, dass wir hier das Frauenquorum einzuhalten haben und deswegen genau überlegen sollten, wenn wir keinen weiteren Wahlgang machen möchten, wen wir hier ankreuzen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der Vorstellung. An Platz eins steht Emine Demirbükten-Wegner. – Bitte schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Emine Demirbükten-Wegner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Emine Demirbükten-Wegner. Ich wurde vor nunmehr 53 Jahren in der schönen Stadt Istanbul geboren und bin mit meiner Mutter im Jahre 1969 nach Berlin gezogen zu meinem Vater, der damals schon zwei Jahre zuvor als Gastarbeiter in Deutschland war.

Ich bin verheiratet und Mutter von zwei Kindern, die im kommenden Monat neun und elf Jahre alt werden. Ich habe in Berlin Germanistik und Kommunikationswissenschaften studiert. In den Jahren 2006 und 2011 bin ich als Abgeordnete in das Berliner Abgeordnetenhaus eingezogen, nachdem ich wohl als erste türkischstämmige CDU-Kandidatin das Direktmandat in einem zudem angestammten SPD-Wahlkreis gewinnen konnte.

(Beifall)

– Danke schön. – Seit drei Jahren bin ich Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.

Meine Eltern kommen ursprünglich aus einer türkisch-syrischen Grenzstadt an der Straße nach Aleppo. Ich war in diesem Jahr dort und will vor dem Hintergrund des dort Geschehenen und des dort Erlebten von dieser Stelle aus drei Sätze sagen:

Erstens. Ich bin der Gesellschaft in Deutschland unendlich dankbar für die unermessliche Leistung, die mein Land den Menschen, die vor Krieg, Vertreibung und Mord flüchten, hier zuteil werden lässt.

Zweitens. Es sind Jugendliche und Heranwachsende, die hier geboren sind und durch terroristisch-islamische Propaganda und Hassreden verführt und radikalisiert werden. Lassen Sie uns alles ausschöpfen durch Präventionsprogramme wie auch staatliche Verbote, gegen Islamismus und Salafismus vorzugehen. So gehört beispielsweise schulisch angebotener Islamunterricht nur in staatliche Hand.

(Beifall)

Drittens. Ich bitte darum, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dass den Irren, die meinen, als Staatsbürger mit doppelter Staatsangehörigkeit in einen terroristischen Krieg ziehen zu wollen, die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird.

(Teilweise Beifall)

Ja, in diesem Jahr bewerbe ich mich erneut um einen Sitz, um eine Position im Präsidium der CDU Deutschlands und bitte hiermit wieder um Ihre freundliche Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – An der Reihe ist jetzt Hermann Gröhe.

**Hermann Gröhe**: Herr Präsident! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Mein Name ist Hermann Gröhe. Ich bin 53 Jahre alt und Jurist. Meine Heimatstadt ist Neuss am Rhein. Mit meiner Frau habe ich vier Kinder – unser ganzes Lebensglück.

Nach unserem schönen Wahlerfolg vor gut einem Jahr hat Angela Merkel mir die Aufgabe des Bundesgesundheitsministers anvertraut, eine wichtige Aufgabe, die mir Freude bereitet. Fünf Millionen Beschäftigte geben in unserem Land täglich ihr Bestes, damit es anderen Menschen besser geht. Vor allem aber gehört es zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft, dass die Menschen wissen, dass sie, wenn sie einen Unfall haben, wenn sie pflegebedürftig sind, wenn sie krank sind, menschliche Zuwendung erfahren und die erforderliche Hilfe erhalten. Das gilt unabhängig von ihrem Einkommen und unabhängig von ihrem Wohnort. Deswegen liegt mir eine gute Gesundheitsversorgung gerade im ländlichen Raum besonders am Herzen.

(Beifall)

Dass wir die Pflege stärken, dass wir daran arbeiten, dass Schwerstkranke und Sterbende liebevolle Zuwendung und bestmögliche Versorgung erfahren, das hat zutiefst mit der christlichen Prägung unseres Landes zu tun, mit der christlichen Prägung unserer Politik, unserer Partei.

Diese christlichen Werte, diese Überzeugung von der gleichen Würde eines jeden Menschen werden zurzeit brutal durch islamistische Gewalttäter herausgefordert. Wir alle haben die

schockierenden Bilder vor Augen: Sie zeigen den barbarischen Terror gegen Andersgläubige, nicht zuletzt gegen die christlichen und jesidischen Minderheiten. Sie zeigen blindwütigen Fanatismus. Zugleich müssen wir eine radikale Kampfansage an unser Menschenbild erleben. Sie findet auch in westlichen Gesellschaften, auch in unserem Land, auch in unseren Städten Anhänger. Dies ist eine globale zivilisatorische Auseinandersetzung. Diese Auseinandersetzung müssen wir bestehen, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb ist von uns Glaubwürdigkeit und Festigkeit gefragt, in unserem Land und weltweit. Hier sind gerade wir gefordert, die christlichen Demokraten. Unser Kompass ist gefragt. Dazu möchte ich einen Beitrag leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hermann Gröhe. – An der Reihe ist jetzt Annegret Kramp-Karrenbauer.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Annegret Kramp-Karrenbauer. Ich bin Ministerpräsidentin des Saarlandes, Landesvorsitzende der CDU Saar und engagiert im Bundesvorstand der Frauen-Union.

Liebe Freundinnen und Freunde, bei den Reden heute Morgen ist deutlich geworden, dass wir in einer Zeit leben, in der die Menschen Verlässlichkeit wollen, in der sie eine Politik wollen, die ihnen Mut macht. Es ist heute Morgen auch deutlich geworden, dass es insbesondere die CDU ist, die genau diesen Anspruch erfüllen kann, und zwar dadurch, dass wir deutlich machen: Wir machen keine Politik der falschen Alternativen. Es geht nicht um die Frage, ob wir sparen oder investieren wollen, sondern wir müssen beweisen, dass man die schwarze Null halten und Zukunftsinvestitionen in einem Haushalt verankern kann.

(Teilweise Beifall)

Wir dürfen uns angesichts der Frage, ob wir eine Politik entweder für Alte oder für Junge machen, nicht auseinanderdividieren lassen. Wir wollen eine Politik machen, die auf der einen Seite natürlich die Lebensleistung der Älteren anerkennt, auf der anderen Seite aber auch Perspektiven für die Jungen schafft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dafür treten wir ein. Und es geht nicht um die Frage, ob wir heimatverbunden sind oder nicht, ob wir zu unseren Werten stehen oder nicht oder ob wir weltoffen sind oder nicht. Wir wollen und müssen beides repräsentieren. Wir stehen zu unseren Werten, aber wir wollen auch die Menschen von außerhalb, insbesondere die, die Hilfe brauchen, in unserem Land willkommen heißen.

(Teilweise Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dafür steht insbesondere die CDU. Alle anderen Parteien fallen in diesem Bereich aus. Das gilt insbesondere für die Sozialdemokraten in diesem Land. Um eine solche Politik zu machen, braucht man Werte, und man braucht einen klaren Kompass. Die Sozialdemokraten haben diesen Kompass verloren.

Vorhin wurde ja über die Wahl in Thüringen gesprochen. Ich muss Ihnen sagen: Was mich bei dieser Wahl am meisten umtreibt, das ist die Haltung des Bundesvorsitzenden der Sozialdemokraten, der montags im Bundestag Wolf Biermann um den Hals fällt und ihn wegen seiner Kritik an den Linken lobt und der donnerstags dann den eigenen Genossen in Thüringen um den Hals fällt und sie dafür lobt, dass sie genau diese Linken in diese Position bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Das ist keine Haltung. Ich sage: Es kommt entscheidend auf uns an. Wir müssen das gemeinsam als CDU Deutschlands vertreten. Wir müssen gemeinsam eine starke Partei sein, und zwar nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene. Dafür kämpfen wir gemeinsam in den Landesverbänden. Wir müssen dort, wo wir Ministerpräsidenten stellen, diese Regierungen halten, und wir müssen alles daransetzen, dass wir als CDU wieder neue Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in diesem Land stellen. Das will ich gemeinsam mit Ihnen in meiner Funktion als Mitglied des Präsidiums tun. Darauf freue ich mich. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Liebe Annegret, vielen Dank. Wir sind stolz, dass du unsere Ministerpräsidentin bist, und freuen uns jeden Tag darüber. – Jetzt ist Karl-Josef Laumann an der Reihe.

(Beifall)

**Karl-Josef Laumann**: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Karl-Josef Laumann. Ich bin verheiratet. Wir haben drei Kinder. Ich bin Bundesvorsitzender der CDA und stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Worum geht es mir bei meiner heutigen erneuten Kandidatur für das Präsidium? Mir ist wichtig, dass unsere CDU in Deutschland grundsätzlich als Volkspartei wahrgenommen wird.

(Beifall)

Mir ist wichtig, dass bei uns in der CDU neben der Sorge um die Handwerker, die Einzelhändler und die Familienunternehmer, die zum Kernbestandteil der Sozialen Marktwirtschaft gehören, klar ist, dass zur Kernmannschaft der CDU auch die vielen Arbeitnehmer gehören, die jeden Morgen früh aufstehen und ihren Job in der deutschen Gesellschaft und in der deutschen Wirtschaft gewissenhaft machen.

(Beifall)



Natürlich habe ich dabei auch ein paar Grundsätze.

Der erste Grundsatz ist, dass ein Mensch, der acht Stunden am Tag fleißig ist, von den Früchten seiner Arbeit leben können muss. Insofern, finde ich, müssen wir uns auch nicht schämen, dass wir in Deutschland jetzt eine Lohnuntergrenze haben.

(Beifall)

Der zweite Grundsatz ist, dass, glaube ich, zum Leistungsgedanken der CDU auch Folgendes gehört: Wir müssen bei unseren politischen Entscheidungen im Kopf haben, dass es viele Menschen gibt, die, wenn sie ihre Wohnung, die Kosten für ihre Familie und für die Ausbildung ihrer Kinder bezahlt haben, in einer Situation sind, in der sie jeden Euro umdrehen müssen. Und deswegen war es richtig, dass CDA und Mittelstand vor diesem Parteitag einen Pakt für die fleißigen Menschen geschlossen haben, damit diesen Menschen bei Lohnerhöhungen steuerlich die Anteile des Lohnes bleiben, die sie brauchen, um die Preissteigerungen auszugleichen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich mache ja jetzt auch schon ein paar Jahre Sozialpolitik. Beim Nachdenken über die Frage, welche Chancen junge Menschen in unserer Gesellschaft haben, wird mir immer bewusster, dass die Tatsache, aus welchem Elternhaus man kommt, erheblich mit den Startchancen von Kindern zu tun hat. Dabei geht es nicht um die Frage, wie das Elternhaus materiell ausgestattet ist, sondern um die Frage: Hat man das große Glück, dass man Vater und Mutter hat – oder nur Mutter oder nur Vater –, die einen als ihr Kind lieb haben und fördern, oder hat man das Pech, bei Eltern groß zu werden, die das nicht tun? Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir als CDU uns auch um die kümmern, die dieses Glück nicht haben. Wir müssen aus jedem jungen Menschen etwas machen. Und deswegen finde ich es auch wichtig, dass Frauen-Union und CDA diesem Parteitag ein Papier vorgelegt haben, wie wir uns um diese jungen Menschen kümmern wollen, damit sie den Einstieg in eine Berufstätigkeit, in eine Berufsausbildung finden; denn nur eine Berufsausbildung ist die Gewähr dafür, dass man später von den Früchten seiner Arbeit leben kann.

(Beifall)

Wir haben noch keinen besseren Ort gefunden, an dem sich Kinder zu Persönlichkeiten entwickeln. In meinem jetzigen politischen Amt in Berlin als Patientenbeauftragter wird mir immer wieder deutlich, wie wichtig es ist und was für ein Glück es bedeutet, dass man, wenn man pflegebedürftig ist, in diesem Stadium eines Menschenlebens noch eine Familie hat, die einen liebt und die sich um einen kümmert. Ich finde, die CDU muss – dafür habe ich immer gestanden; dazu werde ich auch weiterhin stehen – auch eine Partei sein, für die vollkommen klar ist, dass Ehe und Familie etwas Besonderes sind und dass sie unter dem Schutz des Staates zu stehen haben. Wir können das auch machen, ohne andere Lebensgemeinschaften zu diskriminieren.

(Beifall)

Ich bitte Sie um eine Ihrer sieben Stimmen, weil ich diesen Job gerne weitermachen möchte, und ich verspreche Ihnen dafür, auch in den nächsten zwei Jahren mit meiner ganzen Kraft für unsere CDU in Deutschland zu arbeiten. – Danke schön.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. – Jetzt ist unser Freund David McAllister an der Reihe.

(Beifall)

**David McAllister**: Herr Tagungspräsident! Frau Bundesvorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe CDU-Freunde! Mein Name ist David McAllister. Ich bin 43 Jahre alt und verheiratet. Meine Frau und ich haben zwei Töchter. Wir sind im Landkreis Cuxhaven an der Nordsee, in Niedersachsen, zu Hause. Ich bin Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen und Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Liebe Parteifreunde, vor acht Monaten haben Sie mir auf dem Parteitag in Berlin sehr viel Rückenwind gegeben, als Sie mich bei der Nachwahl in das Präsidium unserer Partei entsandt haben. Dieser Rückenwind war damals, vor der bedeutenden Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, sehr wichtig. Ich darf feststellen, was heute Mittag auch Angela Merkel und Joseph Daul unterstrichen haben: Wir haben in Deutschland in einem nicht ganz einfachen Umfeld bei dieser Europawahl unsere drei Wahlziele klar erreicht.

Erstens. CDU und CSU sind klar stärkste Kraft in Deutschland geworden.

Zweitens. Die Europäische Volkspartei ist wiederum stärkste Fraktion im Europäischen Parlament.

Drittens. Jean-Claude Juncker, unser Kandidat, ist der neue Präsident der Europäischen Kommission.

Das ist ein Riesenerfolg, den wir gemeinsam in Deutschland erzielt haben. Ich möchte euch allen, die bei diesem Europawahlkampf mitgeholfen haben, ein Dankeschön sagen. Ein besonderer Dank gilt auch den Kandidaten, die sich zur Verfügung gestellt haben. Lasst uns weiter so gemeinsam erfolgreich Europa gestalten.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich bitte nun um Ihr und euer Vertrauen, um eure Stimme, um zwei weitere Jahre im Parteipräsidium mitwirken zu dürfen. Ich versuche, im Parteipräsidium meinen Beitrag zu leisten, dass wir als CDU unsere internationalen Kontakte im Rahmen der Europäischen Volkspartei und auch im Rahmen der IDU pflegen. Zusammen mit Herbert Reul und anderen möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass die Themen, Positionierungen und Interessen zwi-

schen unserer deutschen CDU auf der einen Seite und den CDU-Parlamentariern in Straßburg und Brüssel auf der anderen Seite koordiniert werden. Uns eint dabei folgende Überzeugung: Wir wollen, dass die Europäische Union sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentriert. Absolute Priorität für uns in Europa hat jetzt das Thema „Wachstum und Arbeit“. Wir haben in Europa in Teilen eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit. Wir müssen als Kontinent insgesamt wieder wettbewerbsfähiger werden. Das ist die große Herausforderung in den nächsten Jahren. Dafür müssen wir einen aktiven Beitrag leisten.

(Beifall)

Zu dieser Prioritätensetzung gehören: nachhaltige Finanzen in den Mitgliedstaaten, eine Politik, die den Euro dauerhaft stabil hält. Wir wollen den Binnenmarkt weiter vollenden. Wir wollen und müssen viel enger in der Energiepolitik zusammenarbeiten. Die digitale Wirtschaft ist das große Zukunftsthema. Der Industriestandort Europa muss gestärkt werden. Wir brauchen mehr Investitionen in die Zukunft. Das bedeutet Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung. Das ist das, was wir in Europa wollen. Europa muss sich auf der einen Seite auf die großen wesentlichen Aufgaben konzentrieren und sie gut machen und auf der anderen Seite – im Sinne von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit – Platz lassen für die nationale Ebene, für die regionale Ebene und für die lokale Ebene.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Parteifreunde, eine letzte Anmerkung, die mich auch persönlich gerade in den letzten Wochen und Monaten sehr bewegt. Wir brauchen mehr Gemeinsamkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Manche von Ihnen werden wissen, dass ich die Ehre habe, im neuen Europäischen Parlament Vorsitzender der US-Delegation zu sein. Ich bin letzte Woche in Washington gewesen und ich empfangen in Brüssel fast jeden Tag Gäste, die aus Amerika kommen. Ich möchte unserer Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin ein ganz herzliches Wort des Dankes für ihre klaren Worte zum Thema TTIP sagen. Meine Damen und Herren, wir sind mit den Amerikanern nicht immer einer Meinung. Wir sind mit den Amerikanern nicht immer einer Auffassung. Ja, wir haben unterschiedliche Auffassungen in Sachfragen. Manches ist in den letzten Jahren passiert, was nicht in Ordnung war. Natürlich müssen wir in den laufenden Verhandlungen zu TTIP auch dafür Sorge tragen, dass unsere bewährten europäischen Standards erhalten und gewährleistet werden. Aber ich sehe TTIP vor allen Dingen auch als große Chance, als Projekt, was zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen kann. Deshalb sollten wir in diesem Sinne TTIP vor allen Dingen auch als Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland, als Chance für die Europäische Union begreifen und nicht immer alles gleich mies- und kaputtreden.

(Beifall)

Angesichts mancher antiamerikanischer Stimmungsmache vom ganz linken Rand in Deutschland und vom ganz rechten Rand in Deutschland – auch bei diesem Thema sind sich die Ränder leider einmal mehr einig –: Wir Christdemokraten stehen auf und sagen, dass sich die transatlantische Partnerschaft auf einem Fundament gemeinsamer Werte gründet. Diese Partnerschaft ist der Schlüssel für mehr Wohlstand, Freiheit und Sicherheit. Es gibt für uns in Europa keinen besseren Partner als die Vereinigten Staaten von Amerika. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, David McAllister. – Unser Freund Wolfgang Schäuble ist in Brüssel und wird deswegen von der Frau Bundesvorsitzenden vorgestellt.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde! Wolfgang Schäuble ist beim Rat der Finanzminister in Brüssel. Es geht, nachdem es gestern ein Euro-Gruppentreffen gab, heute um die Frage der Bankenabgabe. Er ist entweder noch in den Beratungen oder schon auf dem Weg zu uns. Er kommt jedenfalls. Das, was Wolfgang Schäuble auszeichnet, wissen Sie alle sehr gut. Ich habe heute in meiner Rede darauf hingewiesen, was ihn als Finanzminister auszeichnet. Er ist derjenige, der mit den Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag nach 46 Jahren den ausgeglichenen Haushalt erreicht hat. Es ist seiner klugen politischen Erfahrung geschuldet, einerseits die Wachstumsimpulse zu setzen und andererseits die Kasse trotzdem zusammenzuhalten. Wolfgang Schäuble gehört zu den festen Säulen in der Europäischen Union, die von der deutsch-französischen Freundschaft bis hin zum Kampf für ein geeintes Europa, das auch seine Krisen überwindet, Herausragendes geleistet hat.

Ich finde, dass er in das Präsidium der Christlich Demokratischen Union gehört. Das hätte er vielleicht so klar bei seiner eigenen Vorstellung nicht gesagt. Er hätte aber vielleicht noch viel mehr sagen können, was Sie sicher noch mehr begeistert hätte. Ich jedenfalls schlage Wolfgang Schäuble vor, dass er weiter mit uns im Präsidium zusammenarbeitet.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt ist Jens Spahn an der Reihe.

**Jens Spahn**: Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Sicherlich erinnern Sie sich so gut wie ich an den 22. September letzten Jahres, als kurz nach 18 Uhr die Freude unendlich war. 41,5 Prozent. Der schwarze Balken wuchs und wuchs, wie wir es lange nicht gesehen haben. Die CDU und CSU waren erfolgreich: in allen Altersklassen, in Stadt und Land, bei Arbeitnehmern wie Arbeitgebern. Das war der größte Erfolg, den wir in den letzten 25 Jahren gehabt haben. Nach einem Jahr Große Koalition muss man sagen: Ab und zu müssen wir uns an diesen großen Erfolg erinnern und deutlich machen, was wir erreicht haben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Aber – das ist mir viel wichtiger und es ist der entscheidende Punkt – wir dürfen uns auf vergangene Erfolge nicht ausruhen. Viel wichtiger ist die Frage: Was machen wir aus diesem Erfolg? Wie bereiten wir uns darauf vor, die wichtigen Themen für die Zukunft anzugehen? Wenn ich mir die Themen der letzten Woche anschau, die wir in der Großen Koalition intensiv diskutiert haben, dann waren das nicht alle großen Zukunftsthemen für Deutschland. Die Frage, die uns umtreibt, ist die: Wie schaffen wir es, dass wir in vier, acht oder zehn Jahren noch so erfolgreich sind wie heute? Wollen wir diese Zukunft gestalten? Wir müssen dabei wieder deutlicher machen, dass wir die Partei der Fleißigen sind. Wir laden jeden ein, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten einzubringen, seine Talente und Fähigkeiten zu entwickeln, sich anzustrengen: für sich und für andere. Für uns ist nicht wichtig, woher man kommt, sondern wohin man im Leben will. Dieses Prinzip müssen wir wieder deutlicher machen.

(Beifall)

Dabei ist ganz wichtig – ich habe manchmal den Eindruck, dass bei uns auch die Gefahr besteht –: Für Glück ist nicht zuerst der Staat verantwortlich. Für Glück ist jeder selbst in der Verantwortung. Dabei wollen wir ihn unterstützen. Aber derjenige, der diese Verantwortung für sich und die seinen übernimmt, kann auf uns zählen. Das ist übrigens die Idee, um die es bei der kalten Progression geht. Es geht darum, dass wir den Fleißigen, die eine Lohnerhöhung bekommen und sich anstrengen, am Ende etwas von dem lassen, was sie haben und wir es nicht automatisch wegnehmen. Das ist die Idee: zuerst für sich selber sorgen und erst dann schauen, was die anderen dazugeben können, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie uns neugierig sein, offen für etwas Neues. Wenn wir in den letzten Wochen sagen, dass wir mehr über Wirtschaften und weniger über das Verteilen reden wollen, dann geht es vor allem um die Frage, wie es Deutschland, das noch vor zehn Jahren als der kranke Mann Europas galt und heute die Lokomotive Europas ist, gelingen kann, dass wir noch in fünf, zehn Jahren erfolgreich sind und welche Themen es da gibt. Das Smartphone und das Internet haben in unser aller Leben, in unser aller Alltag, in der Wirtschaft in den letzten zehn Jahren mehr verändert als alles andere jemals zuvor. Diese Entwicklung wird doch weitergehen. Überall dort, wo wir stark sind – im Handel, in der Logistik, im Gesundheitswesen, im Maschinenbau –, werden diese Bereiche völlig umgekrempelt werden. Giganten wie Facebook, Amazon und Google zeigen uns, dass wir in wichtigen Bereichen schon den Anschluss verloren haben. Aber das darf uns beim Maschinenbau und beim Auto nicht auch noch passieren. Es wird irgendwann beim VW und beim BMW nicht mehr darauf ankommen, wer den Motor baut und wie viel PS er hat, sondern wer die Software für das Auto gemacht hat, das selbst fahren wird. Ich möchte, dass die Wertschöpfung in Sindelfingen und in Wolfsburg ist und nicht im Silicon Valley, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es ist doch irreführend, dass deutsche Unternehmen heute Daten von deutschen Verbrauchern bei Facebook in den USA einkaufen müssen, weil sie die Daten selbst gar nicht sammeln dürfen. Sie müssen einen neuen Ausgleich finden. Damit beschäftigt sich übrigens auch der Leitartikel zur Wirtschaftspolitik, den wir nachher beraten. Dabei geht es um die Interessen des Verbrauchers, aber auch um die Frage, dass Daten der Rohstoff der Zukunft sind und wie wir genau diesen Wandel hin zu einer digitalisierten Gesellschaft gestalten können, und zwar nicht aus Verzweiflung und Angst – die anderen wollen immer zuerst Schutzzäune bauen, wenn es um diese Themen geht –, sondern wir wollen dies aktiv und mutig gestalten.

Ein zweites Thema ist mir wichtig: Die CDU ist die Partei, die Deutschland zusammenhält, die Menschen verbindet. Dafür steht auch das U in unserem Namen. Wir müssen nicht immer gesellschaftlich Avantgarde sein. Das war nie unsere Aufgabe. Es ist übrigens auch nicht wichtig, ob man zuhause Deutsch spricht. Bei meinen Eltern wird noch immer Plattdeutsch gesprochen und das hat mir auch nicht geschadet.

(Beifall)

Unabhängig davon geht es um die Frage – übrigens nicht nur bei denen, die zu uns gekommen sind, sondern auch bei denen, die schon lange da sind – deutlich zu machen, dass wir auf unsere Werte keinen Rabatt geben, die wir uns teilweise mühsam erarbeitet haben. Wenn wir heute bis in die Aufsichtsräte von Dax-Unternehmen mit der Frauenquote gendern, was okay ist, dann dürfen wir, wenn es um Burka, um Zwangsheirat und um Ehrenmorde geht, nicht multikulturell tolerant wegschauen, sondern wir müssen auch den Finger in die Wunde legen. Es geht nicht um ein Verbot der Burka, sondern es geht darum, wofür die Burka steht. Dieses Menschenbild lehnen wir ab, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich will nicht – deswegen bewegt mich dieses Thema auch so –, wenn ich mit meinem Freund durch Berlin spaziere, Angriffe und Anmachereien erleben müssen, wie ich es in der Vergangenheit öfters erlebt habe. Ich möchte nicht auf deutschen Straßen wieder Antijudenparaden hören. Ich möchte nicht, dass wir Rabatt geben müssen, wenn es darum geht, irgendetwas zu karikieren. Karikaturen tun manchmal weh, aber sie gehören zu einer freien Gesellschaft. Dafür müssen wir stärker eintreten, als wir es bisher manchmal tun, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

All diese Themen bewegen mich, wenn ich heute erstmalig für das Präsidium der CDU Deutschlands kandidiere. Ich kandidiere dabei nicht gegen jemanden, sondern bin Kandidat der Jungen Union und der Mittelstandsvereinigung. Sicher – ohne Zweifel – ist Jugend für sich genommen kein Qualitätsmerkmal, aber es war immer ein Merkmal einer Volkspartei wie der CDU, dass wir die Breite der Themen, der Charaktere, auch bei uns in der Parteispitze abgebildet haben.

Ich bin Jens Spahn, 34 Jahre alt, römisch-katholisch, gelernter Bankkaufmann, habe Schuhgröße 49 und möchte im Team an der Spitze mithelfen, dass der schwarze Balken auch bei den nächsten Wahlen, die anstehen, wieder in die Höhe wächst. Sie haben bei dieser Wahl, liebe Delegierte, laut Satzung maximal sieben Kreuze zu verteilen. Das heißt, wenn Sie die drei, vier Kandidaten ankreuzen, die man Ihnen besonders ans Herz gelegt hat, dann hätten Sie immer noch ein Kreuz für mich. Darum bitte ich.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Jens, vielen Dank. – Jetzt ist unser erfolgreicher sächsischer Ministerpräsident Stanislaw Tillich an der Reihe. Bitte, Stanislaw.

(Beifall)

**Stanislaw Tillich**: Sehr geehrte Frau Bundesvorsitzende, liebe Angela Merkel! Lieber Tagungspräsident! Verehrte Delegierte dieses Bundesparteitages! Wer erinnert sich nicht an die Bilder vor 25 Jahren, als manche in der Prager Botschaft nach einem erlösenden Schrei die Möglichkeit bekommen haben, in die Freiheit, in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen? Wer erinnert sich nicht an die Bilder der Montagsdemonstrationen in Plauen, in Dresden und in Leipzig, an die Menschen die riefen: Wir sind das Volk? Später riefen sie: Wir sind ein Volk! Damit stießen sie letztendlich die Tür zur Freiheit, zur Demokratie und zur Wiedervereinigung Deutschlands auf. Die Menschen haben verstanden, dass Freiheit gleichzeitig auch Verantwortung bedeutet. Die Menschen in meinem Land, im Freistaat Sachsen, haben angepackt. Sie haben das Beste aus der Hilfe der westdeutschen Bundesländer und der Europäischen Union gemacht. Sachsen ist heute eines der modernen Länder der Bundesrepublik Deutschland, längst kein junges Bundesland mehr. Wir sind erwachsen geworden, weil wir nicht nur darauf geachtet haben, das zu bewahren, was wir haben, sondern weil wir uns auch Neuem zugewandt haben. Silicon Saxony: Der einzige Standort in Europa, an dem Halbleiter produziert werden. Wenn heute in Dresden nach 5 G – nicht 4 G oder LTE – geforscht wird, den neuen Technologien der Kommunikation, dann weiß man, dass wir Risiken eingehen, diese Risiken aber auch nicht scheuen.

Deswegen haben wir, glaube ich, etwas einzubringen in diese Bundesrepublik Deutschland. Wir haben nicht nur ein gutes Schulsystem, sondern wir Sachsen haben darauf gesetzt, dass sich Leistung lohnt, dass diejenigen, die sich anstrengen, etwas davon haben. Ich glaube, dass da draußen viele Menschen darauf warten, dass wir von diesem Bundesparteitag mit den zwei Anträgen, die wir heute zu beraten haben, eine Antwort geben.

Wir sind die Partei, die für die Wirtschaft und den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands steht. Wir schaffen die Möglichkeit zur Wettbewerbsfähigkeit, für Innovationen und letztendlich auch dafür, dass die Menschen in diesem Lande immer und mehr Geld haben. Gleichzeitig sind wir die Partei, die nicht vergisst, dass die innere Sicherheit auch zum Wohlbefinden der Menschen

in diesem Lande gehört, genauso wie ein gutes Einkommen. Deswegen, glaube ich, ist dieser Bundesparteitag eine wichtige Antwort auf die Fragen der Menschen in diesem Lande. Ich hoffe, dass wir am Ende dieses Parteitages nicht nur dieses deutliche Signal aussenden können, sondern ich bin auch froh darüber, dass wir das in einer Geschlossenheit tun, so wie es letztendlich auch in Sachsen seit mittlerweile 24 Jahren – in der 6. Legislaturperiode – uns als sächsischer Union immer wieder gelungen ist, das Vertrauen der Menschen im Land auf sich zu vereinen und damit wieder für die nächsten Jahre Regierungsverantwortung zu tragen.

Schön war es bei der Landtagswahl vor wenigen Wochen, als wir den Abstand zu den politischen Wettbewerbern noch weiter vergrößern konnten. Angela Merkel ist nicht nur heute wieder als Bundesvorsitzende gewählt worden, sondern sie ist auch unser Garant für den Erfolg, wie es gerade Jens Spahn gesagt hat. Mit Angela Merkel in die nächste Bundestagswahl zu gehen, ist für uns nicht nur ein Anspruch, sondern wir wollen dieses Land gemeinsam mit den Menschen im Land gestalten.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe natürlich auch die Diskussion verfolgt: acht Kandidaten für sieben Plätze im Präsidium. Jeder fragt sich: Warum tritt der eine oder andere an? Ich trete nicht deswegen an, weil ich gerade vor kurzem zum zweiten Mal als Ministerpräsident den Amtseid auf die Sächsische Verfassung geleistet habe. Das ist nicht der Grund. Ich trete auch nicht an, weil ich Ossi bin. Nein, weil wir Sachsen etwas einzubringen haben in diese Bundesrepublik. Das will ich natürlich auch im Präsidium der CDU.

Liebe Freunde, ich möchte natürlich, dass wir auch ein Stück der sächsischen Fischelanz in die Bundespartei einbringen. Fischelant zu sein, heißt einerseits, die Chancen, die sich bieten, nicht nur zu entdecken, sondern sie zu nutzen. Fischelant heißt auch, wach zu sein und gleichzeitig wachsam, eifrig, aber nicht eifernd, drängend, aber nicht aufdringlich und bescheiden, ohne sich zu bescheiden. Das, glaube ich, ist für diese Partei ein wesentliches Kriterium: demütig auf die Bürger dieses Landes zu hören, aber deutlich zu machen: Wir haben einen Führungsanspruch und nicht die anderen.

Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die Wahl. Ich wünsche Ihnen dabei viel Glück und mir auch. – Danke.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stanislaw Tillich. – Damit sind wir am Ende der Vorstellungsrunde und kommen zum Wahlgang.

Vor dem Eintritt in den Wahlgang möchte ich noch einmal sagen: Sie haben auf dem großen blauen Stimmzettel zu wählen, der Ihnen von Ihrem Landesgeschäftsführer ausgehändigt wird.



Nach § 43 Abs. 2 des Statuts der CDU Deutschland müssen mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Das wären in unserem Fall vier Kandidaten. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind. Das sind in unserem Fall sieben.

Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt ist und dieser Wahlgang gültig ist. Für die Wahlen zum Präsidium sind das bei diesem Wahlgang zwei Frauen.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte, die Stimmzettel auszuteilen.

Wenn jeder von Ihnen einen Stimmzettel erhalten hat, können wir die Stimmzettel einsammeln.

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Das ist der Fall. Dann schließen wir den Wahlgang und bitten um Auszählung.

Wir kommen jetzt zur Verkündung des Wahlergebnisses für die Wahl des Bundesschatzmeisters. Abgegebene Stimmen 761, ungültige Stimmen 2, Enthaltungen 3, somit gültige Stimmen 756. Die erforderliche Mehrheit beträgt 379 Stimmen. Auf unseren Freund Philipp Murmann entfallen 752 Stimmen. Das sind 99,47 Prozent. Herzlichen Glückwunsch, Philipp Murmann!

(Beifall)

Philipp, nimmst du die Wahl an? – Das ist der Fall. Dann kannst du auch hier vorn Platz nehmen.

Wir unterbrechen den Parteitag, bis das Ergebnis der Wahl für das Präsidium vorliegt.

(Unterbrechung von 16.54 Uhr bis 16.55 Uhr)

Meine Damen und Herren, auf vielfachen Wunsch fahren wir mit der Vorstellung der Kandidaten für die Beisitzerstellen fort, wenn Sie damit einverstanden sind. Danke. – Das scheint der Fall zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 16.5 auf:

Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

An erster Stelle wäre unser Freund Peter Altmaier an der Reihe, gefolgt von Christian Baldauf. Lieber Peter Altmaier, bist du in der Nähe und könntest dich vorstellen? – Das ist der Fall. Komm zu uns. Ich bitte noch einmal zu bedenken, dass wir zwei Minuten für die Vorstellung vereinbart haben. – Bitte schön, Peter, du hast das Wort.

(Beifall)

**Peter Altmaier:** Peter Altmaier ist mein Name. Ich bin Saarländer, Deutscher, Europäer seit 56 Jahren, Christdemokrat seit ich politisch denken kann. Ich hatte das große Privileg, dass ich in den letzten Jahren mitarbeiten durfte: als Staatssekretär bei Wolfgang Schäuble, als Parlamentarischer Geschäftsführer unserer Fraktion, als Bundesumweltminister und als Minister für das Kanzleramt. Ich habe in dieser Zeit bei unheimlich vielen Veranstaltungen vor Ort erlebt, in welchem totem Zustand unsere Partei ist, vor allen Dingen aber, in welchem totem Zustand unser Land ist. Wenn wir uns ansehen, was sich alles in den letzten zehn Jahren verändert hat, dann können wir mit Fug und Recht sagen: Politik und politische Führung machen einen Unterschied! Ohne die Kanzlerschaft von Angela Merkel, ohne die Regierung der CDU/CSU wäre Deutschland heute nicht in diesem Zustand, in dem es sich befindet.

(Beifall)

Ich bin immer wieder beeindruckt, wenn ich sehe, wie sich heute junge Menschen, Studenten, Schüler und andere, begeistern lassen für Klimaschutz, Umweltschutz, Wettbewerbsfähigkeit, wie junge Menschen bereit sind, selbstständig zu werden, Risiken einzugehen. Das müssen wir in den nächsten zehn Jahren unterstützen.

Ich habe in vielen Gesprächen mit Ihnen erlebt, dass wir eine tolle Partei sind. Ich bin keiner Thüringer Bratwurst, keinem Kloß, keiner regionalen Spezialität aus dem Weg gegangen. Der Kanzleramtsminister ist in dieser Bundesregierung sicherlich nicht der wichtigste Minister, aber er ist in meiner Person der gewichtigste Minister. Das gibt mir Bodenhaftung, das gibt mir die Gewissheit, dass wir die Dinge gestalten können. Ich bitte um Ihr Vertrauen, dass ich meine Arbeit an dieser Stelle fortsetzen darf.

(Beifall)

**Michael Kretschmer,** Tagungspräsidium: Peter, vielen Dank. – An der Reihe ist Christian Baldauf. Vorbereiten darf sich Ralf Brauksiepe.

**Christian Baldauf:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Christian Baldauf, meine Schwerpunktthemen sind Wirtschaft – vor allem Energiewende – und Abbau der Kalten Progression. Ich möchte an dieser Stelle betonen: Wir senden gerade heute auf unserem Parteitag in diesem Bereich die richtige Botschaft. Es ist aus meiner Sicht, aus der Sicht vieler, höchste Zeit, diese Gerechtigkeitslücke im deutschen Steuerrecht zu schließen. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der CDU, wie dies im Übrigen auch bei der Mütterrente der Fall ist.

Im Bundesvorstand habe ich vor kurzem eine Arbeitsgruppe zum Thema „Die Bedeutung der Digitalisierung für unsere Arbeitswelt“ übernommen. Die Digitalisierung von Produktionsweisen stellt Betriebe, Facharbeiter, Angestellte, Bildung, Ausbildung und Infrastruktur vor völlig neuen Herausforderungen. Ein anderer Arbeitsmarkt, andere Arbeitsorte, andere Arbeitszeiten – das

sind Risiken, aber auch Chancen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancen für ländliche Räume, wo der Arbeitsmarkt traditionell klein oder – wie in einigen Regionen – kaum noch vorhanden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine grundsätzliche Bemerkung. Für unsere Partei, die das C im Namen trägt, wünsche ich mir, dass sie sich dauerhaft zum C bekennt; aus christlicher Verantwortung – so steht es in unserer Satzung. Diese Passage darf im politischen Handeln niemals unter den Tisch fallen. Deshalb ist es schlimm genug – ich hole etwas aus –, wenn sich Real Madrid wegen arabischer Sponsoren von seinem Kreuz im Wappen trennt. Dass sich die CDU von ihrem christlichen Menschenbild entfernt, sollten wir hier nicht zulassen.

(Beifall)

Noch ein Satz zur aktuellen Diskussion um das Burka-Verbot. Es muss der Grundsatz gelten, dass sich die Länder der EU als offene Gesellschaften verstehen. Ich bin für echte Integration. Das heißt nicht, zugunsten muslimischer Gebräuche unsere westlichen Wertvorstellungen zurückzudrängen. Integration ist vielmehr ein Prozess, der auch von Menschen mit Migrationshintergrund Anpassungsbereitschaft und Toleranz verlangt und dass sie bereit sind, unser westliches Frauenbild zu akzeptieren. Für die Rechte von Frauen, für die Gleichberechtigung und die Emanzipation, für eine offene, freie und tolerante Gesellschaft haben in Deutschland Generationen von Frauen und viele Frauenverbände gekämpft. Was sie erreicht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir nicht preisgeben. Deshalb unterstütze ich hier Julia Klöckner ausdrücklich. Ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen funktioniert auf Dauer nicht, wenn jede Gruppe sich im öffentlichen Raum eigene Nischen schafft.

Übrigens, ich bin 47 Jahre alt, komme aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz, bedanke mich an dieser Stelle auch ausdrücklich bei Angela Merkel und Ihnen, dass Sie unserer Vorsitzenden Julia Klöckner dieses hervorragende Erlebnis verpasst haben. Auch dieses Ergebnis führt uns wieder einen Schritt weiter zur Regierungsbildung in eineinhalb Jahren. Daran möchte ich gerne mitarbeiten und würde mich über Ihre Stimme freuen. Wir werden, liebe Julia, alles dafür tun, dass wir in eineinhalb Jahren diese Landesregierung ablösen und wir wieder ein schwarzes Bundesland werden, wie dies auch für Baden-Württemberg gelten wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Baldauf. – Ralf Brauksiepe ist an der Reihe. Danach folgt Elmar Brok.

**Dr. Ralf Brauksiepe**: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Ralf Brauksiepe ist mein Name, 47 Jahre alt. Ich bin Kreisvorsitzender der CDU Ennepe-Ruhr hier in Nordrhein-Westfalen. Seit dem letzten Jahr arbeite ich als Parlamentarischer Staatsse-

ekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung und versuche, meinen Beitrag zu leisten, dass wir den großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich uns als Bundesrepublik Deutschland stellen, gerecht werden.

Das war schon vor 31 Jahren mein Thema, als ich 1983 wegen des NATO-Doppelbeschlusses in die Junge Union und später in die CDU eingetreten bin. Liebe Freunde, wir haben uns damals keinem Druck gebeugt. Wir haben uns damals als wehrhafte Demokratie erwiesen und erweisen uns heute als wehrhafte Demokratie. Die CDU stand früher in den Auseinandersetzungen auf der richtigen Seite und tut es heute auch. So soll es auch bleiben, liebe Freunde.

Ich habe in den 30 Jahren dazwischen viele Aufgaben übernommen, vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, war Sprecher in unserer Fraktion, auch Staatssekretär, durfte den Bundesfachausschuss unserer Partei zu dem Thema leiten. Ich bin diesen Themen weiterhin eng verbunden. Sie sind mir wichtig als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA und auch als Landesvorsitzender der CDA hier in Nordrhein-Westfalen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, diese Themen der äußeren Sicherheit und der sozialen Sicherheit möchte ich aktiv und engagiert auch in die Arbeit unseres Bundesvorstandes einbringen und bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung und Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Ralf, vielen Dank. – Elmar Brok ist an der Reihe und Lorenz Caffier bereitet sich bitte vor.

**Elmar Brok**: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreunde! Vor 25 Jahren dachten wir, der ewige Frieden sei ausgebrochen. Amerikanische Politologen schrieben über das Ende der Geschichte. Heute sehen wir, wie die Bundeskanzlerin in ihrer Rede in Sidney und auch heute zum Ausdruck gebracht hat, dass die europäische Friedensordnung wieder gefährdet ist. Krieg wird wieder führbar. Ich glaube, dass wir deutlich sagen müssen, dass wir diesen Kontinent auf der Grundlage des Rechts, auch des Völkerrechts, sichern wollen. Konflikte friedlich regeln – das ist die europäische Idee. Konflikte wird es immer geben, aber wir müssen dafür sorgen, dass sie friedlich gelöst werden und klarmachen, dass militärische Möglichkeiten keine Antwort auf Konflikte in Europa sind. Das ist Ziel unserer Politik.

Aber das geht nur aus der eigenen Stärke heraus, wie wir uns aufgrund der Geschichte erinnern sollten. Deswegen sind die wirtschaftliche Entwicklung Europas, die Bewältigung der Krise, zu der die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin bisher so viel beigetragen haben, von entscheidender Bedeutung dafür, dass dieses Europa auf der Landkarte stehenbleibt. Wir müssen über die Nutzung des europäischen Binnenmarktes und über die neuen Öffnungen im Bereich der Digitalisierung sowie in anderen Bereichen, dafür Sorge tragen, dass wir in diesen Weltmärkten eine Rolle spielen und Standards setzen können. Wir müssen darauf achten – ich glaube, dass

die Kommission Juncker den richtigen Ansatz dafür hat –, dass wir uns nicht in Kleinkram verlieren. Europa muss sich auf das konzentrieren, was wichtig ist, und nicht jeden Kleinkram regeln.

(Vereinzelt Beifall)

Von dieser Position aus müssen wir aber auch unsere Fähigkeiten in der Außen-, Sicherheits- und vor allen Dingen Verteidigungspolitik stärken. Diplomatie ist nur erfolgreich, wenn sie sich auf militärischer und wirtschaftlicher Stärke begründet. Sonst wird man nicht ernst genommen. Europa darf nur mit einer Stimme sprechen, um das bewältigen zu können. Nur so können wir durchsetzen, dass wir ein Europa des Rechts haben wollen und nicht ein Europa der Linken und der Rechten. Die Seelenverwandtschaft von Lucke und Sarah Wagenknecht ist mir zuwider: Diese Leute sind für Putin und gegen TTIP, sie sind für die alten Beliebigkeiten mit Moskau, und sie sind antiamerikanisch. – Warum? Weil ihr Bild von einem sogenannten christlichen Menschen- und Familienbild, das sie darlegen, ein Familienbild ist, das nicht auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Gerechtigkeit und Toleranz gerichtet ist, nicht auf ein Europa ohne Fremdenhass. Dies sind die Unterschiede. Wir sind für christliche Werte, aber verbunden mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diesen Unterschied müssen wir im Wettkampf der Systeme wieder deutlich machen, um auf diese Art und Weise auch in dieser Auseinandersetzung bestehen zu können.

Angesichts der Legionen von Propagandamechanismen, die in Deutschland wirken, dieses ungeheure Geldes, das Russland in diese Propagandamechanismen hineinbringt, meine ich, dass wir dieses Thema aufgreifen sollten. Deswegen, liebe Parteifreunde, bitte ich um Ihr Mandat für die kommenden zwei Jahre. Wir sollten uns hier in Köln, so wie Armin Laschet und die Bundeskanzlerin das in ihren Reden zum Ausdruck gebracht haben, für das Europa Konrad Adenauers und Helmut Kohls aussprechen, für das Europa, von dem Angela Merkel so großartig gesprochen hat und was die Grundlage ihrer Politik ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – An der Reihe ist Lorenz Caffier, und Michael Fuchs bereitet sich bitte vor.

**Lorenz Caffier**: Liebe Freunde! Mein Name ist Lorenz Caffier, ich werde in diesem Jahr noch 60, bin verheiratet, evangelisch, habe vier Kinder und fünf Enkelkinder. Seit 2009 bin ich Landesvorsitzender der CDU in Mecklenburg-Vorpommern und seit 2006 Innenminister dieses Landes. Seit vier Jahren bin ich im Bundesvorstand unserer Partei tätig. Heute bewerbe ich mich um eine weitere Amtszeit von zwei Jahren.

Natürlich stehen für mich als dienstältestem Innenminister Deutschlands Themen wie Freiheit und Sicherheit im Mittelpunkt und sind für mich besonders wichtig. Ich stehe für einen starken Rechtsstaat, der seiner Verantwortung gerecht wird und das für alle geltende Recht durchsetzt. Ich stehe für die konsequente Bekämpfung von Extremismus, egal ob von rechts oder von links.

Nationale Sicherheit ist ein Kernthema der CDU. Da immer weniger Länder von der CDU regiert werden und damit den Innenminister stellen – wie heute schon mehrfach betont –, müssen wir aufpassen, dass wir dieses Kernthema, dieses wichtige Thema der CDU, nicht aus der Hand geben. Unsere Polizei, die Justiz und andere Sicherheitsbehörden, aber natürlich auch die vielen ehrenamtlichen Helfer beim THW, bei den Feuerwehren oder anderen Hilfsorganisationen sind unverzichtbar und bedürfen unserer uneingeschränkten Unterstützung. Aber sie haben auch unseren Respekt, den Respekt der Gesellschaft, verdient.

Beim Thema Sicherheit dürfen wir, liebe Freunde, nicht auf Kante nähen: nicht in den Ländern und nicht beim Bund. Deswegen freue ich mich, dass Thomas de Maizière durchsetzen konnte, dass wir in Zukunft wieder mehr Bundespolizisten einstellen dürfen. Gutmenschen, für die die nationale Sicherheit nur noch Thema und Bestandteil ihrer Sonntagsreden sind, sind bei uns in der CDU an der falschen Adresse. Meine Erfahrung als dienstältester Innenminister in Deutschland bei diesen Kernthemen möchte ich auch in den nächsten zwei Jahren gerne im Bundesvorstand miteinbringen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Lorenz. – An der Reihe ist Michael Fuchs. Es folgt Frau Regina Görner.

**Dr. Michael Fuchs:** Frau Vorsitzende! Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Ich bin Michael Fuchs, 65 Jahre alt. Ich habe es noch nicht zu fünf Enkeln gebracht – bis jetzt sind es drei –, aber die Produktion geht weiter. Ich bin seit 1972 Mitglied der CDU und seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit fünf Jahren bin ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit den Themenbereichen Wirtschaft, Energie, Tourismus und Mittelstand.

Meine Damen und Herren, gerade das wirtschaftspolitische Thema, das wir auf dem heutigen Parteitag in den Mittelpunkt unserer Beratungen gestellt haben, ist ein Thema, das eine Partei, die sich der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet sieht, nach vorne bringen muss. Das tun wir. Das möchte ich gerne in Ihrem Auftrag auch wieder im Bundesvorstand einbringen. Es gibt einige Themen, die gerade wirtschaftspolitisch extrem wichtig sind.

Das ist zum einen die Energiepolitik. Wir müssen dafür sorgen, dass Energie sauber, sicher und preiswert ist und zwar so preiswert, dass Unternehmen weiter in Deutschland produzieren können. Das wird immer schwieriger. Wir müssen darauf achten, dass da nicht die Erfüllung irgendwelcher Träume versprochen wird, die nicht erfüllbar sind.

Das ist zum anderen – das ist der zweite Punkt, den ich noch kurz ansprechen möchte – das, was die Bundeskanzlerin völlig zu Recht als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe für die nächste Zeit bezeichnet hat, nämlich TTIP. Es ist schon traurig, wie hier mit latentem Antiamerikanismus gespielt wird und etwas kaputt gemacht werden soll. Das wird einem Land, das so exportorien-

tiert ist wie wir es sind – es gibt kein anderes Land in der Welt, das so stark vom Export abhängig ist –, richtig schaden, wenn wir das nicht hinbekommen. Ich will Ihnen nur zwei Sätze sagen, warum das so wichtig ist: Die Amerikaner verhandeln gleichzeitig das transpazifische Abkommen. Wenn dieses zuerst geschlossen wird, werden dort Standards gesetzt, nach denen sich die Europäer später richten müssen. Das darf nicht passieren. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass TTIP vor dem Abkommen mit den Pazifikanrainern durchgesetzt wird. Dafür möchte ich mich einsetzen und im Bundesvorstand mitarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Regina Görner ist an der Reihe. Danach folgt Serap Güler.

**Dr. Regina Görner**: Schönen guten Tag, liebe Delegierte! Ich bin Regina Görner aus Saarlouis, 64 Jahre alt. Ich gehöre dem geschäftsführenden Vorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft an. Auf meinem beruflichen Lebensweg durfte ich sehr unterschiedliche Erfahrungen sammeln. Ich habe als Lehrerin angefangen, habe in Mittelalterlicher Geschichte promoviert, habe in der Wissenschaft gearbeitet, dann in der Politikberatung, war eine Legislaturperiode Ministerin im Saarland, und durfte viele Jahre in den geschäftsführenden Vorständen von DGB und IG Metall Verantwortung tragen. Ich bin seit 1968 Mitglied der CDU, weil ich der Meinung bin, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft absolut konkurrenz- und alternativlos ist und dass man in einer Volkspartei die größten Aussichten hat, davon möglichst viel umzusetzen. Ich bin 1978 in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten, weil ich weiß, dass es in der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrem machverteilenden Prinzip entscheidend darauf ankommt, dass es starke Interessenvertretungen gibt. Ich vertrete die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Vereinzelt Beifall)

Es hat mich immer interessiert, welche Veränderungen Entwicklungen in der Technologie und in Produktionsprozessen mit sich bringen. Heute, im Zeitalter der Digitalisierung, stehen wir vor ganz neuen Herausforderungen. Das wird nicht nur unser Alltagserleben erheblich verändern, sondern auch unsere Unternehmen und unsere Arbeitswelt. Da gibt es Risiken, aber es gibt auch Chancen. Ich halte nichts davon, lange darüber zu klagen. Unser Weg muss sein, die Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten und dafür zu sorgen, dass die Chancen überwiegen. Das mache ich zum Beispiel in meiner Funktion als Gewerkschafterin im europäischen Sozialen Dialog in der Metall- und Elektroindustrie, wo ich die Fraktion der Industriegewerkschaften in Europa anführen darf. Ich würde das auch gerne weiter im CDU-Parteivorstand tun. Ich freue mich, wenn Sie mich wählen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – An der Reihe ist jetzt Serap Güler. Elke Hannack ist dann als Nächste an der Reihe.

**Serap Güler**: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Serap Güler. Ich freue mich, Sie alle heute hier in meiner Heimatstadt Köln willkommen heißen zu dürfen.

(Vereinzelt Beifall)

Genießen Sie die kölsche Art, und lassen Sie sich anstecken von der rheinischen Lebensfreude. Auch ich habe mich von dieser anstecken lassen; denn ich bin, wie man unschwer hören kann, keine gebürtige Kölnerin, sondern ich habe eine Zuwanderungsgeschichte. Ursprünglich komme ich aus dem Ruhrgebiet.

(Heiterkeit und Beifall)

Dort wurde ich geboren. Dort bin ich aufgewachsen als Kind einer Arbeiterfamilie, deren größter Wunsch es war, dass es ihrem Kind einmal besser gehen soll. Meine Eltern stehen damit exemplarisch für Zigtausende andere Eltern in unserem Land, die sich nichts sehnlicher wünschen, als dass ihren Kindern der soziale Aufstieg gelingt. Das ist in unserem Land möglich. Dafür gibt es jede Menge Beispiele. Deshalb dürfen wir es auch nicht zulassen, dass rot-grüne Politiker unser gegliedertes Bildungssystem oder irgendwelche Studien unsere duale Ausbildung schlechtreden. Der Wert eines Menschen bemisst sich nicht an seinem Schulabschluss. Das ist unser Menschenbild als Christdemokraten. Dafür setze ich mich ein.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, als integrationspolitische Sprecherin der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion bewegt mich auch die Situation der Flüchtlinge in unserem Land. Ich wünsche mir, dass wir das C, das Christlich-Soziale in unserer Partei stärker betonen und uns für diejenigen einsetzen, die wirklich Schutz und Hilfe brauchen, denen Unterstützung und Chancen bieten. Ich bin aber entschieden dagegen, dass wir diejenigen bei uns aufnehmen, die hier nur überwintern wollen. Nein, wir sind nicht das soziale Auffangbecken Europas.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, worauf es ankommen muss, ist die individuelle Leistungsgerechtigkeit, der individuelle Leistungsanspruch. Jeder, der ein Teil unserer Gesellschaft sein will, muss sich für unsere Gesellschaft starkmachen. Ich möchte das gerne weiterhin im Bundesvorstand tun und werbe hiermit um Ihr Vertrauen. Glück auf und Kölle alaaf! – Danke.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt ist Elke Hannack an der Reihe. Es folgt Reiner Haseloff.



**Elke Hannack:** Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Landesverband hat mir gestern Abend so viele gute Ratschläge für meine Vorstellungsrede gegeben, dass am Ende drei Sätze übrig geblieben sind. Diese möchte ich jetzt gerne sehr engagiert vortragen. Viele kennen mich. Mein Name ist Elke Hannack. Ich bin 53 Jahre alt und seit gut 33 Jahren Mitglied unserer CDU. Seit Mai dieses Jahres bin ich stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin das geworden mit der Hilfe vieler von Ihnen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle auch einmal ganz herzlich bedanken. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, bin ich die Speerspitze der Schwarzen im DGB.

(Vereinzelt Beifall)

Je stärker Sie mich machen, umso besser werde ich unsere gemeinsamen Interessen umsetzen können, auch im DGB. Dafür brauche ich Ihre Unterstützung. Dafür brauche ich Ihre Hilfe. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Reiner Haseloff ist an der Reihe. Es folgt Elisabeth Heister-Neumann.

**Dr. Reiner Haseloff:** Liebe Freundinnen und Freunde! Ich bin einer der vier, von denen heute schon öfter die Rede war. Wir stellen noch eine Ministerpräsidentin und drei Ministerpräsidenten. Ich konkret bin Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt und darf schon vier Jahre im Bundesvorstand mitarbeiten. Es hat mir große Freude gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Zahl Vier zeigt uns, dass wir einen Tiefpunkt erreicht haben, der nicht weiter unterschritten werden darf. Wir brauchen die Länder, damit wir die Bundesregierung und die Bundespolitik so unterstützen können, dass wir als CDU auch weiterhin erkennbar bleiben. Heute haben wir schon einen guten Parteitag hingelegt. Angela Merkel ist mit einem guten Ergebnis wiedergewählt. Aber jetzt geht es darum, gemeinsam die nächsten Landtagswahlkämpfe zu bestehen. Den ersten Landtagswahlkampf nach Bremen und Hamburg werde ich mit meiner Mannschaft aus Sachsen-Anhalt hinlegen müssen, nämlich in einem Vierteljahr. Da wird sich zeigen, was von der Strategie der Linken, aber auch der SPD übrig bleibt, wenn es darum geht, zu sagen: In Thüringen ist es ein Sondereffekt gewesen, der eine Rolle gespielt hat. Ich bin mir sicher – die Linken haben das klar zum Ausdruck gebracht –, dass eine

ganz klare Strategie in Richtung Berlin gefahren wird. Die Bundesvorsitzende der Kommunisten hat auch klar gesagt, dass man über Magdeburg die Bundeshauptstadt einnehmen möchte. Liebe Freundinnen und Freunde, das müssen wir gemeinsam verhindern.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie ganz ausdrücklich, uns zur Seite zu stehen, damit es uns gelingt, unsere Regierungspolitik in diesem wunderschönen Land Sachsen-Anhalt, das in den letzten Jahren viele Erfolge zu zeitigen hatte, das in dieser Legislaturperiode keine Neuverschuldung aufzuweisen hat und das Wirtschaftsdaten hat, die fortgeschrieben werden müssen, fortzusetzen. Dazu brauche ich die Bundespartei an unserer und meiner Seite. Unterstützen Sie mich bitte. Unterstützen Sie damit auch die CDU in ganz Deutschland; denn es geht darum, zu verhindern, dass 2017 auf Bundesebene das passiert, was in Erfurt passiert ist: dass die Kommunisten an die Regierung kommen. Das werden wir verhindern. Das schaffen wir, liebe Freundinnen und Freunde. Herzliche Einladung dazu! Alles Gute und Gottes Segen!

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Haseloff. – Ich rufe jetzt Frau Elisabeth Heister-Neumann auf und bitte auch Frau Heute-Bluhm, sich vorzubereiten.

**Elisabeth Heister-Neumann**: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Elisabeth Heister-Neumann. Ich bin seit 30 Jahren glücklich verheiratet und freue mich jeden Tag über unsere prachtvollen Töchter Christina und Katharina. Leev Jung, leev Mäde: Ich bin an einem 17. Juni hier im Rheinland geboren worden. Ich bin hier aufgewachsen, bin auch hier 1983 in die CDU eingetreten. Ich arbeite für die CDU mit großem Engagement schon ein Jahr länger als für die weitere erfolgreiche Fortsetzung meiner Ehe.

Meine Damen und Herren, vielleicht liegt es am 17. Juni, dem damaligen Tag der Deutschen Einheit und den Ereignissen, die damit verbunden sind, dass mich das Nachdenken über Deutschland, über die deutsche Teilung und deren Folgen, und vor allen Dingen auch die Auseinandersetzung über die Möglichkeit oder Sinnhaftigkeit einer Wiedervereinigung nicht losgelassen haben und mich bis heute begleitet und politisch motiviert haben. Es ist irgendwie merkwürdig, dass ich dann meine zweite Heimat ausgerechnet in der ehemaligen Grenzstadt Helmstedt in Niedersachsen gefunden habe. Ich lebe dort seit 1984 und ich freue mich aktuell darüber, dass ich vor kurzem mit einem ganz passablen Ergebnis als Kreisvorsitzende wiedergewählt worden bin, nachdem ich dort elf Jahre lang als Stadtdirektorin gearbeitet habe. Ich habe aber auch nebenbei in Niedersachsen als Justiz- und als Kultusministerin gearbeitet. Wie sagt der Rheinländer so schön? Et kütt wie et kütt und et hätt noch emmer joot jejeange. Aber der Rheinländer weiß ebenso wie der Nichtrheinländer, dass eine konkrete und tatkräftige Unterstützung durchaus hilfreich sein kann, wenn eine Sache wirklich gut ausgehen soll. Deshalb bitte ich Sie heute

um Ihre Unterstützung für den einzigen Wahlvorschlag der niedersächsischen CDU für einen Beisitzerposten. Ich würde gerne im Bundesvorstand mitarbeiten, meine politischen und beruflichen Erfahrungen dort einbringen. Zu diesen Erfahrungen zählt unter anderem auch die der gelernten und seit Jahren aktiven Mediatorin. Wer könnte nicht glauben, dass eine Mediatorin hin und wieder auch in einem Bundesvorstand durchaus hilfreich sein kann. Über Ihre Unterstützung würde ich mich sehr freuen. Ebenso würde ich mich sehr über die gemeinsame Arbeit im Bundesvorstand freuen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Heister-Neumann. – Ich rufe jetzt Frau Gudrun Heute-Bluhm auf, anschließend Hubert Hüppe.

**Gudrun Heute-Bluhm**: Mein Name ist Gudrun Heute-Bluhm. Ich bin hier im Rheinland aufgewachsen, bin aber in der Zwischenzeit Baden-Württembergerin geworden. 57 Jahre bin ich alt. Als Mensch und als Frau bin ich ein Stück geprägt durch die Begeisterung für meine 18 Monate alte Enkelin, aber auch um die Sorge um unsere 90-jährige Schwiegermutter. Der ruhende Pol ist mein Mann, mit dem ich seit 35 Jahren verheiratet bin und der meine Leidenschaft immer geduldig mitgemacht hat, vor allem für die Kommunalpolitik. Ich bin gelernte Juristin, habe aber die Menschen immer als wichtiger angesehen als die Paragraphen. Deswegen war ich 20 Jahre lang mit großer Leidenschaft Oberbürgermeisterin in Lörrach. Das liegt an der Schweizer Grenze, im äußersten Südwesten.

Seit knapp einem halben Jahr bin ich sozusagen die Stimme der südwestdeutschen Städte gegenüber unserer grün-roten Landesregierung. Ich bin geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetages Baden-Württemberg, bin also der kommunalen Ebene treu geblieben. Ich habe deswegen, weil es mir um die Menschen und um das Zusammenleben in den Städten und Gemeinden geht, die Berufung der Landesynode der evangelischen Kirche in Baden angenommen. Auch da geht es um unser Miteinander. Es geht um die Stimme der Kommunen im anderen Zusammenhang. Auch das ist mein Anliegen im Bundesvorstand. Ich durfte zwei Jahre in diesem Gremium mitarbeiten. Ich habe eine spannende und lehrreiche Zeit miterlebt. Ich bitte Sie um Ihre Stimme, damit ich wiederum die Stimme der Kommunen, der Bürgerinnen und Bürger, in den Bundesvorstand einbringen kann.

Diese Bundesregierung hat unter der Führung von Angela Merkel sehr viel für die Kommunen getan. Es geht aber nicht immer nur darum, Rechte zu erkämpfen, sondern es geht auch darum, dieses gute Miteinander am lebenden Beispiel der Erfahrungen vor Ort umzusetzen. Dafür möchte ich mich weiterhin einbringen und bitte herzlich um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Gudrun Heute-Bluhm. – Ich rufe Hubert Hüppe auf; anschließend Dr. Franz Josef Jung.

**Hubert Hüppe:** Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Hubert Hüppe. Ich bin 58 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern, komme aus dem westfälischen Unna. Heute gab es viel Rheinland. Meine Mutter kommt aus dem Rheinland. Von daher bin ich seit Geburt inklusiv. Wer mich kennt, weiß, dass ich zwei politische Schwerpunkte habe, für die ich mich immer engagiert habe. Der eine Schwerpunkt ist die Teilhabe für Menschen mit Behinderung. Einige von Ihnen wissen das, weil ich in vielen Organisationen war. Ich war Behindertenbeauftragter der Bundesregierung in der letzten Wahlperiode. Es war mir sehr wichtig, dass auch die Union deutlich macht, dass sie für die Teilhabe von behinderten Menschen ist. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass ich mich sehr darüber freue, dass es inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist, dass wir auf dem Parteitag Gebärdendolmetscher haben. Wir reden nicht nur über Teilhabe, wir praktizieren sie, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich habe in Nordrhein-Westfalen ein Netzwerk von Menschen mit Behinderung initiiert, die in der CDU sind, weil wir der Ansicht waren, dass es gut ist, dass wir nicht nur über Menschen mit Behinderung sprechen, sondern dass die Menschen mit Behinderung, die sich der CDU angehörig fühlen, ihre Interessen selbst einbringen können. Inzwischen gibt es ein zweites Netzwerk in Baden-Württemberg. Wenn Sie mich wählen, würde ich mich dafür einsetzen, dass wir im nächsten Jahr auch ein Netzwerk auf Bundesebene bekommen, dass die Menschen mit Behinderung für ihre Interessen selbst sprechen können und sich ernst genommen fühlen.

Mein zweites Thema – auch das wissen viele von Ihnen – ist mein Engagement für den Schutz des menschlichen Lebens. Wir haben viel über das C gesprochen. Ich gehöre zu denen, die seit vielen Jahren – das war auch der Grund dafür, warum ich in diese Partei eingetreten bin – für den Schutz jeglichen menschlichen Lebens eintreten: ob es ein ungeborenes Kind ist, ob es um Menschen mit Behinderung geht, ob es um Sterbende geht.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass das nicht immer dem Zeitgeist entspricht, aber ich bin stolz darauf, dass ich in einer Partei bin, die den Schutz des Lebens ernst nimmt und nicht von Umfragen abhängig macht, weil wir wissen, dass die Würde eines jeden Menschen allein deswegen unantastbar ist, weil er Mensch ist. Das möchte ich weiter im Bundesvorstand verkörpern und mein Engagement fortsetzen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich wählen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hubert Hüppe. – Das Wort hat jetzt zur Vorstellung Dr. Franz Josef Jung; anschließend Dr. Peter Liese.

**Dr. Franz Josef Jung:** Herr Präsident! Liebe Freunde! Franz Josef Jung, 65 Jahre alt, seit 42 Jahren glücklich verheiratet, drei Kinder und drei Enkelkinder, von Beruf Rechtsanwalt und Notar, früher Bundesminister der Verteidigung, heute stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Liebe Freunde, das Markenzeichen der CDU ist Politik auf der Grundlage der christlichen Verantwortung und des christlichen Menschenbildes. Dafür möchte ich mich weiterhin einsetzen und dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Besten Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Franz Josef Jung. – Ich rufe Dr. Peter Liese auf; anschließend Dr. Thomas de Maizière.

**Dr. Peter Liese:** Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Peter Liese. Ich bin 49 Jahre alt und von Beruf Arzt. Ich durfte im Bereich der Humangenetik an der Universität Bonn, in einer Gemeinschaftspraxis, in einem Entwicklungsland – in Guatemala – und in der Kinderklinik im schönen Paderborn Erfahrungen sammeln. Ich freue mich durch die Erfolge des SC Paderborn besonders, dass ich erstmals seit einigen Wochen nicht mehr erklären muss, wo Paderborn liegt.

(Beifall)

Ich bin seit vielen Jahren für meine Heimat Südwestfalen im Europäischen Parlament. Dort bin ich Sprecher für den Bereich Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Zwei Dinge sind mir besonders wichtig. Erstens: eine wertorientierte Politik. Ich bin – das bekenne ich ganz offen – Fan des neuen Papstes Franziskus.

(Beifall)

Er setzt innerkirchlich die richtigen Akzente. Das bezieht sich auch auf das Zusammenleben mit den evangelischen Christen. Er hat auch uns Politikern viel zu sagen. Das hat seine Rede im Europäischen Parlament gezeigt.

Zweitens. Ich komme aus einer Handwerksfamilie. Mein Vater ist Bäcker- und Konditormeister. Deswegen habe ich mich sehr gefreut, als Angela Merkel heute Mittag die Bedeutung der beruflichen Bildung hervorgehoben hat. Ich möchte mich gemeinsam weiter dafür einsetzen, dass wir uns gegen solche unsinnigen Vorschläge, wie den Vorschlag der Europäischen Kommission, dass man nur Krankenschwester oder Krankenpfleger werden kann, wenn man Abitur hat, wehren und stattdessen die berufliche Bildung stärker unterstützen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Stimme: Nummer 15, Peter Liese. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese. – Das Wort hat jetzt Dr. Thomas de Maizière; anschließend Dr. Michael Meister.

**Dr. Thomas de Maizière:** Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Vor zwei Jahren stand ich als Bundesminister der Verteidigung schon einmal hier. Jetzt stehe ich wieder hier, und zwar als Bundesminister des Innern. Aber ich bin derselbe Mensch geblieben.

(Vereinzelt Beifall)

Bundesminister des Innern ist eine schöne, eine wichtige Aufgabe mit vielen schwierigen, manchmal auch schweren Themen. Was leitet mich dabei? Ich finde, wenn wir mehr für die Menschen und mehr für unseren Staat arbeiten und weniger für uns selbst arbeiten, dann geht es uns in der CDU besser.

Meine Damen und Herren, wir haben viele neue Themen: neue Form des Terrorismus – ich muss Ihnen leider sagen, ohne zu übertreiben, dass die Lage ernst ist –, wir haben eine neue Formen von Kriminalität – von Einbruchskriminalität bis zum Internet –, wir haben eine große Zahl von Flüchtlingen, die größte Zahl von Flüchtlingen in der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg, mit all den Auswirkungen auf die Europäische Union, auf den Bund, auf die Länder und unsere Kommunen. Vieles also ist neu, aber es gibt bewährte Haltungen, mit denen wir solche Aufgaben angehen sollten. Ich nenne Ihnen sieben, die mich leiten und von denen ich glaube, dass sie uns gut anstehen.

Erstens. Wir vertrauen auf die Kraft der Freiheit. Zweitens. Wir sind sorgenvoll im Sinne der Menschen: sorgen für und vorsorgend für die Sicherheit der Menschen. Drittens. Wir sind verantwortungsvoll: in christlicher Verantwortung und internationaler Verantwortung. Viertens. Wir sind respektvoll: miteinander, untereinander mit unseren Partnern, auch mit den politischen Gegnern. Fünftens. Wir sind unserer guten Tradition verpflichtet und gleichzeitig offen für die Zukunft. Sechstens. Wir sind trotz aller Sorgen furchtlos, selbstbewusst, frohgemut. Manchmal könnten wir etwas fröhlicher sein. Und siebten. Wir sind patriotisch. Wir reden davon, und wir handeln so. Das ist das, was ich für richtig halte. Wenn Sie mich dabei unterstützen, bitte ich um Ihre Stimme.

(Beifall)

**Michael Kretschmer,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. de Maizière. – Ich rufe jetzt Dr. Michael Meister auf; anschließend Mike Mohring.

**Dr. Michael Meister:** Herr Präsident! Liebe Delegierte! Mein Name ist Michael Meister, 53 Jahre alt. Ich vertrete den Kreis Bergstraße im Deutschen Bundestag, bin verheiratet, habe zwei Kinder. Ich mache seit gut zehn Jahren Finanzpolitik, und ich freue mich, dass es uns gelungen ist, endlich unsere Ausgaben mit den uns zur Verfügung stehenden Einnahmen zu bestreiten. Ich setze mich dafür ein, dass das auch in Zukunft so bleibt, dass wir eine Politik in Verantwortung vor künftigen Generationen machen, eine Politik, die nicht nur in Europa fordert, sondern die uns zum Vorbild macht. Die schwarze Null darf keine Eintagsfliege bleiben. Ich möchte sie zum Regelfall machen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir erwarten in der nächsten Woche das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Erbschaftsteuer. Unabhängig davon, wie der Richterspruch ausfällt, möchte ich, dass wir in Deutschland auch in Zukunft eine Kultur von Familienunternehmen haben, dass Unternehmen von einer Generation in die nächste übergehen können und dass in diesen Unternehmen die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

(Beifall)

Wir haben in den Jahren der Finanzkrise erlebt, dass im Finanzsektor marktwirtschaftliche Regeln nicht gegolten haben. Ich glaube, wir müssen jetzt mit der Regulierung im Finanzmarkt dafür sorgen, dass auch in diesem Sektor marktwirtschaftliche Regeln gelten, dass das Prinzip der Haftung und Verantwortung durchgesetzt wird und dass derjenige für Entscheidungen eintritt, der sie trifft. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass wir einen leistungsfähigen Dienstleister für die Realwirtschaft haben, aber keinen Sektor, der sich von der Realwirtschaft vollkommen abhebt.

Wenn Sie noch eine Stimme übrig haben, dann stimmen Sie für meine Person. Ich würde mich darüber freuen, weiter im Bundesvorstand arbeiten zu dürfen. – Danke schön.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael Meister. – Ich rufe Mike Mohring auf und bitte Elisabeth Motschmann, sich bereitzuhalten.

**Mike Mohring**: Herr Präsident! Sehr verehrte Delegierte! Mein Name ist Mike Mohring. Ich bin 42 Jahre alt, Jurist, komme aus Thüringen, einem Land, was in den letzten 24 Jahren dank der Arbeit von Christine Lieberknecht, Dieter Althaus und Bernhard Vogel erfolgreich aufgestellt wurde. Dieses Land steht sehr gut da. Vielen Dank euch Dreien für diese hervorragende Arbeit in den letzten Jahrzehnten.

(Beifall)

Wir akzeptieren dieses demokratische Ergebnis der Regierungsbildung, aber wir finden, der Freistaat Thüringen hat diese Regierung nicht verdient.

(Beifall)

Wir finden, dass eine Regierung, die mit einem Linken an der Spitze jetzt ein Land führen will, die sich von einer Landtagsfraktion mit Stasispitzen tragen lässt, die die Fragen zum SED-Unrecht, zur eigenen Verantwortung der Linken als Nachfolgepartei der SED zum Mauerbau, zum Mauertod und zur Unfreiheit, zu Zwangsaussiedlungen und Zwangsadoptionen nicht beantwortet, keine Politik für die Zukunft gestalten kann, wenn die Schikanierer von gestern morgen wieder in den Reihen sitzen. Wer seine Vergangenheit nicht aufklärt, darf keine Verantwortung für die Zukunft in unserem Land übernehmen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, dass Sie uns in der Landtagsfraktion und mich als Fraktionsvorsitzenden auch durch das Votum hier auf diesem Bundesparteitag unterstützen, damit wir mit aller Kraft dieses Experiment von Rot-Rot-Grün in Thüringen so schnell wie möglich wieder beenden können.

Bodo Ramelow hat auf dem Gebäude der Staatskanzlei in Thüringen eine rote Fahne gehisst. Ich will Ihnen eines sagen: Ich kenne nur einen Ort, an dem eine rote Fahne gehisst ist und es trotzdem vorwärts geht: Das ist eine rote Fahne an einem Langholztransporter. Helfen Sie, dass wir gemeinsam die rote Fahne auf der Staatskanzlei wieder abhängen können, damit Thüringen wieder gut regiert wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mike Mohring. – Ich rufe auf Elisabeth Motschman und bitte Younes Ouqasse, sich bereitzuhalten.

**Elisabeth Motschmann**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Elisabeth Motschmann, 62 Jahre alt, verheiratet und Mutter von drei Kindern. Ich bin Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis I der Stadt Bremen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und seit zwei Jahren auch Mitglied im Bundesvorstand. Ich bin lange dabei. Hier ist mein Mitgliedsausweis. Er datiert von Januar 1976. Ich erspare Ihnen, alle meine Aufgaben und Funktionen der letzten Jahre aufzuzählen. Es sind viele.

Mir ist nur eines wichtig: Das ist die Bürgerschaftswahl im nächsten Mai in Bremen. Da bin ich Spitzenkandidatin und da wollen wir für die CDU etwas hinbekommen.

(Beifall)

Ja, das ist schwer in einer sozialdemokratischen Hochburg. Aber Mutlosigkeit und Pessimismus stehen nicht in unserem Parteiprogramm. Wir werden um jede Stimme kämpfen. Wir werden unsere Chancen nutzen, wie die Kanzlerin es heute gesagt hat. Wir müssen in Bremen etwas verändern; denn diese schöne Stadt wird von Rot-Grün katastrophal regiert. Daran muss man etwas ändern. Wir werden das tun: mit Realismus, mit Freude und mit Optimismus.

Sie können mir und uns dabei helfen. Wählen Sie mich bitte in den Bundesvorstand. Dann kann ich mich mit dem Rückenwind vom Parteitag in den kalten, eisigen politischen Wind in Bremen stellen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elisabeth Motschmann. – Es stellt sich jetzt Younes Ouqasse vor. Ich bitte Katherina Reiche, sich bereitzuhalten.



**Younes Ouaqasse:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Delegierte des Bundesparteitages! Mein Name ist Younes Ouaqasse. Ich bin 26 Jahre alt, in Mannheim als Sohn marokkanischer Eltern geboren und im Freistaat Thüringen zu Hause. Freistaat Thüringen – das hört sich seit dem letzten Freitag wie ein Widerspruch in sich an. Diejenigen, die den Thüringern über Jahrzehnte die Freiheit genommen haben, stellen nun in Erfurt den Ministerpräsidenten. Zu Recht wird das als historische Zäsur bezeichnet, als Einschnitt in der Geschichte Thüringens und Deutschlands.

Sigmar Gabriel findet derlei Worte abenteuerlich. Ich sage Ihnen, was ich abenteuerlich finde: Ich finde die Vorstellung abenteuerlich, dass die SPD offenbar für die Zeit nach 2017 schon mit den Spitzeln und Ewiggestrigen von der Linken plant. Das ist abenteuerlich, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall)

Deshalb rufen wir den Satz ganz laut: Die Stasis von gestern dürfen nicht die Staatssekretäre von morgen werden! Nicht in den Ländern und schon gar nicht in der Regierung des wiedervereinten Deutschlands!

(Beifall)

Liebe Freunde, Gabriels Worte bestärken meine Befürchtungen, dass die Geschehnisse in Erfurt nicht nur etwas für die Geschichtsbücher sind; nicht in Erfurt, nicht in Deutschland. Für Rote, Grüne und Dunkelrote ist es das Programm der Zukunft, auch über Thüringen hinaus. Das ist die Herausforderung, vor der meine Generation und wir alle in der CDU stehen.

Vor zwei Jahren haben Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt und mich auf Vorschlag der Jungen Union und der CDU Thüringen in den Bundesvorstand gewählt. Sie haben mir die Chance gegeben, mich einzubringen – für meine Generation und mit Blick auf die ganze CDU –, gemeinsam mit den anderen daran zu arbeiten, dass die CDU die starke Volkspartei bleibt.

Liebe Freunde, mein Name ist Younes Ouaqasse. Ich bin in Baden-Württemberg geboren, in Marokko aufgewachsen und heute in Thüringen zu Hause. Ich stehe für leistungsorientierte Bildung, für ein erfolgreiches gegliedertes Schulsystem; denn mir hat es alle Chancen für die Zukunft gegeben. Ich stehe als Muslim für einen starken deutschen Rechtsstaat, für ein Land, in dem das Grundgesetz das Maß der Dinge ist und nicht die Scharia.

(Beifall)

Ich stehe für ein weltoffenes und ein freies Deutschland, wo man offen sagen kann, dass die DDR ein Unrechtsstaat war.

(Beifall)

Ich stehe für eine Volkspartei CDU, wo der Arbeitnehmer, der Handwerker und der Landwirt eine politische Heimat haben, genauso wie ich, Younes Ouaqasse. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.  
– Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Younes Ouaqasse. – Ich rufe jetzt Katherina Reiche auf und bitte Frau Professor Dr. Schipanski, sich bereitzuhalten.

(Vereinzelt Beifall)

**Katherina Reiche:** Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Katherina Reiche. Ich bin 41 Jahre alt. Ich bin verheiratet. Mein Mann und ich haben zwei Töchter und einen Sohn. Mein Bundestagswahlkreis ist Potsdam und die Umgebung von Potsdam. Das ist ein Wahlkreis, der 1907 und 1912 schon von Karl Liebknecht gewonnen wurde. Aber seit 2013 – also nach über 100 Jahren – ist dieser Wahlkreis zum ersten Mal bürgerlich.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin in Potsdam Kreisvorsitzende der CDU. 2013 wurde ich als Parlamentarische Staatssekretärin ins Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur berufen. Ich bin sozusagen die CDU-Frau im CSU-Haus. Ich kümmere mich dort um Themen wie eine leistungsfähige Infrastruktur, Digitalisierung, die Zukunft der Automobilwirtschaft oder die Luftverkehrswirtschaft.

Unser Generalsekretär Peter Tauber bat mich, stellvertretende Vorsitzende der Kommission „Nachhaltiges Leben – Lebensqualität bewahren“ zu werden und dort gemeinsam mit Andreas Jung und Julia Klöckner als unserer Vorsitzenden zu arbeiten. Ich habe diese Aufgabe sehr gern übernommen. Es geht um Fragen, wie wir unseren Wohlstand, unsere Arbeitsplätze und auch die Chancen für unsere Kinder auch in Zukunft erhalten können und dennoch sorgsam mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umgehen – Themen, für die ich auch ganz persönlich stehe.

Liebe Delegierte, der 9. Dezember 1989, also vor 25 Jahren, war ein Samstag. Es war das vierte Wochenende nach dem Mauerfall. Ich war damals 16 Jahre und samstags war eigentlich Schule. Aber an den Wochenenden nach dem Mauerfall wurde es in der Schule immer leerer, nicht nur wegen der Lehrer, sondern auch wegen der Schüler. Viele Familien fuhren in den neuen Teil unserer Heimat. An diesem vierten Wochenende habe auch ich meinen Mut zusammengekratzt und bin auch einfach gefahren, erstmals zur Verwandtschaft nach Hamburg.

Ich denke heute an diesen Tag zurück und an das große Glück, das wir damals empfunden haben. Ich bin meiner Partei, der CDU, zutiefst dankbar, dass sie entschlossen, beherzt und überzeugend für die deutsche Einheit gekämpft hat. Ich bin dankbar für die Freiheit, die uns die Einheit gebracht hat, für die Chancen, die sich damit boten. Die Freiheit – das haben wir heute schon oftmals gehört – ist ein sehr kostbares Gut, ein Gut, das oft als viel zu selbstverständlich ange-

nommen wird. Ich meine, dass man die Freiheit verteidigen muss – nach außen, aber eben auch nach innen. Das sehen wir in Brandenburg und in Thüringen ganz besonders deutlich. Wir wissen, wovon wir sprechen, wo Exkommunisten skrupellos die Geschichte klittern und die SPD kräftig den Steigbügel hält.

Meine Damen und Herren, ich würde mich sehr über Ihre Unterstützung freuen und darüber, wieder im Bundesvorstand arbeiten zu können und werbe um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Katherina Reiche. – Es stellt sich jetzt Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski vor, anschließend Arnold Vaatz.

**Prof. Dr. Dagmar Schipanski**: Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte! Mein Name ist Dagmar Schipanski. Ich bin Jahrgang 1943, seit 47 Jahren mit dem gleichen Mann verheiratet. Wir haben drei erwachsene Kinder und ein Enkelkind. Von Beruf bin ich Physikerin wie unsere Vorsitzende und bin nunmehr emeritierte Professorin für Festkörperelektronik. Ich war Wissenschaftsministerin im Freistaat Thüringen, ebenso Landtagspräsidentin und von 2000 bis 2006 Mitglied des Präsidiums der CDU. Ich bin seit 2006 Mitglied im Bundesvorstand.

Liebe Freunde, nach der friedlichen Revolution 1989 habe ich aktiv an der Umgestaltung der neuen Länder mitgearbeitet, weil ich nie wieder sozialistische Verhältnisse wollte. Diese friedliche Revolution, die für uns Deutsche doch so schicksalsbedeutend war, wurde übrigens von Sahra Wagenknecht, einer der Stellvertreterinnen des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Linken, als direkte Konterrevolution bezeichnet; nur damit man weiß, was das eigentliche Ziel der Linken ist. Gregor Gysi sagte 1997:

„Wir wollen Teil dieser Gesellschaft sein, um sie dann grundlegend verändern zu können.“

Liebe CDU-Freunde, dem müssen wir entschieden entgegentreten. Dafür möchte ich mich in den nächsten Jahren im Bundesvorstand einsetzen. Diese Aussagen sind gefährlich und werden von vielen von Ihnen, die die DDR nicht unmittelbar erlebt haben, noch nicht in ihrer vollen Bedeutung wahrgenommen. Aber ich habe 40 Jahre in der DDR gelebt und weiß um die Zielstrebigkeit der Linken, ihr rücksichtsloses Vorgehen mit allen Mitteln. Unverhohlen sprechen sie heute schon wieder von Volkseigentum und sozialistischer Gesellschaft, beispielsweise zur Lösung der Euro-Krise.

Liebe Freunde, das sozialistische System, das den Markt, die Eigeninitiative und Eigentum außer Kraft setzt, kann die Probleme unserer Zeit nicht lösen. Wir hätten wieder einheitlichen Mangel statt vielfältigem Warenangebot und Innovationen. Deshalb müssen wir uns auf Bundesebene intensiver mit den Linken auseinandersetzen. Das möchte ich als Zeitzeugin in den nächsten

Jahren im Bundesvorstand intensiv weiterbefördern, damit zukünftige rot-rote Optionen verhindert werden können. Man muss die wahren langfristigen Zielstellungen, die überall angegeben sind, entlarven, auch weil ich nicht möchte, dass sich so etwas wie unsere derzeitige Regierung in Thüringen wiederholt. Ich möchte – wie auch Mike Mohring vorhin gesagt hat –, dass die rote Fahne nicht lange auf der Staatskanzlei weht.

(Vereinzelt Beifall)

Meine lieben Freunde, die Auseinandersetzung mit der SPD ist notwendig. Das haben wir heute wiederholt betont. Aber wir dürfen die Auseinandersetzung mit den Linken nicht hintanstellen. Sie ist für die nächsten Jahre genauso notwendig. Wir haben das Land Thüringen in 25 Jahren unter einer CDU-Führung zu einer blühenden Landschaft gemacht, wie es Helmut Kohl einst voraussah. – Und immer gegen die Stimmen der Linken, die heute so tun, als sei es ihr Verdienst gewesen. Auch deshalb möchte ich nicht, dass die Linken jetzt ihre DDR-Vergangenheit in ihrem Sinne aufarbeiten, wie sie es im Koalitionsvertrag festgelegt haben. Die Deutungshoheit über die DDR gehört den Opfern und nicht den Tätern.

(Beifall)

Deshalb möchte ich mich im Bundesvorstand weiter für die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses unseligen Kapitels einsetzen, und zwar unter Führung der Gauck-Behörde und der entsprechenden Landesbehörden und nicht unter der Führung von ehemaligen Funktionären der DDR. Ich glaube, die von mir genannten Punkte bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit, wenn wir in der Zukunft nicht von den Fehlern der Vergangenheit eingeholt werden wollen.

Liebe Freunde, ich stehe ebenso für die Programmatik der Senioren-Union, und als Bildungspolitikerin werde ich selbstverständlich die Zielstellungen der Frauen-Union in puncto Ausbildung unterstützen. Ich will hierzu nur einen Punkt ganz kurz benennen: Mir kommt es darauf an, dass die Zeitarbeitsverhältnisse von gut ausgebildeten jungen Menschen in feste Anstellungen umgewandelt werden können. Berufliche Flexibilität ist hervorragend, aber sie darf nicht in absolute Unsicherheit für junge Familien abgleiten. Wir haben fast in ganz Deutschland Vollbeschäftigung, und es wird Zeit, dass wir damit den Arbeitnehmern Sicherheit bieten.

Liebe Freunde, ich möchte meine DDR-Erfahrungen und wissenschaftspolitischen Kenntnisse in die Gestaltung der Zukunft unseres Landes einbringen. Deshalb bitte ich um Ihre Stimme zur Wahl in den Bundesvorstand.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schipanski. – Das Wort hat jetzt Arnold Vaatz, anschließend Dr. Johann Wadephul.

(Vereinzelt Beifall)

**Arnold Vaatz:** Liebe Freunde! Mein Name ist Arnold Vaatz. Ich bin 59 Jahre alt und komme aus Dresden. Ich bin stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und zuständig für die Bereiche Verkehr, Aufbau Ost, Menschenrechte. Was will ich?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im August vorigen Jahres haben wir in der Stadt Dresden unter Beteiligung von 190 000 Menschen, die Waldschlösschenbrücke in Betrieb genommen. Damit ist uns ein großes Infrastrukturprojekt gelungen. Ich will, dass unsere Partei die Partei der Infrastruktur bleibt und nicht die Partei, der man nachsagt, dass sie die Infrastruktur in Deutschland hat zerbröckeln lassen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind ein stolzer Industriestaat, hochproduktiv. Wenn wir es uns weiter leisten, dass große Projekte entweder überhaupt nicht fertig werden oder sich über ein halbes Menschenalter hinziehen, werden wir diese Position verlieren. Wir müssen hier unbedingt etwas ändern! Dafür, eine sehr verehrten Damen und Herren, trete ich ein. Wenn wir es nicht tun, landen wir eines Tages dort, wo die DDR endete. Das wollen wir alle nicht.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 5. Dezember des Jahres 1989 trat eine Situation ein, von der ich nicht wusste, ob ich sie körperlich unversehrt und in Freiheit beenden kann. Das war die Besetzung der Außenstelle Dresden des Ministeriums für Staatssicherheit. Auf den Tag genau 25 Jahre später geschah etwas, was ich mir damals nicht hätte träumen lassen, nämlich dass ein aus dem Westen kommender Kandidat der ehemaligen SED in Thüringen zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Da fragt man sich: Was haben wir hier falsch gemacht? Ich sage Ihnen: Ich trete dafür ein, dass wir diese Partei aus der Verantwortung für den Zustand, in dem sie Ostdeutschland hinterlassen hat, nicht entlassen werden. Ich bitte Sie alle, auch bei sich zu Hause – auch, wenn Sie aus Westdeutschland kommen – zu erklären, dass nicht ein einziger Pfennig von diesen 1,5 Billionen hätte nach Ostdeutschland fließen müssen, wenn es diese Partei nicht gegeben hätte.

Das müssen die Menschen erfahren.

Sie wissen vor allen Dingen eines: Wenn in Ostdeutschland der eine oder andere aus Karrieregründen in diese Partei hineingeraten ist, dann ist das nicht schön und auch zu kritisieren, aber es ist erklärbar. Nicht erklärbar ist, dass in der Bundesrepublik Deutschland West, wo die Menschen niemals das Joch der Unfreiheit kennengelernt haben, nach dem Zusammenfall des Unrechtsstaats DDR Menschen ohne jede Not nicht die Partei der Opfer, sondern die Partei der Täter in Ostdeutschland ergriffen haben. Das ist ein Zustand, der unverzeihlich ist. Wir müssen daran arbeiten, die Menschen stärker davon zu überzeugen, dass solche Dinge nicht mehr vorkommen. Vielen Dank.

(Beifall)

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Arnold Vaatz. Es stellen sich jetzt vor Dr. Johann Wadepful, anschließend Sabine Weiss.

**Dr. Johann Wadepful:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme Sie jetzt ganz hoch mit in den Norden der Republik, nach Schleswig-Holstein. Mein Name ist Johann Wadepful. Ich bin der Kandidat der CDU Schleswig-Holstein für den Bundesvorstand hier im Beisitzerbereich.

Ich bin Kreisvorsitzender in Rendsburg/Eckernförde und vertrete diesen Ostseewahlkreis in der Nachfolge von Gerhard Stoltenberg im Deutschen Bundestag. Ich bin im Auswärtigen Ausschuss tätig.

Meine lieben Freundinnen und Freunde, wir Schleswig-Holsteiner verstehen uns als Brücke nach Skandinavien und in das Baltikum. Die Situation dort hat sich seit der Ukraine-Krise verändert, seitdem Russland eine offensichtliche Einflusspolitik und auch ein Bedrohungsszenario entwickelt hat. Jetzt gibt es dort Ängste, und die müssen wir ernstnehmen.

Schweden und Finnland wollen in die NATO. Die baltischen Staaten sagen: Wir sind Mitglied in der NATO. Aber sie haben Befürchtungen – die müssen wir ihnen nehmen –, dass es eine Einigung hinter ihrem Rücken geben könnte, wie es sie früher schon einmal gegeben hat. Wir Deutsche müssen den Balten eindeutig sagen: Die Beistandsverpflichtung des NATO-Vertrages gilt. Wir stehen hinter euch und wir werden eure Freiheit und euren Frieden so verteidigen, wie wir unsere Freiheit und unseren Frieden hier in Deutschland verteidigen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite ist: Diese Staaten sind freiwillig der EU und der NATO beigetreten. Es ist kein Bedrohungsakt gegenüber irgendjemandem gewesen. Wer, wenn nicht wir wiedervereinigte Deutsche, müssen das Selbstbestimmungsrecht der Völker hochhalten. Es muss möglich sein, in die Europäische Union einzutreten. Es muss möglich sein, in die NATO einzutreten, wenn das einzelne Land, wenn das Volk das will. Wir Deutsche müssen dafür einstehen, dass dies möglich ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist wichtig und muss geachtet werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Das Dritte ist: Wir Deutsche können uns freuen, dass wir uns mit Polen ausgesöhnt haben. Als Sohn eines Vertriebenen, der in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs zur Waffe gezwungen wurde, habe ich mit großer Bewegung die Worte des polnischen Außenministers Sikorski gehört, der gesagt hat, er habe heute keine Angst mehr vor deutscher Macht, sondern er habe Angst vor deutscher Untätigkeit. Welch große Worte eines Polen im 21. Jahrhundert.

Dieses Vertrauen haben wir uns verdient, aber es bleibt unsere Aufgabe, die Aussöhnung mit Polen voranzutreiben. Die Freundschaft, die Konrad Adenauer mit Frankreich begründet hat,

war ein erstes Friedenswerk in Europa. Wir müssen es jetzt vollenden, indem wir die Freundschaft mit den östlichen Völkern, insbesondere mit Polen, vertiefen und festigen. Das ist ein großes Geschenk der Geschichte.

Ich bitte Sie ganz herzlich um Ihre Stimme. Das Schiff der CDU Schleswig-Holstein hat viel Fahrt aufgenommen. Bitte geben Sie uns weiteren Rückenwind: Ihre Stimme für meine Kandidatur. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir unterbrechen die Runde der Vorstellung der Beisitzer für den Bundesvorstand. Ich gebe das Ergebnis zur Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums bekannt. Ich kann es gleich vorweg sagen: Da wir das Frauenquorum nicht erreicht haben, werden wir in einen zweiten Wahlgang eintreten.

Abgegebene Stimmen bei der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums: 957. Ungültige Stimmen 2, Enthaltungen 0, gültige Stimmen 955. Die erforderliche Mehrheit, die unsere Satzung vorschreibt, beträgt 478.

Auf Wolfgang Schäuble entfielen 793 Stimmen, gleich 83,04 Prozent. Auf Annegret Kramp-Karrenbauer entfielen 784 Stimmen, gleich 82,09 Prozent. Auf David McAllister entfielen 718 Stimmen, gleich 75,18 Prozent. Auf Karl-Josef Laumann entfielen 703 Stimmen, gleich 73,61 Prozent. Auf Stanislaw Tillich entfielen 675 Stimmen, gleich 70,68 Prozent. Auf Jens Spahn entfielen 605 Stimmen, gleich 63,35 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Auf Hermann Gröhe entfielen 575 Stimmen, gleich 60,21 Prozent. Auf Emine Demirbükten-Wegner entfielen 534 Stimmen, gleich 55,92 Prozent. Damit ist das Frauenquorum in diesem ersten Wahlgang nicht erfüllt, weil Frau Demirbükten-Wegner mit 55,92 Prozent zwar die notwendige Mehrheit hat, aber auf Platz 8 von sieben Plätzen gewählt wurde. Wir müssen also nach dem Statut der CDU in einen zweiten Wahlgang eintreten, weil das Frauenquorum – bei einer Gruppenwahl zu Parteiämtern ab Kreisverbandsebene aufwärts – im ersten Wahlgang von einem Drittel nicht erreicht ist. Das macht den Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, für den weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist dann – unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil – gültig.

Der Kollege Hermann Gröhe hat gebeten, vor diesem zweiten Wahlgang zu den Delegierten sprechen zu dürfen. Ich gebe ihm das Wort. – Bitte schön.

**Hermann Gröhe:** Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und liebe Freunde! Zunächst danke ich den Delegierten, die mich im vergangenen Wahlgang mit Mehrheit gewählt haben.

(Beifall)

Gleichzeitig gilt für mich: Ich bin in den Jahren als Ihr Generalsekretär immer sehr bewusst dafür eingetreten, dass die Führungsmannschaft unserer Partei die gesamte Vielfalt unserer Partei angemessen widerspiegelt. Dazu zählt für mich selbstverständlich auch die Beachtung des Frauenquorums.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bitte ich diejenigen, die mich gewählt haben, um Ihr Verständnis dafür, dass ich im zweiten Wahlgang nicht antrete. Ich bitte Sie, Ihr Vertrauen Emine Demirbüken-Wegner auszusprechen. Ich würde mich freuen, mit Ihrem Vertrauen zukünftig im Bundesvorstand der CDU Deutschlands mitzuwirken. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann Gröhe. Wir werden ihn hinterher bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstands auf dem Stimmzettel berücksichtigen. Dort wird er dann für uns kandidieren.

Nach unseren Vorschriften und der Satzung können für den zweiten Wahlgang, den wir jetzt durchführen müssen, weitere Vorschläge entgegengenommen werden. Gibt es für die Wahl der Mitglieder des Präsidiums weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Nach den Vorschriften müssen wir den Wahlgang trotzdem noch einmal durchführen, jetzt nur mit sieben Kandidaten für die sieben Positionen. Er ist also in jedem Falle gültig.

Wir werden jetzt schnell die Stimmzettel drucken und dann verteilen. Ich schlage vor, dass wir die Zwischenzeit nutzen, um die weiteren Kandidaten für den Bundesvorstand vorzustellen. So können wir die Zeit am besten nutzen. Sind Sie damit einverstanden? – Es gibt keinen Widerspruch. Dann bitte ich Kollegen Liebing, den Nächsten oder die Nächste auf der Liste aufzurufen.

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Wir fahren jetzt fort mit der Vorstellung der Kandidaten für die weiteren Vorstandsmitglieder. Die Nächste ist Sabine Weiss, anschließend Dietrich Wersich.

**Sabine Weiss**: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Mein Name ist Sabine Weiss. Ich bin 56 Jahre alt und komme aus dem wunderschönen Niederrhein-Kreis Wesel hier in Nordrhein-Westfalen. Dort bin ich Kreisvorsitzende der Frauen Union. Nachdem ich zehn Jahre lang Bürgermeisterin der Stadt Dinslaken war, habe ich mich 2009 zum ersten Mal entschlossen, für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Ich hatte die große Freude, erstmalig für meine Partei den Wahlkreis Wesel I direkt zu holen.

(Vereinzelt Beifall)

Das konnten wir 2013 dank meiner wirklich tollen Kreispartei und ganz vieler engagierter Wahlhelferinnen und Wahlhelfer mit deutlichem Ergebnis wiederholen. Seit Januar dieses Jah-



res habe ich die große Ehre, zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden unserer Bundestagsfraktion gewählt worden zu sein. Ich vertrete die Bereiche Arbeit und Soziales und Entwicklungspolitik.

Liebe Delegierte, vor zwei Jahren haben Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt und mich zur Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt. Ich durfte hier unter anderem im Haushaltsausschuss tätig sein. Diese Arbeit würde ich sehr gerne fortsetzen, deswegen stehe ich heute wieder hier und bitte Sie um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sabine Weiss. – Jetzt stellt sich Dietrich Wersich vor, anschließend Annette Widmann-Mauz.

(Vereinzelt Beifall)

**Dietrich Wersich**: Liebe Delegierte! Mein Name ist Dietrich Wersich. Ich bin Arzt aus Hamburg und kämpfe an der Spitze der Hamburger Union bei der Bürgerschaftswahl am 15. Februar. Ich will zeigen, dass die Union auch in der Großstadt erfolgreich sein kann. Ich mache es kurz: Heute bitte ich um Ihre Unterstützung. Gebt mir Rückenwind, damit sich die Roten im Norden am 15. Februar schwarzärtern. – Vielen Dank für Eure Unterstützung.

(Beifall)

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dietrich Wersich. – Das Wort erhält jetzt Annette Widmann-Mauz, anschließend Monica Wüllner.

**Annette Widmann-Mauz**: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Stellen Sie sich Kinder vor, deren Mütter sie aus Angst vor tödlicher Ansteckung nicht in den Arm nehmen und trösten. Stellen Sie sich alte, gebrechliche Menschen vor, die zu Hause einsam und allein auf ihren Tod warten. Denken Sie an den Bürgermeister, der in seiner Gemeinde keinen Laden und keine Gaststätte mehr hat und der sich auch noch um einen Hausarzt kümmern muss, weil der bisherige seine Tätigkeit aufgegeben hat. Denken Sie an die erfolgreiche Mitdreißigerin mit dem Job ihres Lebens, die aber den Mann ihres Lebens für gemeinsame Kinder noch nicht gefunden hat.

Von Ebola und antibiotikaresistenten Erregern über Palliativpflege, Hospizhilfe und Sterbebegleitung, von der medizinischen Versorgung auf dem Land, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zu Social Freezing – das sind die Themen, die mich beschäftigen und meine politische Arbeit in der Gesundheitspolitik und als parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium prägen.

Ja, meine Damen, meine Herren, es geht dabei in letzter Konsequenz von morgens bis abends um Existenzielles, um Ängste und Hoffnungen, um Leben und Leiden, um Sterben und Tod. Es

geht um das, was wirklich wichtig ist, nämlich um die Art, wie wir mit den Schwächsten in unserem Land umgehen. Es geht in erster Linie nicht um Abrechnungsziffern, Landesbasisfallwerte oder Fallpauschalen.

Liebe Delegierte, es geht dabei um uns. Wie wollen, wie können wir zusammenleben? Was bedeuten Globalisierung und Digitalisierung unserer Wirtschaft sowie der demografische Wandel für unser Zusammenleben? Was hält unsere Gesellschaft zusammen, wenn Zeit zur knappsten Ressource in unserer Zeit wird? Was leitet uns? Was treibt uns an?

Wir Christdemokraten zeichnen uns dadurch aus, dass wir bei all diesen großen Entwicklungen nach dem *cui bono*, „Wem nutzt es?“, fragen und dass wir das Hinterfragen der Entwicklungen immer wieder in den Mittelpunkt rücken und in unserem Interesse zu beeinflussen versuchen. Diesem Gestaltungsanspruch fühle ich mich verpflichtet: Annette Widmann-Mauz, 48 Jahre, verheiratet. Ich bringe mich seit 30 Jahren in unsere Partei ein, auf Landesebene als stellvertretende Vorsitzende der CDU in Baden-Württemberg, im Bund als stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union und jetzt in der Kommission von Armin Laschet, die sich um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft kümmert sowie nicht zuletzt als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen.

Sie haben mich vor zwei Jahren erstmals in den Bundesvorstand gewählt. Ich würde diese Arbeit sehr gern fortsetzen und bitte Sie um Ihr Vertrauen.

**Ingbert Liebig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annette Widmann-Mauz. – Ich bitte die Landesgeschäftsführer, zwischendurch im Büro der Stimmzählkommission die neuen Stimmzettel für den zweiten Wahlgang der Präsidiumswahlen abzuholen, damit wir den Wahlgang direkt nach der Vorstellung der Kandidaten für die Beisitzer vornehmen können.

Jetzt stellt sich Monica Wüllner vor, anschließend Professor Dr. Otto Wulff.

**Monica Wüllner**: Sie haben es bald geschafft. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Von einer Schwäbin zur nächsten. Ich bin Monica Wüllner aus Stuttgart. Ich bin 45 Jahre alt und habe einen Sohn, der übrigens ein halber Niedersachse ist. In Tübingen habe ich Jura studiert, mein zweites Staatsexamen in Stuttgart gemacht und arbeite nun nach der Elternzeit seit fünfeneinhalb Jahren als Gewerkschaftssekretärin. Seit knapp 25 Jahren bin ich Mitglied in der CDU, seit zwölf Jahren in der CDA und seit 15 Jahren Regionalrätin.

In der CDU-Regionalfraktion bin ich zuständig für das Thema Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und als ehemalige Leistungssportlerin natürlich auch für das Thema Sport. Vor zwei Jahren haben Sie mich in den Bundesvorstand gewählt. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, was meinen Sie: Wie viele Gewerkschaftsmitglieder haben bei der letzten Bundestagswahl die CDU gewählt? Zehn Prozent? 15 Prozent oder 20 Prozent? Nein, es waren genau 32,4 Prozent. Das sind 32,4 Prozent, die wir nicht einfach ignorieren sollten. Da können wir nicht

einfach sagen: Es ist schön, dass ihr uns gewählt habt, aber mit Gewerkschaften wollen wir nichts zu tun haben. – Der hohe Anteil an CDU-Wählern zeigt doch, dass die Zeit der Klassenkämpfe vorbei ist. Ich stehe dafür ein, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam nach vernünftigen Lösungen suchen. Die Krise 2008/2009 hat gezeigt, dass das geht. Der gemeinsame Antrag von CDA und MIT zum Abbau der kalten Progression hier auf diesem Parteitag tut dies ebenfalls.

Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stehen nicht im Wettstreit miteinander, sie gehören sinnvoll in Einklang gebracht. Wer könnte das besser als die CDU? Die CDU ist die einzige Volkspartei, die es in Deutschland noch gibt. Weshalb? Weil wir nahe bei den Menschen sind, und zwar an allen Menschen: an Arbeitnehmern und Arbeitgebern, an Alt und Jung, Männern und Frauen – sie alle werden gleichermaßen von uns vertreten. Denn wir haben das Ganze im Auge und nicht nur einen kleinen Teil.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, die CDU ist die Partei der Vernunft, sie ist die Partei der Mitte. Ich stehe für diese Partei. Ich stehe für die gemeinsame Sache, und ich bitte deshalb erneut um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme.

(Beifall)

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Monica Wüllner. – Als letzter Bewerber stellt sich jetzt Professor Dr. Otto Wulff vor.

**Prof. Dr. Otto Wulff**: Meine lieben Freundinnen und Freunde! Ich freue mich, dass ich zu Ihnen als ein Älterer in dieser Partei sprechen kann, der 62 Jahre Mitglied dieser großartigen, stolzen und erfolgreichsten Volkspartei in der Nachkriegsgeschichte Europas ist. Dabei muss es bleiben.

(Beifall)

Mich hat die Senioren-Union vorgeschlagen, deren Vorsitzender ich bin. Ich bin stolz auf diese Aufgabe, weil ich glaube, dass ich viele Ältere mit Berufs- und Lebenserfahrung gewinnen dafür kann, ihr Herz der Union zu schenken, sie für unsere große Aufgabe zu gewinnen, wenn es darum geht, Mehrheiten in diesem Staate zu bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich sage das in diesem Alter auch mit einem gewissen Stolz, weil mein Vater Gründer dieser CDU gewesen ist und in einer Zeit für Freiheit und Demokratie gestanden hat, in der wir als Familie nicht gut behandelt wurden. Er stand aber als Gründer zur Union, und ich stehe in seinen Fußstapfen. Ich stehe für diese Partei, lebe mit ihr, wünsche ihr Erfolg und will für ihren Erfolg kämpfen.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, wir wissen, dass bei den letzten Wahlen gerade die ältere Generation der Union mit relativ großer Mehrheit das Vertrauen geschenkt hat. Das war nicht immer einfach. Ich freue mich aber, dass es speziell der Senioren-Union gelungen ist, dazu beizutragen. Ich erinnere mich mit Freude an die gemeinsamen Veranstaltungen mit unserer Jungen Union, mit denen wir nach außen bewiesen haben, dass diese Union die Union der Generationen und die Union der Generationengerechtigkeit ist. Diesem Ruf wollen wir gerecht werden.

(Beifall)

Meine Freunde, ich habe bei den Wahlen erlebt, dass wir nicht nur Ältere begeistern können, sondern auch die Jüngeren. Natürlich haben wir Meinungsverschiedenheiten erlebt, und wir fetzen uns auch einmal ein wenig. Aber keine Partei hat so viel Talent zum Kompromiss wie unsere stolze CDU, und am Ende des Kompromisses steht der Konsens. Das hat uns stark gemacht – Jung und Alt zusammen – gegenüber anderen Parteien. Wir haben die Wahlen gewonnen, die anderen haben sie verloren, und sie haben zu Recht verloren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, was ich mir speziell für die Älteren wünsche, ist, dass sie wieder Begeisterung und Schwung in die Partei bringen, dass viele Millionen, die ein Ehrenamt haben, die Opferbereitschaft und Engagement zeigen, wofür sie nichts bekommen, bereit sind, zu uns in die CDU zu kommen. Um sie möchte ich werben mit Ihrer Hilfe.

Aber gestatten Sie mir als älterem Herrn zum Schluss doch ein sehr persönliches Wort – das will ich nicht als Pathos verstanden wissen – im Hinblick auf meine Familie und auf meine Arbeit, die ich aus Leidenschaft und Begeisterung für diese Partei geleistet habe und noch gerne leisten möchte. Ich habe diese Aufgabe wie viele Millionen Patrioten in anderen Ländern immer und zu jeder Zeit auch als Pflicht, aus Zuneigung für unser geliebtes deutsches Vaterland empfunden. Für diese Aufgabe bitte ich um Ihr Vertrauen, meine Damen und Herren. Ich werde mich um die Älteren bemühen, gemeinschaftlich auch mit der Jungen Union. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen. Ich werde mir Mühe geben. Alter ist kein Unterscheidungsmerkmal, sondern auch eine Maßgabe, sodass ich sagen kann: Ich bin stolz darauf, meine Jahre noch nutzen zu können. Herzlichen Dank für Ihre Geduld! Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

**Ingbert Liebig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Professor Otto Wulff. – Als weiterer Bewerber für die Beisitzerpositionen kommt Hermann Gröhe hinzu. Er hat sich bereits vorgestellt und verzichtet deshalb auf eine weitere Vorstellung, sodass wir an dieser Stelle mit der Vorstellung der Bewerber für die weiteren Positionen im Bundesvorstand durch sind.

Wir unterbrechen den Tagesordnungspunkt 16.5, Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes, und kehren zurück zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4:

#### Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Hier geht es um den zweiten Wahlgang. – Die Wahl erfolgt mittels des neuen farbigen Stimmzettels, der wiederum alle Namen der Kandidaten für die weiteren Präsidiumsmitglieder enthält. Diesen Stimmzettel erhalten Sie von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer. – Ich gehe davon aus, dass diese inzwischen verteilt sind.

Dann möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass nach § 43 Abs. 2 des Statuts mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden müssen. Das sind vier Kandidaten. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also in unserem Falle sieben. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er vier, fünf, sechs oder sieben Kreuze enthält.

In der Zwischenzeit bitte ich die Landesgeschäftsführer, wie gewohnt die Stimmzettel für die Beisitzerwahl abzuholen, die jetzt gedruckt sind.

Ich frage, ob jetzt alle Stimmzettel für die Präsidiumswahl eingesammelt sind. – Hier noch nicht. Dann bitte ich, mit dem Einsammeln der Stimmzettel, sofern noch nicht geschehen, zu beginnen.

Sind jetzt alle Stimmzettel für die Präsidiumswahl abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich diesen Wahlgang.

Wir kommen jetzt wieder zurück zum Tagesordnungspunkt 16.5, zu der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Hierzu sind neue Stimmzettel vorbereitet. Ich bitte, diese auszuverteilen. Diese Stimmzettel erhalten Sie von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer.

Für diesen Wahlgang gebe ich folgende Hinweise: Nach § 43 Absatz 3 des Statuts müssen mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also 20 Bewerber, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26. Die Stimmzettel sind also gültig, wenn sie zwischen 20 und 26 Kreuze enthalten. Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig.

Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies sind bei 26 weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes mindestens neun Frauen. Zur Erläuterung: Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang nicht erfüllt, ist dieser Wahlgang ungültig. Es muss dann ein zweiter Wahlgang vorgenommen werden, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs ist unabhängig vom Frauenquorum gültig.

Ich eröffne jetzt diesen Wahlgang und bitte, die Stimmzettel anzukreuzen und einzusammeln.

(Zurufe)

Sind die Stimmzettel noch nicht ausgeteilt? – Okay, dann warten wir das erst mal ab.

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Haben für die Wahl der Beisitzer alle ihren Stimmzettel abgegeben? – Okay, durch, jawohl.

(Zurufe)

– Bitte alle ruhig bleiben. Die Stimmzettel für die Beisitzerwahl zum Bundesvorstand werden gleich verteilt. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass sie eine andere Farbe haben. Sie können also entspannt die Stimmzettel, die einige schon ausgefüllt haben, zerreißen; die hellgrünen Zettel sind für den nächsten Wahlgang nicht gültig. Wir werden jetzt den korrigierten Zettel, auf dem auch Hermann Gröhe als Kandidat draufsteht, neu ausdrucken und Ihnen dann gleich austeilern. Bitte die alten grünen Zettel vernichten. – Danke schön.

(Teilweise rhythmisches Klatschen)

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für den Applaus. Das gibt Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hintergrund, die improvisiert haben und schnell dafür gesorgt haben, dass jetzt alles richtig läuft, noch einmal Dank zu sagen. Die Stimmzettel sind gedruckt. Ich bitte, die Stimmzettel auszuteilen.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde! Wir geben das Ergebnis der Wahlen zum Präsidium bekannt: Als weitere Mitglieder wurden gewählt Annegret Kramp-Karrenbauer mit 763 Stimmen gleich 85,16 Prozent,

(Teilweise Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble mit 758 Stimmen gleich 84,60 Prozent,

(Teilweise Beifall)

David McAllister mit 750 Stimmen gleich 83,71 Prozent,

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich mit 734 Stimmen gleich 81,92 Prozent,

(Teilweise Beifall)

Karl-Josef Laumann mit 688 Stimmen gleich 76,79 Prozent,

(Teilweise Beifall)

Jens Spahn mit 593 Stimmen gleich 66,18 Prozent,

(Teilweise Beifall)

und Emine Demirbükten-Wegner mit 515 Stimmen gleich 57,48 Prozent.

(Teilweise Beifall)

Ich frage die gewählten Mitglieder, ob sie die Wahl annehmen. – Ich höre lauter Ja-Rufe aus dem Plenum. Dann sind diese sieben Kolleginnen und Kollegen als weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt.

Im Zusammenhang mit der Wahl der Beisitzer weise ich darauf hin, dass Sie jetzt diesen orangenen Stimmzettel bekommen. Er ist rot oder blutorange. Er ist nur gültig, wenn Sie mindestens 20 Kandidaten und höchstens 26 Kandidaten ankreuzen. Auch für diesen Wahlgang gilt, dass der Wahlgang als ganzer nur gültig ist, wenn im ersten Wahlgang ein Drittel oder mehr der tatsächlich Gewählten Frauen sind. Haben alle Delegierten nun diesen roten Stimmzettel?

(Zurufe: Nein!)

– Wo wurden sie noch nicht verteilt? – Ich bitte die Geschäftsführer, die Stimmzettel dort zu verteilen. Das dauert noch einen Moment.

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Wie ich gerade höre, sind noch nicht alle Stimmzettel angekommen. Schleswig-Holstein und Hessen fehlen noch. Deshalb ist der Wahlgang noch nicht eröffnet.

Sind jetzt die Stimmzettel überall angekommen? – Nein, immer noch nicht. Dann müssen wir noch warten.

Sind jetzt alle Stimmzettel ausgeteilt? Fehlt noch irgendwo ein Stimmzettel? – Das ist nicht der Fall. Dann kann jetzt der Wahlgang eröffnet werden. Das bedeutet, dass mit dem Einsammeln der Stimmzettel begonnen werden kann. – Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich den Wahlgang. Die Stimmzählkommission ermittelt nun die Ergebnisse. Die Ergebnisse werden nach den Foren hier bekannt gegeben. – Zur Fortsetzung gehe ich das Wort Peter Hintze.

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich will Sie kurz unterrichten, wie wir mit dem Parteitag fortfahren, damit das jeder auf dem Bildschirm hat. Im Anschluss finden die Foren statt, auf die ich in meiner Einführung hingewiesen habe. Diese finden in der Halle 7 statt. Wir werden diese drei Foren kompakter gestalten. Wir werden netto eine Stunde in den Foren beraten und uns um 20.15 Uhr noch einmal kurz in der Plenarsaalhalle versammeln, um festzustellen, ob der Bundesvorstandswahlgang gültig durchgeführt wurde. Wenn das der Fall ist – das hoffe ich –, würden wir dann in den nordrhein-westfälischen Abend in die Halle gehen, die in Ihren Unterlagen ausgewiesen ist.

Morgen früh stehen wir vor der unerfreulichen Tatsache, dass Horst Seehofer wegen einer Erkältung nicht kommen kann. Dadurch gewinnen wir Zeit. Wir werden morgen pünktlich um 9 Uhr mit der Rede unseres Generalsekretärs sowie der Einführung und der Beratung des Wirtschafts-antrags D 1 beginnen. Dann folgen die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und die Aussprache dazu. Danach beginnen die Beratungen über den Antrag D 2 zu Innenpolitik und innerer Sicherheit. Im Anschluss werden die sonstigen, statuarischen Anträge behandelt. Ich glaube, dass wir morgen früh ausreichend Zeit für die Antragsberatungen haben. Das müssten wir dann heute Abend nicht mehr machen. Wären Sie damit einverstanden? – Danke.

Die Bundeskanzlerin weist mich darauf hin, dass Sie bitte nach den Foren um 20.15 Uhr noch einmal in die Plenarsaalhalle kommen, damit wir feststellen können, wie es um die Bundesvorstandswahl bestellt ist, ob eine Stichwahl bzw. ein zweiter Wahlgang notwendig sind, damit wir heute Abend die Wahl ordnungsgemäß abschließen können.

Ich bitte jetzt darum, in die Foren zu gehen, heftig mitzudiskutieren und dann um 20.15 Uhr wieder hier zu sein. Dann stellen wir hoffentlich das Wahlergebnis fest. Dann vertagen wir uns auf morgen und gehen in den nordrhein-westfälischen Abend. – Schönen Dank.

(Unterbrechung von 19.18 Uhr bis 20.30 Uhr)

Forum I:

### **Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren**

Julia Klöckner, MdL

Matthias Hebel

Dr. Eckart von Hirschhausen

Felix Seibert-Daiker, Moderator

(Beginn: 19.20 Uhr)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hallo und herzlich willkommen zu unserem Forum. Wir mussten noch etwas warten, die Frauenquote musste erfüllt werden. Das hat alles seine Richtigkeit gehabt. Erst mal einen herzlichen Glückwunsch an Sie, Frau Klöckner, zur Wiederwahl. Ich finde, ein großer Applaus ist an dieser Stelle durchaus angebracht.

(Beifall)

Wir wollen uns heute mit dem Thema „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ beschäftigen. Wir haben im Film ja schon gesehen, dass sich die drei Kommissionen mit Zukunftsthemen auseinandersetzen. Wir wollen mit Ihnen heute in einen Dialog eintreten. Das möchte ich Ihnen



kurz näher erklären: Sie als Publikum haben gleich die Möglichkeit, uns ganz klassisch über das Mikrofon ihre Ideen und Themenvorschläge oder Anregungen zu nennen. Dann können wir darüber diskutieren. Zum anderen gibt es die Möglichkeit, über Social Media an der Diskussion teilzunehmen. #cdunachhaltigkeit ist das Keyword dazu. Dann können Sie uns via Twitter Ihre Ideen zukommen lassen, oder Sie können uns an die E-Mail-Adresse nachhaltig-leben@cdu.de schreiben. Falls Sie also hier nicht persönlich sprechen wollen oder können, können Sie uns auf diese Weise etwas zukommen lassen und somit an unserer Diskussion teilnehmen. Einen letzten Hinweis soll ich noch geben: Es gibt freies WLAN. Das WLAN ist „CDU Parteitag 2014 HQ“. Das Passwort, das Sie dazu brauchen, lautet: cduparteitag. Damit sind Sie online dabei, ohne Ihren Handyvertrag groß zu belasten. Ich wiederhole: Das Passwort ist cduparteitag.

**Dr. Eckart von Hirschhausen:** Ist das abhörsicher?

**Felix Seibert-Daiker,** Moderator: Das ist abhörsicher. Wir haben NSA-Experten eingeladen, die das Ganze für uns abschirmen.

Jetzt möchte ich Ihnen unsere Diskutanten hier oben im Forum vorstellen. Beginnen möchte ich natürlich mit der Leiterin der Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“, Julia Klöckner. Sie findet es schwierig, Schule, Beruf, Familie und Freizeit unter einen Hut zu bringen, setzt sich aber dafür ein, dass das alle Menschen in Deutschland schaffen können. Sie bedauert es, nicht mehr Zeit für die Weinlese im heimischen Weingut oder das Rennradfahren zu haben, und kauft gerne regionale Produkte. Ich habe gelesen, dass Sie Ihre Kartoffeln von einem Landwirt aus Ihrer Fraktion beziehen. Wer das ist, werden Sie uns bestimmt sagen.

**Julia Klöckner:** Ja. Das ist der Herr Zehfuß, der uns auch die Äpfel, die draußen liegen, besorgt hat.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker,** Moderator: Sehr schön, Sie sehen, es ist alles regional und nachhaltig. Herzlich willkommen, Julia Klöckner. Danke schön, dass Sie uns eingeladen haben.

(Beifall)

Gleich neben mir sitzt Eckart von Hirschhausen. Er ist Arzt, Moderator, Kabarettist und Schriftsteller. Sich selbst hat er eine kleine Aufmerksamkeitsstörung diagnostiziert. Er sagt: Ohne sprunghafte Aufmerksamkeit wäre ich nie Komiker geworden; Komik springt um die Ecke. Mit seinem Bestseller zum Thema Glück hat er gezeigt, dass er um die Ecke springen kann. „Leben Sie jeden Tag, als wäre es Ihr letzter. Eines Tages werden Sie damit Recht behalten.“ – ist das ein Rezept für ein nachhaltiges Leben? Herzlich willkommen, Dr. Eckart von Hirschhausen.

(Beifall)

**Dr. Eckart von Hirschhausen:** Danke schön.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Letzter im Bunde ist ein Mann, der sich selbst als konservativ bezeichnet. Eines Tages kaufte er am Flughafen in London mit gutem Gewissen ein sehr teures Hemd, um dann festzustellen, dass es aus China kam. Von sich selbst sagt er: Mit Mode hatte ich vorher eigentlich gar nichts am Hut, außer dass ich sie trug. – Das hat sich nach diesem tragischen Hemdenkauf geändert. Seitdem produziert er mit seiner Firma brainshirt ökologisch faire Herrenmode, vor allem Businesshemden. Frau Klöckner trägt gerade ein solches Modell. Vielleicht können Sie es einmal kurz zeigen.

(Heiterkeit)

Neben den Businesshemden stellt er aber auch Anzüge her. Welche Kragenweite man für einen nachhaltigen Lebensstil braucht, wird er uns sicher auch erzählen. Herzlich willkommen, Matthias Hebler.

(Beifall)

**Dr. Eckart von Hirschhausen:** Ich trage übrigens Unterwäsche aus der Kollektion.

**Julia Klöckner:** Das glaube ich nicht.

(Heiterkeit)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Herr von Hirschhausen, Sie müssen den Beweis antreten.

**Dr. Eckart von Hirschhausen:** Nein, das war ein Scherz.

(Heiterkeit)

Gibt es schon ökologische Unterwäsche? – Eigentlich will man ja gerade da nichts Nachhaltiges, oder?

(Heiterkeit)

**Matthias Hebler:** Aber öko-fair.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Aber öko-fair; sehr schön. – Ich würde gerne anfangen, Frau Klöckner. Als ich im Januar von dieser Kommission gehört habe, da habe ich mir gedacht: Nachhaltigkeit und CDU – die Grünen werden es lieben. – Ist das ein typisches CDU-Thema?

**Julia Klöckner:** Zunächst einmal ist es kein Grünen-Thema; denn die Nachhaltigkeit kommt aus der Forstwirtschaft. Ich selbst komme aus der Landwirtschaft, wir haben ein Weingut. Mein Bruder erntet die besten Weine von den Reben, die die Generation vor ihm gepflanzt hat. Nachhaltigkeit heißt: Heute beim Handeln – übrigens auch beim Unterlassen – daran zu denken, was das für morgen oder übermorgen heißt. Man muss in Generationen und nicht in Quartalsberichten denken. Das ist Nachhaltigkeit, und das passt zur CDU; denn im kommenden Jahr feiern

wir 70 Jahre Volkspartei CDU. Dass wir nachhaltig sind, sehen wir ja an der großen Zustimmung, die wir erfahren, und an unserer Kanzlerin, die, wie ich finde, so mittendrin steht und nachhaltig für uns Politik macht. – Das war ein großer Schlenker, ich gebe es zu.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Ja, das war ein großer Schlenker, aber so haben wir die Kanzlerin noch mit reingebracht. Das ist sehr gut. Wir sind einmal die große Kurve gefahren.

**Matthias Hebeler**: Die Kanzlerin ist da.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Sie ist da? Wo denn?

**Julia Klöckner**: Da ist sie, ein bisschen versteckt. Da habe ich aber Glück gehabt.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Herzlich willkommen, Frau Merkel.

Welche Ziele sind mit dieser Kommission verbunden? Wie ist gerade der Stand der Dinge? Was machen wir heute? Wie erarbeiten wir das Ganze?

**Julia Klöckner**: Das möchte ich kurz erklären: Andreas Jung – er ist da – und Katherina Reiche sind stellvertretende Leiter dieser Kommission. Wir haben Wert darauf gelegt, auf kreative Unruhe zu setzen. Wir wollen also nicht das Gewohnte, was man schon immer hatte, und Papiere zusammenschreiben, die rumliegen. Stattdessen sind wir ganz bewusst mit einer sogenannten Open-Space-Veranstaltung eingestiegen. Auf Deutsch: Es ging um das freie Denken und das freie Handeln in der Frage, was die Menschen bei uns wirklich beschäftigt.

Dabei sind vier Punkte herausgekommen. Ich nenne sie: Verbraucherschutz und Gesundheit. In dem Zusammenhang beschäftigen sich viele mit der Frage: Wie sollen wir, wie müssen wir entscheiden? Der zweite Punkt ist nachhaltiges Wirtschaften. Der dritte Punkt sind: Umwelt, Bau und Mobilität. Der vierte Punkt sind nachhaltige Politik und Bürgerbeteiligung. Diese Felder haben wir im September abgesteckt und mit der Diskussion begonnen. Im neuen Jahr werden wir die nächste Runde einleiten und dazu die nächste Sitzung haben. Parallel dazu wird es eine Onlinebeteiligung geben.

Worum geht es? Ich will ein Beispiel rausnehmen: Kleidungsstücke. Hier stellt sich die Frage: Wie sehr sind wir betroffen, wenn wir sehen, dass in Bangladesch eine Fabrik einfällt und Kinder ihre Eltern verlieren? – Die Betroffenheit ist meist groß. Deshalb verstehe ich eigentlich nicht, dass Menschen, die es sich leisten könnten, anders einzukaufen, zu Primark gehen und sich für vier Euro ein T-Shirt kaufen. Wer dann einfach einmal nachrechnet, wer alles daran verdient, der muss wissen, dass er zumindest an einer Kette oder an einem Vorgang beteiligt ist, der zulasten anderer geht. Deshalb setzen wir auf Produktion in unserem Land, auf regionale Produktion. An Weihnachten braucht man keine Erdbeeren, man kann sich auch saisonal gut ernähren. Der Verbraucher sitzt mit am Steuer der Globalisierung, er ist nicht nur Beifahrer; denn er trifft mit seinem Geldschein eine Entscheidung.

Wir wollen herausfinden, wie wir es anders machen können als andere Parteien, die etwas vorschreiben wollen. Ökologie, Ökonomie und die soziale Komponente – das sind die drei Komponenten der Nachhaltigkeit. Diese wollen wir in einer ausgewogenen Balance haben. Das heißt, wir sind nicht technikfeindlich; denn wir sagen: Neue Techniken können dabei helfen, ressourcenschonend zu produzieren. Insofern ist die Nachhaltigkeit bei der CDU, bei der Partei, die sich um die Schöpfung kümmert, am besten aufgehoben.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das war jetzt natürlich die politische Seite des Ganzen. Dann ist jedoch auch jeder Einzelne gefragt; denn wir reden über Lebensqualität. Eckart, du als Fachmann, als Mediziner, als ein Mann, der das Leben liebt und immer einen guten Spruch auf den Lippen hat: Was ist denn Lebensqualität?

**Dr. Eckart von Hirschhausen**: Zunächst muss ich all den Menschen meinen Respekt zollen, die hier versammelt sind, weil sie extrem leidensfähig sind.

(Heiterkeit)

Ich bin fest davon ausgegangen, dass Sie alle nach der langen Wahl direkt zum Feiern übergehen, ohne sich für dieses Thema, das relativ unsexy ist, zu interessieren. Dass Sie sich interessieren, bestärkt mich darin, hier zu sein. Sie sind Menschen, die tatsächlich etwas wissen und etwas verändern wollen. Dafür erst einmal ein Riesendankeschön.

Frau Klöckner – zufällig aus Rheinland-Pfalz – hat Äpfel mitgebracht, die draußen liegen. Diejenigen, die am Eingang stehen, könnten sie hereinbringen, damit diese Diskussion nicht wegen Unterzuckerung einen schlechten Verlauf nimmt.

Ich habe mich mit dem Thema „Glück und Zufriedenheit“ sehr lange beschäftigt und habe das Buch „Glück kommt selten allein ...“ geschrieben. Inzwischen bin ich, was auch die Zivilgesellschaft angeht, hinter den Kulissen an vielen Initiativen beteiligt. Einmal habe ich die Kanzlerin sehr humorvoll bei „startsocial“ erlebt, als ich moderieren durfte. Mir ist klar: Der größte Hebel, den wir in Deutschland haben, liegt bei sozialen Innovationen. Ich frage mich beim Thema Nachhaltigkeit auch: Wie nachhaltig gehen wir mit uns selber um? Wie können die Menschen im Gesundheitswesen, die Tag und Nacht dafür da sind, anderen Menschen in Not zu helfen, zu überleben? Wir geben 300 Milliarden Euro für das Gesundheitswesen aus, lassen es aber zu, dass wir Pflegekräfte zu Tode sparen, dass Ärzte fluchtartig das Land verlassen, wenn sie die Chance dazu haben. Das alles ist überhaupt nicht nachhaltig. Es wird nicht dran gedacht, wie wir mit uns, unserer knappsten Ressource, umgehen. Ich bin bei der Stiftung „Lesen“ aktiv. Wir lassen es zu, dass in unserem Lande 7,5 Millionen Menschen nicht lesen und schreiben können. Wir haben unglaublich viele funktionelle Analphabeten. Wenn man eins aus der Glücksforschung mitnimmt, dann die Erkenntnis: Wir wollen nicht Schokolade essen, um glücklich zu sein, sondern wir wol-

len innerlich beteiligt sein, wir wollen engagiert sein, wir wollen wachsen, wir wollen innerlich reifen, und wir wollen unsere Stärken nutzen. Dann blühen Menschen auf und sind füreinander da. In dem Moment, in dem wir Stress haben, ist es für Körper und Seele genau das Gegenteil. Dann denkt der Mensch nur noch an sich, dann ist er egoistisch.

Deshalb braucht dieses Thema tatsächlich politische Steuerung. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, und den Menschen, die sich engagieren wollen, muss auch die Chance dazu gegeben werden. Das geht bei frühen Hilfen und Bildungsgerechtigkeit los und hat bis hin zum Straßenbau Riesenkonsequenzen. Habe ich einen Fahrradweg, auf dem ich zur Arbeit komme, oder muss ich das Auto – gegen besseres Wissen und Gewissen, was meinen CO<sub>2</sub>-Verbrauch angeht – nehmen?

Ich habe in der ARD das Thema Glück vorangebracht. Ich habe mich immer darüber geärgert, dass die Leute es als ihre eigene Sache angesehen haben, ob sie glücklich sind oder nicht. Es ist der Kern der politischen Entscheidungen, wofür Sie meine Steuergelder ausgeben. Ich zahle mehr Steuern in diesem Land als Starbucks mit all seinen Filialen. Daher möchte ich gerne wissen, wofür mein Steuergeld genutzt wird. Investieren Sie es in Bildung? Investieren Sie es in Fahrradwege? Investieren Sie es in Gemeinschaft?

Die Menschen sind nicht so egoistisch, wie es uns der Homo oeconomicus 40 Jahre lang eingebläut hat, sondern sie wünschen sich, Teil von etwas sinnvollem Ganzen zu sein. Wir können uns – das ist mein letzter Gedanke in diesem kurzen Statement – das Unglück auch gar nicht länger leisten. Die teuersten Erkrankungen in diesem Land haben alle mit Stimmungsregulation zu tun. Die Menschen werden nicht deshalb übergewichtig, weil sie nicht wissen, worin Fett ist, sondern sie essen, weil sie frustriert sind. Wir müssen den Kindern beibringen, ihren Körper zu lieben und seine Funktion zu kennen. Sie sollten mit Freude für andere da sein. All das kann man nicht mit Schokolade und Chips regeln, auch nicht nur mit Ampeln an den Lebensmitteln. Im Kern geht es darum, zu verstehen, wie man mit anderen tickt, und soziales Lernen in den Schulen zu fördern. All das hat politische Dimension. Das zahlt sich erst 20, 30 Jahre später aus, und das – darüber habe ich heute schon mit einigen hier geredet – ist das große Dilemma: Alles, was wir heute investieren, auch in Prävention, in Gesundheitsthemen, in Strukturen, zahlt sich eben nicht innerhalb von einer Legislaturperiode aus. Deswegen appelliere ich an Sie – es steht in Ihrem Koalitionsvertrag –, sich darum zu kümmern. Tun Sie es sozusagen in einem Horizont, der größer ist als Ihr eigener.

Es macht Menschen nachweislich glücklich, wenn sie sich für etwas engagieren, was über sie hinaus weist, für eine Idee, die auch im Christentum nicht ganz unbekannt ist.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das war ein feuriges Plädoyer. Du hast die Punkte gerade angesprochen: Unternehmen, die hier keine Steuern zahlen, Ärzte, die fluchtartig das Land verlassen.

Du, Matthias, bist ein Unternehmer, der hier bleibt und hier produziert. Was ist die Idee dahinter? Macht mich ein nachhaltiger Anzug, den ich trage, am Ende glücklicher?

**Matthias Hebler:** Wenn man die Wahl zwischen konventioneller Produktion und nachhaltiger Produktion hat, dann macht sicherlich der nachhaltig produzierte Anzug glücklicher, weil man sicher sein kann, wie seine Produktion stattfand, wie der ganze Produktionsweg aussah.

Als ich damals dieses berühmte Hemd gekauft habe, war ich wirklich noch naiv und glaubte: Wenn das Hemd – es war ein Hemd einer bekannten englischen Marke mit Karos – 180 Euro kostet, dann wird das schon in England genäht worden sein. Dann habe ich es ausgepackt und „Made in China“ gelesen. In dem Moment habe ich dann nur gedacht: Mensch, für das Geld, für 180 Euro, muss es doch möglich sein, so ein Hemd in Deutschland herstellen zu können. – Ich komme aus dem Consulting und hatte von Textilien wirklich keine Ahnung. Das war vielleicht auch gut so. Es war für mich nämlich von Vorteil, dass ich relativ naiv an die Sache rangegangen bin. Ich komme vom Consulting und habe früher in der Lebensmittelbranche für Tegut gearbeitet. Dort habe ich gelernt, wie man eine Produktionskette aufbaut, wie sie langfristig und dauerhaft aufgebaut wird.

Ursprünglich wollte ich ja nur ein Hemd für den gleichen Preis in Deutschland nähen. Dann habe ich mich aber damit intensiver beschäftigt. Wenn man sich intensiver mit dieser Sache beschäftigt, dann erkennt man relativ schnell auch die unangenehmen Seiten der Textilindustrie. Die Zahl der kleidungsbedingten Hautallergien ist in den letzten fünf Jahren um 140 Prozent gestiegen. Das heißt, das, was wir im Lebensmittelbereich geschafft haben, haben wir im Kleidungsbereich noch lange nicht geschafft. Dann ging meine Überlegung los: Wie fangen wir an? Wie können wir das Ganze aufbauen? – Es gab eben keine klassische Produktion mehr hier in Deutschland. Wir haben damit angefangen. Wir waren die Ersten, die das wieder tun.

**Felix Seibert-Daiker,** Moderator: Hier möchte ich gleich eine Zuschauerfrage anschließen: Kann ein steigender Bedarf überhaupt gedeckt werden, oder sind die nachhaltigen Sachen nicht sogar darauf angelegt, nur in geringen Stückzahlen hergestellt zu werden? Geht die Nachhaltigkeit am Ende verloren, wenn man (an der Stelle scheint er sich verhaspelt zu haben, eigentlich müsste es wohl heißen: „wenn man sehr viel produziert“ – Frage: so lassen oder ändern?) produziert?

**Matthias Hebler:** Wenn wir über das Thema Baumwolle, also über unseren Rohstoff, sprechen, müssen wir wissen, dass der Anteil an Biobaumwolle 1,8 Prozent am Weltmarkt ausmacht. Das ist sehr überschaubar. Eine Nachricht an alle, die hier im Saal sitzen: 80 Prozent der Baumwolle, die heute weltweit angebaut wird, ist genmanipuliert.

Um auf deine Frage zurückzukommen: Man wird sicherlich keine Umstellung von jetzt auf gleich hinbekommen. Dafür sind die Ressourcen nicht vorhanden. Darüber haben wir ja schon

gesprochen. So ist es auch beim Kakao. So viel fairen Kakao oder so viel öko-faire Baumwolle gibt es nicht, dass wir jetzt auf große Mengen umstellen könnten. Aber wir können irgendwo anfangen. Wir dürfen es nicht dabei belassen, zu sagen: Das gibt es ja nicht, also machen wir es nicht. – Wir sind im Endeffekt der Gegenentwurf und beweisen, dass Textilproduktion in Deutschland oder in Zentraleuropa sehr wohl möglich ist. Wenn du dich heute mit jemandem aus der Textilindustrie unterhältst, dann wird er dir sagen: Das geht nicht.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Jetzt sind wir wieder beim Thema Konsum. Das ist sehr eng mit den Themen „Lebensqualität“ und „Glück“ verbunden. Es wird so viel konsumiert wie noch nie, zum Beispiel der Ratgeber zum Thema Glück. Macht es uns glücklicher, wenn wir grüne Produkte kaufen?

**Dr. Eckart von Hirschhausen**: Dazu gibt es viele psychologische Experimente. Es ist eine Art von Ablasshandel. Im Geist sind wir oft mittelalterlicher unterwegs, als wir rational aufgeklärt denken. Das heißt: Ich kaufe etwas Grünes, und danach buche ich ohne schlechtes Gewissen den Flug nach Australien oder auf die Malediven und mache meine Ökobilanz dadurch kaputt.

Es steht wirklich eine fundamentale geistige Wende an: Wann erkennen wir, dass mehr konsumieren ohne Sinn und Verstand nicht glücklicher macht? Ein Beispiel: Wir sind als Nation 30-mal so reich wie 1950. Sind wir auch 30-mal zufriedener als damals? – Nein. Warum? – Wir sind es nicht, weil sich Wohlstand heute oft in Prestigesymbolen ausdrückt. Diese machen aber überhaupt keinen Sinn. Denken Sie an die riesigen Autos, mit denen untergewichtige Frauen mit zwei Tonnen Stahl eine Boutiquetasche durch die Gegend fahren. Das ist krank und macht überhaupt keinen Sinn. Die sollen mit dem Fahrrad fahren und keine Kinder überfahren.

(Heiterkeit und Beifall)

Salopp gesagt: Wir kaufen uns ständig Dinge, die wir nicht brauchen, von Geld, das wir nicht haben, um Leuten zu imponieren, die wir nicht mögen. Das ist ein Spiel ohne Gewinner. Ein Vergleich: Was ist der Unterschied zwischen einem Mann mit sieben Kindern und einem Mann mit sieben Millionen Euro? – Der mit den Millionen will weitere.

(Heiterkeit und Beifall)

Es gibt sozusagen in diesem Rattenrennen nur Verlierer, weil es kein Gefühl von Sättigung gibt. Das ist für mich persönlich der größte Erkenntnisgewinn aus der Erforschung der positiven Psychologie. Es gibt Dinge, an die man sich gewöhnt, dazu gehört maßgeblich auch der Wohlstand. Dagegen habe ich auch nichts, ich bin lieber reich als arm.

Sicher haben Sie heute auf „Spiegel online“ gelesen, dass der OECD-Bericht feststellt, dass in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht. Ganz unter uns: Daran sollten noch nicht einmal die Reichen ein Interesse haben. Warum? Ich habe auch in Südafri-

ka und in Brasilien gearbeitet. Sie müssen sich einmal anschauen, wie die Menschen dort leben. Sobald eine Schicht entsteht, die überhaupt nichts mehr zu verlieren hat, haben wir Krieg. Dann können Sie mit keinem Geld der Welt und noch so vielen Polizisten die Sicherheit wieder herstellen, die für uns heute selbstverständlich ist. Wir müssen keine Angst haben, über die Straße zu gehen, wir müssen nicht fürchten, dass unsere Kinder entführt werden usw. Das ist ein unglaublicher Schatz, den wir erst dann schätzen werden, wenn er verloren ist.

Man muss überhaupt nicht links sein, man muss nur ein bisschen Vernunft haben, um zu erkennen, dass wir nicht zulassen dürfen, dass große Teile unserer Gesellschaft vom Wohlstand abgekoppelt werden. Das ist nachhaltiges Denken. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir gemeinsam miteinander leben wollen. Es macht in Südafrika keinen Spaß, reich zu sein. Man muss sich verbarrikadieren, mit gepanzerten Autos fahren und lebt wieder hinter Stacheldraht. Wir haben die Mauer vor 25 Jahren erfolgreich überwunden, wir wollen sie jetzt nicht wieder aufbauen.

Diese Gedanken treiben mich an, und ich sage: Es ist ein Mythos, dass ständiges Wachstum sinnvoll oder überhaupt möglich ist. Wenn irgendetwas ohne Grenzen im Körper wächst, heißt das Krebs. Das leuchtet jedem Arzt ein. Wir können auf einem begrenzten Planeten nicht unbegrenzt wachsen, so einfach ist das. Ich hoffe, dass sich das auch rumspricht.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Du hoffst, dass es sich rumspricht. – Frau Klöckner, Sie setzen sehr stark auf Verbraucherbildung. Ist das die Antwort der Politik auf das Problem?

**Julia Klöckner**: Das ist eine Antwort. Ein so multidimensionales Thema kann nicht nur mit einer Antwort rechnen. Es setzt zum einen auf Aktivierung, zum anderen setzt es auf Motivation und auch auf Eigenverantwortung. Was wir nicht machen, weil es nicht erfolgreich ist, ist das, was die Grünen gern machen, dann aber auch wieder schnell abschaffen, nämlich den Leuten vorzuschreiben, donnerstags kein Fleisch zu essen. Dass so etwas nicht von Erfolg gekrönt ist, ist klar. Ich glaube auch nicht, dass auf Dauer nachhaltig moralische Übersätze eine Gesellschaft zu einem anderen Verhalten in der Breite bewegen. Man muss vielmehr erkennen, dass es eine Win-win-Situation gibt, von der jeder etwas hat.

Wir alle sind Verbraucher, es gibt nicht den Verbraucher. So wie wir Menschen sehr unterschiedlich sind, so sind auch die Verbraucher unterschiedlich. Natürlich müssen wir auf die Heranwachsenden, die übrigens sehr im Fokus der Werbeindustrie stehen, was Klingeltöne, Handyangebote und vieles andere anbelangt, einen anderen Blick haben, als auf die älteren Menschen. Diese haben heute ganz andere Verbraucherbedürfnisse, einige schmunzeln darüber. Produktaufschriften müssen so groß sein, dass man sie auch erkennen kann. Man muss eine Milchpackung aufmachen können, ohne dabei die Hälfte der Milch auf dem Kittel zu haben. Das sind lebenspraktische Dinge.



Was heißt das für die Nachhaltigkeit? Ganz häufig ergeben Umfragen ein ganz anderes Bild, als es das tatsächliche Kaufverhalten ist. Sonntags antwortet man gerne, „Ich nehme nur Milch von glücklichen Kühen“ – was auch immer eine glückliche Kuh ist –, montags bleibt just diese Milch im Regal stehen. Das Gleiche gilt für Eier aus Boden-, Kleinvoliere- oder Käfighaltung etc. Das heißt, wir können nicht immer den Schwarzen Peter den Unternehmen zuschieben. Wir können nicht sagen, der arme Verbraucher wird vom Unternehmer über den Tisch gezogen. Es ist auch nicht unanständig, wenn ein Unternehmer Gewinn macht. Das wollen wir sogar. Uns sind Unternehmer lieber als Unterlasser. Nichtsdestotrotz ist der Verbraucher dran. Er muss sich informieren und eine freie Entscheidung treffen. Wir wollen, dass die Verbraucherinformation verständlich ist, dass die Verbraucherinformation nicht zu umfangreich ist – das sieht man zum Beispiel auf Sprudelflaschen –; denn dann liest man gar nichts mehr. Wir wollen auch, dass die Verbraucherbildung gestärkt wird, damit die Kompetenz vorhanden ist, mit diesen Informationen umzugehen.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das ist aber nicht so einfach. Wenn ich eines meiner T-Shirts nehme und auf das Etikett schaue, dann steht dort: Made in China. Das bedeutet aber nicht, dass das T-Shirt aus China kommt, sondern dass es vorher schon in 15 000 Ländern wegen der Fäden, der Färbung etc. war. Es hat einen langen Weg hinter sich.

**Julia Klöckner**: Ein kurzer Hinweis noch: Ein Beipackzettel wird nicht die Lösung sein; aber ein Kleiderlabel kann es sein.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das wäre jetzt auch die Frage. Unterstützen Sie ein Kleiderlabel, ein Textilsiegel? Diese Frage kommt aus dem Publikum.

**Julia Klöckner**: Ich finde die Initiative, die unser Bundesentwicklungsminister Gerd Müller angestoßen hat, sehr gut. Er war ehemals im Bundesagrarministerium für die Welternährung zuständig und ist wirklich ein Kenner der Materie. Das Label ist ein Angebot an die Bürger und sagt ihnen: An diesem Label könnt ihr eine freiwillige Initiative erkennen, und ihr könnt euch beteiligen. – Dadurch wird man aktiviert und motiviert. Wir als Christdemokraten setzen auf den gesunden Menschenverstand und sind gegen Verbote. Wir brauchen eher Anreize als Verbote.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Matthias, ich frage dich als nachhaltigen Unternehmer aus der Textilindustrie: Macht ein solches Kleiderlabel Sinn?

**Matthias Hebel**: Auf alle Fälle. Ich hätte das Kleiderlabel sehr, sehr gerne gehabt. Die deutsche Textilindustrie und der deutsche Außenhandel haben sich in diesem Bereich wirklich blamiert; das kann man nicht anders sagen. Wenn ich höre, dass der Gesamtverband textil+mode seinen Mitgliedsunternehmen geraten hat, hieran nicht teilzunehmen, dann finde ich das peinlich. Das muss man ganz ehrlich sagen.

(Beifall)

Man muss wissen, worum es ging. Das Textillabel hatte eigentlich zwei Komponenten. Das eine war die Schadstoffbelastung, also die Belastung mit Schadstoffen für die Haut des Verbrauchers. Das war aber nicht Thema; da hätte sogar Greenpeace mitgespielt. Das andere war das sogenannte Living-Wage-Konzept. Das bedeutet, dass die Leute, die diese Textilien produzieren, davon auch leben können. Und da hat die Textilindustrie gesagt: Das können wir nicht machen.

Ich persönlich muss sagen: Die Textilindustrie wundert mich immer wieder aufs Neue, so auch, als sie das EEG kommentierte. Sie hat gesagt, das EEG werde dazu führen, dass die Textilindustrie herbe Einbußen wird hinnehmen müssen. Daraufhin habe ich dem Geschäftsführer geschrieben: „Ich wusste gar nicht, dass das Büro in Bad Homburg so hohe Stromkosten hat.“

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Ich möchte jetzt die Möglichkeit nutzen, zu fragen, ob es im Publikum Fragen gibt, die gerne gestellt werden möchten. Ich würde dann einfach zu Ihnen kommen. – Da drüben haben wir schon jemanden. Wie ist Ihr Name, bitte?

**Bernd Derksen**: Bernd Derksen ist mein Name. Ich bin kein CDU-Mitglied, sondern nur Gast.

(Dr. Eckart von Hirschhausen: Ich auch! – Julia Klöckner: Wir werden uns um Sie kümmern!  
– Heiterkeit)

Man kann das, was Sie hier gesagt haben, natürlich gut finden. Ich frage mich aber, inwieweit das nicht auch zu anderen programmatischen Positionen in der CDU führen müsste. Sie stellen den Begriff Wachstum in Ihren Positionen als ein – ich will es nicht zu sehr zuspitzen – sehr hoch stehendes Ziel dar, ganz ohne Hinterfragung der negativen Seiten. Da wird schon gesagt, damit könne man alles lösen. Herr von Hirschhausen hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es in einem begrenzten System kein endloses Wachstum geben kann. Auch Wirtschaftsleute sagen: Irgendwann einmal müssen wir in den Weltraum. Ich finde die Programmatik der CDU da nicht nachvollziehbar. Inwieweit wird innerhalb der CDU oder irgendwelcher Gremien an der Weiterentwicklung der Programmatik gearbeitet?

**Julia Klöckner**: Ich hoffe, dass Sie sich bei uns nicht verlaufen haben. Sie sind ja bewusst in einem Forum, das sich mit diesem Thema beschäftigt. Dass Sie nicht Mitglied bei uns sind, merkt man daran, dass Sie sagen, dass wir Wachstum nur eindimensional definieren. Das ist eben nicht der Fall. Wenn Sie unser Papier vom Parteitag lesen, dann sehen Sie, dass wir uns gerade auch mit der Frage der zukünftigen Arbeit beschäftigen, damit, dass der Einsatz neuer Technologien auch zur Ressourcenschonung führen kann und dass es beim Wachstum verschiedene Begriffe gibt. Es gibt ein lineares Wachstum und ein breites Wachstum. Wir haben bei uns in der CDU viele Landwirte. Das sind diejenigen, die jeden Tag mit Nachhaltigkeit zu tun haben. – Vielleicht muss man ab und zu die Standbilder von Parteien, die man hat, überarbeiten. Ich freue mich, dass Sie heute da sind und vielleicht diesen Einblick bekommen.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Es bleibt trotzdem die Frage im Raum: Inwieweit gehen Wachstum und Nachhaltigkeit zusammen?

**Julia Klöckner**: Das passt zusammen, absolut. Die Frage ist doch: Ist es ein Wachstum mit einem finalen Verbrauch, oder ist ein Wachstum, zum Beispiel wenn es um nachwachsende Rohstoffe geht, das in die Breite angelegt ist, wo es nicht um Schnelligkeit, sondern um Gründlichkeit geht? Ist es ein Wachstum, das nur für wenige da ist, oder ein Wachstum für die breite Gesellschaft? Das kann wiederum zu anderen Herausforderungen führen.

Als Beispiel das Stichwort „Fliegen“. Ich persönlich bin das erste Mal geflogen – ich komme vom Land –, als ich 21 war. Meine 16-jährige Nichte lacht mich dafür aus.

(Dr. Eckart von Hirschhausen: Von der Schule? – Heiterkeit)

– Mit 21 war ich schon aus der Schule.

(Dr. Eckart von Hirschhausen: Nein, geflogen das erste Mal! – Heiterkeit)

– Ach so. Nein, nicht von der Schule geflogen, sondern mit dem Flugzeug. Das war ein subtiler Witz. Jetzt habe ich ihn verstanden.

(Heiterkeit)

Was ich damit sagen wollte, ist, wo die Probleme in der Breite liegen. Mittlerweile können Sie für 20 Euro einmal nach Mailand hin- und zurückfliegen. Das heißt, es ist für die Breite erschwinglich geworden, in den Flieger zu steigen. Das ist eine Demokratisierung des Konsums. Ob es gut ist, für 20 Euro einmal hin- und zurückzufliegen und damit Wünsche zu wecken, von denen die Bürger gar nicht wussten, dass sie sie hatten, ist zu hinterfragen. Wir in der CDU stellen uns in allen möglichen Arbeitsgruppen – ich habe es selber vorher im Bundestag erlebt, auch als Staatssekretärin im Bundesagrarministerium und im Umweltministerium – immer auch die Frage: Wie können wir in Deutschland Vorbild für andere Länder sein, was das Leben in der Welt auch für kommende Generationen angeht? Die Beantwortung ist nie beendet. Eine Antwort muss immer wieder neu gegeben werden.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das Wachstum, über das hier gerade diskutiert wird, ist ein zentrales Thema. Eckart, was macht das eigentlich mit uns? Ich stehe im Supermarkt vor dem Regal und bekomme persönlich die Krise. Für mich wäre es viel einfacher, es gäbe nur ein Glas von irgendwas; das würde ich nehmen, wäre damit glücklich und ginge nach Hause. Was passiert da mit uns medizinisch?

**Dr. Eckart von Hirschhausen**: Es ist ein Dilemma, das den Menschen Stress macht. Es gibt in der Psychologie ein Optimum. Aber wenn man gar keine Wahl hat, hat man Stress, und wenn man sich in der Orientierungslosigkeit befindet, wenn man zu viel Wahlfreiheit hat, ist man auch ge-

stresst. – Wir fällen heute so viele unnötige Entscheidungen, dass wir im wahrsten Sinne zu den wichtigen Dingen des Lebens überhaupt nicht mehr kommen. Das hat mit der Zerstückelung der Aufmerksamkeit zu tun. Das hat damit zu tun, dass wir ständig reagieren und uns nicht mehr selber Gedanken machen. Wir sind auch von der Psychologie her erstaunlich schlecht darin, vorherzusehen, wie wir uns fühlen werden, wenn wir X und Y erreicht haben.

Ein typisches Beispiel – ich selber bin nicht frei davon –: Wann hat man den Kick beim Online-bestellen? Beim Abschicken. Man hat den Kick nicht, wenn das Zeug ankommt. Wenn es kommt, denke ich oft: Jetzt brauche ich es auch nicht mehr.

(Heiterkeit)

Wir müssen akzeptieren, wie begrenzt unser Arbeitsspeicher im Hirn ist. Wenn wir den mit zu vielen Banalitäten zumüllen, bleibt für das Wesentliche keine Zeit mehr. Es wurde ja das Zitat gebracht: Lebe jeden Tag so, als wäre es dein letzter. Wenn man Menschen – das habe ich als Arzt oft genug erlebt – in Krisen wie Krankheit und Einbrüchen in ihrem Leben erwischt, dann ist ihnen schlagartig klar, was ihnen wichtig ist und was nicht. Kabarettistisch gesagt: Der Hamster hält sein Hamsterrad für eine Karriereleiter. Er denkt: Noch diese Sprosse und die nächste Sprosse, dann habe ich es erreicht. – Man muss aus diesem Rad heraus, um überhaupt zu kapiieren, was einem wichtig ist.

Wenn man die Menschen fragt, was ihnen wichtig ist, dann steht Gesundheit ganz oben. Aber wer verhält sich so? Es braucht ein bisschen Zeit, sich zu pflegen, Yoga zu machen oder Achtsamkeitsmeditation. Das sind alles gesunde Dinge; für den einen ist es Laufen, für den anderen ist es Schwimmen. Aber was ist die Realität? Wir schließen alle Sportstätten in diesem Land, weil wir sparen müssen. Das ist ein Skandal. Das ist so unnachhaltig wie irgendwas. Wenn wir den Jugendlichen keine Chance mehr geben, sich auszutoben, dann zahlen wir alle 20 Jahre später als Gesellschaft dafür. Das ist dumm. Wir schließen unglaublich viele Theater und verhindern damit, sich selber auszuprobieren, seine Stärken im Kulturbereich zu erleben, Freude an schönen Dingen zu haben, Musik zu spielen.

Man muss sich einmal klar machen: Glück ist nichts Momentanes, sondern die Chance, ein Leben lang als Mensch immer wieder neue Dimensionen zu erreichen. Wir sind so reich, so zufrieden, so glücklich wie noch nie in unserer Menschheitsgeschichte, spüren das aber gar nicht. Die Leute sind gestresst; sie sind ausgebrannt und sagen: Da habe ich keine Zeit für. Es ist doch irgendwie symptomatisch, dass wir das, was Kern dieser Podiumsdiskussion ist – Was ist eigentlich ein gutes Leben? Wofür wollen wir uns als Gesellschaft engagieren? Was ist uns wichtig? –, offensichtlich aus den Augen verloren haben. Das hat letzten Endes auch mit der Führungskrise, der spirituellen Leere zu tun, weil die Kirchen, die ursprünglichen christlichen Werte an Bindungskraft verloren haben. Was kommt nun in dieses Vakuum? Das kann nicht nur Konsum sein.

Es kann nicht sein, dass Reichtum in diesem Land so definiert wird: Ich habe sehr vielen leeren Wohnraum um mich herum. – Das ist aber die Situation. Es geht um Themen wie Erben und Wohlstand. Menschen leben im Alter alleine auf großer Fläche statt in Mehrgenerationenhäusern. Da bin ich Testimonial. Wir brauchen andere Wohnformen. Das geht mit der Frage los: Kann ich meine Kinder sicher auf die Straße lassen? Kann ich in einem Wohnblock so wohnen, dass ich nicht für jede Stunde, die ich weg bin, einen Babysitter engagieren muss, dass es Gemeinschaftsflächen gibt und einen Ort, wo die Kinder hin können? Sie haben das auf dem Land idealer; ich bin Berliner.

Das sind politische Fragen, die wir gemeinsam angehen und lösen können. Dafür gibt es auch gute Vorbilder. Sehr zufrieden sind unsere direkten Nachbarn. Die Dänen sind viel glücklicher. Die Schweizer sind zufriedener mit mehr Demokratie. Die Österreicher sind zufriedener. Wir sind eines der reichsten Länder; aber bezüglich der Zufriedenheit liegen wir im hinteren Mittelfeld. Wir machen etwas Grundsätzliches falsch.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Zum Stichwort „Zufriedenheit, glücklich sein“: Ich habe bei den Berlinern immer das Gefühl, dass sie unglücklich sehr zufrieden sind.

(Heiterkeit)

**Dr. Eckart von Hirschhausen**: Das darf ich dir als Berliner kurz erklären: Berliner haben Angst, in ihrer eigenen Stadt für einen Touristen gehalten zu werden.

(Heiterkeit)

Wenn Sie dort sind, privat oder zum Regieren, dann nehmen Sie das nicht persönlich. Neulich kam ich gutgelaunt ins Reisebüro und fragte: Wohin kann ich am billigsten fliegen? Uff die Fresse!

(Heiterkeit)

Man muss wissen: Kundenfreundlichkeit heißt in Berlin, dass du als Kunde freundlich sein musst; sonst bekommst du gar nichts.

(Heiterkeit)

Das hat etwas mit der Mentalität zu tun. Ich möchte das nicht verteidigen; aber nehmen Sie das nicht persönlich.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Da möchte ich ganz kurz etwas dagegenhalten. Ich hatte neulich ein Erlebnis mit der Berliner Feuerwehr. Die fahren jetzt immer unter meinem Schlafzimmer durch und machen die Sirene an. Da meinte einer zu mir: Ach, wissen se wat, junger Mann: Da kann man nüscht machen. Aber nehm se Oropax. Meine Frau schnarcht. Ick mach dit och. Dit is supa.

(Heiterkeit)

Das ist doch serviceorientiert. Da war ich von Berlin wieder positiv überrascht. Das hat mir sehr gut gefallen.

Gibt es weitere Fragen aus dem Publikum? – Die Dame. Herzlich willkommen. Wer sind Sie denn?

**Silke Weyberg:** Mein Name ist Silke Weyberg. – Ich habe eine Frage zum Thema Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit wird immer mit Ökologie gleichgesetzt. Wenn man nachhaltig ist, darf man auf einmal nur noch ökologisch angebaute Baumwolle nutzen. Soll das tatsächlich die Programmatik sein, die wir auch in der CDU verfolgen? Ich finde, nachhaltig ist auch, wenn man nachhaltig wirtschaftet. In der Landwirtschaft bedeutet das für mich nicht gleich biologischen Anbau.

(Beifall)

**Julia Klöckner:** Das nehme ich sehr gerne auf. Ich glaube, das unterscheidet uns auch von den Grünen. Wenn sich die Bevölkerung weiter so entwickelt, werden wir im Jahr 2050 rund 70 Prozent mehr Nahrungsmittel brauchen. Wir werden es nicht allein mit ökologisch hergestellten Nahrungsmitteln schaffen, die Weltbevölkerung zu ernähren. Wir werden auch nicht dem einen oder anderen vorschreiben, was er zu essen hat. Wir müssen deutlich sagen, dass die Produkte der konventionellen Landwirtschaft bei uns in Deutschland zum Teil viel nachhaltiger sind als die, die auf anderen Kontinenten, in anderen Ländern als „ökologisch“ gekennzeichnet werden. Insofern sollten wir hier eine gewisse Gelassenheit entwickeln.

Wir müssen aber ein bisschen sortieren. Was kann denn nun die Kommission machen? Es gibt eine riesige Bandbreite an Themen; wir haben sie deshalb in Teilbereiche unterschieden. Ganz wichtig ist die Eigenverantwortung, ist die Information, aber auch die Kompetenz, damit umgehen zu können. Es wird aber auch um die Frage gehen, wie wir in Zukunft in unseren Städten leben. Wie wird Mobilität durch Technologie so gestaltet, dass sie nachhaltig ist, aber nicht spaßfrei. Nachhaltigkeit ist ja nicht damit verbunden, dass man Verzicht üben muss. Es kann auch ein Ja sagen zu einer anderen Anwendung sein.

Sie haben aber bestimmt noch eine Antwort, was das Thema „ökologisch angebaute Baumwolle“ anbelangt.

**Matthias Hebel:** Gar nicht so sehr nur bezogen auf die Baumwolle; es geht generell um Rohstoffe. Unsere Rohstoffe sind alle natürlichen Fasern, die es gibt. – Ich sehe das genauso wie Sie. Auch ich sehe keine zwangsläufige Verbindung von Nachhaltigkeit und Ökologie. Aber im Baumwollanbau werden Sie das kaum ausschließen können. Bei anderen Produkten sehe ich das anders. Da muss es nicht vordergründig ökologisch sein.

Es gibt ja den schönen Satz: Regionalität ist das neue Bio. Wir arbeiten gerade in einem Projekt in der Rhön daran, was man bezüglich der Lieferkette machen kann. Wenn Sie sich heute

die Lieferkette von Produkten anschauen, dann sehen Sie, dass sie dreimal um den Globus führt. Wir versuchen es einfach einmal mit Regionalität. Wir machen aus Rhön-Schafen-Jacken.

(Heiterkeit)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das ganze Schaf? Das gibt sicher schöne Soundeffekte.

**Matthias Hebel**: Wir machen aus der Wolle von Rhön-Schafen Jacken.

(Dr. Eckart von Hirschhausen: Und nur von Tieren, die eines natürlichen Todes gestorben sind!)

– Nein, das ist ja bei Wolle nicht nötig.

(Heiterkeit)

Um Ihnen zu zeigen, wie man eine solche Lieferkette aufbauen kann: Normalerweise würde die Lieferkette ein- oder zweimal um die Weltkugel gehen. Hier gehen die Produkte von Soisdorf – das ist an der ehemaligen innerdeutschen Zonengrenze, in der östlichen Hessischen Rhön – nach Forst in Brandenburg und werden dort gesponnen, dann nach Tirschenreuth; dort werden sie gewoben und gewaschen. Wir machen Walkloden daraus. Anschließend geht es nach Aschaffenburg; dort werden die Produkte genäht. – Viel kürzer kann man eine Lieferkette nicht aufbauen.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Die kann ich dann, wenn ich sportlich bin, in ein oder zwei Tagen mit dem Fahrrad abfahren. Das wäre natürlich sehr sinnvoll. – Aber, Matthias, noch eine Anschlussfrage: Kann ich mir ein nachhaltiges Hemd überhaupt leisten? Ich weiß, wovon ich rede. Ich arbeite im Medienbereich; da bleibt dann nicht mehr viel übrig. Kann sich Nachhaltigkeit jeder leisten?

**Matthias Hebel**: Das ist eine relative Größe. Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn Sie heute ein Herrenhemd für 49 Euro kaufen, dann wird dieses Hemd in der Regel fix und fertig für 4,90 Euro in China produziert. Dann kann ich natürlich leicht hergehen und sagen: Ich verkaufe das für 49 Euro. – Das ist möglich. Wir müssen uns überlegen, ob wir die Handelsspannen, die der Textileinzelhandel momentan hat, dauerhaft wollen. Unsere Prämisse ist, Premiumprodukte anzubieten; aber sie sollen nicht teurer sein als konventionelle Ware. Der Preis für ein Hemd von uns liegt bei 90 Euro. Bei diesem Preis bewegen sich Hemden von Herstellern, die nicht nachhaltig produzieren, auch. Ein Unterschied ist aber zum Beispiel, dass unsere Produkte deutlich länger halten.

Sie haben vorhin das Beispiel Primark-Waren angesprochen, Frau Klöckner. Ich weiß, warum dort eingekauft wird. Da kann man sich nämlich für 20 oder 25 Euro gleich mehrere Teile kaufen. Das macht den Kindern Spaß; denn dann haben sie plötzlich Gelegenheit, das zu tun, was ihre

Mütter auch tun. Primark setzt ja auch darauf, dass sie sagen: Okay, wenn das einmal getragen wurde, kann man es wegwerfen. – Wir müssen einmal darüber nachdenken, ob wir unsere Textilien, so wie wir sie jetzt nutzen, richtig nutzen.

Ein nächster Punkt zum Thema Nachhaltigkeit – das hat nichts mehr mit „ökologisch“ zu tun – ist der Aspekt: Was passiert eigentlich anschließend mit den Fasern? Ich spreche hier für den Textilbereich das Stichwort „Recycling“ an. Wenn Sie die Weltbevölkerung heute mit Naturfasern einkleiden wollen – damit meine ich alles: Baumwolle, Leinen, normale Schafswolle und Kapok, auch solche Exoten wie Bananen, Brennnesseln, Bambus und was es sonst noch so gibt –, dann schaffen Sie das nur zu 70 Prozent. Das heißt: 30 Prozent der Weltbevölkerung können Sie gar nicht mehr mit Naturfasern einkleiden. Jetzt müssen Sie sich überlegen, was Sie tun wollen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Sie können zum einen hergehen und sagen: Wir nehmen Regeneratfasern, etwa Viskose. – Oder Sie sagen: Nein, wir müssen sehen, dass wir Recycling betreiben. – Wenn wir Recycling betreiben wollen, dann sollten wir aber bitte auch Recycling betreiben und nicht Downcycling. Ich persönlich muss sagen: So spannend ich es auch finde, ein T-Shirt auf den Kompost zu werfen; das ist Downcycling. Das heißt: Die Energie, die ich in das Produkt gesteckt habe, geht anschließend verloren. Ich muss neue Energie in ein Produkt stecken.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Der Bereich Recycling ist in Deutschland momentan nicht sonderlich weit ausgebaut, zumindest im Textilbereich nicht. Er ist aber auch weltweit nicht stark ausgebaut. Ich glaube durchaus, dass dies einer der Bereiche ist, wo die deutsche Technologie, die deutsche Industrie führend werden kann, weil es einfach nötig ist. Wir müssen es heute hinbekommen, zu sagen: Wenn wir nicht genug Rohstoffe haben, dann müssen wir eben sehen, dass wir sie länger und besser nutzen.

**Julia Klöckner:** Oder wir müssen in die synthetische Biologie gehen. Auch das hat etwas mit neuer Technologie zu tun. Was halten Sie von der synthetischen Biologie?

**Felix Seibert-Daiker,** Moderator: Das wäre jetzt auch meine Anschlussfrage gewesen. – Danke.

**Matthias Hebel:** Wir setzen sie ja ein. Wir haben im letzten Jahr für brainshirt, da wir auch vegane Mode machen, den Vegan Fashion Award gewonnen; denn wir haben relativ früh auf Organisationen wie animal.fair gehört. Früher hatten wir an unseren Hemden Perlmutterknöpfe. Perlmutterknöpfe sind vom Tier. Das wollen Veganer nicht, und das sagen sie auch ganz klar. Wenn ich denen sage: „Das ist von einer Schnecke, und die ist tot“, dann spielt das für sie keine Rolle. Wir haben uns deswegen gefragt: Was können wir machen? und entschieden, unsere Knöpfe aus Biopolymer zu machen. Das ist ein erdähnlicher Stoff, im Labor mithilfe von Bakterien hergestellt. Sie tragen das an Ihrer Bluse, Frau Klöckner.

(Julia Klöckner: Echt? – Heiterkeit)

**Felix Seibert-Daiker,** Moderator: Ja, jetzt sehe ich es auch. Gut, das zu wissen.



**Matthias Hebler:** Ich habe allerdings ein Problem, wenn die Veganer kommen und sagen: Bakterien sind auch Tiere.

**Felix Seibert-Daiker, Moderator:** Polymer steht Ihnen übrigens sehr gut, muss ich sagen.

**Julia Klöckner:** Ja, es hält.

(Heiterkeit)

**Dr. Eckart von Hirschhausen:** Ich finde das lustig, weil wir uns heute so viel über Nachhaltigkeit unterhalten: Meine Großeltern kamen als Flüchtlinge in dieses Land. Diese Generation war auf eine Art viel nachhaltiger, als es in meiner Generation üblich ist. Ich hatte zwei ältere Brüder und gar keine Wahl, was für ein Hemd ich anziehe.

(Heiterkeit und Beifall)

**Felix Seibert-Daiker, Moderator:** Wieso? Du hattest doch zwei Brüder.

(Heiterkeit)

**Julia Klöckner:** Ich kann Ihnen sagen: Ich habe auch einen Bruder. Ich weiß, was Sie mit dem Auftragen meinen. Ob man als Mädchen in einem gewissen Alter glücklich ist, auftragen zu müssen, was der Bruder hatte, ist die Frage.

**Felix Seibert-Daiker, Moderator:** Bei mir war es die ältere Schwester. Versetzen Sie sich einmal in meine Lage!

(Heiterkeit)

**Matthias Hebler:** Das hat dich aber geprägt.

**Dr. Eckart von Hirschhausen:** Worauf ich hinaus will, ist die Frage, ob man etwas, wenn es hochwertig ist, wirklich weitergibt, ob es also weiter genutzt wird. Das ist doch der Kerngedanke. Das haben die Generationen vor uns viel besser hinbekommen als wir. Der Generation meiner Großeltern war nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem sie einmal alles Materielle verloren hatte – meine Großeltern kamen aus dem Baltikum –, sehr klar, was sich wirklich im Leben lohnt: Beziehung und Bildung. Fähigkeiten kann dir keiner nehmen, auch nicht Beziehungen, die du im Kopf und im Herzen hast. Wenn man sich einmal ansieht, was bei der Positiven Psychologie herausgekommen ist, dann ist dies: Menschen wollen gebraucht werden. Sie wollen sich engagieren. Man sieht das an der körperlichen Gesundheit. Menschen, die sich für andere engagieren, leben bis zu sieben Jahre länger. Es gibt kein Medikament auf der Welt, das so gesund ist, wie das Gefühl, Sinnvolles für eine Gemeinschaft zu tun.

Das hat jetzt nicht nur mit Konsum zu tun. Es geht um die Frage: Geben wir den Menschen ein Gefühl der Wertschätzung, wenn es keine klassische Erwerbsarbeit ist? Für mich geht es auch

darum: Wie können wir den Begriff der Arbeit erweitern auf all das, was im Moment kostenlos erfolgt? Wir müssen uns einmal klarmachen, was passiert, wenn wir all das, was im Moment noch an Pflege innerhalb der Familie geleistet wird, durch Pflegekräfte ersetzen wollen, die wir schon jetzt nicht haben. Wir wären sofort pleite. Das heißt, wir müssen das soziale Kapital viel stärker in unser Wirtschaftswachstumsdenken einbeziehen. Wir verlangen doch, dass die Arbeitnehmer immer flexibler sind und durch die Gegend jetten. Was heißt das denn konkret? Das heißt, dass sie nicht mehr verwurzelt sind, dass sie keine Familie mehr haben, keinen, der sich um sie kümmert, der sie pflegt oder ihnen einfach nur etwas ans Bett bringt, wenn sie einen Henschuss haben. Dafür immer wieder professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist total unwirtschaftlich. Wir müssen also überlegen, wie wir die Menschen, die sozial tätig sind, in der Öffentlichkeit stärker anerkennen, wie wir sie politisch unterstützen, wie wir in einer Organisationsform dafür sorgen, dass sie nicht überfordert werden und ausbrennen. Das sind Themen, bei denen es bei mir um einen erweiterten Begriff geht: Was ist Geldwert, und was ist Wert als menschliche Leistung?

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das war das richtige Stichwort: „Anerkennung in der Gemeinschaft“. Ich würde gerne noch eine letzte Frage zulassen. Wir haben wegen der Frauenquote leider nicht mehr so viel Zeit; die Frauenquote kostet eben einfach Zeit.

(Widerspruch)

– Dafür wird jetzt gesteinigt. Schmeißen Sie mir etwas an den Kopf! Das wäre durchaus berechtigt.

**Dr. Eckart von Hirschhausen**: Felix, für uns Außenstehende war es doch ein Erlebnis, zu sehen, dass auf einem Parteitag nicht alle Wahlergebnisse vorher feststehen. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass die Demokratie noch in Resten funktioniert, oder?

(Beifall)

Dafür warten wir dann auch gerne.

**Matthias Hebler**: Felix, ich habe bei dir schon den Eindruck, dass das Kleiderauftragen deiner Schwester sehr prägend war.

(Heiterkeit)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Gibt es hier noch eine Frage? – Bitte.

**Michael von Ketteler**: Mein Name ist Michael von Ketteler. – Ich arbeite seit 34 Jahren für ein großes Unternehmen in Rheinland-Pfalz und bin bekennender Katholik; ich sehe darin keinen Widerspruch. Ich sage das ganz bewusst, weil ich gerne zu dem zurückkommen möchte, was Sie gerade gesagt haben, Herr von Hirschhausen. Das ist eigentlich eine Steilvorlage für die CDU. Es

geht darum, die Nachhaltigkeit mit dem C zu verbinden, mit den Werten, für die die Partei, wie ich zugebe, aus meiner Sicht heute nicht mehr so steht wie die Gründerväter. Sie ist aber wieder auf einem guten Weg. Wir haben heute eine Menge guter Sachen in diese Richtung gehört.

Ich war früher einmal kommunalpolitisch aktiv. Die Volksparteien haben wirklich die Aufgabe, kommunalpolitisch wieder etwas aufzuholen. Es ist nicht so wichtig, in irgendeinem Finanz- oder Bauausschuss zu sitzen. Ich denke, es ist als eine C-Partei wichtiger, den Bürgern wieder die Werte nahezubringen und zu sagen: Auf Basis dieser Werte lohnt es sich, sich ehrenamtlich zu engagieren und Hilfsbereitschaft zu zeigen, in der Kommune, in der Kirche, wo auch immer. Es wäre eine Riesenchance für die CDU, wenn sie sich in diese Richtung bewegen würde.

(Vereinzelt Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das war ein schönes Statement, wenn auch keine Frage. – Um Statements möchte ich Sie jetzt auch bitten. Ich würde das gerne als imaginären Arschtritt bezeichnen; verzeihen Sie mir die Wortwahl. Wenn Ihr Urenkel heute Nacht aus der Zukunft zu Ihnen käme, was würden Sie ihm sagen, was Sie heute schon hätten anders machen sollen. – Matthias, möchtest du vielleicht anfangen?

**Matthias Hebler**: Ja. – Ich hätte 15 Jahre früher anfangen müssen.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das war kurz und knackig. – Frau Klöckner, Ihr Urenkel sucht Sie nachts heim und fragt sie.

**Julia Klöckner**: Wir hätten die vergangene Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gewinnen sollen; denn dann wäre der Haushalt nachhaltig gewesen.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Und Sie meinen, Ihr Urenkel würde über die vergangene Landtagswahl reden, wenn er aus der Zukunft kommt?

**Julia Klöckner**: Na ja, wenn er in Rheinland-Pfalz lebt.

(Heiterkeit)

Ich meine, wir sind jetzt schon bei einem Knackpunkt. Zu glauben, dass vergangene Entscheidungen – auch in der Haushaltspolitik – keine Auswirkungen auf zukünftige Entscheidungsspielräume haben, war, wie ich glaube, ein Fehler in der Vergangenheit egal welcher Partei, als wir die Schuldenbremse noch nicht hatten. Ich sage es einmal so: Das, was mir im Moment ein Glücksgefühl bereitet, ist das unmittelbare Feedback auf ein Versprechen. Die Rechnung kommt später bei denen an, die weder Applaus für das Versprechen bekamen noch den Spielraum haben, das schaffen zu können. Sie haben auch nicht die Basis dafür, was eigentlich die Grundversorgung wäre.

Für uns in der Kommission – es sind ja nicht nur Politiker darin – wird es eine große Herausforderung sein, aus den Gesprächen, die wir ja auch hier führen, Entscheidungen für einen Leit Antrag im kommenden Jahr zu formulieren. Wir haben dies in Themen wie Verbraucherbildung und Ressourcenschonung unterteilt. Es wird natürlich auch um die Entwicklung von Städten und Gemeinden gehen. Von dieser Metaebene aus – wir haben darüber gesprochen haben, sind aber, außer beim Ökolabel, nicht in die einzelnen Punkte gegangen –, werden wir das, was uns leitet, auf die einzelne Punkte herunterdeklinieren müssen.

Die Frauen meiner Generation sind heute ja nicht in der Politik, weil sie so großartig sind – auch ich bin heute nicht an dieser Stelle, weil ich so großartig bin –, sondern weil es vor uns Frauen gegeben hat, die für das, was für uns selbstverständlich ist, gekämpft haben. Wenn man das von der Frauenbewegung her sieht, können wir dankbar sein, dass wir nicht so sein müssen, wie es Alice Schwarzer einmal war. Sie hat uns ermöglicht, heute entspannt zu sein. Das Gleiche müssen wir in anderen Teilbereichen schaffen. Das Ringen um die erneuerbaren Energien ist sicherlich sehr anstrengend. Es geht hier auch um Pfründe. Aber für die kommende Generation muss das selbstverständlich sein. Das Mühen muss unsere Leistung sein. Das Mühen ist ein Auftrag und eine Verpflichtung.

(Beifall)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das war ein schönes Schlusswort. Es kam auch schon heraus, was mit den Ergebnissen des heutigen Tages passieren soll. Stellen Sie vielleicht auch ein paar Kekse bereit, wenn Ihr Enkel kommt? Sie haben ihm ja viel zu erzählen.

**Julia Klöckner**: Es gibt Äpfel.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Es gibt Äpfel, gut. – Eckart, was würdest du ihm sagen?

**Dr. Eckart von Hirschhausen**: Ich überlege gerade, was ein fiktiver Nachkomme uns vielleicht fragen würde. Ich glaube, er würde uns fragen: Warum wart ihr so ernst? Was habt ihr geglaubt, worum es hier geht? – Das könnte die häufigste Frage im Himmel sein. Die häufigste Frage auf der Erde ist immer: Was zahlt die Kasse?

(Heiterkeit)

Ich glaube tatsächlich, dass es ein großer hilfreicher Gedanke ist, sich als Teil von etwas Kontinuierlichem zu erleben. Wir kommen aus Staub, wir werden zu Staub. Deswegen meinen die meisten Menschen, es müsse im Leben darum gehen, viel Staub aufzuwirbeln.

(Heiterkeit)

Wir brauchen wieder so etwas wie einen Ältestenrat. Die nächste Generation wächst auf mit dem Gedanken: Meine Eltern, meine Großeltern sind nicht bei Facebook. Sie wissen auch nicht,

was Twitter ist. Die haben überhaupt nichts zu sagen. – Wir müssen wiederentdecken, was die Menschen als Art eigentlich so unglaublich erfolgreich gemacht hat, nämlich Weisheit zu konservieren. Religion und andere Ideen sind es, die uns immer wieder inspirieren können. In der indianischen Tradition gab es das Ritual des Ältestenrats, wo tatsächlich ein Enkel, ein Vertreter der übernächsten Generation, mit am Tisch saß. Er hatte die Aufgabe, ihr Interesse zu artikulieren. Es wäre einmal ein Gedanke für eine kreative Politikrunde, junge Menschen hinzuzuholen oder jemanden, der ihre Interessen vertritt und in ihrem Namen spricht. Ich ehre Ihr Engagement; aber es wird verdammt hart, das in Realpolitik umzusetzen. Zu sagen, dass wir für sie mitdenken, hilft uns auch, zwischen wichtig und unwichtig ganz anders zu unterscheiden.

(Julia Klöckner: Seien Sie unser Enkel!)

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Als KiKA-Moderator biete ich mich hier gerne an.

**Julia Klöckner**: Um das ganz kurz aufzunehmen: Es ist ja nicht so, als ob wir dies nicht machten. Unabhängig davon, dass es Ältestenräte vom Begriff her auch in den Parlamenten gibt, ist es in allen Parteien so, dass wir die junge Generation einbeziehen. Unsere Bundesvorstandssitzungen sind ja nicht nur harmonisch, weil sich die Älteren einig sind. Es sind immer auch Vertreter der Jungen Union und der Schüler Union oder andere junge Vertreter dabei. Sie verbreiten bei uns – ich kann das jetzt für uns sagen – kreative Unruhe, und das ist noch freundlich ausgedrückt.

(Vereinzelt Beifall)

– Ich begrüße herzlich die Junge Union. – Das ist gut so und auch gewollt. Ich finde es auch richtig. Die Frage aber ist: Kann man heute alles absehen, was in Zukunft sein wird? Mit dem Wissen von Hinterher ist das Vorher immer einfacher zu beurteilen. Man muss natürlich daraus lernen und auch etwas vorwegnehmen können, nach bestem Wissen und Gewissen.

**Felix Seibert-Daiker**, Moderator: Das haben Sie richtig schön gesagt.

(Julia Klöckner: Da bin ich aber froh!)

Die Entscheidungen, die Sie treffen, müssen ganz andere ausbaden. Das kann man nicht oft genug sagen.

Ich möchte das Protokoll jetzt nicht durcheinanderbringen. Deswegen sage ich ganz herzlichen Dank an Julia Klöckner, an Matthias Hebel und natürlich an Dr. Eckart von Hirschhausen. Vielen herzlichen Dank, dass Sie bzw. ihr heute da wart. Es hat sehr viel Spaß gemacht, auch wenn die Diskussion ein bisschen kürzer geworden ist. Ich hoffe, es hat auch Ihnen Spaß gemacht. Vielen Dank auch für die Beteiligung. Es gibt noch jede Menge E-Mails. Wir hoffen, dass wir die noch alle beantwortet bekommen. Jetzt kommen Sie bitte alle wieder in den Plenarsaal; denn da wird es eine Zusammenfassung der Ergebnisse geben.

**Julia Klöckner:** Ich sage auch noch etwas: nachhaltig trinken.

**Felix Seibert-Daiker,** Moderator: Das war noch nie das Problem.

**Julia Klöckner:** Sie bekommen jetzt, natürlich aus Rheinland-Pfalz, von einem tollen Weingut – Christmann heißt es – einen Wein aus der Pfalz. Wir haben hier einen Weißburgunder aus dem Jahr 2010. Wenn man Wein mäßig, aber regelmäßig trinkt, ist das gesund. Mir hat ein Arzt aus Rheinland-Pfalz, der allerdings an einem Weingut beteiligt ist,

(Heiterkeit)

gesagt: Keinen Wein zu trinken ist eine besondere Art des Selbstmordes.

(Heiterkeit)

Deshalb bekommen Sie jetzt von mir eine Flasche Wein mit.

(Dr. Eckart von Hirschhausen: Die Leber wächst mit ihren Aufgaben! – Heiterkeit)

**Felix Seibert-Daiker,** Moderator: Vielen herzlichen Dank. Ihnen noch einen schönen Abend.

(Beifall)

Nehmen Sie bitte die Postkarten mit, die auf den Plätzen liegen. Sie können sich dann noch gerne weiter an der Diskussion beteiligen. Dort finden Sie alle Informationen dazu. – Danke.

(Ende: 20.20 Uhr)

Forum II:

### **Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft**

Armin Laschet, MdL

Christoph Metzelder

Prof. Dr. Paul Nolte

Dr. Thomas de Maizière

Asli Sevindim, Moderatorin

(Beginn: 19.17 Uhr)

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Meine sehr geehrten Damen und Herren, schönen guten Abend. Sie sind die ganz Harten, glaube ich. – Ja, ich sehe hier schon heftiges Nicken. Sie sind hier genau richtig: beim Forum „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“, dem Forum zur gleichnamigen Kommission der CDU.

Wir haben uns eine knackige Runde vorgenommen. Wahrscheinlich haben Sie schon ein bisschen diskutiert, Wortbeiträge gehört und auch selber etwas beigetragen. Zunächst soll die Kommission kurz vorgestellt werden, dann wollen wir den thematischen Rahmen skizzieren.

Die Kommission hat sich bereits zweimal getroffen. Das Thema stößt auf großes Interesse. Heute sind Sie herzlich eingeladen, mitzumachen, Ihre Anregungen, Ihre Themenstellungen und Ihre Fragen an die Kommission weiterzugeben; denn es stehen noch einige Sitzungen an.

Es gibt verschiedene Wege, an der Diskussion teilzunehmen. Das Netz spielt natürlich eine große Rolle: über Twitter und Facebook. Es wird auch eine große Online-Befragung geben. Aber Sie können sich auch hier und heute melden, wenn Sie gerne Themen einbringen wollen. Wir werden Ihnen dann ein Mikrofon reichen, damit Sie sagen können, was Sie interessiert und welche Themen Sie in dieser Kommission bearbeitet sehen möchten.

Bevor wir zu Ihren Fragen kommen, möchte ich zum Aufwärmen die Runde starten. Ich stelle die Runde kurz vor: Hier vorne stehen Menschen, die nicht nur in der Partei, sondern auch in der Kommission mit diesem Thema zu tun haben. Ich darf zuerst Armin Laschet nennen, den Vorsitzenden der Kommission, der die Menschen eingeladen hat mitzuwirken. Dann haben wir hier ein Mitglied der Kommission: Professor Dr. Paul Nolte. Bundesinnenminister de Maizière hat sich gerade bereit erklärt, an unserer Runde teilzunehmen, weil ihn das Thema brennend interessiert. Christoph Metzelder hat es heute auch erteilt. Er ist noch nicht Mitglied der Kommission, aber wir haben ihn heute sozusagen verhaftet.

**Armin Laschet:** Er hat gerade zugesagt.

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Er hat gerade zugesagt; das ist ja wunderbar. – Herr Laschet, lassen Sie uns direkt einsteigen. Die Kommission trägt bereits in ihrem Namen, dass sie den Zusammenhalt stärken möchte. Warum? Was ist mit dem Zusammenhalt? Stimmt damit irgendetwas nicht?

**Armin Laschet:** Ich will es kurz machen, weil uns Paul Nolte früher verlässt und er auf jeden Fall noch etwas sagen sollte. – Ich möchte zur Verdeutlichung eine Zahl nennen, die ich heute Morgen schon genannt habe: Wenn 1950 95 Prozent der Menschen in Deutschland als evangelisch oder katholisch gemeldet waren und es heute noch 59 Prozent sind, dann heißt das: Das, was damals sicher das bindende Glied war, zu dem sich alle dazu bekannten, als ein neuer Staat gegründet worden ist, ist heute vielfältiger und komplizierter geworden. Die Frage ist: Was hält unsere heutige Gesellschaft, die bunter wird, die älter wird, die Zuwanderung erfährt, eigentlich zusammen? Dies zu erarbeiten, das ist die Idee dieser Kommission. Hinzu kommen Themen wie die Digitalisierung. Wir müssen also Antworten auf Fragen finden, die es früher nicht gab.

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Professor Nolte, Herr Laschet hat gerade bereits ein paar Veränderungen angesprochen. Sie haben sich in Ihrer aktuellsten Publikation ebenfalls mit dem The-

ma beschäftigt, weil Demokratie sich ändern muss. Was sind das für Veränderungen, die so massiv sind, dass sich die Demokratie und am Ende Politik – auch durch diese Kommission – tatsächlich ändern müssen oder sollen?

**Prof. Dr. Paul Nolte:** „Weil Demokratie sich ändern muss“, das ist eine falsche Feststellung; denn wir erleben die Veränderung von Demokratie täglich und direkt vor unseren Augen. Das Vertrauen in die klassischen repräsentativen Institutionen lässt nach. Aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung geht hervor, dass viel weniger Menschen als früher noch wissen, was im Parlament diskutiert wird. Das heißt aber nicht notwendigerweise, dass die Menschen unpolitisch geworden sind, sondern das bedeutet, dass sich die Erwartungen an die Politik verändert haben. Diese müssen nun anders befriedigt werden.

Politik muss die Menschen woanders abholen: auf der Straße, durch andere Formen des Engagements. So verändert sich Demokratie schon ganz stark. Parteien und die ganzen klassischen politischen Institutionen, das, was klassische Politik seit der Gründung der Bundesrepublik ausgemacht hat – interessierte Menschen treten in eine Partei ein, sie wählen, so wie hier, ihre Parteivorstandsmitglieder und ihre Abgeordneten für das Parlament und alles ist gut –, das funktioniert so nicht mehr. Deshalb müssen auch die Parteien ganz stark umdenken.

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Herr Minister, diese Kommission wird sich die Zeit nehmen und auch nehmen müssen, um über diese Themen nachzudenken. Die Zeit haben Sie in der Politik nicht immer. Was sind denn für Sie die wirklich massiven Veränderungen, die Sie in Ihrem Alltag praktisch bewältigen müssen?

**Dr. Thomas de Maizière:** In meiner ersten Antrittsrede als Bundesinnenminister habe ich schon gesagt: Der Innenminister ist der Minister für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Im preußischen Kabinettsystem hieß der Innenminister nicht Innenminister, sondern Minister für allgemeine Angelegenheiten. Bildung, Umwelt, Verkehr und Gesundheit – das alles war beim Innenministerium angesiedelt.

Die Spezialisierung in den Ressorts, aber auch in den Politikfeldern, und der Pluralismus, den wir zu Recht haben – Armin Laschet hat ein paar Beispiele dafür genannt –, fördern die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft. Wir müssen daher daran arbeiten, dass wir den Zusammenhalt nicht verlieren, und da bin ich nicht so pessimistisch; denn es geht nur um andere Formen.

Ich will ein Beispiel nennen. Bei der Flut im letzten Jahr haben junge Menschen in den sozialen Netzwerken dafür gesorgt, dass die richtige Zahl von Schleppern von Sandsäcken am richtigen Ort war. Bei der Flut 2002 ist das nicht gelungen. Die Organisation war zwar auch nicht schlecht, aber wir hatten manchmal zu viele Schlepper dort, wo keine Sandsäcke waren, und umgekehrt. Wenn man denen jetzt sagen würde: Kommt doch zum THW oder zum Roten Kreuz, dann sagen die: „Nee, wieso? Wir fanden das jetzt nötig. Beim THW oder beim Roten Kreuz ist



das zu langatmig. Da muss man eine Uniform anziehen und Lehrgänge machen. Das wollen wir nicht“. Sie sorgen aber in der kritischen Phase einer Flut für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir haben die Initiative Bürgerstiftungen, die kleine Stiftungen organisiert. Sie tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Aber wenn man ihnen sagt: „Haltet doch mal einen großen Vortrag, kommt in unsere Partei!“, dann sagen die: „Nee, nee, das ist nicht unser Job“. Deshalb glaube ich: Der Wille zum Mitmachen ist vorhanden. Wir müssen aber daran arbeiten, dass das Engagement besser koordiniert wird.

Eine zweite und letzte Bemerkung. Es gibt durchaus ein raueres Klima. Natürlich werden Konflikte von außen in die Gesellschaft getragen. Jesiden und Salafisten geraten aneinander. Bis mindestens 1990 und vielleicht auch danach gab es bei uns eine – früher hat man so gesagt – nivellierte Mittelstandsgesellschaft. Die löst sich auf. Wir sind zwar noch enger zusammen als etwa in Frankreich oder Großbritannien, wo es ganz andere soziale Siedlungsstrukturen gibt, aber wir müssen politisch neue Formen finden, damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sichtbar wird und nicht weiter zersplittert.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: In Ihren Äußerungen ist schon jetzt deutlich geworden, dass es eine große Draufsicht auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen gibt. Aber man muss auch die Perspektiven einzelner Gruppen berücksichtigen und dafür in Einrichtungen gehen. Christoph Metzelder, Sie nutzen Ihre Popularität als Fußballpersönlichkeit, um an einer aktiven Bürgergesellschaft mitzubauen. Sie haben eine Stiftung gegründet, die konkrete Projekte durchführt. Welche Themen sind aus Ihrer Sicht wichtig, wenn es um Kinder und Jugendliche und deren Perspektiven für die Zukunft bzw. um deren Motivation geht? Welche Themen müssten in der Kommission behandelt werden?

**Christoph Metzelder**: Ich glaube schon, dass wir eine Bildungsungleichheit haben. Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen, aus zerrütteten familiären Verhältnissen, viele von ihnen mit Migrationshintergrund, sind auf ihrem Lebensweg benachteiligt; sie haben andere Startchancen, als ich sie zum Beispiel hatte. Diese Kinder benötigen Hilfe. Natürlich reden wir über Zahlen und Statistiken, aber immer auch über einzelne Menschen. Es wird irgendwann auch ein volkswirtschaftliches Problem, wenn wir uns nicht um Bildungsbiografien kümmern. Es brechen uns einfach zu viele junge Menschen links und rechts weg.

Neben der Tatsache, dass ich Gelder sammle, um Projekte zu unterstützen, bin ich auch immer wieder vor Ort und versuche, Zeit mit den Kindern zu verbringen und ihnen die Form von Wertschätzung zu geben, die sie verdient haben. Sie bekommen oft genug zu hören, dass sie nichts sind, dass sie nichts können. Aber jeder Mensch braucht Anerkennung. Dafür braucht es Fürsorge und Zeit, und das versuchen wir diesen Kindern – es sind zwar nur 500 in 17 Projekten, aber immerhin – zu geben.

(Beifall)

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Es sind viele verschiedene Punkte angesprochen worden. Liebe Zuschauer, wenn sich die ersten von Ihnen schon gedrängt fühlen, Fragen zu stellen oder Anregungen für die Arbeit dieser Kommission haben, dann melden Sie sich. – Ich sehe Nicken. Die Mikrofone sind auf dem Weg zu Ihnen.

Unterdessen wende ich mich noch einmal Herrn Laschet zu. Es gab bereits zwei Treffen der Kommission. Welche Schwerpunkte kristallisieren sich, auch in der Zusammensetzung der Kommission, heraus?

**Armin Laschet**: Bisher hat die Kommission fünf Referenten gehört. Der eine war Herr Püttmann, der uns über die religiöse Veränderung in der Gesellschaft berichtet hat. Die Staatsministerin Grütters aus dem Bundeskanzleramt hat über den Zusammenhalt der Gesellschaft durch Kultur berichtet; der kulturelle Aspekt wird ein ganz wichtiger sein. In der allerersten Sitzung hat Friedrich Merz den Bereich der Digitalisierung aus Sicht der Wirtschaft angesprochen. Welche Veränderungen gibt es in diesem Bereich? Wollen wir eine Gesellschaft, in der sich der Krankenhaustarif an einer Gesundheits-App orientiert, die anzeigt, wieviel Zeit man am Tag mit Fitness verbringt? Das wird bereits angeboten. Es verändert unsere Gesellschaft, wenn wir unsere Daten völlig offenlegen, nur um ein paar Euro bei der Versicherung zu sparen. Das war ein wichtiges Thema. Professor Korte hat über die Demokratie berichtet; der Bundesinnenminister hat es schon angesprochen. Brauchen wir mehr Partizipation, oder braucht eine Gesellschaft, in der solche Verschiebungen stattfinden, nicht eigentlich Parlamente, die repräsentativ entscheiden? Das ist etwas anderes, als wenn die, die gegen etwas sind, auf die Straße gehen, um etwas zu bewegen. Das ist eine spannende Frage.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Ich knüpfe direkt daran an, Herr Professor Nolte. In einem ersten Entwurf wurde das Thema Politikverdrossenheit behandelt, Sie haben jetzt von einem stärkeren Bedürfnis nach politischer Beteiligung gesprochen. Helfen Sie uns: Wie passt das eigentlich zusammen?

**Prof. Dr. Paul Nolte**: Das sind in vielerlei Hinsicht zwei Seiten derselben Medaille. Auf der einen Seite gibt es bei vielen Bürgerinnen und Bürgern eine Verdrossenheit, was die etablierte Politik angeht. Das ist oft auch gar nicht rational. Man kennt manchmal sogar die Abgeordneten. Wenn es Kreistags- oder Kommunalabgeordnete sind, dann ist das der Nachbar – egal ob von CDU, SPD oder von welcher Partei auch immer –, aber sobald die „nach da oben“ verschwinden, sind es irgendwelche seltsamen fremden Eliten, denen man – das muss man so klar feststellen – viel distanzierter und kritischer gegenübersteht als früher. Auf der anderen Seite gibt es ein ganz starkes Bedürfnis, sich als Bürgerin und Bürger frei zu engagieren.

Vonseiten der Linken wird die Theorie vertreten, es gebe eine starke Entpolitisierung, oder wir würden sogar entpolitisiert – Sie können sich schon vorstellen, dass eine bekannte Persönlichkeit der Partei, bei der wir hier sind, mit diesen Vorwürfen zu tun haben könnte –, aber das hal-

te ich im Großen und Ganzen für Blödsinn. Wir erleben kein Zeitalter der Entpolitisierung, sondern des wachsenden politischen Interesses. Es artikuliert sich anders, sozusagen ungleicher als früher; hier knüpfe ich an das an, was Christoph Metzelder gesagt hat.

Wir müssen zusehen, dass wir auch diejenigen in der Gesellschaft, die nicht so große Chancen, nicht so große Bildungspotenziale haben, abholen und an die politische Beteiligung heranzuführen. Denn sie sind nicht mehr, nur weil sie Arbeiter sind, automatisch bei der anderen Volkspartei, sondern sie engagieren sich oder wählen im Zweifelsfall überhaupt nicht mehr.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Vielen Dank. Wir haben eine Wortmeldung. Bitte.

**Heribert Hirte**: Heribert Hirte – Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen. Ich möchte unmittelbar an das anschließen, was Herr Nolte über die unterschiedliche Einbindung in den politischen Prozess und die Art und Weise, wie sich Menschen in die Arbeit der CDU einbringen, gesagt hat.

Ich habe mir die Zahlen der CDU-Mitglieder einmal angesehen in Relation zu den Stimmen, die in den jeweiligen Bereichen abgegeben wurden. Die Einbindung ist – und das bestätigt Ihre These – in städtischen und ländlichen Wahlkreisen völlig unterschiedlich. In Städten werden 40 bis 50 Stimmen pro CDU-Mitglied abgegeben, auf dem Land sind es nur 20 Stimmen. Das ist ein Befund, mit dem wir als CDU umgehen müssen. Denn das bedeutet natürlich für die Arbeit hier, dass bestimmte Themen nicht in der gleichen Weise aufgenommen werden. Es sind gerade Themen wie Zukunft der Bürgergesellschaft, die in Städten eine stärkere Rolle spielen. Unserer Mitglieder nehmen sie anders auf als die Gesellschaft. Meine Frage ist: Gibt es Überlegungen, welche Veränderungen wir an der Parteistruktur vornehmen könnten, vielleicht sogar müssen, um darauf entsprechend zu reagieren?

**Prof. Dr. Paul Nolte**: Ich kann nur von außen Ratschläge geben. Das Problem von Stadt und Land ist ein ganz großes, vielleicht sogar ein zunehmendes; wobei man sagen muss, dass wir in Deutschland, was die Zerklüftungen betrifft, noch relativ gut dastehen, da sie bei uns stärker abgemildert sind, als es in anderen westlichen Ländern der Fall ist.

Schauen Sie sich die Stadt-Land-Verhältnisse in der politischen Repräsentation in den USA an. In New York muss ein Republikaner gar nicht mehr antreten, weil 85 Prozent für die Demokraten sind; die machen das unter sich aus. Irgendwo auf dem Lande, vor allem im Westen der USA, ist es umgekehrt: Ein Demokrat braucht dort gar nicht zu kandidieren. Insofern haben wir in Deutschland noch relative homogene – im Sinne dieser Kommission könnte man auch sagen: zusammenhaltende – Strukturen.

In den Großstädten – daran arbeitet die CDU schon länger; auch ich habe schon daran mitgewirkt – muss sich etwas tun. Hier muss die Partei viel offener werden, sie muss sich neuen Milieus, neuen sozialen Schichten und auch neuen Lebenseinstellungen viel stärker öffnen. Sie

muss dabei wahrscheinlich auch einen Schritt über ihre klassischen Parteistrukturen hinausgehen und andere Formen der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern finden; denn es gibt diejenigen, die mit der Politik der Union sympathisieren, aber nicht mehr Mitglied werden würden, und zwar aus ähnlichen Gründen, die Thomas de Maizière eben genannt hat.

**Dr. Thomas de Maizière:** Darf ich dazu eine Ergänzung machen? Zum einen gibt es ja die Kommission. Zum anderen müssen wir ein bisschen am Sachverhalt arbeiten, wie wir Juristen das nennen.

Ich nehme das Beispiel Wolf/Strobl. Eine meiner Thesen ist: Hätten vor allem Mitglieder abgestimmt, die aktiv bei der Veranstaltung dabei waren, dann hätte wahrscheinlich Strobl gewonnen. Die Mitglieder, die nicht da waren, haben für Wolf gestimmt; jedenfalls habe ich das so herausgehört. Ich würde gerne wissen, ob das so ist. – Ich sehe gerade: Herr Nolte muss jetzt los. Tschüss, bis bald.

Mir hat ein grüner Abgeordneter bei der Abstimmung Trittin/Göring-Eckardt gesagt: Es war klar, dass Trittin und Göring-Eckardt gewinnen. Ungefähr ein Drittel der Mitglieder der Grünen hat sich in den letzten Jahren erneuert. Die wollen von den Schlachten der alten Titanen da oben gar nichts mehr wissen.

Wir reden über die Netz-Community. Es gibt Studien, die besagen, dass sie viel kleiner ist, als wir glauben. Bei einem wichtigen Thema engagieren sich 30 000 Leute, aber es scheinen immer die gleichen 30 000 zu sein, und zwar bei jedem Thema. Wie groß ist die Community also wirklich? Sollen wir die Aktiven durch neue Partizipationsformen fördern, oder müssen wir die nicht so Aktiven fördern? Wie erreichen wir die Leute überhaupt?

In meinem Wahlkreis wird die örtliche Tageszeitung – früher war es eine Monopolzeitung – gerade noch von einem Drittel der Haushalte gelesen. Wir haben massive Probleme, die Bevölkerung zu erreichen. Aber ein, zwei Leute von Pegida erreichen, dass 1 000, 2 000, 4 000, 10 000 Leute kommen. Was sind das für Kommunikationsformen in unserer Gesellschaft? Wie können wir überhaupt noch kommunizieren? Wie können wir für Aktivität sorgen? Ich würde das gerne noch besser verstehen, bevor Vorschläge zur Veränderung von Parteiarbeit usw. erarbeitet werden.

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Eine Aufgabe für Herrn Laschet. – Bitte, die nächste Wortmeldung.

**Hicham El Founti:** Mein Name ist Hicham El Founti, ich bin CDU-Mitglied aus Essen. Ich habe eine Frage, die mich schon sehr lange beschäftigt; umso schöner ist es, dass ich sowohl den Bundesinnenminister als auch Herr Laschet auf diesem Podium antreffe.

**Dr. Thomas de Maizière:** Das können Sie häufiger haben.

(Heiterkeit)

**Hicham El Founti:** Sehr gerne. – Wenn ich kurz einführen darf: Es geht um das Thema Religion, Salafismus und Wanderprediger. Mich beschäftigt in diesem Zusammenhang schon lange die Rolle der Imame. Wie Sie vielleicht wissen: Ein Imam ist nicht gleich ein Theologe. Im Gegensatz zu den Pfarrern, Rabbinern oder Priestern hat er nicht unbedingt eine theologische Ausbildung. Insofern kann sich eigentlich jeder, der morgens aufwacht und Lust hat, Imam zu sein, als Imam bezeichnen. Meine Frage ist: Wie kann man besser kontrollieren, welche Ausbildung Imame haben, damit diese meist weltfremden Wanderprediger, nicht mehr ihre Ideologien verbreiten können, wie es in Deutschland derzeit leider der Fall ist? Wie kann man diese Entwicklung bremsen? – Vielen Dank.

**Armin Laschet:** An diesem Thema arbeitet die Deutsche Islamkonferenz unter Moderation des Bundesinnenministers. Zunächst muss man festhalten, dass man es mit unterschiedlichen Phasen zu tun hat.

In der Zeit, als die ersten sogenannten Gastarbeiter in den 60er-Jahren nach Deutschland kamen, gab es überhaupt keine Betreuung. Deswegen hat der türkische Staat gesagt: Wir sorgen für Betreuung, indem wir Moscheegemeinden und Imame nach Deutschland entsenden, damit sich die Menschen in diesem fremden Land, in Deutschland, religiös orientieren können. Sie wurden ausgewechselt wie Botschaftsangehörige. Oft waren sie der deutschen Sprache nicht mächtig und in der Gesellschaft entsprechend nicht verankert. Jetzt wächst aus der deutschen Gesellschaft heraus eine neue Generation heran, die diese Aufgabe wahrnehmen kann. Das ist ein Teil des Wandels, den wir gerade erleben.

Welche Bedeutung ein Imam hat oder nicht, das kann die Politik schlecht entscheiden. Sie kann doch nicht bestimmen, ob Kapläne oder Pastoren wichtiger sind. Welche Rolle einem Imam in einer Gemeinde zukommt, das muss die Gemeinde entscheiden. Aber dass er aus der deutschen Gesellschaft kommt, in dieser Gesellschaft lebt und die Werte dieser Gesellschaft teilt, das ist ganz wichtiger Aspekt, an dem der Innenminister mit vielen anderen zusammen arbeitet.

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Weitere Anregungen und Fragen zu dieser Kommission? – Bitte.

**Hicham El Founti:** Ganz kurz noch. Herr Laschet, Sie haben gerade über die Imame gesprochen, die aus der Türkei oder aus anderen Ländern entsandt wurden, aber über die spreche gar nicht. Ich spreche von den Gemeinden, die von Gastarbeitern gegründet wurden, die aus einem Dort kamen, wo man weder lesen noch schreiben konnten. Sie hatten daher keinen wirklichen Bezug zum Islam. Die meisten wussten noch nicht einmal, wie man sich zum Gebet wäscht. Nun gab es damals eine Strömung von Studenten aus linksgerichteten arabischen Staaten, die eine andere Entwicklung eingeleitet haben. Deswegen war meine Frage: Wie können wir es schaffen, dass darauf geachtet wird, welchen theologischen Hintergrund, welchen Bildungshintergrund ein Imam hat?

**Armin Laschet:** Ich gebe eine kurze Antwort: Der Staat, der Innenminister, achtet darauf, dass die Verfassung und die Gesetze unseres Landes eingehalten werden. Punkt! Wie sich eine Religion selbst gestaltet, das muss bei uns die Religionsgemeinschaft selbst entscheiden.

**Asli Sevindim, Moderatorin:** Vielleicht nur ganz kurz zum Ablauf: Wir können kein Thema in der Tiefe diskutieren. Aber wenn Sie weitere Fragen oder Anregungen haben, die an die Kommission weitergereicht werden sollen, dann reichen Sie diese bitte schriftlich ein. – Bitte schön.

**Jürgen Hardt:** Jürgen Hardt – Abgeordneter für Solingen und Remscheid. Ich wollte an dieser Stelle anknüpfen. Warum finden die meisten Menschen trotz wachsendem Interesse an politischer Beteiligung nicht den Weg in die großen Volksparteien?

Bei uns bedeutet Mitwirken immer, dass man sich auseinandersetzt, dass man miteinander streitet, dass man um Personen und um Inhalte ringt. Bei den sonstigen politischen Aktivitäten außerhalb der Partei beobachte ich, dass man häufig dorthin geht, wo Leute sind, die genauso denken wie man selbst. Es ist total cosy und gemütlich, mit Leuten zusammen zu sein, wenn man sich einig ist, dass die von der anderen Gruppe die großen Idioten sind: die Multis in der CDU usw. Wir müssen einen Weg finden, um gerade den jungen Leuten wieder klarzumachen, dass im politischen Diskurs, im Streit, in der Auseinandersetzung, die mit Herzblut geführt wird, der eigentliche Sinn von Demokratie besteht, dass nur so Fortschritte erzielt werden können; denn die guten Ergebnisse, die man hinterher mehrheitlich konkret beschließt, kennt man vorher nicht. Es geht also darum, dass man miteinander ringt.

Ich habe das Gefühl, dass unsere Gesellschaft einen solchen Diskurs nicht mehr als Mittel der Wahl ansieht, sondern sich lieber zurückzieht. Im Internet ist es im Übrigen ganz extrem. Auf Facebook ist man nur noch von Leuten umgeben, die genauso denken wie man selbst. Wieso soll man dann auf die Idee kommen, dass jemand, der anders denkt, vielleicht auch recht hat? Das Internet und die sozialen Medien bringen uns nicht dazu, uns kritisch mit anderen Positionen auseinanderzusetzen. Nach meiner persönlichen Lebenserfahrung findet das am ehesten noch in der Jungen Union, im RCDS oder im CDU-Ortsverband statt, wo die Generationen miteinander ringen. Man müsste die Menschen ermutigen, sich wieder auf den produktiven Streit einzulassen und sich nicht nur so wohlfühlmäßig zurückzulehnen.

**Asli Sevindim, Moderatorin:** Ich darf den Ball an Sie weiterspielen, Christoph Metzelder. Sie haben in Ihrer praktischen Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen zu tun. Das Thema Engagement wurde bereits angesprochen. Dazu gehört aber ein Maß an Identifikation und an Motivation, die Zukunft mitzugestalten. Wie erleben Sie den Blick von Kindern und Jugendlichen auf unsere Gesellschaft, was ihre eigenen Perspektiven angeht?

**Christoph Metzelder:** Ich sehe fehlende Motivation eher bei der Generation, die sehr viel mitbringt und deutlich privilegierter ist als die Kinder, die in die Einrichtung gehen, die wir mit der

Stiftung unterstützen. Die Kinder, die in diese Einrichtung gehen, sind sehr offen und interessiert und nutzen die Chancen, die ihnen in den Einrichtungen geboten werden, zum Beispiel durch Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und Vorbereitung auf Klassenarbeiten. Die Eltern dieser Kinder sind genauso offen. Ich möchte sie in keiner Weise kritisieren. Diejenigen, die wirklich alles mitbringen und beste Voraussetzungen haben, haben eher Probleme und machen aus ihren Möglichkeiten relativ wenig.

**Dr. Thomas de Maizière:** Ich glaube, das stimmt. Man nennt das die Atomisierung der Gesellschaft. Die Tatsache, dass man mit Gleichgesinnten zusammen ist, erschwert unter Umständen den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es gibt aber ein paar Themen, über die wir als Parteien nachdenken müssten. Der Sport und insbesondere der Fußball vermitteln – das sage ich nicht nur, weil Herr Metzelder hier steht – ein großes, verbindendes Gemeinschaftsgefühl. So viele Bereiche, die ein solches Wirgefühl vermitteln, gibt es in der Gesellschaft nicht. Ein ähnliches Gefühl vermittelt – davon war schon die Rede – die Religion. Man darf nicht vergessen: Sonntags gehen noch immer mehr Leute in die Kirchen als am Samstag in die Fußballstadien. Sicherlich gehen nicht genug Menschen in die Kirche. Aber es sind sehr viele. Wir haben die Bedeutung der Religion für den Zusammenhalt der Gesellschaft unterschätzt. Wir haben gedacht, dass Religion nicht zum Zusammenhalt der Gesellschaft beiträgt.

Ich werde das nie vergessen: Als ich Landesjustizminister war, habe ich händeringend Themen gesucht, über die ich mit den Menschen diskutieren kann. Als das Thema Betreuung auf der Tagesordnung stand, sind plötzlich 300, 400 oder sogar 500 Menschen, die sonst nichts mit den Parteien zu tun hatten, zu den Veranstaltungen gekommen, um über Betreuung, Vormundschaft und Pflege zu diskutieren; denn sehr viele haben pflegebedürftige alte Menschen in der Familie. Die Bundeskanzlerin wiederholt ständig, dass Hermann Gröhe ein gesellschaftspolitisches Ressort innehat; denn Gesundheit und Pflege interessieren die Menschen total. Frau Köcher hat darauf hingewiesen, dass auch gesunde Ernährung ein sehr wichtiges Thema ist. Über solche Themen diskutieren wir gerade einmal mit zehn Prozent der Menschen, die innerhalb des Berliner-S-Bahn-Rings wohnen. Wir verwenden zudem sehr häufig Begriffe, die kaum ein Mensch versteht. Fragen Sie doch einmal die Wähler, wer erklären kann, was kalte Progression ist. Man braucht mindestens fünf Sätze, um das zu erklären. Es gibt ein paar Themen, über die die Bevölkerung, ehrlich gesagt, ohne uns Politiker diskutiert. Wir müssen die politische Kraft aufbringen, mit der Bevölkerung über die Themen, die sie wirklich interessieren, wie die Deckung der Pawlow'schen Urbedürfnisse, gesunde Ernährung sowie Leben und Sterben, zu diskutieren. Dann bekommen wir wieder mehr Bindung zur Breite der Gesellschaft.

**Gregor Golland:** Ich bin Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen. Lieber Armin, du hast eben gesagt, dass ihr euch mit verschiedenen Themen befasst habt, unter anderem mit dem Zu-

sammenhalt, der durch Kultur entsteht. Der Bundesinnenminister hat gerade das Thema Sport erwähnt. Darauf will ich zu sprechen kommen. Schließlich steht auf dem Podium ein bekannter Fußballer.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Herr Laschet, Sie sind gemeint.

(Heiterkeit)

**Gregor Golland**: Nein, ich meinte schon Herrn Metzelder. – Der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft durch die Fußballnationalmannschaft, diese fantastische Ereignis, hat ein unglaubliches Zusammengehörigkeitsgefühl in der Öffentlichkeit hervorgerufen, einen Zusammenhalt zwischen Jung und Alt, zwischen Migranten und Urdeutschen, die schon seit Ewigkeiten hier leben. Es herrschten Zusammenhalt und ein positiver nationaler Stolz, der unser Land in der Welt sympathisch gemacht hat. Ich glaube, wir haben viele positive Kräfte und sollten uns auf diese besinnen. Diese Kräfte sollten genauso gestärkt werden wie das Ehrenamt, das für Zusammenhalt in sehr vielen Bereichen in dieser Gesellschaft sorgt. Es gibt sehr viele positive Ansätze. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Wir sollten immer das Gute betonen und an den Stellen arbeiten, wo noch etwas zu tun gibt. Sport ist etwas Verbindendes, über das es nur wenige Auseinandersetzungen gibt. Sicherlich gibt es schon einmal Auseinandersetzungen zwischen den Fans verschiedener Vereine. Aber der Sport ist nicht so politisch-ideologisch aufgeladen. Der Sport sorgt für eine Gemeinsamkeit, die sehr tief in unserer Gesellschaft verankert ist.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Ich glaube, das kann die Kommission definitiv aufgreifen.

**Armin Laschet**: Das belegt dreifach, vierfach oder sogar fünffach, wie wichtig der Sport ist. Das Schöne am Sport ist: Es ist nicht entscheidend, woher jemand kommt. Beim Fußball beispielsweise ist entscheidend, wie der Betreffende spielt. Egal was die Eltern sind, wenn er ein guter Stürmer ist, wird er genommen. In unserer Nationalmannschaft ist die Integration vielleicht am besten gelungen. Deutschland insgesamt sieht heute genauso aus wie unsere Nationalmannschaft. Dass diejenigen, die zuschauen, das genauso empfinden, ist das Besondere. 2006 ist das zum ersten Mal gut gelungen, erst recht 2014 durch den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft. Da haben alle zusammen gejubelt. Der Innenminister hat zu Recht darauf hingewiesen: Es gibt nicht mehr so viele Ereignisse, die dafür sorgen, dass das ganze Volk vor dem Fernseher sitzt und zuschaut.

Noch eine kleine Bemerkung: Früher gab es ARD und ZDF, fertig! Damals schauten abends alle das Gleiche und diskutierten am nächsten Morgen darüber. Das ist natürlich verloren gegangen. Es kommt nicht mehr vor, dass alle am Arbeitsplatz über das Fernsehprogramm des Vorabends gemeinsam diskutieren.

**Dr. Thomas de Maizière**: Wenn Sie in der Talkshow sind, dann schon.

(Heiterkeit)



**Armin Laschet:** Nein, vielleicht über den „Tatort“. Aber sonst findet das selten statt.

Christoph, antworte du doch einmal auf diese Fußballfrage. Hast du einen Wandel zwischen damals, als du aktiver Nationalspieler warst, und heute erlebt?

**Christoph Metzelder:** 2006 war ein absoluter Meilenstein sowohl in der Wirkung nach innen – viele sagen, dass damals der Zusammenschluss von Ost und West endgültig vollzogen wurde, als sich die Menschen in den Armen lagen – als auch in der Wirkung nach außen. Wir haben uns damals der Welt als offener und freundlicher Gastgeber präsentiert. Was wir 2010 und 2014 erlebt haben, ist die Fortsetzung dessen. Ich glaube, dass die junge Generation nicht mehr in den alten Schemata denkt. Sport treibt die Integration so voran wie kaum etwas anderes. Das erlebe ich seit der F-Jugend. Ich selber war als Ausländer in Spanien und habe das auch dort erlebt. Der Sport und insbesondere der Fußball verbinden. Das ist unglaublich schön.

**Johannes Ferstl:** Ich komme aus dem Ruhrgebiet. Mich beschäftigt seit einigen Jahren die Situation, die ich zuerst bei meinen Freunden und dann auch in meinem Berufsleben erlebt habe. Es gibt immer mehr junge, dynamische Menschen, die in der ganzen Welt leben und arbeiten, stellenweise für wenige Monate in Deutschland und dann wieder im Ausland sind. All diese Menschen verlieren wir zum Teil endgültig. Manchmal können wir sie nach Deutschland zurückholen. Ich frage: Wie können wir sie in politische Prozesse einbinden? Wie können solche Menschen Mandate übernehmen, wenn sie ein halbes oder sogar ein ganzes Jahr hier in Deutschland nicht zur Verfügung stehen? Wie müssen wir unseren Rechtsstaat weiterentwickeln, damit sich auch solche Menschen an unserer Gesellschaft beteiligen können?

**Dr. Thomas de Maizière:** Ich glaube, die Analyse stimmt nicht. Es gibt eine Studie mit der Überschrift „Die mobilen Immobilien“. Diejenigen, die Sie angesprochen haben, kommen zwar nicht in unsere Parteien, sind aber viel immobil, als es den Eindruck hat. Diese Menschen nehmen zwar beispielsweise am ERASMUS-Programm teil, sind im elften Jahr im Ausland tätig oder machen Praktika ohne Ende. Aber noch nie war das Alter derjenigen, die aus dem Elternhaus ausziehen, so hoch wie jetzt. Dabei sind die Jungen noch zwei, drei Jahre älter als die Mädchen, wenn sie von zu Hause ausziehen. Das Hotel Mama ist sehr bequem, übrigens auch für die Mütter. Zwar hat der Sohn beispielsweise eine eigene Einliegerwohnung, damit die Freundin nicht so stört, wenn sie zu Besuch kommt. Aber die Waschmaschine dürfen gerne die Eltern nutzen. Zudem möchten die meisten, die beispielsweise in München studiert haben, nach dem Studium nicht so gerne in Kiel arbeiten. Schließlich erbt man oft das elterliche Einfamilienhaus. Das heißt, die dauerhafte Mobilität ist geringer als jemals zuvor; das besorgt mich in gewisser Weise sogar. Das genauer zu untersuchen, ist jedenfalls sehr lohnend.

Diejenigen, die alle drei Monate oder jedes halbe Jahr ihren Lebensmittelpunkt wechseln, werden sicherlich nicht Mitglied in einem Ortsverein einer Partei; denn sie sind nie da, wenn der Ortsverein tagt. Aber das ist eine Scheinmobilität. Faktisch ist die Immobilität größer als vor 30 Jahren.

**Dr. Katrin Heinritz:** Ich bin Vorsitzende des Kreisverbandes Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. Ich habe mit abstimmen dürfen. Aber dazu habe ich mich nicht zu Wort gemeldet. Ich möchte mich vielmehr zu den Themen Mehrwert und Überforderung äußern. Als Kreisvorsitzende in Schwäbisch Hall werde ich sehr oft mit der Frage konfrontiert: Was bringt es den Mitgliedern, zu einer Veranstaltung der Partei zu gehen oder Mitglied zu sein? Man sollte doch schließlich nach Hause gehen und sagen können: Das hat mir etwas gebracht. – Darüber führe ich immer wieder Diskussionen. Ich würde mich freuen, von Ihnen einen Hinweis darauf zu bekommen, wo man da ansetzen könnte.

Des Weiteren erlebe ich immer wieder Überforderung. Ein Beispiel. Ich habe drei Kinder. Für die drei Tage Bundesparteitag habe ich drei Tage Urlaub genommen und habe drei Tage versucht, die Kinder unterzubringen. Das geht ganz vielen so, egal ob sie im Sportverein, in der Schule oder in der Partei aktiv sind. Die Angebote sind enorm. Was bringt es mir mehr, mich in der CDU anstatt im Sportverein zu engagieren, Stadträtin zu sein oder mich in einer Elterninitiative zu engagieren? Viele sind überfordert und lassen es letztendlich ganz sein, weil sie nicht wissen, wie sie die Entscheidung treffen sollen.

**Armin Laschet:** Neben den drei Kommissionen gibt es eine Kommission, die darüber nachdenkt, wie sich Parteiarbeit wieder attraktiver gestalten lässt. Das hängt zwar zusammen, ist aber nicht das Gleiche. Wie bewegt man Menschen, sich in einer Partei zu engagieren? Wie müssen wir unsere Sitzungen gestalten? Manche treten in eine Partei ein und bekommen statt einer Einladung nur die Beitrittsrechnung am Jahresende oder eine Einladung zum Dämmerhoppchen, bei dem alle untereinander diskutieren, ohne den Neuen zu beteiligen. Diese Fragen betreffen die Parteiorganisation. Aber es gibt eine Frage, die darüber hinausgeht und deren Beantwortung die Gesellschaft interessieren muss. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Wenn wir geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand gehen, werden wir noch relativ fit sein und Gesellschaft gestalten wollen. Wenn man diesen älteren Menschen viele Partizipationsrechte einräumt und sie fragt, welche Veränderungen sie vornehmen wollen, dann stelle ich bei vielen Abstimmungen beispielsweise in Kommunen fest: Zu allem, was in irgendeiner Weise eine Veränderung mit sich bringt, sagen die Menschen Nein. Viele Ältere sagen beispielsweise: Wenn ich hier vor Ort zehn Jahre lang mit einer Baustelle leben muss, dann bringt mir das nur Ärger. Ich erlebe sowieso nicht mehr, dass das fertig wird. – Wie aber kann eine Gesellschaft innovativ sein, wenn kein Ausgleich zwischen den Generationen stattfindet? Wir, die geburtenstarken Jahrgänge – jedes Jahr gehen über eine Million in den Ruhestand –, dürfen die Familien mit Kindern und die jungen Leute nicht dominieren. Damit wird sich die Gesellschaft in zehn oder zwanzig Jahren massiv befassen müssen. Wenn man die Empfehlung gibt, dass sich die sich im Ruhestand Befindlichen ehrenamtlich engagieren sollen, dann bedeutet das, dass alle, die bereits im Stadtrat sitzen, dort zehn Jahre länger sitzen. Die Betroffenen sagen dann: Ich bin nun pensioniert und habe Zeit für die Kommunalarbeit. – Eine Erneuerung trotzdem zu ermöglichen, wird eine große Aufgabe sein. Das ist auch entscheidend für den Zusammenhalt.

**Raphael Tigges:** Ich komme aus dem Kreisverband Gütersloh. Mich treibt um, dass sich Politik und Gesellschaft auseinanderbewegen. Es wird nicht wahrgenommen, dass die Politik ein unmittelbarer Bestandteil der Gesellschaft ist. Es gibt diejenigen, die Politik machen, und die Bürger. Wir müssen viel früher ansetzen, zum Beispiel in den Schulen. Es ist erschreckend, wie gering das Politikverständnis von Jugendlichen ist, die gerade die Schule beendet haben. Sie interessieren sich nicht für Politik oder haben in der Schule nichts davon mitbekommen. Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen einen Weg finden, der es ermöglicht, in den Schulen mehr Politikverständnis zu vermitteln und die Teilhabemöglichkeiten aufzuzeigen, wie sich Politik gestalten lässt. Früher haben wir sehr viele Menschen über Vereine akquirieren können, die Parteiarbeit geleistet haben. Wir schwächen aber zurzeit unsere Vereine, weil unsere Kinder immer länger in den Schulen verweilen. Wenn die Vereinsarbeit geschwächt wird, wird auch bürgerschaftliches Engagement erschwert. Über diese Aspekte sollten wir noch einmal diskutieren. Wir müssen das Ehrenamt stärken, um Menschen für die Teilhabe zu gewinnen, und in den Schulen mehr Politik vermitteln. Wir als CDU haben kaum eine Chance, in Schulen über Politik zu sprechen, weil das meistens abgeblockt wird. Ich würde mich freuen, wenn es gelingen würde, das hinzubekommen.

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Wir sammeln erst einmal die Fragen. Das Mikrofon wandert weiter.

**Albrecht Fischer:** Ich komme aus dem Kreis Ludwigsburg. Ich bin Basispolitiker und sitze im Gemeinderat und im Kreistag. Zudem bin ich EAK-Vorsitzender. Wie macht man die CDU interessanter? Viele konservative Bürger kommen zu mir und sagen: Deine CDU kann man nicht mehr wählen, weil sie die konservativen Positionen nicht mehr vertreten. – Ein Beispiel. Ich habe zusammen mit Steffen Bilger vor drei Wochen eine Veranstaltung zum Thema „Christ sein in der Politik“ durchgeführt. Es kamen fast 100 Menschen. Dabei war die Einladung ganz normal. Wenn ich andere Veranstaltungen mit ihm durchführe, dann kommen maximal 20 Zuhörer. Drei davon sind in der Regel nicht Mitglied der CDU. Der Rest sind Fahntreue. Darüber sollten sich unsere Oberen Gedanken machen. Mir wurde gesagt: Wenn man mit der AfD überhaupt nicht redet, dann fühlt man sich ausgestoßen. – Nach meinen Erkenntnissen sind rund 40 Prozent unserer Wählerschaft AfD Sympathisanten. Das sollte man sich zu Herzen nehmen. Wenn man einfach sagt, dass man mit diesen nicht spricht, dann ist das für die Volkspartei CDU schädlich.

**Ingrid Hansing:** Ich komme aus Eschborn bei Frankfurt. Unser Kreis und insbesondere unsere Stadt Eschborn sind sehr reich. Wir haben ein Problem mit der Politik. Wir haben ein Bürgerforum gegründet. Ich selber bin seit vielen Jahren in der Senioren-Union und in der Spitze des Kreises aktiv. Ich versuche, die Politik beiseite zu lassen und als Bürgerin der Stadt Menschen zu gewinnen, sich mehr am Geschehen in der Stadt zu beteiligen. Wenn wir aber Worte wie „mitreden“, „mitentscheiden“ und „mitgestalten“ verwenden, dann kommen die Lokalpolitiker und sagen: Wir brauchen kein Schattenparlament. Wir sind die Gewählten. Wir wollen entscheiden.

– Wir haben aufgrund des Aufrufs nach mehr Bürgerbeteiligung aus dem Jahr 2010 ein Konzept mit fünf Säulen erarbeitet und es den Politikern vorgeschlagen. Aber wir wurden rundweg abgelehnt. Man möchte sich nicht in die Karten sehen lassen, heißt es allgemein. Wir wollen aber nicht lockerlassen; denn wir glauben, dass wir mit Transparenz mehr gewinnen können und die Politiker besser beraten können. Denn warum soll unser Wissen auf der Straße brachliegen? Wir gehen zwar regelmäßig unser Kreuzchen machen. Aber sonst sind wir nicht gefragt. Ich vermute, dass in vielen Städten und Gemeinden die Ansicht herrscht: Die Politiker machen sowieso was sie wollen. Wir sind nicht mehr gefragt. – Es sollte sehr wohl bekannt sein, dass man an uns Senioren nicht ohne Weiteres vorbeigehen sollte, wie Herr Professor Wulff gesagt hat. – Vielen Dank, wenn Sie Vorschläge hätten.

**Friedlinde Gurr-Hirsch:** Ich möchte an die Ausführungen der Dame anschließen. Wenn ich es richtig verstanden habe, wurde das Thema nicht richtig aufgefasst. Wir haben uns viel zu sehr an der Struktur der CDU als Partei orientiert. Was die Menschen umtreibt ist, dass sie mitwirken wollen. Wir in Baden-Württemberg haben – ich bin stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Landtag – Lehrgeld bei Stuttgart 21 gezahlt. Wir haben dieses Thema aufgearbeitet und befinden uns in einem Prozess, der mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen und die Hürden verringern soll. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Sachverstand gerade der gut ausgebildeten dritten älteren Generation einzufordern? Das ist der erste Themenkomplex.

Der zweite Themenkomplex ist: Herr Metzelder, Sie waren von Kindes Beinen an im Verein. Das ehrenamtliche Engagement in Deutschland ist hoch, speziell in Baden-Württemberg. 43 Prozent der Bevölkerung dort sind ehrenamtlich aktiv. Werden sie das aber noch in Zukunft sein? Das Phänomen wurde bereits angesprochen: Je kleiner die Einheit – Gemeinden, ländlicher Raum – ist, desto größer ist der Zusammenhalt. Bieten die Vereinsstrukturen auch in Zukunft die Möglichkeit, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. Des Weiteren drängt sich mir die Frage auf: Wie schaffen wir es, die Bürger, die in den letzten 40 Jahren zugewandert sind und Teil unserer Gesellschaft sind, in unsere deutsche Vereinsgesellschaft zu integrieren? Sie haben recht: Der Sport bietet eine sehr gute Möglichkeit dazu. Aber viele gehen mit 16 Jahren in den Türk-Sport. Ist hier der Verein noch die richtige Organisationsform?

**Asli Sevindim,** Moderatorin: Vielleicht kann die Runde schon einmal Antworten geben. – Bitte, Herr Metzelder.

**Christoph Metzelder:** Neben meiner Tätigkeit in der Stiftung bin ich erster Vorsitzender des TuS Haltern, also eines klassischen Mehrspartenvereins, eines Amateurvereins. Ich kann sehr gut nachvollziehen, was Sie meinen. Es ist ein regelrechter Kampf um ehrenamtliche Helferinnen und Helfer entbrannt. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es auch einen Kampf um Sportlerinnen und Sportler geben. Wie können zukünftige Generationen dafür begeistern, nicht nur Leistungssport zu betreiben, um erfolgreich zu sein und damit Geld zu verdienen, son-

dern auch Breiten- und Amateursport zu betreiben und drei Tage in der Woche für das Hobby zu schenken? Hier befinden wir uns in Konkurrenz zu vielen anderen Interessenslagen junger Menschen. Die zunehmende Digitalisierung führt leider auch dazu, dass sich Kinder und Jugendliche zunehmend weniger bewegen.

Zum Thema Kinder mit Migrationshintergrund in Sportvereinen. Sicherlich gibt es gerade im Ruhrgebiet klassische, rein türkische Sportvereine. Aber auch in normalen Mehrspartenvereinen, ob auf dem Land oder in den Städten, ist der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund hoch und nimmt zu. Das ist das Spiegelbild dieser Gesellschaft. Die Kinder mit Migrationshintergrund sind zum Beispiel bei uns, im TuS Haltern, genauso herzlich willkommen wie ihre Eltern, die sich engagieren und ehrenamtlich tätig sind, Getränke ausschenken und am Spieltag selber, ob als Cotrainer oder als Begleitperson, die Mannschaft unterstützen. Ich gebe Ihnen aber völlig recht: Der Kampf der Sportvereine um ehrenamtliche Helfer sowie um Sportlerinnen und Sportler wird in Zukunft hart sein.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Es gab eine ganze Reihe von Fragen, auf die Innenminister Thomas de Maizière und Armin Laschet antworten können.

**Armin Laschet**: Ich beginne mit den Vereinen. Vereine können natürlich zu einer Aufteilung und nicht zum Zusammenhalt der Gesellschaft führen, wie das Beispiel vom türkischen Verein belegt. Wenn das falsch laufen würde, dann hätte das – ich sage das bewusst im Konjunktiv – diese Wirkung. Aber das kennt unsere Gesellschaft schon aus der Vergangenheit. Die DJK beispielsweise, die Sportvereine in jeder Stadt unterhält, wird ausschließlich von der katholischen Jugend gestellt. Mein Vater war nach dem Krieg in einem Handballverein. Damals kam morgens der Vorsitzende, um nachzuschauen, wer am Sonntag spielte. Nur derjenige durfte mitspielen, der zuvor in der Messe war. In diesem Verein waren ohnehin nur Katholiken. Das hat unsere Gesellschaft in der Nachkriegsgeschichte verändert. Heute gibt es eine solch feste Bindung an eine Religionsgemeinschaft nicht mehr. Das Kunststück ist, Vereine, die auf der Basis einer Werteüberzeugung gründen, so auszugestalten, dass sich die gesamte Gesellschaft widerspiegelt. Wenn ein türkischer Verein offen wäre für einen deutschen Jugendlichen, der zufällig in dem entsprechenden Viertel wohnt und mitspielen möchte, dann würde ich sagen: Das ist eine andere Art von DJK. Wenn sich aber dieser Verein abschottet und nationale Abgrenzung betreibt, dann wäre das schlecht. Wir messen aber bei vielen Dingen mit zweierlei Maß.

Ein weiteres Beispiel. Als in Köln die Moschee gebaut wurde, haben die Leute gesagt: Da wird ja nicht nur gebetet. Die betreiben dort auch Jugendarbeit, veranstalten Alternachmittage und geben Nachhilfe. Das ist eine Parallelgesellschaft. – Damals habe ich argumentiert: Wir dürfen nicht mit zweierlei Maß messen. Wenn es in meiner Pfarrgemeinde Seniorennachmittage gibt, bei denen Kaffee ausgeschenkt und Kuchen gereicht wird, kann man das nicht ehrenamtliches Engagement nennen? Wenn aber eine Moscheegemeinde einen Teeabend für ältere Mitglieder

organisiert, dann heißt es, es sei eine Parallelgesellschaft. Man muss genau hinsehen, um zu erkennen, wo ehrenamtliches Engagement betrieben wird. Die Bedeutung des Ehrenamts von Zuwanderern in Vereinen wird durch den Familiensurvey des Familienministeriums bislang gar nicht gemessen. Man muss viel Zeit investieren, um das alles in das gesellschaftliche Ganze zu integrieren. Vor dieser Aufgabe stehen wir in Zukunft.

Fazit: Es darf keine Abgrenzung geben. Aber es kann etwas Gutes sein, wenn man sich um die Älteren kümmert und den Jugendlichen Nachhilfe gibt.

Nun zu den konservativen Werten und zum christlichen Menschenbild. Das christliche Menschenbild ist nicht konservativ, sondern wertegebunden. Die CDU war und ist immer christlich-sozial, konservativ und liberal. Sie haben recht: Wenn man eine Veranstaltung durchführt, auf der es darum geht, zu erklären, woher sich unser konservatives Handeln ableitet, kommen oft sehr viele Menschen; denn es gibt eine Sehnsucht nach der Antwort auf die Frage, wofür wir jenseits der Tagespolitik eigentlich stehen.

**Dr. Thomas de Maizière:** Ich werde Ihnen nun eine Antwort geben, über die Sie vielleicht verwundert sein werden, weil sie vom Bundesinnenminister kommt. Ich gebe sie, weil wir uns in einem Diskussionsforum befinden. Was das ehrenamtliche Engagement angeht, muss ich sagen, dass wir vielleicht zu viel pampern und gleichzeitig zu viel behindern. Ich kenne ganz viele Gemeinden, in denen das, was Sie schildern, auf offene Ohren stößt, in denen es einen Bürgerhaushalt gibt – natürlich muss der Rat den Haushalt beschließen – und in denen gefragt wird, wie die Bürger die einzelnen Bezirke gestalten wollen. Wenn Sie mit Ihrer Initiative auf Widerstand stoßen, dann kann ich nur sagen, dass diejenigen, die das ablehnen, doof sind. Machen Sie denen Feuer unter dem Hintern!

Ein anderes Beispiel. Wir sind dabei, das Ehrenamt sehr stark zu pampern. Die Übungsleiterpauschale im Fußball ist Gold wert. Wenn man sie aber einmal erhöht, dann heißt es gleich: Warum nur um zehn Euro und nicht mehr? – Wir dürfen das Ehrenamt nicht monetarisieren und behindern. Wenn Eltern in der Schule einen Klassenraum neu streichen wollen, weil ihnen die alte Farbe nicht gefällt, dann kommt sicherlich jemand an: Das dürft ihr nicht, weil ihr nicht versichert seid. – Das ist natürlich Quatsch. Wir alle sind versichert. Tatsächlich geht es nur um einen Verrechnungsposten zwischen der privaten Versicherung des Vaters, der auf der Leiter steht, um zu streichen, und der gemeindlichen Unfallversicherung. Diese streiten sich, wer im Fall der Fälle die Kosten übernimmt. Dann sagen wir alle in der Regel – brav wie wir sind –: Dann streichen wir den Raum eben nicht. – Ich kann dazu nur sagen: Streicht doch! Wenn ich von der Leiter falle, dann ist das so und ich begehe vielleicht einen kleinen Versicherungsbetrug. Aber ich möchte, dass die Wand gestrichen wird.

(Heiterkeit)

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Hat das irgendjemand dokumentiert?

**Dr. Thomas de Maizière:** Nein, das hat hier keiner gehört. – Ein weiteres Beispiel. Wenn ein Vater, der Diplomingenieur bei Siemens ist, der Schule seines Kindes vorschlägt, IT-Unterricht zu geben, dann kommt sicherlich jemand und sagt: Du hast doch gar keine Lehrberechtigung. – Dabei versteht dieser Vater hundertmal mehr als der Lehrer davon. Dann muss man Dampf machen und sagen: Ich kann das und mache das. – Wenn man das einfach anbietet, dann kommen auch Interessierte. Niemand sollte ausgeschlossen werden. Wir müssen ein bisschen aufmüpfiger werden, damit das Ehrenamt uns etablierten Leuten Feuer unter dem Hintern macht. Dazu will ich ermuntern.

Letzter Punkt, die Schule. Muten wir doch der Schule nicht so viel zu! Der ehemalige Kultusminister Schwier, der leider Sozialdemokrat war, hat einmal gesagt: Gute Schule ist guter Unterricht. – Den Satz finde ich nicht so doof. Wie soll man Schüler für den Politikunterricht begeistern, wenn sie noch nicht einmal dem Lehrer zuhören? Wenn viele Menschen uns gegenüber politikverdrossen sind, dann können wir das doch nicht ändern. Vielmehr muss das uns gegenüber geändert werden. Das ehrenamtliche Engagement darf nicht durch zu viel Bürokratie behindert werden. Gleichzeitig müssen wir ein bisschen mutiger sein. Sonst wird man die Politikverdrossenheit nicht beseitigen können. Das alles stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Nach diesem kleinen Aufruf zu Anarchie erwarte ich nun ein paar andere Wortbeiträge. – Bitte.

**Aygül Özkan:** So ganz anders wird es nicht. – Ich war Sozialministerin in Niedersachsen. Ich möchte gerne drei Punkte ansprechen. Erstens. Mit dem Ehrenamt und ehrenamtlichem Engagement erreichen wir junge Menschen, und zwar auch nachhaltig. Ich möchte hierzu einen Hinweis geben. Der Bundesfreiwilligendienst ist eine gute Sache. Er erreicht viele Jugendliche. Allerdings sind darunter nur sehr wenige mit Migrationshintergrund. Woran liegt das? Wir sollten nach gut zwei Jahren die Erfahrungen auswerten. Die Vereine und Organisationen, die einen Bundesfreiwilligendienst anbieten können, sind in der Regel groß. Kleinere Organisationen und Vereine, die Zugang zu Migranten haben, können hier teilweise nicht mithalten. Hier sollte man selbstkritisch darüber nachdenken, ob sich die Kriterien nicht so verändern lassen, dass man tatsächlich in stärkerem Maße Jugendliche erreicht, die aus einem Migrantenumfeld kommen.

Zweitens. Wir reden über politische Partizipation, wissen aber gar nicht, wer uns wählt, weil wir über keine gesicherte Datenbasis verfügen. 2016 wird es Wahlen in Flächenländern geben. Herr Innenminister, die Blitzumfrage direkt nach der Wahl, draußen vor den Wahlkabinen, liefert die zuverlässigsten Daten. Aber dabei wird nicht gefragt, ob die Wähler einen Migrationshintergrund haben. Eine entsprechende Fragestellung sollte in Auftrag gegeben werden. Das machen natürlich die Fernsehsender. Mit diesen sollten wir diesbezüglich reden, damit wir wissen, wie viele Migrantinnen und Migranten wählen gehen. Ich will das nicht nur für die CDU, sondern auch für die anderen Parteien wissen.

Drittens. Menschen mit Migrationshintergrund brauchen Vorbilder, und zwar so lange, bis sie in die Gesellschaft vollständig integriert sind. Meine Bitte lautet daher: Wir haben heute den Bundesvorstand gewählt, dem ich selbst angehört habe. Wenn in ihm Mitglieder mit Migrationshintergrund sitzen, ist das ein tolles Zeichen. Aber das muss es auch in den Orts- und Kreisverbänden geben. Ich packe jeden Orts- und Kreisvorsitzenden bei der Ehre und fordere ihn auf, Menschen mit Migrationshintergrund als Mitglieder zu werben. Wenn wir dort keine Vorbilder haben, dann wird die Partizipation nicht funktionieren. Gleiches gilt für die Ausbildungs- und die Arbeitswelt. Wir brauchen Menschen mit Migrationshintergrund, die, wenn sie nach Hause gehen, ihrem Freund, ihrem Vater oder ihrer Mutter erzählen können: Ich habe es geschafft. – Wir brauchen Menschen, die von ihren Erfolgen erzählen, beispielsweise im Kleinen in der Ausbildung oder im Großen bei der Übernahme eines Mandats oder als Mitglied in einer Unternehmensspitze. Das hält uns zusammen.

**Jan Welzel:** Ich bin Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Solingen und nebenbei Kreisgeschäftsführer des Roten Kreuzes. Herr Minister, das Weglassen von Standards ist leider nicht so einfach. Ich habe den Eindruck, dass ich jeden Tag verrückt werde, weil ich vieles nicht darf und dennoch tue und mich damit am Rande der Legalität befinde.

Eben fiel das Stichwort „repräsentative Demokratie“. Wir sind immer die Partei gewesen, die die repräsentative Demokratie sehr hochgehalten hat, genauso wie die Wehrpflicht, als eines der Goldstücke, die wir in unserem Gepäck haben. Ich habe den Eindruck, dass wir hier in die Defensive geraten sind und keine zeitgemäße Antwort haben, wie repräsentative Demokratie heutzutage aussehen sollte. Als ich vor 30 Jahren in die CDU eingetreten bin, war es selbstverständlich: Es gibt zwei Volksparteien, an denen sehr viele Vereine und Verbände angeschlossen sind. Auf diese Weise hat man in den Kommunen sehr viele gesellschaftliche Gruppierungen erreicht. Das schaffen wir heute nicht mehr. Ich finde es im Gegenzug auch nicht gut, das in Experimenten ausfasern zu lassen. Ich habe den Eindruck, dass nach dem Motto verfahren wird: Machen wir hier einmal eine Kommission und da einen Arbeitskreis. – Dann fasert das repräsentative System in immer mehr Elemente der direkten Demokratie aus, ohne dass eine Struktur erkennbar ist. Ich will das an einem konkreten Beispiel bei uns in Solingen erläutern. Es gab einen Volksaufstand um 6 000 Euro für eine Theatertreppe. Verwaltung und Politik haben in Solingen nachgesteuert. Auf zahlreichen Bürgerversammlungen wurde das alles erklärt. Aber das kann kein Standard für jedes Bauprojekt in einer Kommune sein. Dann kommen die Menschen am Ende auch nicht mehr. Mir fehlt ein Vorschlag für das, was wir an die Stelle des repräsentativen Systems setzen sollen. Ich glaube, dass wir als Partei an dieser Stelle in der Defensive sind. Wir sollten versuchen, das zeitgemäß zu gestalten. Es sollte allerdings repräsentativ sein. Wir sollten das offensiv in der Öffentlichkeit vertreten; das wünsche ich mir. Von der Parteiführung wünsche ich mir, nicht erst einmal alles abzuräumen und dann später darüber nachzudenken, was man dann macht, sondern gezielt darüber nachzudenken, was man machen kann, und dann etwas Neues zu schaffen. Das ist vielleicht auch ein konservativerer Ansatz.



**Asli Sevindim**, Moderatorin: Vielleicht nehmen Sie das auf, was zuletzt gesagt wurde. Bitte keine erschöpfenden Antworten! Diese sind sowieso nicht möglich.

**Dr. Thomas de Maizière:** Zu den Standards könnte ich viel sagen. Ich will es bei Andeutungen belassen. Ein nicht unerheblicher Teil der Standards bei der Feuerwehr kommt vom Landesfeuerwehrverband. Darüber schimpfen die örtlichen Feuerwehrverbände oft. Ein Teil der Standards im sozialen Bereich resultiert aus dem bitteren Streit zwischen Hauptamt und Ehrenamt. Das Hauptamt ist oft eifersüchtig auf das Ehrenamt und achtet sehr genau darauf, dass ihm das Ehrenamt nicht zu viel Arbeit wegnimmt. Dann werden die Standards gegebenenfalls erhöht. Ich wünsche mir, dass wir Standards abbauen.

Ich finde das, was Armin Laschet und Herr Nolte vorhin gesagt haben, sehr interessant. Ich glaube, je atomisierter die Gesellschaft wird, desto wichtiger wird die repräsentative Demokratie, wenn es darum geht, Entscheidungen zu koordinieren. Im Vorfeld von Entscheidungen muss es allerdings neue Formen von Partizipation geben. Man darf sich nicht abbügeln lassen, und man darf auch andere nicht abbügeln. Die Entscheidungen, die nach reiflicher Abwägung und als Kompromiss gefällt werden, sind nachhaltig und gut. Ich glaube, dass in der Atomisierung eine richtig gute Chance für die repräsentative Demokratie liegt. Wenn wir ehrlich sind, haben wir immer bergauf argumentiert. Wir haben immer gesagt: Wer weiß, wie Volkes Stimme spricht. Vielleicht passt uns das Ergebnis nicht. – Aber nun sagen wir: Wenn wir die Gesellschaft zusammenhalten wollen, dann brauchen wir die Repräsentation. Wer in dieser Gesellschaft mitwirken will, tut das im Rahmen der repräsentativen Demokratie. Diese Chance würde ich nutzen. Das ist als Ergänzung zu all den Vorschlägen zu verstehen, die Armin Laschet und seine Kommission in Zukunft machen werden.

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Christoph Metzelder, das war für Sie der erste Vollkontakt mit der Kommission. Die ganze Themenpalette wurde Ihnen vor Augen geführt. Welches Thema wollen Sie in der Kommission bearbeiten?

**Christoph Metzelder:** Kurz zurück zum Freiwilligendienst. Wir bieten seit drei Jahren beim TuS Haltern ein Freiwilliges Soziales Jahr an, wahrscheinlich als einziger Verein im Kreis Recklinghausen. Das ist deshalb so, weil so gut wie niemand davon Kenntnis hat. Die Informationslage in solchen Bereichen ist nicht gut. Ich hoffe, dass das Gesetz zu Teilhabe und Bildung hier Abhilfe schafft. Wenn ich mir die Projekte anschau, die wir unterstützen, dann stelle ich fest: Die Kinder, die aus Hartz-IV-Familien kommen, beantragen nicht das, was für sie infrage kommt, weil ihre Eltern das einfach nicht wissen. Wir müssen im Grunde das Projekt informieren, und das Projekt muss die Eltern informieren und gemeinsam mit ihnen die Anträge ausfüllen. Diese Problematik ist vielleicht auch systemimmanent, weil es sich um große, abstrakte Gesetze handelt, die niemand genau kennt. Um Missbrauch zu verhindern, sind zudem Leitplanken gesetzt. So kommt Nachhilfeunterricht außerhalb der Schule nur für diejenigen infrage, die versetzungsgefährdet sind. Wenn sich ein Schüler von der Note fünf auf die Note vier verbessert, bekommt er

keine Nachhilfe mehr. Das ist für Kinder, die aus bildungsfernen Milieus kommen, nicht nachhaltig. Deshalb kann ich nur sagen: Warten Sie nicht darauf, dass die Menschen, das was Sie bestimmen und entscheiden, in Anspruch nehmen! Gehen Sie auf die Menschen zu! Informieren Sie die Menschen darüber, was die Politik alles zu bieten hat!

(Vereinzelt Beifall)

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Herr Laschet, Sie werden am Ende die Aufgabe haben, alle Themen, die heute und im Laufe der nächsten Sitzungen der Kommission angesprochen werden, zusammenzufassen. Im Vergleich dazu ist die jetzige Aufgabe, diese Runde abzuschließen, relativ einfach.

**Armin Laschet**: Ich möchte diese Diskussionsrunde mit der Frage beschließen: Wie können wir dafür sorgen, dass die Anregungen von der Kommission aufgegriffen werden? Vielleicht diskutieren wir über völlig andere Themen als über diejenigen, die in der Partei als wichtig erachtet werden. Damit jemand es interessant findet, sich in einer Partei zu engagieren, muss man ihm die Möglichkeit bieten mitzuzuscheiden. Das haben die Baden-Württemberger bei einer Spitzenwahl gemacht. Wir haben das auch einmal in Nordrhein-Westfalen gemacht. Das geht manchmal gut und manchmal schlecht aus. Wir nutzen aber Folgendes noch viel zu wenig – wir versuchen, das bei unserem Grundsatzprogramm anders zu machen –: Ein Philosophieprofessor oder ein Politikwissenschaftlicher aus Höxter fährt sicherlich nicht zu irgendeiner Sitzung nach Düsseldorf. Er ist kein Delegierter und hat sich in der Partei auch nicht engagiert. Aber er verfügt über viel Wissen. Das Gleiche gilt für einen RWTH-Professor, der zu vielen technischen Dingen etwas sagen kann. Solche Menschen können heutzutage trotzdem an Programmen mitwirken. Bei unserer Diskussion über das Grundsatzprogramm können viele über das Internet Formulierungsvorschläge machen. Das müssen wir stärker nutzen. Das könnte insbesondere für diejenigen eine neue technische Möglichkeit sein, die nicht am Dämmershoppen des Ortsverbandes teilnehmen wollen, sondern mitdiskutieren und entscheiden wollen. Das können wir bei unserem Prozess in der Kommission machen. Wir haben das technisch vorbereitet. Die Partei wird das zur Information stärker nutzen müssen.

Der Entscheidungsprozess des Deutschen Bundestages kann so aber nicht funktionieren; denn dann würde am Ende der Shit Storm entscheiden. Wer die meisten Klicks macht, betreibt dann Meinungsbildung. Das muss aber nicht die Mehrheit repräsentieren. Genau das haben Sie vorhin beschrieben, als Sie darauf hinwiesen, dass sich 30 000 Menschen ähnlich verhalten. In einer Zeit, in der es viel unterschiedliche Entwicklungen gibt, brauchen wir mehr repräsentative Demokratie. Das war vielleicht vor 40 Jahren anders. Wenn man über Sterbehilfe im ZDF per TED abstimmen lassen würde, dann käme man wahrscheinlich zu der liberalsten, keine Grenzen mehr setzenden Regelung. Aber in einem Parlament kann man das Pro und das Kontra abwägen. Eine Enquete-Kommission kann sich dann mit dem Thema befassen. Vertreter aus Wissenschaft,

Kirchen und Religionsgemeinschaften können dann gemeinsam darüber diskutieren. Wie die Bundestagsdebatte gezeigt hat, kann man dann am Ende auf hohem Niveau entscheiden und zu einer Regelung kommen, über die die Menschen froh sind, dass es so geregelt ist und nicht anders. Es gibt Fragen, die sich nicht auf ein schlichtes Ja oder Nein in der TED-Abstimmung bei Günther Jauch oder Herrn Hirschhausen – auch wenn es in seinem Forum offenbar lustig war – reduzieren. Manche Fragen benötigen eine vertiefte Diskussion. Deshalb ist die repräsentative Demokratie, wenn sie so fortschrittlich ist, dass sie alle beteiligt, der richtige Weg, um Konsens in einer Gesellschaft zu erzielen, die zunehmend auseinanderdriftet. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Am Ende möchte ich auf Folgendes hinweisen: Die Einladung steht. Es wird eine Onlinebefragung bis Ende Januar geben. Die E-Mail-Adresse lautet: zusammenhalt@cdu.de. Hier können Sie Ihre Fragen und Themen einbringen. – Vielen herzlichen Dank.

**Armin Laschet**: Vielen Dank an alle, die hier mitdiskutiert haben, Herrn Bundesinnenminister, der eingesprungen ist, Christoph Metzelder und Asli Sevindim, die Moderatorin des WDR. Vielen Dank, dass du bei uns mitgemacht hast.

(Armin Laschet überreicht Präsente)

**Asli Sevindim**, Moderatorin: Ich hoffe, dass das Orangensaft ist.

(Beifall)

**Armin Laschet**: Alles Gute. – Nun gehen wir wieder zurück in den Plenarsaal.

(Schluss: 20.25 Uhr)

Forum III:

### **Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit**

Thomas Strobl, MdB

Dr. Reinhard Göhner

Malte Siewert

Tanja Samrotzki, Moderatorin

(Beginn: 19.22 Uhr)

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Meine Damen und Herren! Herzlich willkommen! Ich weiß sehr zu schätzen, dass Sie trotz des Wirbels um den Tagungsablauf jetzt hier sind, und das in so

großer Zahl. Wir hatten eigentlich einen kleinen Umbau erwogen, weil wir dachten, dass angesichts der späten Zeit weniger Teilnehmer kommen. Umso mehr freue ich mich, dass Sie alle gekommen sind und wir bei der alten Form bleiben können.

Ich darf Sie im Saal begrüßen, aber auch diejenigen, die unsere Veranstaltung im Netz verfolgen. Dort werden alle drei Foren parallel gestreamt. Die Leute, die unsere Veranstaltung via Internet verfolgen, können sich durch die einzelnen Foren klicken. Das ist sehr angenehm und praktisch. Aber Sie, meine Damen und Herren, die hier sind, dürfen natürlich den Saal verlassen, ohne dass wir beleidigt sind. Wir gehen einfach davon aus, dass Sie zu einem der beiden anderen Foren gehen und schauen, was dort besprochen wird.

Unser Thema ist natürlich ganz besonders spannend, nämlich die Zukunft der Arbeit. Bei der ersten öffentlichen Sitzung der gleichnamigen Kommission hat der frisch gebackene EU-Kommissar Günther Oettinger gesagt, die Digitalisierung sei nicht nur eine Revolution des digitalen Sektors, sondern auch der Wirtschaft, der Arbeitswelt, der Gesellschaft und des Alltags. Es ist also ein wirklich großes Thema.

Ich freue mich, dass ich Sie bei der Diskussion über dieses Thema begleiten darf. Mein Name ist Tanja Samrotzki. Ich bin Journalistin und freue mich auf dieses Format, das die Veranstalter ja Forum genannt haben. Ein Forum ist ein Ort des Austausches. Und darum geht es heute.

Die Kommission will sich mit den Themen beschäftigen, die Ihnen persönlich wichtig sind: als Parteimitglieder und als Bürger. Deshalb mache ich nur eine kurze Einführungsrunde mit unseren Experten auf dem Podium. Dann stehen Ihre Fragen und Wortbeiträge im Mittelpunkt. Sie können sich also einbringen und mitdiskutieren. Im Saal wird das ganz klassisch über Handmikrofone geschehen, die Ihnen zwei Herren durchreichen werden. Sie können Ihre Frage aber auch per Twitter unter dem Hashtag #cduarbeit oder per E-Mail an die Adresse [arbeit-der-zukunft@cdu.de](mailto:arbeit-der-zukunft@cdu.de) senden, die ständig im Livestream eingeblendet wird.

Ich darf Ihnen jetzt die Podiumsteilnehmer vorstellen: Thomas Strobl, Malte Siewert und Reinhard Göhner.

(Beifall)

Kommen Sie doch bitte hoch aufs Podium, meine Herren.

Der Vorsitz der Kommission – das wissen Sie alle – liegt in den Händen von Thomas Strobl. Er ist Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg, stellvertretender Bundesvorsitzender, und ein Blick in die Vergangenheit zeigt – das ist heute wichtig –, dass er in der letzten Legislaturperiode Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundesrat und Bundestag war. Daher glaube ich, dass Herr Strobl besonders geübt ist, wenn es um eine konstruktive Auseinandersetzung geht. Das ist eine gute Voraussetzung für eine Kommission, die auf Dialog mit ganz verschiedenen Akteuren und vielleicht auch ganz verschiedenen Interessen setzt.

Zu diesen verschiedenen Interessen gehören auch die Interessen von Unternehmern und Verbänden, die heute von unseren beiden anderen Panelisten vertreten werden. Von Ihnen aus gesehen links ist Malte Siewert. Er ist einer der drei Gründer des Online-Hotelportals trivago. Vielleicht hat Malte Siewert im Gründungsjahr 2005 selber nicht damit gerechnet, dass trivago inzwischen monatlich 45 Millionen Hotelsuchen bearbeitet, und das in 49 Ländern und in 30 Sprachen. Malte Siewert hat BWL in Washington, Leipzig und Greifswald studiert. trivago profitiert aber auch von seinen praktischen Kompetenzen. Die Bürotische für einige der 580 Mitarbeiter in Deutschland hat Malte Siewert zum Teil selber zusammengebaut. Es war vielleicht nicht ganz so schwer, weil sie, wie er sagte, nicht von Ikea waren. Der Firmensitz ist gleich hier um die Ecke, aus Kölner Sicht auf feindlichem Terrain, nämlich in Düsseldorf.

Die Tischlerqualitäten von Herrn Siewert führen uns zum dritten Panelisten, Dr. Reinhard Göhner. Er war Geschäftsführer des Fachverbandes der Serienmöbelbetriebe und des Verbandes der Deutschen Polstermöbelindustrie. Also auch bei ihm gibt es ein großes Tischler-Know-how. Seit 1996 ist er allerdings etwas breiter aufgestellt und führt die Geschäfte der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Beim BDA wiederum profitiert Reinhard Göhner von seiner Regierungserfahrung als Parlamentarischer Staatssekretär zunächst im Justiz- und dann im Wirtschaftsministerium. Promoviert wurde Dr. Göhner mit einer Arbeit über demokratische Willensbildung in privatrechtlichen Interessenverbänden. Auch das ist eine schöne Zusatzqualifikation für unser Forum, das ja sehr demokratisch angelegt ist.

Mit diesem Aspekt des demokratischen Grundgedankens, der Ihrer Arbeit zugrunde liegt, Herr Strobl, möchte ich gerne anfangen. Können Sie uns noch einmal kurz erläutern, wie Ihre Kommission arbeitet und wie Sie sicherstellen, dass am Ende nicht die Interessen der Kommissionsmitglieder bestimmen, was Sie daraus basteln, sondern die Interessen der Basis.

**Thomas Strobl:** Guten Abend! Schön, dass Sie da sind. Nur die Harten kommen in den Garten. Nach vielen, vielen Stunden des Bundesparteitags finde ich es toll, dass Sie nicht bei Würstchen und Kartoffelsalat sind, sondern dass Sie mit uns gemeinsam diskutieren wollen.

Wir haben von Anfang an gesagt: Die Arbeit in der Kommission soll sehr transparent sein. Und nicht nur das: Es soll immer die Möglichkeit geben, sich daran zu beteiligen. Ich will es an einem konkreten Beispiel festmachen. Unsere letzte Kommissionssitzung war im Grunde genommen eine mitgliederoffene Sitzung mit dem Digitalkommissar Günther Oettinger, an der jedes CDU-Mitglied hat teilnehmen können. Wir haben diese Sitzung in einem Livestream übertragen, wie es auch heute der Fall ist. Für diese Offenheit, also dafür, dass wir diese Veranstaltung im Netz übertragen, bin ich dem Generalsekretär Dr. Peter Tauber sehr dankbar. Es gibt auch die Möglichkeit unmittelbar über Twitter von außen mit uns zu diskutieren. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, uns über eine spezielle E-Mail-Adresse Anregungen zu geben. Auf Ihren Sitzen liegt eine Postkarte, mit der Sie ebenfalls ganz einfach Kontakt zu uns aufnehmen können. Das

heißt, es wird nichts in Hinterzimmern verhandelt. Es gibt keine verschlossenen Türen, sondern die Türen und die Fenster sind ganz weit offen. Wir nutzen das World Wide Web, um unsere Arbeit transparent zu machen und ständig das aufzunehmen, was uns hereingegeben wird.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Strobl, ich wüsste gerne noch Folgendes: Der Titel „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ ist sehr komprimiert. Können Sie uns vielleicht ganz kurz stichwortartig sagen, welche Aspekte sich dahinter verbergen und was im Mittelpunkt steht?

**Thomas Strobl**: „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ ist ein endlos weites Feld. Da könnte man diskutieren über Rentenpolitik und alles Mögliche. Wir haben ein Thema herausgenommen, nämlich Digitalisierung und digitaler Wandel. Es ist ja im Grunde genommen kein Wandel, sondern eine Revolution. Diese digitale Revolution wird in ganz wenigen Jahren unsere Arbeitswelt fundamental verändern. Da werden Arbeitsplätze wegfallen und neue Arbeitsplätze entstehen. Sehr viele Arbeitsplätze werden sich, was die Arbeitsbedingungen angeht, total verändern. Wir wollen schauen: Welche Risiken bringt das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich? Aber vor allem: Welche Chancen ergeben sich für unser Land und für Europa?

Nachdem ich mich jetzt mit dem Thema doch etwas intensiver auseinandergesetzt habe, bin ich in der Tat der Meinung, dass das die entscheidende Wegmarke ist, die uns zeigt, wohin sich Volkswirtschaften im 21. Jahrhundert entwickeln. Die Frage ist: Wird man bei dieser digitalen Revolution auf der Seite der Gewinner oder auf der Seite der Verlierer stehen? Wir sollten uns in Deutschland nicht wegducken und hoffen, dass die digitale Revolution an uns vorüberzieht, sondern wir sollten uns an die Spitze stellen, um diese Entwicklung als Avantgarde mitgestalten zu können.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank, Herr Strobl. – Herr Siewert, Sie verkörpern auf diesem Podium ja die digitale Arbeitswelt. Vielleicht können Sie uns ganz kurz beschreiben, ob der Arbeitsalltag der Mitarbeiter in Ihrem Unternehmen tatsächlich anders ist als das, was wir von früher kennen, nämlich Arbeitszeiten „nine to five“ und das Büro an einem festen Ort. Ist das anders geworden, wie wir jetzt vermuten, oder ist das doch nicht so futuristisch bei trivago?

**Malte Siewert**: Nein, das ist bei uns gar nicht so anders wie an anderen Stellen. Was die Arbeitszeiten allerdings anbelangt, sind wir extrem flexibel. Arbeitszeiten sind bei trivago eigentlich kein Thema. Die Mitarbeiter werden sehr leistungsgerecht beurteilt. Wir haben eine sehr gute Kompetenz darin, den Leistungsbeitrag eines Mitarbeiters zu beurteilen. Die Arbeitszeiten sind eigentlich nicht relevant. Man ist als Arbeitgeber sehr gut bedient, wenn man zu einem gewissen Teil der Standardwochenarbeitszeit von 40 Stunden die volle Aufmerksamkeit der Mitarbeiter bekommt und sie sich in dieser Zeit auf ihre Aufgabe fokussieren und konzentrieren. Wir legen bei trivago keinen Wert darauf, dass es eine sogenannte Facetime gibt, dass also die Leute dort sitzen und einfach anwesend sind. Das ist nicht wichtig. Das Gleiche gilt für Urlaubstage.

Sehr wohl ist uns sehr wichtig, dass die Mitarbeiter in den Büros anwesend sind. Denn da passiert etwas mit den Leuten: Die Leute sind stolz auf ihre Arbeit, und es gibt eine viel stärkere Identifikation mit dem Unternehmen. Das transportiert sozusagen den Spirit. Wir müssten dies eigentlich nicht machen; wir könnten die Arbeit auch dezentral organisieren. Das wäre für jeden Mitarbeiter möglich. Auch ich arbeite teilweise von zu Hause. Aber als Faustregel kann man sagen, dass man vier Tage in der Woche bei trivago physisch präsent ist.

Wir wollen die Leute auch nicht dahin bringen, von zu Hause aus zu arbeiten. Es ist im Gegenteil bei trivago eher erwünscht, dass man vor Ort ist. Es gibt viele Besprechungen im Team, in denen Entscheidungen diskutiert werden und dann getroffen werden. Da wäre es schlecht, dies über Skype zu machen. Denn es würde nicht ansatzweise so gut funktionieren. Das wäre für trivago, davon bin ich überzeugt, kein Zukunftsmodell.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Das klingt so, als wäre es für die Mitarbeiter gar nicht so anders. Wo sehen Sie als Unternehmer und Arbeitgeber die wesentlichen Herausforderungen mit Blick auf die Digitalisierung, die Sie ja schon leben?

**Malte Siewert**: Der Unterschied zwischen trivago und vielen anderen Unternehmen ist, dass die Mitarbeiter bei uns sehr selbstbestimmt arbeiten. Wir haben die Entscheidungsprozesse sehr dezentral organisiert. Das heißt, die Mitarbeiter übernehmen sehr frühzeitig Verantwortung und treffen die Entscheidungen eigenständig. Es ist ein sehr kontextbezogenes Arbeiten. Jeder Mitarbeiter muss komplett verstehen, was trivago macht, welche Ziele trivago hat und wie die verschiedenen Teams zusammenarbeiten, um den eigenen Stellenwert einordnen zu können und die Entscheidungen dementsprechend gut treffen zu können. Auf der anderen Seite steht als Gegengewicht ein sehr starkes Wertesystem bei trivago, das wir vor einigen Jahren entwickelt haben, das immer weiter entwickelt wird und an dem man sich orientieren kann, wenn man Entscheidungen trifft. Ich weiß nicht, ob dies eigentlich ein digitales Thema ist.

Der digitale Bereich umfasst sehr viel fachliches Know-how. Man muss bei trivago wissen, wie das Internet funktioniert. Das Marketing entwickelt sich extrem schnell weiter. Man muss ein sehr gutes Zahlenverständnis haben, und man muss bei trivago in vielen Bereichen sehr analytisch denken können. Die Herausforderung und das Gute bei trivago ist – wir arbeiten ja digital und liefern keine Güter aus; wir brauchen daher keine physische Infrastruktur, abgesehen von ein paar Servern, die man überall auf der Welt aufstellen kann –, dass wir die Leute alle in einem Büro unterbringen können. 90 Prozent der trivago-Mitarbeiter sind vor Ort in Düsseldorf, obwohl wir nur 15 Prozent unseres Umsatzes mit deutschen Nutzern generieren. Der andere Teil von 85 Prozent wird mit Nutzern aus dem Rest der Welt gemacht. Dementsprechend haben wir ein sehr internationales Team. Wir haben viele Leute aus dem Ausland nach Düsseldorf geholt. Wir helfen beim – so nennen wir das – Onboarding. Das heißt, wir helfen bei der Wohnungssuche und unterstützen die neuen Mitarbeiter dabei, die deutsche Sprache zu lernen. Das wird or-

ganisiert. Es gibt also einen starken Zusammenhalt. Wir wollen, dass die Leute, die aus dem Ausland kommen, dauerhaft glücklich bei uns sind. Sie sollen erkennen, dass sie vorankommen, und sich mit trivago identifizieren.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Siewert, Entschuldigung, aber diesen internationalen Aspekt wollen wir gleich noch vertiefen. Ich möchte zunächst Herrn Göhner einbinden. – Herr Göhner, Herr Strobl hat sich vorhin als Optimist geoutet. Bei Herrn Siewert klingt es eigentlich auch positiv. Beide zeigen die Chancen auf, die es gibt. Die Parteivorsitzende sagte heute in ihrer Rede, die CDU müsse die Chancen der neuen Technik ergreifen. Auch sie hat also die Chancen in den Mittelpunkt gestellt. Wo sehen Sie vom BDA, also sozusagen als Oberarbeitgeber, die Chancen der neuen Technik? Was kann sie Segensreiches bringen für die Arbeitgeber, für die Unternehmen, aber auch für die Beschäftigten?

**Dr. Reinhard Göhner**: Mehr Vielfalt. Die digitalisierte Arbeitswelt wird bestimmt von dem laufenden Betreiben der Wirtschaft, alles, was zu digitalisieren ist, zu digitalisieren. Die Folge wird sein, dass wir mehr Arbeitsteilung haben bei industriellen Produktionsprozessen wie Dienstleistungen. Die Folge wird außerdem sein, dass es zu mehr Vernetzung kommt. Daraus resultiert die Möglichkeit, dass mehr Einheiten – Unternehmen, Selbstständige und Einzelne – daran teilhaben können.

Aber gleichzeitig verschärft sich dadurch auch der Wettbewerb. Denn die Teilhabe an einem vernetzten Prozess ermöglicht viel Wettbewerb im eigenen Land und international. Ich glaube, dass sich daraus neue Strukturen entwickeln und neue Branchen bilden werden, wie es Thomas Strobl vorhin beschrieben hat. Darin liegen natürlich Chancen für viele, aber es ist auch mit wirklichen Herausforderungen verbunden. Es kann sein, dass beispielsweise der eine oder andere Logistikbereich verschwindet, weil vernetzte Zuliefererstrukturen es noch besser ermöglichen, eine Leistung punktgenau zu erbringen oder Waren punktgenau zu liefern.

Die Möglichkeit der größeren Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Vernetzung führt zu einem Effizienzgewinn. Derjenige, der es am besten kann – damit meine ich keineswegs nur die Kosten, sondern auch Qualität, Innovation und neue Angebote –, bekommt die Chance, daran teilzuhaben. Die Geschwindigkeit von Veränderungen nimmt dadurch zu. Das alles kennen wir aus unserem täglichen Leben. Wir selbst nutzen als Konsumenten Online-Angebote zu Hause am Schreibtisch, weil wir uns dadurch eine größere Auswahl erschließen können.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Göhner, wenn Arbeitgeber von Effizienzgewinn sprechen, dann hören Arbeitnehmer darin immer die Aussage: weniger Jobs. Oder?

**Dr. Reinhard Göhner**: An einer Stelle kann das in der Tat dazu führen, dass Branchen wirklich wegfallen, und an anderer Stelle wird Wachstum hervorgerufen. Sie haben vorhin einleitend auf Möbel Bezug genommen. In meiner Heimat in Ostwestfalen/Lippe hat Europas größter Küchen-



hersteller – dort arbeiten 1.000 Beschäftigte; 80 Prozent der Küchen in Europa werden dort hergestellt –, seinen Firmensitz. Die einzelnen Schritte laufen so ab: Ein Auftrag für eine Küche wird beispielsweise bei einem Möbelhändler in Mailand, Paris oder Köln erteilt. Nachdem dieser Auftrag erfasst wurde – darin sind die ausgewählten Farben, Griffe, Maße und Art der Geräte enthalten –, geht er online an das Unternehmen. Ohne dass jemand tätig werden müsste, gehen die Einzelaufträge an einen Beschlägehersteller, an einen Gerätehersteller und an die Hersteller von Front, Schublade oder Griff. Die Küche wird also nicht allein in dem 1 000-Mann-Betrieb in Gütersloh produziert, sondern in 20, 30 oder 40 Betrieben – und das in mehreren Ländern. All das wird in dem Küchenstudio zusammengeführt, das die Küche verkauft hat.

Diese Art der Prozesse führen natürlich dazu, dass einerseits neue Beschäftigung entsteht und andererseits durch den Strukturwandel natürlich Veränderungen stattfinden. Der Anpassungsdruck, der daraus resultiert, wird hoch sein. Ich glaube daher: Die Arbeitswelt wird sich in den nächsten Jahren rasant verändern. Aber das ist nichts Neues, sondern es ist ein Prozess, an den wir uns längst gewöhnt haben. Der Strukturwandel in der Wirtschaft ist eine dauernde Einrichtung, ist ein dauernder Prozess von Innovation und Wandel, den wir in Produktions- und Dienstleistungsbereichen haben.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Was in Gütersloh wegbriecht, wird dann anderswo kompensiert. Und es ist schneller.

**Dr. Reinhard Göhner**: In der Tat.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Schnell sind wir jetzt auch, meine Damen und Herren. Die nächste halbe Stunde gehört Ihnen. Unsere Veranstaltung hat dramatisch an zeitlichem Gewicht verloren, weil wir aufgrund des verspäteten Beginns die Veranstaltungsdauer um die Hälfte kürzen müssen. Um 20.15 Uhr geht es weiter im Plenum mit einer kurzen Synopse aller drei Foren. Ich freue mich jetzt auf Ihre Fragen. – Ich sehe die erste Wortmeldung. Wenn Sie sich netterweise kurz vorstellen würden. Danach sind wir auf das gespannt, was Sie beschäftigt.

**Max Matthiesen**: Vielen Dank. Mein Name ist Max Matthiesen, und ich bin von der CDA. – Vielen Dank für die einführenden Beiträge. Es gibt Entwicklungen zu immer mehr Selbstständigkeit. In den USA ist festzustellen, dass es immer mehr Menschen gibt, die projektbezogen arbeiten, die sozusagen von einem Auftrag zum anderen wechseln, also nicht mehr Arbeitnehmer sind. Da stellt sich doch die Frage, welche Folgen sich für unseren Sozialstaat, in dem die Sozialversicherung eine starke Stellung hat, aufgrund der technischen Umwälzung ergeben. Wenn jemand unselbstständig tätig ist und in einem Betrieb weisungsgebunden arbeitet, dann muss er Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Wird die neue Entwicklung kurzfristig zu Änderungen in der Sozialversicherung führen? Können Sie etwas dazu sagen, ob wir neue Finanzierungsformen des Sozialstaates brauchen oder ob wir auf Sicht auch mit dem großen Block der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auskommen werden? In dem, was Sie ausgeführt haben, habe ich eine Aussage dazu vermisst.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank. – Ich würde sagen, dies ist ein klarer Fall für den Politiker. Herr Strobl, da sind Sie jetzt angesprochen.

**Thomas Strobl**: Ich weiß gar nicht, ob ich so sehr angesprochen bin. Das ist eher ein Fall für die Sozialpartner.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Dann sind also die Politiker und die Sozialpartner angesprochen.

**Dr. Reinhard Göhner**: Ich halte die Frage für berechtigt. Sie ist aus meiner Sicht noch nicht eindeutig zu beantworten. Diese Entwicklung hat auch Risiken; das müssen wir sehen. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Küchenmöbelfabrik in meiner Heimat weiter mit ihren 1 000 Beschäftigten oder vielleicht sogar mit mehr Beschäftigten existieren kann. Diese bleiben im Sozialsystem.

Aber ein Entwickler, der einen Teil der Konstruktionszeichnungen anfertigt, wird möglicherweise selbstständig sein. Ich bin ohnehin der Meinung, dass wir unabhängig von der Digitalisierung in Zukunft einen größeren Teil der sozialen Sicherung steuerfinanzieren werden. Das ist aber eine andere Diskussion, die man generell führen muss. Thomas Strobl hat gesagt, wir würden nicht über Rente reden. So eine Sache wie beispielsweise die Mütterrente würde ich in jedem Fall aus Steuermitteln finanzieren. Aus den Beiträgen von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen wird man das in Zukunft nicht mehr bezahlen können.

Das Risiko, das dadurch entsteht, dass betriebliche Strukturen und auch die Präsenzplichten verschwimmen, müssen wir sehen und auch einkalkulieren. Es muss dann mehr Selbstbestimmung, Vielfalt und mehr Optionen für den Einzelnen geben. Wir müssen allerdings aufpassen, dass es dabei nicht zu einer Art Selbstausbeutung kommt, indem beispielsweise jemand für Cent-Beträge Leistungen an seinem Computer erbringt. Dass diese Gefahr besteht, kann man nicht von der Hand weisen. Insgesamt glaube ich aber, dass diese Entwicklung zu ganz neuen Arbeitsplätzen und zu neuen Strukturen führen wird. trivago ist ein gutes Beispiel für super Arbeitsplätze mit Vielfalt und mit einem Arbeitszeitmodell, das es in der Industrie in dieser Form wahrscheinlich nicht geben wird. Die Mitarbeiter sind alle sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ob das aber für alle im Bereich der digitalisierten Wirtschaft gelten wird, da wage ich keine Prognose.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Strobl, die Frage zeigt ja, wie viel für die Politik daran hängt und – positiv formuliert – wie viel Gestaltungsspielraum Sie da haben, oder?

**Thomas Strobl**: Deswegen ist ja mein Wunsch, dass wir uns in Deutschland nicht wegducken, sondern dass wir uns an die Spitze stellen, weil wir solche Fragen auch beantworten wollen. Ich glaube, die Arbeitsverhältnisse werden sich sehr verändern. Andererseits war zu hören, dass in einem Unternehmen wie in dem von Herrn Siewert die Arbeitnehmer trotzdem vier Tage in der

Woche dort anzutreffen sind. Es wird natürlich auch eine Entwicklung geben weg von dem klassischen Arbeitsverhältnis. Man kann zwar sagen: Es ist gar nicht schlecht, wenn man sich die Zeit frei einteilen kann. Auf der anderen Seite bin ich mir nicht ganz sicher, ob die ständige Erreichbarkeit beispielsweise durch E-Mails und die ständige Arbeitsbereitschaft – sieben Tage, rund um die Uhr – für den Menschen so gut ist. Ich gehöre zu denen in der Christlich Demokratischen Union – Reinhard Göhner wird mir vielleicht heftig widersprechen –, die den Sonntag schützen wollen. Wir sind der Meinung, dass an einem Sonntag grundsätzlich nicht gearbeitet werden sollte. Das ist eine tausendjährige Errungenschaft, die wir nicht preisgeben dürfen. Wir müssen uns angesichts der neuen Entwicklungen daher überlegen, wie wir gewisse Schutzräume für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufbauen. Das hat etwas mit Familie und Werten zu tun.

Wir brauchen auch Grenzen, was die Daten von Arbeitnehmern angeht. Es gibt Unternehmen, bei denen alle Bewegungen der Mitarbeiter ab dem Betreten des Unternehmens erfasst werden. Es wird dokumentiert, wann der Mitarbeiter eine Pause macht. Vielleicht muss er sich sogar entsprechend einloggen, wenn er auf die Toilette will. Man könnte zwar sagen, das ist uns wurscht. So ganz unbedenklich finde ich das aber nicht.

Ein letztes Beispiel. Wir freuen uns alle, dass wir kostenlos eine Taschenlampen-App auf unserem Smartphone oder auf unserem iPhone installieren können. Aber beim Installieren müssen Sie Ihr Einverständnis dafür geben, dass all Ihre Kontaktdaten ausgelesen werden. An dieser Stelle, glaube ich, wird es kritisch. Irgendwann werden auch Zugriffe auf SMS und E-Mails verlangt. Dann gefällt uns das nicht mehr. Deswegen sage ich: Wir brauchen ein paar Regeln.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank, Herr Strobl. – Jetzt folgt eine kurze Frage aus dem Publikum. Danach stellen die beiden Herren hier vorne eine Frage.

**Klaus Hofmann**: Klaus Hofmann vom VAA – Verband Führungskräfte Chemie. – Wie ist es Ihrer Meinung nach um den Standort Deutschland bestellt? Oder, um nicht vom Standort zu sprechen: Wie ist Deutschland Ihrer Meinung nach im Vergleich mit den anderen Staaten aufgestellt? Anschließend würde ich gerne noch diese Frage stellen: Glauben Sie, dass die Initiativen der Europäischen Kommission zur Vorbereitung der europäischen Wirtschaft auf die Digitalisierung ausreichend sind? Kommen diese Initiativen rechtzeitig, oder kommen sie vielleicht zu spät?

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Hofmann, ich habe Ihre Frage notiert. Ich glaube, mit Blick auf die Zeit ist es gut, wenn immer gleich zwei Fragen auf einmal gestellt werden. So können wir schauen, ob sich Synergieeffekte ergeben. – Ich bitte einen der Herren dort drüben, seine Frage zu stellen.

**Alexander Krauß:** Alexander Krauß aus Sachsen. – Ich glaube, es gibt einen Bereich, in dem sich nichts ändert, und das ist auch nicht schlimm. Wir alle möchten, dass im Altenheim Pfleger physisch vorhanden sind, die die Menschen pflegen. Deswegen glaube ich, dass sich nicht alles in der Arbeitswelt ändert.

In meiner Familie hat sich dadurch, dass meine Frau jetzt Telearbeit macht, etwas zum Positiven verändert. Dadurch kann sie Familie und Beruf besser als früher vereinbaren. Sie muss nicht mehr eine Stunde zur Arbeit und wieder zurück fahren. Telearbeit ist, glaube ich, auch für den Arbeitgeber sehr positiv; denn wenn unsere Kinder früher krank waren, ist meine Frau nicht zur Arbeit gegangen. Ich persönlich bin zur Arbeit gegangen, was vielleicht falsch war. Heute können wir das besser hinbekommen. Man kann sagen: Okay, das Kind ist zwar ein bisschen krank, aber ich arbeite trotzdem ein bisschen am Computer. – Ich glaube, dass das für den Arbeitgeber positiv ist.

Mich würde interessieren, warum Sie, Herr Siewert, dieses Instrument so wenig nutzen. Es ist in Ordnung, wenn man möchte, dass die Mitarbeiter vor Ort sind und im Team auch einmal einen Kaffee zusammen trinken können. Ich habe herausgehört, dass Telearbeit bei Ihnen eher selten gemacht wird. Mich würde interessieren, welche Abwägungen Sie im Unternehmen diesbezüglich getroffen haben.

**Tanja Samrotzki,** Moderatorin: Jetzt folgt eine kurze Antwort von Herrn Göhner zu den Themen Standort Deutschland und Digitalisierung. Dann antwortet Herr Siewert auf die Frage zur Telearbeit.

**Dr. Reinhard Göhner:** Herr Hofmann, das war eine klare Frage. Wo stehen wir im internationalen Vergleich? Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin unsicher. Ich weiß es nicht. Der Vorstandsvorsitzende der Telekom sagt: Die erste Halbzeit haben wir verloren, weil Google, Amazon und Co. uns meilenweit voraus sind. Ich glaube, im Bereich der Industrie, insbesondere im Maschinenbau, aber auch im Bereich der Chemie und in vielen anderen Bereichen, selbst in der Möbelerindustrie, sind wir weiter als der Rest der Welt. Deshalb können wir in dem permanenten Wettlauf um Wettbewerbsfähigkeit mithalten.

Der entscheidende Gesichtspunkt ist aber ein anderer, und darauf möchte ich unbedingt zu sprechen kommen. Es geht nicht um Industrie 4.0. Das läuft. Die Frage ist: Erreichen wir eine Gesellschaft 4.0? Solange 20 Prozent der Schulabgänger in Deutschland nicht richtig rechnen, schreiben oder lesen können und deshalb nicht für eine technische Ausbildung infrage kommen, werden wir das nicht aufholen können. Die Frage ist: Wie können wir durch Bildung und Weiterbildung alle Menschen erreichen, damit sie teilhaben können an der digitalisierten Wirtschaft? Wenn nicht alle die Qualifikation haben, daran teilzuhaben, wird unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriften. Das hielte ich für gefährlich. Das könnte kein Sozialsystem reparieren. Deshalb sind Bildung und Weiterbildung, beides, die entscheidenden Zugangsvoraussetzungen, um an der digitalisierten Wirtschaft teilzuhaben.

(Beifall)

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank, Herr Göhner. – Herr Strobl, ganz kurz ergänzend dazu.

**Thomas Strobl**: Ich möchte nur einen Satz zum Thema Pflege sagen. Sie haben recht: Natürlich werden diese Arbeitsplätze durch die Digitalisierung nicht wegfallen. Aber es wird in diesem Bereich große Erleichterungen geben. Wenn ich mit Pflegekräften spreche, dann klagen sie spätestens im dritten Satz vor allem über Bürokratisierung, darüber, dass sie mit der Pflicht zur ständigen Dokumentation überfordert sind. Diese Aufgabe kann ihnen die Digitalisierung abnehmen. Das funktioniert dann alles automatisch. Dann können sich die Pflegekräfte der Aufgabe zuwenden, die sie eigentlich wahrnehmen wollen, nämlich liebevoll den Menschen zu pflegen. Dann müssen sie nicht ständig irgendwelche Formulare ausfüllen. Das ist nur ein kleines Beispiel.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank, Herr Strobl. – Herr Krauß hatte Herrn Siewert nach der Telearbeit gefragt.

**Malte Siewert**: Bei uns wird die Arbeitszeit sehr individuell gestaltet. Einige sagen: Ich arbeite sehr gerne einen Tag zu Hause, weil ich dort viel besser abschalten kann, weil ich mich dort besser konzentrieren kann; bei trivago komme ich nicht dazu, weil ich zu häufig abgelenkt werde. – Ein Großteil der Arbeit bei trivago ist kreativ. Der Anteil von intellektueller und kreativer Arbeit ist sehr hoch. Der Austausch mit den anderen ist extrem wichtig. Ich brauche einen informellen Austausch. Wir haben bei trivago große Bereiche, die so gestaltet sind, dass man sich trifft, dass man zusammen Kaffee trinkt oder ein Spiel spielt, wie man sich das bei einem Start-up klassisch vorstellt. So ist das tatsächlich. Dort kommen die Leute zusammen, und es entstehen neue Ideen. Man bekommt neue Gedanken, aus denen neue Impulse hervorgehen. Ich bin mir ganz sicher, dass, wenn die Leute physisch zu trivago kommen, die Identifikation mit dem Unternehmen viel stärker ist, als wenn ich sage: Let loose, ihr arbeitet alle zu Hause. Ich glaube, dauerhaft zu Hause zu arbeiten, ist möglich bei Tätigkeiten, die nicht so großen Veränderungen unterworfen sind. Ansonsten brauche ich, glaube ich, die physische Anbindung an das Unternehmen. Das ist der Grund. Wenn diese Anbindung besteht, habe ich überhaupt nichts dagegen, dass die Leute einen Teil ihrer Arbeit zu Hause erledigen. Wir haben aber keinen einzigen Fall von Homeoffice, fünf Tage die Woche. Das machen wir nicht. Wir haben viele junge Mütter bei trivago. Auf deren Bedürfnisse gehen wir selbstverständlich ein.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Ich finde es interessant, dass Sie sagen, dass Kreativität der physischen Begegnung bedarf. Das wundert mich fast. Vielen Dank. – Jetzt der Herr dort, und dann machen wir auf dieser Seite weiter. Wir nehmen immer zwei Fragesteller dran, und dann folgen die Antworten. Fragesteller und Antwortende bitte ich, sich kurz zuhalten.

**Egbert Biermann**: Egbert Biermann von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. – Ich glaube, dass auch eine digitalisierte Wirtschaft von Wertschöpfungsketten lebt. Die Frage

ist, welche Bausteine dieser Wertschöpfungsketten in einer digitalisierten Wirtschaft in Deutschland oder Europa noch vorhanden sein werden. Sie haben einen Vertreter von trivago eingeladen. Dieses Unternehmen steht eher am Ende der Wertschöpfungskette. Es ist schön, dass bei uns Software produziert wird; aber ohne Hardware können Sie keine Software herstellen. Die Frage ist, wo die Bausteine der Hardware produziert werden. Wer kann investieren, um Hardware zu produzieren? Welche industriepolitischen Lösungen können Sie sich diesbezüglich vorstellen? Werden wir den Wettbewerb gegen Taiwan gewinnen, oder werden wir ihn verlieren? Das ist eine der Fragen, die in diesem Zusammenhang zu stellen sind.

Darüber hinaus ist Folgendes zu fragen: Sie sprechen über Nano, also auch über Nanotechnologie. Wo und wie kann dieser Bereich in Deutschland positiv gestaltet werden? Es ist schön, Internet zu haben. Die Software lebt aber nicht ohne die Nanobausteine in den Chips; denn diese Chips stehen am Anfang der Wertschöpfungskette. Es wäre spannend, zu erfahren, welche politischen Beiträge Sie in diesem Zusammenhang leisten können.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Biermann, ich glaube, Herr Göhner freut sich schon darauf, diese Frage zu beantworten. – Vorher hören wir aber noch eine Frage.

**Christian Bäuml**: Auch ich möchte auf die Verbindung von Globalisierung und Digitalisierung eingehen. Bei der letzten Veranstaltung, die wir in Berlin zu diesem Thema durchgeführt haben, hat Herr Kerber vom BDI gesagt, dass eine Ingenieurstunde in Deutschland 38 Euro kostet und in Mumbai sechs Euro. Da frage ich mich natürlich, wie wir damit umgehen; denn aufhalten können wir die Entwicklung nicht. Zäune können wir nicht aufbauen. Ein Unternehmen verändert sich natürlich, wenn es nicht nur ein Homeoffice irgendwo in Deutschland gibt, sondern auch in Mumbai oder Shanghai.

Wenn ich noch einen Ball in Richtung Thomas Strobl schießen darf, möchte ich Folgendes sagen: Wenn sich durch die Verbindung von Produktion und Dienstleistung die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse in einer Firma verändern und es mehr in Richtung Selbstständigkeit geht, müssen wir dann nicht auch auf politischer Ebene zum Beispiel darüber nachdenken, wie wir Beschäftigte im Sinne der betrieblichen Mitbestimmung definieren?

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank. – Es ist schön, dass es in beiden Fragen um Globalisierung geht. – Herr Göhner, Sie haben sich schon einige Notizen gemacht.

**Dr. Reinhard Göhner**: Ich finde, Herr Biermann hat einen entscheidenden Punkt angesprochen. Das, was wir in der Internetwirtschaft selbst haben – sei es Business-to-Business oder Business-to-Customer – ist in der Wertschöpfungskette ganz hinten; das ist der Vertrieb. Trivago braucht auch noch das Hotel, über das es Auskunft gibt. Trotzdem können auch in diesem Bereich viele Leistungen digitalisiert und auf mehrere Betriebe arbeitsteilig verteilt werden. Das ist ja auch nicht neu. Das ist selbst im Dienstleistungsbereich Praxis. Das Hotel bestellt, wenn es kurzfristig

über trivago mehr Hotelgäste hat, die Brötchen für das Frühstück möglicherweise online. Und mein Küchenhersteller, der im internationalen Wettbewerb steht, überlegt sich, ob er die Griffe statt in meiner Heimatgemeinde Kirchlengern in Taiwan bestellt.

Das ist aber nicht nur ein Preiswettbewerb, sondern auch ein Innovationswettbewerb. Thomas Strobl hat vorhin gesagt, dass sich das Tempo beschleunigt. Das glaube ich auch. Die Veränderungsprozesse werden durch den Austausch von Informationen beschleunigt. Das Angebot ist größer. Der Onlinemarktplatz kann von jedem erschlossen werden, weltweit. Ja, deshalb haben wir es mit einem verschärften Wettbewerb zu tun. Ich glaube aber, dass die deutsche Industrie davon profitieren kann; denn letztlich muss der Griff noch an die Schublade geschraubt werden. Die Küche muss ausgeliefert werden, sie muss design't werden, sie muss komponiert werden, sie muss zusammengestellt werden. Im Rahmen dieser Prozesse werden wir, glaube ich, mit den neuen Möglichkeiten neue Wertschöpfungsketten bilden. Sie werden arbeitsteiliger sein, aber auch vernetzter. Das kann ein Mehr an Wertschöpfung für uns bedeuten und damit auch ein Mehr an Arbeitsplätzen. Das ist noch einmal ein Wandel.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank. – Herr Strobl, Sie wurden zum Thema Mitbestimmung gefragt.

**Thomas Strobl:** Ja, aber ich möchte gerne auch einen Satz zu der Frage von Herrn Biermann sagen. Ich finde, das ist eine ganz entscheidende Frage. Es wäre völlig falsch, wenn wir jetzt sagen würden: Jetzt kommt die Digitalisierung, also verzichten wir auf Industrieproduktion und Wertschöpfung in unserem Land. Auf die Idee könnte man ja kommen. Es gab ja Industrieländer, die einst gesagt haben: Interessant sind nur noch die Finanzmärkte, die Industrie kannst du vergessen.

Ich bin von den Möglichkeiten der Digitalisierung begeistert, weil ich glaube, dass das unsere Chance ist, um industrielle Produktion, Mittelstand und Handwerk auch in Zukunft in Deutschland zu haben. Diese Bereiche werden aber ein bisschen anders aussehen und durch die Digitalisierung entscheidend geprägt werden. Ich bin sehr dafür, dass wir Wertschöpfung in Deutschland haben, und zwar in den Bereichen Industrie, Mittelstand und Handwerk. Deswegen müssen wir, so glaube ich, in Sachen Digitalisierung spitze sein.

Christian Bäuml hat die Stundensätze für Ingenieure angesprochen: 38 Euro in Deutschland und sechs Euro in Mumbai. Diese Entwicklung haben wir in bestimmten Bereichen schon lange. Ich erinnere mich, wie es war, als wir die europäischen Grenzen geöffnet haben: Früher hat ein Fünf-Mann-Betrieb die Bleche für Audi geschlagen; nach der Öffnung wurden die Bleche für ein Drittel des Preises in Tschechien produziert, und sie waren genauso gut. Diese Entwicklung werden wir wieder haben. Sie ist hart für einzelne Betriebe und einzelne Menschen, aber sie bietet auch Chancen. Für meine Region kann ich sagen: In dem Werk von Audi haben noch nie so viele Leute gearbeitet wie heute, und so viel Zulieferindustrie hat es noch nie gegeben.

Die Frage nach der betrieblichen Mitbestimmung ist eine gemeine Frage, die mir mein Freund Christian Bäumler stellt. Ich kann sie nicht beantworten, weil ich nicht weiß, wie sich die Arbeitswelt diesbezüglich verändern wird und wie wir die betriebliche Mitbestimmung organisieren müssen. Dafür gibt es ja unsere Sozialausschüsse, die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft, und so kluge Menschen wie den Christian Bäumler. Der CDA wird dazu sicher ein kluger Vorschlag einfallen.

**Dr. Reinhard Göhner:** Für die betriebliche Mitbestimmung bei Heimarbeitsplätzen haben wir Regeln, die ebenfalls für Telearbeitsplätze gelten.

**Tanja Samrotzki,** Moderatorin: Jetzt bitte die Dame hier vorne und der Praktikabilität halber – ich muss gestehen: ich weiß nicht mehr, welche Reihenfolge gerecht ist – danach der Herr dahinter.

**Jessica Kulitz:** Guten Abend. Mein Name ist Jessica Kulitz. Ich komme von einem mittelständischen Maschinenbauunternehmen. Wir produzieren Industrieabsauggeräte und absauganlagen. Wir produzieren also, um es zu vereinfachen, reine Luft am Arbeitsplatz. – Ich sehe überwiegend Chancen in der Digitalisierung. Was mir bzw. uns – ich bin jetzt die dritte Generation – noch ein bisschen unklar ist, ist das Thema Datensicherheit versus neue Geschäftsmodelle durch die neuen Möglichkeiten der Datennutzung. Das ist ein Riesenthema, bei dem wir uns noch nicht wirklich sicher sind, wie wir damit umgehen sollen.

Noch eine Bemerkung zu den Mitarbeiterdaten: Ich war vor drei Wochen in Chattanooga, in dem Vorzeigewerk von VW. Ich fand es unglaublich spannend, zu sehen, wie dort mithilfe der ergonomischen Daten der Mitarbeiter der Arbeitsplatz eines jeden Mitarbeiters in der Montagelinie so arbeitsfreundlich wie möglich gestaltet wurde. Das nur als Input. Es gibt also viele Möglichkeiten, die Digitalisierung sinnvoll zu nutzen. Das Thema der Innovationen ist aber noch nicht so klar.

**Tanja Samrotzki,** Moderatorin: Vielen Dank. – Ich muss leider ein bisschen streng sein. Wir haben noch zehn Minuten Zeit. Das ist wenig Zeit. Es wäre gut, wenn Sie kurze Fragen stellen würden, und Sie, meine Herren, kurz antworten würden. – Bitte.

**Thomas Mann:** Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments. – Ich habe folgende Frage: Wir haben einen sehr guten Energiekommissar gehabt, Kommissar Oettinger. Er kümmert sich jetzt um das Thema Digitalisierung. Meine Frage ist: Wie weit werden Sie sich dabei einbringen? Europa leidet darunter, dass wir in Europa manche Ideen haben, die Mitgliedstaaten aber nicht mitmachen. Was macht zum Beispiel, lieber Herr Göhner, der BDA? Sagen Sie im Rahmen des europäischen Dialogs: „Wir öffnen die Felder und wollen die Möglichkeit nutzen, uns aktiv zu beteiligen“?

Herr Strobl, Sie selbst haben sich gerade dazu bekannt, dass in diesem Bereich etwas kommen kann. Was machen denn die anderen in diesem Bereich? Baden-Württemberg ist geeignet, hat eine gute Zuliefererindustrie. Wir glauben daran, dass das funktionieren kann. Was ist vonseiten der Mitgliedstaaten zu erwarten?



**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Frau Kulitz hat nach der Datensicherheit gefragt, Herr Mann nach dem europäischen Blick. – Die Frage nach der Datensicherheit beantworten Sie, Herr Göhner?

**Dr. Reinhard Göhner:** Datensicherheit ist entscheidend dafür, dass wir Innovationsfortschritte sichern können. Ich glaube, dass die Forderung nach mehr Standardisierung, die wir im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Wirtschaft häufig hören – heute standen in der „FAZ“ und der „Welt“ Riesenartikel dazu –, hinterfragt werden muss. Je mehr standardisiert wird, desto leichter ist es, Innovationen zu transferieren, ohne einen eigenen innovativen Beitrag zu erbringen. Das muss man gerade im Zusammenhang mit der digitalisierten Wirtschaft bedenken.

Zu der Frage nach Europa: Thomas Mann hat recht. Wenn man im Bereich der digitalen Wirtschaft etwas regeln will – das muss man sich jeweils genau überlegen –, dann muss man das auf europäischer Ebene regeln. Ich weiß nicht, ob der soziale Dialog eine Möglichkeit ist, um das voranzutreiben. Eines ist klar: Angesichts der Tatsache, dass wir mit den Global Playern wie Google nur Schritt halten können, wenn wir große, gemeinschaftliche Einrichtungen haben, brauchen wir in Europa den Mut zu großen Unternehmen. Ich glaube, der Mittelstand wird in der digitalen Wirtschaft an Bedeutung gewinnen, weil Digitalisierung stärkere Arbeitsteilung und mehr Vernetzung bedeutet. Aber wir brauchen auch Global Player für den Transport. Auch das wird eine europäische Aufgabe sein.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Strobl, ich glaube, die EU-Frage war an Sie gerichtet.

**Thomas Strobl:** Ich kann das, was Frau Kulitz angesprochen hat, und das, was Herr Mann angesprochen hat, verbinden. Frau Kulitz hat von Datensicherheit gesprochen. Das Wort „Datensicherheit“ finde ich besser als unsere klassische Formulierung Datenschutz; denn wir müssen die Menschen ja nicht vor den Daten schützen, sondern wir müssen bestimmte Daten auf irgendeine Art und Weise safe machen, sicher machen. Es geht um Daten von Personen – das hat etwas mit Menschenwürde zu tun –, und es geht um Unternehmensdaten. Diesbezüglich setze ich im Übrigen nicht nur auf den Staat. Die Kryptografie hat auch nicht der Staat erfunden, sondern tolle Tüftler haben sie erfunden, sie ist letztlich in der Wirtschaft erfunden worden. Das ist das eine, was ich dazu sagen möchte.

Das andere, was ich dazu sagen möchte, ist: Wir brauchen auch rechtliche Datensicherheit. Die kann nicht auf nationaler Ebene organisiert werden, sondern nur auf europäischer Ebene. Ansonsten würden sich Unternehmen in Europa immer dort ansiedeln, wo die Datensicherheit, wo der Datenschutz am geringsten ist. Deswegen arbeiten wir im Augenblick an einer Datenschutz-Grundverordnung. Diesbezüglich wird sich Deutschland einbringen. Innenminister Thomas de Maizière führt die Verhandlungen exzellent und treibt das Thema voran. Wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr, 2015, in Sachen Datensicherheit – noch sprechen wir von der Datenschutz-Grundverordnung – ein Stück weiterkommen.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank, Herr Strobl. – Meine Damen und Herren im Saal! Ich sehe, dass noch einige Teilnehmer eine Frage stellen möchten. Ich fürchte, ich muss ungerecht sein; denn ich kann Sie nicht alle drannehmen, was mir sehr leidtut. Aber in sieben Minuten geht es nebenan schon weiter.

Ich möchte kurz auch die Leute einbinden, die sich über das Netz beteiligen. Via E-Mail wurde eine Frage von M. P. gestellt, die an das anschließt, was Sie, Herr Göhner, gerade gesagt haben. Sie sagten, Sie wünschten sich Mut zu großen Unternehmen. M. P. fragt Herrn Siewert: Woher haben Sie den Mut genommen, trivago zu gründen? Hatten Sie keine Angst, dass das schiefgeht? – Da es hier um den Dialog zwischen Unternehmen und Politik geht, möchte ich eine Frage hinterherschicken: Wo wünschen Sie sich mehr Unterstützung? Wo könnte die Politik aus Ihrer Sicht noch nachjustieren?

**Malte Siewert**: Der Mut wurde mir, glaube ich, in die Wiege gelegt. Ich war zu dem Zeitpunkt extrem frei. Ich hatte keine familiären Verpflichtungen. Ich habe mich bei meinem damaligen Arbeitgeber in London wohlfühlt, hatte gute Aufgaben, fand das Thema trivago aber sehr spannend. Ich habe darin kein sehr großes Risiko für mich gesehen. Ich habe nicht befürchtet, dass mein Leben ruiniert wäre, wenn es schiefgehen würde. Ich war in einer komfortablen Situation und dachte, dass ich etwas Neues finden würde, falls es nicht klappen würde, woran ich aber eigentlich nicht gedacht habe. Ich hatte lange den Wunsch, das zu machen. Es mussten verschiedene Dinge zusammenkommen und zu dem Zeitpunkt war eigentlich alles perfekt. Ich habe mir halt gesagt: Jetzt oder nie. – So war das.

Zu der zweiten Frage: Trivago ist sehr bootstrapped groß geworden, das heißt, wir sind mit sehr wenigen Ressourcen ausgekommen, und wir haben kaum externe Finanzierung in Anspruch genommen. Das ist bei uns aber ein Spezialfall. Wir haben immer sehr stark auf uns selber fixiert gearbeitet. Wir haben uns wenig ablenken lassen. Wir haben sehr zentriert, fokussiert, ohne Einfluss von außen gearbeitet. Der Standort Düsseldorf war – das muss man sagen – dafür eigentlich ideal. Es gibt wenige Punkte, bei denen ich sagen würde: Das sollte man für uns tun. Dadurch, dass wir ein sehr internationales Unternehmen sind, stellen wir fest, dass es im Bereich Arbeit Hürden gibt, zum Beispiel hinsichtlich der Arbeitserlaubnis usw., die uns einen schnellen Einstieg in die internationalen Märkte erschweren. Ich glaube, wir wären ein ganzes Stück weiter, wenn es diese Hürden nicht gäbe. Hinsichtlich der Arbeitserlaubnis gibt es große bürokratische Hindernisse und No-gos vonseiten der Gesetzgebung, die uns das Leben schwermachen. Wenn diese Hindernisse abgebaut würden, wäre das ideal.

Staatliche Subventionen sind für mich eigentlich kein Thema. Davon halte ich relativ wenig. Damit habe ich in der Vergangenheit eher schlechte Erfahrungen gemacht, zum Beispiel, weil Wettbewerber aus einem anderen Bundesland gefördert werden. Ich glaube, staatliche Subventionen führen eher zu Wettbewerbsverzerrungen.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Vielen Dank. – Wir haben noch vier Minuten Zeit. Ich schlage vor, dass noch zwei Minifragen gestellt werden, von dem Herrn hier und dem Herrn dort. Anschließend bitte ich um entsprechend knackige Antworten.

**Armin Schuster**: Armin Schuster, CDU-Kreisverband Lörrach. – Ich habe dieses Forum ausgewählt, weil ich die Marke „Made in Germany“ faszinierend finde. Ich glaube, das passt gut zu diesem Forum. Nach der Diskussion bin ich noch begeisterter. Lieber Thomas Strobl, ich finde die Verengung des Themas auf Digitalisierung nicht optimal. Wir haben jetzt über Führungsklima, über Weiterentwicklungen im Bereich des Prozessmanagements, über ethische Fragen und über Digitalisierung gesprochen. Ich glaube, dass das an sich ein großes Thema ist.

Ich habe eine Frage an die beiden Unternehmer: Wenn wir von der CDU ein Modellbild von der Zukunft zeichnen, wie Arbeit, wie „Made in Germany 4.0“ ganzheitlich aussieht, würde sich die Wirtschaft davon animieren lassen? Hätte das eine Leitbildwirkung? Was müsste passieren, damit unsere Arbeit, wenn wir das hinkriegen würden, in der Wirtschaft Früchte tragen kann?

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Das ist eine wunderbare Schlussfrage. Diese Frage stelle ich jetzt zurück. – Sie können sich schon einmal überlegen, wie Sie diese sehr komplexe Frage in einem Satz beantworten können. – Jetzt bitte ich den Herrn dort, seine Frage zu stellen.

**Matthias Klein**: Matthias Klein, Unternehmer aus dem Ruhrgebiet. – Guten Abend! Ich habe eine Frage, die mich umtreibt. Grundsätzlich teile ich die Ansicht der Podiumsteilnehmer, dass unsere Wirtschaft im Hinblick auf Produktion und Dienstleistungen gut aufgestellt ist, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Auch ich glaube, dass Deutschland ein Produktions- und Dienstleistungsstandort bleiben wird. Was mich besorgt und umtreibt, ist, dass in dieser Entwicklung, in diesem rapiden Wandel durch die Digitalisierung – Wirtschaft 4.0 usw. – der öffentliche Sektor nicht Schritt hält. In diesem Bereich wird immer noch mit den Methoden des 19. Jahrhunderts gearbeitet. Für die Behörden müssen immer noch Belege gesammelt werden, und Genehmigungsprozesse dauern quälend lange. Das sorgt dafür, dass man mit der dynamischen Entwicklung, die die Wirtschaft genommen hat und nimmt, überhaupt nicht Schritt halten kann. Das ist für die Zukunft nicht gut.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Klein, ich glaube, wir wissen alle, wovon Sie sprechen. Das ist eine tolle Frage. Danke schön. Ich gebe diese Frage weiter an Herrn Strobl, weil die beiden Unternehmer zum Schluss die schwierige Frage nach dem Leitbild, nach „Made in Germany“ zu beantworten haben. – Herr Strobl.

**Thomas Strobl**: Der öffentliche Sektor wird diesbezüglich ebenso wie bei vielen anderen Fragen sicher nicht die Avantgarde sein. Darauf setze ich auch nicht. Ich setze auf die Kreativität der deutschen Ingenieure und der deutschen Mittelständler, auf Unternehmer wie Herrn Siewert.

Ich glaube, dass bei solchen Entwicklungen immer die Wirtschaft die Avantgarde sein muss. Der öffentliche Dienst wird diese Entwicklungen nicht voranbringen können. Wir können froh sein, wenn er die Entwicklungen mit einem gewissen Timelag nachvollzieht.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Siewert, ich bin gespannt auf Ihre Antwort auf die Frage nach dem Leitbild, nach „Made in Germany“.

**Malte Siewert**: Ich habe die Frage nicht verstanden.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Herr Schuster, ich bitte Sie um einen Satz dazu.

**Armin Schuster**: Nehmen wir an, Thomas Strobl ist mit seiner Kommission erfolgreich und wir hätten ein Leitbild „Arbeit der Zukunft 4.0“ oder „Wirtschaft 4.0“. Wie muss dieses Leitbild aussehen, damit Sie sich daran orientieren? Wie muss es aussehen, damit Sie es toll finden? Wir wollen ja kein Papier für die Wahlstände erarbeiten, sondern Sie und der BDA-Chef sollen sagen: Das Modell, was die CDU entwickelt hat, setzen wir um. Wie geht das?

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Wie muss es aussehen, damit es schick ist? – Vielleicht fangen Sie an, Herr Göhner.

**Dr. Reinhard Göhner**: Das muss umgekehrt laufen. Es gibt nicht das Leitbild, das Modell für die Wirtschaft oder die Arbeit der Zukunft. Dafür wird die Vielfalt viel zu groß sein. Es wird umgekehrt sein: Die Realität wird der Politik etwas vorgeben, und die Politik muss das dann regeln, muss auffangen, muss Risiken begrenzen und dazu beitragen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Modelle und unterschiedlicher Bilder sich entwickeln kann.

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Das ist eine Herausforderung für Herrn Siewert.

**Malte Siewert**: Ich greife das auf. Wenn wir als trivago ein Leitbild für unser Unternehmen bräuchten, das uns die Politik vorgibt, dann wäre irgendetwas eklatant falsch bei trivago, dann hätten wir unsere Rolle falsch verstanden. Es ist selbstverständlich, dass die Richtlinien und die Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen, optimiert werden können. Ein Leitbild, wie ich mein Unternehmen führe, das möchte ich aber nicht haben, daran möchte ich mich nicht orientieren.

(Vereinzelt Beifall)

**Tanja Samrotzki**, Moderatorin: Da muss die Politik noch mal ran. – Ich danke Ihnen, meine Herren auf dem Podium, sehr und auch Ihnen, meine Damen und Herren im Saal wie im Netz. Wir sehen uns gleich im Plenum zu einem abschließenden Gespräch. Dort kommen die Vorsitzenden aller drei Kommissionen zusammen, Thomas Strobl, Julia Klöckner und Armin Laschet. Dort werden die Ergebnisse der Foren in knackigen 15 Minuten vorgestellt. Bis gleich. – Danke schön.

(Beifall)

**Thomas Strobl:** Ich möchte mich ganz herzlich bei der Moderatorin, Frau Samrotzki, bedanken, ebenso bei Herrn Siewert und bei Herrn Dr. Göhner. Ich bedanke mich auch bei Ihnen allen dafür, dass Sie hier waren. Auf Sie wartet draußen ein Glas Wein. Die Damen und Herren auf dem Podium bekommen eine Flasche Wein von mir. – Danke, dass ihr da wart. Noch einen guten Abend!

(Beifall)

(Schluss: 20.18 Uhr)

**Peter Hintze,** Tagungspräsidium: Es folgen jetzt noch zwei spannende Ereignisse. Das eine Ereignis ist die Bekanntgabe der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Das zweite Ereignis ist die Präsentation der Ergebnisse unserer Foren. Viele Grüße an Phoenix; da habe ich eben keine korrekte Auskunft gegeben. Die Ergebnisse der Foren werden also jetzt noch kurz vorgestellt. Danach gehen wir dann in den Nordrhein-Westfalen-Abend.

Ich gebe nun das Ergebnis der Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt: Abgegebene Stimmen 929, ungültige Stimmen 9, Enthaltungen 0, damit gültige Stimmen 920. Die erforderliche Mehrheit für die Wahl in den Bundesvorstand beträgt 461. Wie eben schon gesagt: Wir haben ein gültiges Wahlergebnis.

Auf Platz 1 Peter Altmaier mit 881 Stimmen und 95,76 Prozent. Glückwunsch an unseren Chef des Kanzleramtes.

(Beifall)

Auf unseren Innenminister, Dr. Thomas de Maizière, entfielen 857 Stimmen und 93,15 Prozent. Glückwunsch an unseren Innenminister.

(Beifall)

Auf unseren Gesundheitsminister, Hermann Gröhe, entfielen 842 Stimmen und 91,52 Prozent. Einen herzlichen Glückwunsch an unseren Bundesgesundheitsminister, der mit seinem fairen Schritt die Möglichkeit eröffnet hat, dass wir bei den Präsidiumswahlen so ein ausbalanciertes Ergebnis erzielen konnten.

(Beifall)

Auf Platz 4 Dr. Franz Josef Jung: 793 Stimmen und 86,2 Prozent für unseren Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Beauftragten für das Gespräch mit den Kirchen.

(Beifall)

Auf Platz 5 Elisabeth Motschmann aus der Freien und Hansestadt Bremen: 714 Stimmen und 77,61 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 6 der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, mit 709 Stimmen und 77,07 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 7 Staatssekretär Dr. Michael Meister: 701 Stimmen und 76,20 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 8 die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Serap Güler: 699 Stimmen und 75,98 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 9 unsere Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Sabine Weiss: 689 Stimmen und 74,89 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 10 die Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Annette Widmann-Mauz: 689 Stimmen und 74,89 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 11 der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, unser Freund Elmar Brok: 682 Stimmen und 74,13 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 12 die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur, unsere CDU-Stimme im Verkehrsministerium: 679 Stimmen und 73,80 Prozent. Glückwünsche nach Brandenburg an Katharina Reiche.

(Beifall)

Auf Platz 13 der Vorsitzende unserer Seniorenunion, Professor Dr. Otto Wulff: 673 Stimmen und stolze 73,15 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 14 Monica Wüllner mit 662 Stimmen und 71,96 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 15 unser Stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Arnold Vaatz: 632 Stimmen und 68,70 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 16 der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Michael Fuchs: 621 Stimmen und 67,50 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 17 Frau Dr. Regina Görner: 617 Stimmen und 67,07 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 18 Professor Dr. Dagmar Schipanski: 615 Stimmen und 66,85 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 19 Dr. Peter Liese: 608 Stimmen und 66,09 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 20 Dietrich Wersich: 607 Stimmen und 65,98 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 21 Gudrun Heute-Bluhm: 604 Stimmen und 65,65 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 22 Elisabeth Heister-Neumann: 602 Stimmen und 65,43 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 23 aus Rheinland-Pfalz, Christian Baldauf: 585 Stimmen und 63,59 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 24 der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Ralf Brauk-siepe: 585 Stimmen und 63,59 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 25 der Vorsitzende des ersten Ausschusses im Deutschen Bundestag, aus Schleswig-Holstein: Dr. Johann David Wadephul mit 585 Stimmen und 63,59 Prozent.

(Beifall)

Letzte Gewählte ist Elke Hannack: 578 Stimmen und 62,83 Prozent.

(Beifall)

Leider nicht gewählt wurden: auf Platz 27 Younes Ouaqasse: 559 Stimmen und 60,76 Prozent, auf Platz 28 Hubert Hüppe: 542 Stimmen und 58,91 Prozent, auf Platz 29: Mike Mohring, 528 Stimmen und 57,39 Prozent, und auf Platz 30: Lorenz Caffier mit 518 Stimmen und 56,30 Prozent. – Gezeichnet Ulf Leisner, Wolfgang Blum, Köln, den 9. Dezember 2014, die Stimmzählkommission.

Ich frage die Gewählten: Nehmen Sie die Wahl an?

(Zurufe: Ja!)

Ich höre ein Ja von allen 26 Gewählten. Falls ich mich verhört haben sollte: Nimmt einer die Wahl nicht an? – Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich diese 26 als weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt und übersende die Glückwünsche des Parteitages.

(Beifall)

Herzlichen Dank.

Jetzt geht es wie folgt weiter: Wir hören noch die Zusammenfassung der Diskussion in den Foren. Ich bitte die jeweiligen Sprecher, auf die Bühne zu kommen. Danach gehen wir in den Nordrhein-Westfalen-Abend. Morgen früh pünktlich um 9 Uhr starten wir mit der Rede unseres Generalsekretärs Dr. Peter Tauber, der Einführung in das Wirtschaftsprogramm und der Diskussion darüber. Danach spricht Volker Kauder, und darauf folgt die Diskussion über seinen Bericht. Dann geht es um das Thema innere Sicherheit – das ist der Antrag D 2 –, danach folgen die sonstigen Anträge und die Satzungsanträge.

Ich bitte noch einmal diejenigen, die die Ergebnisse aus den Foren vorstellen werden, auf die Bühne zu kommen.

**Tanja Samrotzki:** Meine Damen und Herren! Herzlich willkommen zurück im Plenum. Ich bin extrem beeindruckt von Ihrer Disziplin. Um 9 Uhr morgens saßen Sie im kalten Dom – es war, wie ich fand, kalt, aber schön – und jetzt ist es fast wieder 9 Uhr. Wir haben jetzt eine schlanke Viertelstunde Zeit. Ich habe einen Wecker dabei. Nach 15 Minuten muss hier Schluss sein. Wir wissen ja auch, dass uns noch etwas Schönes erwartet.

(Vereinzelt Beifall)

Der Applaus kommt an. Ich bin Tanja Samrotzki. Ich darf Sie bei diesem Schnelldurchlauf durch die Ergebnisse der Foren begleiten, in denen es um die Themen ging, die der Parteivorstand im Herbst als Zukunftsthemen herausgestellt hat. Es geht also um die Themen, die die programmatische Weiterentwicklung der Partei vorantreiben sollen: Lebensqualität, Arbeit der Zukunft und Zusammenleben in der Gesellschaft.

Damit Sie wissen, was in den Foren passiert ist, die Sie persönlich nicht beehren konnten, führen wir die Ergebnisse hier zusammen. Das ist mit Blick auf die Zeit eine sehr sportliche Aufgabe für die drei Kommissionsvorsitzenden. Julia Klöckner sitzt der Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ vor. Thomas Strobls Ressort ist „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“. Armin Laschet leitet die Kommission „Zusammenalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“. Wir machen das jetzt ein bisschen wie beim Speeddating. Ich werde die drei Vorsitzenden kurz fragen, was das Wesentliche in ihrem Forum war. Ich fange mit Frau Klöckner an.



Liebe Frau Klöckner, die drei Kommissionen sind sehr bunt besetzt. Die Mitglieder haben ganz unterschiedliche Erfahrungen, Hintergründe und Berufe. Das soll eine kreative Unruhe erzeugen. War es bei Ihnen denn unruhig und kreativ?

**Julia Klöckner:** Das Forum war gut gefüllt. Die Stimmung war sehr gut. Wenn es um das Thema Lebensqualität und Nachhaltigkeit geht, geht es um den Alltag eines jeden Teilnehmers. Jeder kann erzählen, wie er konsumiert und was er verbraucht. Die Stimmung war sehr gut. Es gab Rückfragen, aber wir haben auch viel gelacht.

**Tanja Samrotzki:** Ich finde, dass „Nachhaltigkeit“ und „Lebensqualität“ abstrakte Begriffe sind. Wie haben Sie das konkretisiert? Welche Themen standen im Mittelpunkt?

**Julia Klöckner:** In der Tat ist das Thema sehr abstrakt. Wir haben es auf vier Bereiche aufgegliedert. Es geht dabei um Mobilität, um die Frage des Bauens, also um die Frage, wie wir heute wohnen, um Verbraucherbildung und das Thema Gesundheit. Wir haben das an einem Beispiel konkret gemacht, weil wir neben Herrn Hirschhausen einen Unternehmer von Brainshirt dabei hatten – wir hatten ja ein sehr interessant besetztes Podium: Wie kann ich, wenn ich einkaufen gehe, Wert darauf legen, dass meine Lebensqualität nicht zulasten anderer geht? Konkret heißt das beispielsweise: Wie sinnvoll ist ein Kleiderlabel, eine Etikettierung? Letztlich wollen wir nicht, wie die Grünen, den Bürgern vorschreiben, was sie zu essen, zu trinken und zu kaufen haben. Aber wir wollen deutlich machen, dass mit neuer Technologie Ressourcenschonung möglich ist und dass der Verbraucher sich entscheiden kann, wenn er klare Informationen hat. Dafür ist aber auch Verbraucherbildung erforderlich; denn der Verbraucher muss die Kompetenz dazu haben.

**Tanja Samrotzki:** Sie haben sich nicht nur ausgetauscht, weil das ein interessantes Thema ist, sondern die Ergebnisse sollen auch in konkrete Politik münden. Welche Impulse haben Sie für konkrete politische Maßnahmen bekommen?

**Julia Klöckner:** Wir haben heute Impulse bekommen. Wir werden weiter daran arbeiten. Es wird zum Beispiel um die Frage gehen: Wie sieht das Leben in der Stadt in Zukunft aus? Wie sieht moderne Mobilität aus? Das wird ein Thema sein. Es geht aber auch um die Frage, wie Gesundheitspolitik nachhaltig gestaltet werden kann. Wir geben viel Geld aus, um etwas auszubessern. Es ist zu fragen, wie ein nachhaltiger Lebensstil aussieht.

Wir werden auch den Bereich der Landwirtschaft betrachten und fragen, was es heißt, regional nachhaltig zu produzieren und die Kreisläufe so zu gestalten, dass nicht mehr verbraucht wird als Nutzen erzeugt wird. Es wird also noch konkreter werden. Es geht dabei um unser komplettes Leben.

**Tanja Samrotzki:** Vielen Dank, Frau Klöckner, für den Moment. Herr Strobl, ich würde gerne mit Ihnen weitermachen. Das Konzept der Foren – das gilt im Grunde für das ganze Konzept der Kommissionen – bricht mit eingefahrenen Mustern: offen sein für Neues. Ging dieses Konzept bei Ihnen auf?

**Thomas Strobl:** Das ging bei uns sehr gut auf. Besonders gut war, dass nicht nur Politiker diskutiert haben, sondern auch Vertreter der Industrie, des Mittelstandes und von kleinen Unternehmen teilgenommen haben. Auch Sozialpolitiker waren dabei, die sich natürlich insbesondere für die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen in der Zukunft interessieren. Wir hatten auch einen Start-up-Unternehmer dabei, der uns seine praktischen Erfahrungen mit einem jungen Unternehmen, das im Grunde genommen nur mit Daten arbeitet, mitgeteilt hat. Insofern war das eine muntere und vor allem total interessante Runde.

**Tanja Samrotzki:** An welchen Themen haben Sie sich in Ihrem Arbeitsforum abgearbeitet?

**Thomas Strobl:** Wir haben uns vor allem damit beschäftigt, dass sich die Arbeitswelt in den nächsten Jahren in einer unglaublichen Geschwindigkeit kolossal verändern wird. Wir haben versucht, einen Blick in die Zukunft zu werfen: Wie sehen die Arbeitsverhältnisse in der Zukunft aus? Wir haben natürlich überlegt, was die Aufgabe des Gesetzgebers, des Staates ist, wie er diese Prozesse begleiten kann.

**Tanja Samrotzki:** Die Parteivorsitzende hat in ihrer Rede heute gesagt, der digitale Wandel solle vorwiegend als Chance begriffen werden. Haben Sie den digitalen Wandel in Ihrem Forum als Chance für Politik verstanden, und welche konkreten politischen Ansätze haben Sie erarbeitet?

**Thomas Strobl:** Natürlich bringt der digitale Wandel, der in Wahrheit eine Revolution ist, auch Risiken mit sich; aber – das haben eigentlich alle, die sich zu Wort gemeldet haben, genauso gesehen wie unsere Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel – wir müssen den Blick vor allem auf die Chancen richten, die der digitale Wandel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für unsere ganze Wirtschaft bietet. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wir dürfen dieses Thema nicht nur defensiv angehen, sondern müssen als Deutsche und Europäer versuchen, uns an die Spitze der Entwicklung zu stellen, um zu verhindern, dass diese Entwicklung über uns hinwegrauscht. Wir müssen sie vielmehr aktiv mitgestalten und, wo es notwendig ist, sie auch politisch steuern.

**Tanja Samrotzki:** Vielen Dank, Herr Strobl, für den Moment. Herr Laschet, ich finde, das Ziel Ihrer Kommission klingt in der Selbstbeschreibung besonders hehr. Sie wollen eine neue Vision von bürgerlicher Politik und von dem Miteinander in Deutschland entwickeln. Wie war denn das Miteinander in Ihrem Forum?

**Armin Laschet:** In dem Forum hat sich die Vielfalt der Gesellschaft ein wenig widergespiegelt. Asli Sevindim hat unsere Runde moderiert. Christoph Metzelder, früherer Fußballnationalspieler, hat über Projekte mit Jugendlichen im Ehrenamt im Sport gesprochen und hat deutlich gemacht, welche Gesellschaftsgruppen an diesen Prozessen eigentlich gar nicht teilnehmen und wie man an diese Gruppen herankommt. Außerdem hatten wir Paul Nolte dabei, einen Histori-

ker und Philosophen, der über sehr Grundsätzliches gesprochen hat. Der Bundesinnenminister ist hinzugestoßen und hat ebenfalls mitdiskutiert, sodass wir wirklich die Vielfalt dessen, was gesellschaftlicher Wandel bedeutet, in unserem Forum abgebildet hatten.

**Tanja Samrotzki:** Sie haben gerade die Vielfalt auf dem Podium beschrieben. Gab es aus dem Forum heraus auch Anregungen zu Themen, die Sie beeindruckt haben?

**Armin Laschet:** Ja, es gab ganz unterschiedliche Wortmeldungen. Einige haben gefragt: Wie kann man eigentlich Bürgersachverstand in Gemeinden besser nutzen? Eine aktive Dame aus der Senioren-Union sagte: Wir haben etwas vorgelegt, aber die Politiker im Rat haben gesagt: „Wir sind gewählt, wir wissen das besser, wir wollen das gar nicht hören“. Die Frage war also: Wie kann man den Sachverstand aufgreifen? Das war ein wichtiges Thema.

Außerdem hat das Thema Zuwanderung eine wichtige Rolle gespielt: Wie kann man auch diejenigen, die später dazukamen, die zugewandert sind, für das Ehrenamt in Deutschland begeistern und sie in unsere Gesellschaft hineinholen. Das war eine spannende Frage.

Wir haben ferner über Standards gesprochen. Dazu hat der Bundesinnenminister ein schönes Beispiel vorgetragen: Wenn die Räume einer Schule nicht in Ordnung sind und die Eltern sagen: „Wir packen das jetzt an“, dann kommt sicher irgendeiner mit Versicherungsvorschriften und sagt: „Das geht alles gar nicht“, und am Ende resignieren viele. Das Ermutigen war also auch eine ganz wichtige Botschaft des Forums.

**Tanja Samrotzki:** Ich kann mir denken, dass es in Ihrem Forum am schwierigsten ist, konkrete politische Maßnahmen abzuleiten. Herr Strobl hat es da vielleicht leichter mit der Arbeitsgesetzgebung oder mit Sozialversicherungsthemen. Bei Frau Klöckner kann es um Verbraucherschutz- oder Umweltschutzstandards gehen. Aber wie kann man politisch flankieren, dass Leute sich engagieren? Das ist schwierig. Das kann man ja nicht verordnen.

**Armin Laschet:** Ich vermute, dass unsere Kommission am Ende keine zehn Gesetzesänderungsvorschläge an den Deutschen Bundestag überweist.

**Tanja Samrotzki:** Aber Gebote vielleicht.

**Armin Laschet:** Früher hatten die Kirchen eine starke Bindekraft. Die haben sie jetzt nicht mehr. Was soll diese Bindekraft in Zukunft sein? Wollen wir eine atomisierte Gesellschaft? Wir hatten ein Beispiel: Die Leute schauen nicht mehr das gleiche Fernsehprogramm. Früher schauten alle ARD oder ZDF – dieses Beispiel wurde vorgetragen – und am Arbeitsplatz wurde dann darüber geredet. Das gibt es heute nicht mehr. An welchen Orten reden die Leute heute noch über das Gleiche und bekennen sich dazu? Dazu werden wir Vorschläge machen können. Das wird aber kein Gesetz sein. Es wird darum gehen, unsere Gesellschaft zu verändern, unser Denken zu verändern. Auch das ist spannend, auch wenn es in unserem Forum nicht ganz so lustig war. Wir hörten immer das Lachen aus der Kommission von Julia Klöckner in unserem Raum.

**Tanja Samrotzki:** Dort war Eckart von Hirschhausen.

**Armin Laschet:** Genau. Herr von Hirschhausen hat dort, glaube ich, richtig zugelangt. Aber wir haben in unserer Arbeitsgruppe in gleicher Intensität diskutiert.

**Tanja Samrotzki:** Vielen Dank. – Sie alle drei waren sehr diszipliniert und sind sehr gute Speed-Dater. Deshalb dürfen Sie noch einen abschließenden Satz sagen. Ich möchte mit Ihnen beginnen, Herr Strobl. Was hat Sie am meisten beeindruckt? Was nehmen Sie mit?

**Thomas Strobl:** Vielleicht der letzte Satz des Unternehmers, der auf die Frage eines Teilnehmers, was er für ein Leitbild von der Kommission unter Vorsitz von Herrn Strobl erwartet, an dem er sich als Unternehmer orientieren kann, antwortete – das fand ich sehr gut –: „Ich erwarte gar kein Leitbild. Für diese Dinge sind wir selber zuständig. Die Politik ist dazu da, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Das andere können wir besser.“ – Er hat mir aus dem Herzen gesprochen.

**Tanja Samrotzki:** Das kann ich mir vorstellen. Vielen Dank, Herr Strobl. – Frau Klöckner, was war für Sie beeindruckend?

**Julia Klöckner:** Beeindruckend war für mich bei der Frage, was uns leitet, der Hinweis: Wir haben als Christdemokraten mit dem christlichen Menschenbild eine ganz gute DNA, die wir gelegentlich auffrischen und deklinieren sollten. Das heißt, wir haben Verantwortung nicht nur für uns selber, sondern auch für die Umwelt und für diejenigen, die nach uns kommen. Wir sollten auch auf den Rat der Älteren hören. Sehr häufig wurde darauf hingewiesen, dass Eigenverantwortung und Freiheit, aber auch Solidarität und das christliche Menschenbild im Hier und Jetzt, bei dem es darum geht, dass man nicht nur für sich selbst da ist, sehr viel mit Nachhaltigkeit zu tun haben. Insofern ist die CDU eine Partei der Nachhaltigkeit, und das nicht nur, weil wir über 40 Prozent haben.

**Tanja Samrotzki:** Herr Laschet, wie wollen Sie das noch toppen? Frau Klöckner hat fast schon ein schönes Schlusswort gesprochen. Nun haben Sie die Aufgabe.

**Armin Laschet:** Julia wollen wir nie toppen. Sie muss 2016 erst einmal gewinnen. Dann werden wir alle uns ein Vorbild an ihr nehmen und versuchen, auch in unseren Bundesländern die Wahlen zu gewinnen.

Ich will mit einer Geschichte von Christoph Metzelder enden, der über das Teilhabepaket und unsere Gesetze gesprochen hat. Er hat gesagt: Die Menschen, die man erreichen will, erreicht man gar nicht, weil diese zum Beispiel gar nicht die Formulare verstehen. Sein kleiner Sportverein hilft nun Menschen, Zugang zu unserer Gesellschaft zu bekommen. Wir brauchen also neben unseren Gesetzen und den Formularen Menschen, die übersetzen und auf diejenigen zugehen, die Hilfe benötigen. Es macht die Gesellschaft stark, wenn diejenigen, die marginalisiert sind und draußen sind, jemanden haben, der ihnen zeigt, wo der Weg zurück in die Gesellschaft führt, und ihnen sagt: „Hier kannst du mitmachen.“

**Tanja Samrotzki:** Vielen Dank, Herr Laschet. – Ihnen allen dreien herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend feststellen: Die CDU arbeitet tatsächlich für die Zukunft Deutschlands. Die Kommissionen haben ihre Arbeiten erst im September bzw. Oktober aufgenommen. Trotzdem ist unser aller Zukunft ein bisschen vorhersehbarer geworden. Wir wissen schon heute ganz genau, worüber wir auf dem Parteitag in Karlsruhe 2015 diskutieren, nämlich über die Leitanträge, die die Kommissionen bis dann erarbeiten werden, und zwar nicht nur auf der Grundlage der heutigen Diskussion, sondern auch aufgrund des Austausches, zu dem Sie alle weiterhin eingeladen sind. Dieser Prozess endet heute nicht.

Ich danke Ihnen sehr. Die Karawane wird gleich weiterziehen. Ich freue mich auf die Höheren 4.0. – Herr Hintze, Sie haben das Wort.

(Beifall)

**Peter Hintze,** Tagungspräsidium: Es ist total nett, dass das Parteitagspräsidium das Wort von der Moderatorin bekommt. Das ist eine große Freude.

Ich danke allen, die noch hier geblieben sind und die Ergebnisse unserer Foren mitverfolgt haben. Wir sind nun am Ende des ersten Teils unseres Parteitags. Ich denke, es war ein gelungener erster Tag mit einer starken Rede unserer Vorsitzenden, einer starken Vorstandswahl und interessanten Beratungen in den Foren.

Wir gehen nun zum Nordrhein-Westfalen-Abend. Den Tagungsort entnehmen Sie bitte den Unterlagen. Parteitagspapiere können Sie auf den Tischen liegen lassen. Alles, was entsorgt werden soll – Zeitungen, Leergut, Spickzettel usw., sollte auf den Boden gelegt werden. Das wird weggenommen werden. Was auf dem Tisch liegt, bleibt liegen bis morgen. So erleichtern Sie dem Servicepersonal die Arbeit. Ich danke Ihnen.

Wir sehen uns morgen früh pünktlich um 9 Uhr zum zweiten Plenartag zum Bericht des Generalsekretärs Dr. Peter Tauber, zur Beratung unseres Wirtschaftsantrags, dann zum Bericht des Fraktionsvorsitzenden und zu den Beratungen über den Antrag zur inneren Sicherheit sowie über die sonstigen Anträge wieder.

Bis morgen. Noch einen schönen Abend.

Der Parteitag ist für heute geschlossen.

(Schluss: 20.49 Uhr)

**Mittwoch, 10. Dezember 2014**

**Zweite Plenarsitzung**

(Beginn: 09.10 Uhr)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Ich begrüße recht herzlich diejenigen, die schon anwesend sind, und hoffe, dass wir den Zeitplan, den wir uns vorgenommen haben, einhalten.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Gleichzeitig rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 22 auf:

Anträge

Beratung und Beschlussfassung

Hier: Einführung in den Antrag D 1 des Bundesvorstandes: „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft. Weichen stellen und für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland“.

Zu seinem Bericht gebe ich unserem Generalsekretär Dr. Peter Tauber das Wort.

(Beifall)

**Dr. Peter Tauber**, Generalsekretär der CDU Deutschlands: Lieber Peter Hintze! Liebe Angela Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Motto dieses Parteitags lautet „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“. Das macht deutlich, worum es uns geht: Es geht uns um unser Land, es geht uns darum, dass es den Menschen heute und auch morgen noch gut geht. Dafür arbeiten wir.

Wenn man uns fragt: „Was unterscheidet euch eigentlich von anderen Parteien?“, dann ist es genau das: Für uns Christdemokraten gilt: Erst das Land, dann die Partei.

(Beifall)

Wie groß der Unterschied zu den anderen Parteien ist, das kann man gerade in Thüringen beobachten: Denn da macht sich die einst so stolze SPD zum Steigbügelhalter der viermal umbenannten SED. Die Grünen sollten am besten das „Bündnis 90“ aus ihrem Namen streichen.

(Beifall)

Es sei hier noch einmal deutlich gesagt: Es war Christine Lieberknecht, die im September 1989 mit ihrem „Brief von Weimar“ dazu beigetragen hat, dass die Ost-CDU einen ersten Schritt tat,

um sich bereits vor dem Fall der Mauer aus der Rolle der Blockpartei zu befreien. Trotz eines klaren Wählervotums für die CDU folgt nun ein Ministerpräsident der SED-Nachfolgepartei. Das ist bitter für Thüringen.

(Beifall)

Liebe Christine Lieberknecht, wir danken dir für deine Arbeit und wir versprechen: Wir sind an der Seite unserer Freunde in Thüringen, wenn es darum geht, den Kampf gegen den Sozialismus neu zu kämpfen.

(Beifall)

Denn täuschen wir uns nicht: Mit Bodo Ramelow zieht ein roter Karl Marx aus Plastik in die Staatskanzlei ein; den hat er im Gepäck, das hat er an vielen Stellen in der Presse verkündet. Im Namen der Ideen von Karl Marx sind Millionen von Menschen ihrer Freiheit beraubt und ermordet worden. Der gehört in keine Staatskanzlei, der gehört bestenfalls ins Museum.

(Beifall)

Dass es soweit kommt, liegt vor allem an der SPD selbst.

Lieber Sigmar Gabriel, Sie haben sich offensichtlich ins Seiltanzen verliebt, aber als Seiltänzer werden Sie scheitern. In Thüringen die SPD zur Splitterpartei zu machen und den Linken den roten Teppich auszurollen und dann in Berlin behaupten, mit Wagenknecht und Gysi werde man nie regieren: Wer soll das noch glauben?

(Beifall)

Weil Ihnen das Seiltanzen ja nicht reicht, fangen Sie auf dem Seil auch noch mit dem Jonglieren an. Als Wirtschaftsminister werben Sie für das Freihandelsabkommen, aber als SPD-Chef knicken Sie ein, während Ihr Möchtegern-Generalsekretär Ralf Stegner alles tut, um gegen dieses notwendige Freihandelsabkommen zu hetzen. Das geht nicht. Ein SPD-Vorsitzender darf Seiltanzen, er darf vielleicht sogar ein Traumtänzer sein – das hat ja bei den Sozis eine gewisse Tradition –, aber ein Wirtschaftsminister muss ein Dauerläufer sein. Deswegen rate ich Ihnen dringend: Wechseln Sie die Sportart!

(Beifall)

Dann habe ich überlegt: Sage ich etwas zu den Grünen? Aber ich muss sagen: Aufgrund der Kürze der Zeit und auch angesichts des Trauerspiels, das sich in Berlin abspielt, fällt mir dazu nicht viel ein.

Aber es gibt eine Partei, die derzeit ein Sammelbecken für Ewiggestrige, für Zukunftsverweigerer und für Weltverschwörungstheoretiker ist. Deren Seriosität sich darin erschöpft, einen schwunghaften Goldhandel zu betreiben. Demnächst bietet sie wahrscheinlich auch noch Autogrammkarten von Putin in ihrem Onlineshop an.

Sie setzt auf Angstmache, redet unser Land schlecht und liefert keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Stattdessen spricht ihr Vorsitzender, wenn er von unserer parlamentarischen Demokratie spricht, von einer „entarteten Demokratie“. Ich sage sehr deutlich: Es waren Christdemokraten, die diese Bundesrepublik zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Wir treten ein für das Erbe von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl. Das lassen wir uns nicht schlechttreden, von niemandem.

(Beifall)

Diese Bundesrepublik ist ein Glücksfall für unser Volk. Wir als Christdemokraten sind stolz darauf, daran maßgeblich mitgearbeitet zu haben. Die Erfolge kann man ganz aktuell sehen.

Wir haben den ersten ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden seit 1969 auf den Weg gebracht und damit auch die Steuererhöhungsorgien von SPD und Grünen verhindert.

Wir stehen für Frieden und Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Europa. Gerade jetzt brauchen diese Ideale eine starke Stimme.

Wir sorgen dafür, dass in unserer Gesellschaft Menschen die notwendige Hilfe erfahren, wenn sie auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind.

Wir haben Deutschland zu dem Forschungsstandort in Europa gemacht. Noch nie wurde so viel Geld in Bildung und Forschung investiert wie jetzt.

(Beifall)

Darum können wir stolz sagen: Unser Land steht gut da. Die Menschen haben dafür hart gearbeitet. Wir haben dafür hart gearbeitet. Wir kämpfen heute schon dafür, dass das über 2017 hinaus so bleibt und dass die Union die stärkste und bestimmende politische Kraft in unserem Land bleibt.

Doch ich bin auch der Überzeugung: Wir dürfen uns nicht ausruhen. Wir müssen weiter hart arbeiten. Der vorliegende Antrag des Bundesvorstands beschreibt den Anspruch, den wir haben, wenn wir es um die Wirtschaftspolitik für unser Land geht.

Wir arbeiten dafür, dass es den Menschen in unserem Land besser geht. Es liegt jetzt an uns, die Weichen dafür zu stellen.

Deshalb wollen wir – so heißt es auch im Antrag – „weiter zu den wettbewerbsfähigsten, innovativsten und attraktivsten Ländern der Welt gehören.“ Was ist dafür zu tun? Drei Handlungsfelder haben wir mit diesem Antrag in den Blick genommen: Bei der Digitalisierung wird entscheidend sein, ob wir die Verschmelzung von neuen digitalen Technologien mit der traditionellen Wirtschaft schaffen, Stichwort „Industrie 4.0“. Wir werden zweitens kluge Köpfe brauchen. Sie sind die Grundlage unseres Wohlstandes. Ich bin der Überzeugung – auch wenn es heute nur ein Teilaspekt sein kann –, dass wir noch einmal über Zuwanderung in unser Land re-



den müssen. Wir brauchen die Zuwanderung für unsere Wirtschaft, aber wir brauchen auch das Bekenntnis der Zuwanderer zu unserem Land. Es geht nicht nur darum, dass sie hier gerne arbeiten, sondern auch darum, dass sie hier gerne leben. Deswegen muss uns dieses Thema als Union auch künftig umtreiben.

(Beifall)

Drittens. Nur eine wettbewerbsfähige Wirtschaft schafft die Grundlage für Wohlstand und solide Haushalte. Diese wettbewerbsfähige Wirtschaft ist auch eine Motivation dafür, warum wir heute sehr klar ein Bekenntnis zum transatlantischen Freihandelsabkommen ablegen wollen. Wir haben uns immer für den freien Handel in der Welt eingesetzt. Deutschland als Exportnation ist darauf angewiesen. Wir fordern alle, die Verantwortung tragen, dazu auf, hier gemeinsam mit uns zu streiten, die Sorgen ernst zu nehmen und deutlich zu machen, dass wir hohe Standards in allen Bereichen wollen. Wir müssen aber auch deutlich machen: Nur mit diesem Abkommen wird es Deutschland und Europa gelingen, bis weit ins 21. Jahrhundert hinein diese Standards zu setzen; sonst setzen sie andere. Das muss man hier deutlich sagen.

(Beifall)

Wir wollen auch gegen die sogenannte Kalte Progression vorgehen. Ich will dazu sehr deutlich sagen: Das Copyright für das Thema liegt bei uns. Denjenigen Sozialdemokraten, die heute fordern, endlich mit der Beseitigung der Kalten Progression zu beginnen, muss man deutlich sagen: Wir müssten heute gar nicht mehr darüber reden, wenn die Sozialdemokraten in der letzten Legislaturperiode bereits dem Gesetzentwurf, den wir erarbeitet hatten, zugestimmt hätten.

(Beifall)

Am Ende geht es aber nicht nur um Einzelfragen. Siemens, BASF und Daimler sind noch heute deutsche Unternehmen von Weltruf. Sie alle sind jedoch über 100 Jahre alt. Das jüngste DAX-Unternehmen, SAP, wurde 1972 gegründet und ist damit älter als ich. Aber auch diese Weltunternehmen wurden oft aus dem Nichts von jungen Menschen mit viel Mut und Zuversicht gegründet. Werner Siemens war 30 Jahre alt, als er die Telegraphen Bau-Anstalt von Siemens & Halske, die heutige Siemens AG, gründete. Friedrich Engelhorn hat mit 43 Jahren in Mannheim die Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, die BASF, gegründet. Doch bereits vorher, im Alter von 27 Jahren gründete er sein erstes Unternehmen, wenn auch nicht so erfolgreich. Carl Benz gründete ebenfalls mit 27 Jahren sein erstes Unternehmen, er brauchte aber noch einmal weitere 14 Jahre, bis er das entscheidende Patent anmeldete, aus dem im Jahre 1900 die größte Automobilfabrik der Welt wurde.

Wenn wir über Wirtschaftspolitik reden, sollte uns also klar sein, dass wir nicht nur über Bürokratieabbau, die Kalte Progression oder die schwarze Null reden. Wir müssen vielmehr darüber

reden, was wir tun müssen, damit Männer und Frauen heute wie damals Benz, Engelhorn und Siemens etwas wagen und ein Unternehmen gründen. Denkt man an diese drei Unternehmerpersönlichkeiten, dann denken wir an sie als erfolgreiche Männer am Ende ihres Lebenswerks, doch sie alle waren einmal jung und hungrig und wollten etwas ausprobieren, etwas erreichen; sie alle hatten eine Vision. Und: Sie alle hätten scheitern können.

Ich bin sicher, dass es in Deutschland viele junge Leute gibt, die genauso hungrig sind, die etwas erreichen, etwas wagen wollen. Unsere Aufgabe – aus meiner Sicht ist es die zentrale Aufgabe von Politik – ist es, ihnen keine Steine in den Weg zu legen, wenn sie sich auf den Weg machen. Wir müssen viel eher überlegen, was wir tun können, um die Steine, die noch auf dem Weg liegen, wegzuräumen. Das muss unser Grundverständnis sein, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden.

(Beifall)

Wir haben doch diese Persönlichkeiten in unserem Land: Malte Siewert, der das Unternehmen Trivago gegründet hat, das inzwischen einen Wert von über einer Milliarde Euro hat und 400 Beschäftigte. Matthias Hebel, der gestern mit uns diskutiert hat, den die Frage umgetrieben hat: Kann man in Europa nachhaltig und fair hochwertige Textilien und Bekleidung produzieren? Er war der Überzeugung, man kann, obwohl ihm alle Analysten gesagt haben, dass das nicht funktionieren wird. Er hat es geschafft, er hat sich durchgesetzt, er hat an seine Idee geglaubt. Solche Unternehmerpersönlichkeiten brauchen wir. Als Dritten möchte ich Ijad Madisch nennen, den Gründer eines sozialen Netzwerks für Wissenschaftler, der ganz bewusst nicht im Silicon Valley, sondern in Deutschland gegründet hat, weil er an diesen Standort glaubt. Wir haben jede Menge solcher Unternehmerpersönlichkeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich persönlich bin der Meinung: Wenn wir über Wirtschaftspolitik reden, muss es unser Ziel sein, dass Christdemokraten, wenn sie in 50 Jahren zu einem Parteitag zusammenkommen, wieder über Persönlichkeiten wie Siemens, Benz, vielleicht auch Hebel oder andere, die damals oder heute erfolgreich Unternehmen gründeten, reden und dabei feststellen können, dass wir die Weichen gestellt und die Rahmenbedingungen gesetzt haben, damit in Deutschland neue Unternehmen entstehen können, die weltweit erfolgreich sind. Wenn wir das sagen können, dann, so glaube ich, liebe Freunde, haben wir eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik für unser Land gemacht.

(Beifall)

Ich bin überzeugt davon, dass unser Antrag dazu ein wichtiger Baustein ist. Mit diesem Antrag führen wir den Wirtschaftskurs unserer Partei fort und haben dabei immer die Menschen und ihren Wohlstand vor Augen. So war es 1949, so war es 1982, und so ist es auch seit 2005. Manche behaupten, die Union sei beliebig. Ich kann das nicht erkennen. Ich glaube, es gibt wesentliche

Dinge, die uns als Christdemokraten ausmachen. Diese Dinge haben sich seit 70 Jahren nicht geändert. Seit 70 Jahren finden immer wieder Menschen den Weg zu uns, weil sie das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft befürworten: Handwerker, Familienunternehmer und jetzt auch Start-ups. Seit 1945 finden Menschen wegen des „C“ den Weg zu uns, weil sie sich kirchlich engagieren, oder weil sie glauben, dass die Werte, die in dem „C“ stecken, fest zu unserer Gesellschaft gehören und ihren Platz behaupten müssen. Deswegen engagieren sie sich bei uns. Neu kommen Menschen hinzu, die das „C“ als eine Einladung verstehen, weil sie wissen, dass die CDU Religionsfreiheit und eine religiöse Orientierung wertschätzt. Deswegen finden auch immer mehr Muslime den Weg in unsere Partei.

1945 haben Männer und Frauen die Lehren aus der Terrorherrschaft der Nazis gezogen und die CDU gegründet. Die CDU lebt von der Idee, dass in unserer Partei Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen, die eines verbindet: die Liebe zu unserem Land. Für Christdemokraten sind die Farben Schwarz-Rot-Gold keine beliebigen Farben, sondern etwas ganz Besonderes, und wir sind stolz auf sie. Auch darum engagieren sich seit 1945 Männer und Frauen in der CDU: weil wir unsere Heimat und unser Land lieben.

Unsere Stärke – das, glaube ich, ist der entscheidende Unterschied zu anderen Parteien – war es immer, dass wir mit diesen drei Überzeugungen, der Sozialen Marktwirtschaft, dem C und der Liebe zu unserem Land, Antworten gegeben haben, die die Menschen dazu gebracht haben, uns zu vertrauen und zu sagen: Der CDU vertraue ich das Schicksal dieses Landes an. Natürlich sahen diese Antworten in den Jahren 1949, 1982 und 1990 anders aus als heute. Sie werden auch 2017 wieder anders aussehen müssen, wenn wir als CDU die Zukunft unseres Landes erfolgreich gestalten wollen und um das Vertrauen der Menschen bitten.

Ich höre oft die Frage: Wenn wir so erfolgreich regieren, warum sollen wir uns dann eigentlich ändern? Warum macht die CDU eine Parteireform unter dem Motto „Meine CDU 2017“? – Ich habe es auf dem Europaparteitag in Berlin gesagt: Ich glaube, die CDU muss offener werden für Frauen, für junge Leute und auch für Zuwanderer. Gemeinsam mit vielen Freunden in der CDU habe ich in über 90 Veranstaltungen von Kiel bis Sigmaringen, von Aachen bis Frankfurt an der Oder, von Eitorf bis Froschhausen über genau diese Frage diskutiert. Gar nicht so selten wurde ich gefragt: Warum machen wir das denn? Schätzen wir nicht die, die wir in unseren Reihen haben? Für mich ist klar: Ohne die 470 000 Männer und Frauen in der CDU können wir auf Dauer nicht erfolgreich sein. Wir fragen sie, wie sie sich die CDU morgen vorstellen; denn sie haben, um das einmal salopp zu sagen, den Laden am Laufen gehalten in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Wir brauchen sie auch weiterhin.

Doch ich finde, dass das, was andere vor uns in den letzten 70 Jahren für die CDU getan haben, ein so großes Erbe, eine so große Verpflichtung ist, dass es uns umtreiben muss, die Frage zu beantworten: Wer trägt dieses Erbe weiter? Wer bewahrt es? Wer behütet es? Wer entwickelt es

fort? – Wir brauchen neue Mitglieder; wir brauchen Männer und Frauen, die sich auch morgen für unsere Ideale begeistern. Diese müssen wir ansprechen, um sie müssen wir werben, auf sie müssen wir offen zugehen.

(Beifall)

Mir ist ein Punkt ganz besonders wichtig; das merke ich immer wieder, wenn ich bei uns in den Kreisverbänden bin. Abgeordnete für den Bundestag und Abgeordnete für den Landtag werden wir immer finden. Wenn es uns aber nicht mehr gelingt, Männer und Frauen dafür zu begeistern, in den kommunalen Parlamenten vom Ortsverband bis zum Kreistag in unserer Partei Verantwortung zu übernehmen, dann hat nicht nur die CDU ein Problem, sondern diese Republik.

(Beifall)

Deswegen müssen wir allen, die sich ehrenamtlich politisch engagieren, einmal ein herzliches Dankeschön sagen. Sie sind das Rückgrat dieser Partei und das Rückgrat dieser Republik.

(Beifall)

Wir alle kennen die Parteifreunde, die bei Wind und Wetter auf dem Marktplatz stehen, die helfen, die kämpfen, die man immer anrufen kann. Deswegen sind mir – das sage ich sehr deutlich – auch die altgedienten Parteisoldaten ganz besonders wichtig. Manche finden ja, dass das Wort „Parteisoldat“ negativ besetzt ist. Ich bin Reserveoffizier vielleicht liegt es daran – ich persönlich finde, dass das eine Auszeichnung ist. Männer und Frauen, die sich so lange bereit erklären, für unsere gemeinsame Sache zu streiten, und dies ehrenamtlich tun, Geld und Zeit mitbringen, sind etwas ganz Besonderes. Wir haben einen großen Schatz in unserer Partei, mit dem wir pfleglich umgehen müssen. Auch deswegen ist es notwendig, darüber zu reden, wie die CDU morgen aussehen soll.

(Beifall)

Es geht also um die Frage: Wie begeistern wir Menschen für unsere CDU? Ich glaube, wir müssen selbst hinausgehen und unsere Geschichte erzählen, mit Selbstbewusstsein, mit Freude und mit Haltung. Ich habe in diesem Jahr so viele tolle Menschen kennengelernt, die sich mit Herzblut für unsere CDU einsetzen. Ich darf deshalb sagen: Ich bin sehr stolz darauf, unserer Partei als Generalsekretär dienen zu dürfen.

Einer von denen, die ich getroffen habe und die ich schon lange kenne, ist Anton Spahn. Er war 30 Jahre Schatzmeister der CDU in Gelnhäusen. Er hat im Zweiten Weltkrieg als Soldat gekämpft und ist nach Gründung der Bundesrepublik zur CDU gekommen. Es waren Männer wie er, die unsere Bundesrepublik und unsere Partei aufgebaut haben. Sie gehören fest zu unserer CDU.

(Vereinzelt Beifall)

Oder auch Merve Gül an, die Jurastudentin und Stipendiatin der Deutschlandstiftung Integration, engagierte Bloggerin und begeistertes neues Mitglied. Sie kommt aus Mannheim. Sie hat mir gesagt, sie sei in der CDU, weil ihr die Zukunft ihrer Heimat am Herzen liege. Sie wirbt dafür, dass wir stärker auf das Verbindende als auf das Trennende in dieser Gesellschaft achten. Ich finde, viel besser kann man das in unserem Namen gar nicht beschreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns vergegenwärtigen: In Deutschland leben 15 Millionen Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte. Denjenigen, denen es nicht egal ist, wie Deutschland morgen aussieht, denen sagen wir sehr deutlich: Sie sind herzlich willkommen, in unserer CDU mitzuarbeiten.

(Beifall)

Als ich in Grimmen war, habe ich ein weiteres Mitglied kennengelernt. Er arbeitet als Verkäufer in einem großen Elektronikmarkt. Er sagt, er sei in der CDU, weil er der Meinung sei, dass die CDU nicht nur eine Partei für Akademiker sei, sondern auch eine Partei für Angestellte und Arbeiter, und deswegen engagiere er sich bei uns.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gebe zu: Ich hatte seinen Namen vergessen. Wir haben daraufhin in der Kreisgeschäftsstelle der CDU angerufen und dort gefragt, ob ein Mitglied bekannt sei, das in dem Elektronikmarkt vor Ort arbeite. Der Kreisgeschäftsführer hat gesagt: Ja, klar. Sie meinen den Christian Ramlow. Ich muss ehrlich sagen: Solange wir Kreisgeschäftsführer haben, die ihre Mitglieder so gut kennen, dass sie auf Zuruf sagen können, wen der Generalsekretär meint, so lange müssen wir uns um unsere Partei keine Sorgen machen. Deswegen will ich auch den Hauptamtlichen in den Kreisgeschäftsstellen und den Büros einmal ein herzliches Dankeschön für ihre tolle Arbeit sagen.

(Beifall)

Mich macht es stolz, dass ich so viele Mitglieder treffe, die so engagiert für unsere Sache sind und für unsere CDU brennen. Schon Augustinus hat gesagt: „Nur wer selbst brennt, kann Feuer in anderen entfachen.“ Worüber müssen wir also reden, wenn wir die CDU attraktiver machen wollen? Ich glaube, wir müssen darüber reden, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Politik verbessern. Wir müssen neue Formen des Engagements in unserer Partei ermöglichen. Wir müssen darüber reden, wie wir lebendiger diskutieren. Über 1 200 Vorschläge dazu haben uns die Mitglieder schon geschickt. Ein Mitglied wünscht sich: Die CDU muss den Mitgliedern die Chance geben, sich zu beweisen und mitzumachen. Das ist, wie ich finde, ein berechtigter Anspruch. Wir brauchen neue Lösungen für die Mitglieder, die mobil sind, die ihr Leben nicht mehr an einem Ort verbringen, aber trotzdem eine gewisse Verwurzelung haben.

Vielleicht brauchen wir einen Kreisverband, der nur online arbeitet, so wie sich das manche Mitglieder wünschen. Und ich glaube, dass wir darüber reden müssen, wie wir Mitglieder stärker hier in unseren Parteitag einbinden können. Was spricht dagegen, dass ein Antrag, den ein Mitglied stellt und der von einer bestimmten Zahl anderer Mitglieder getragen wird, hier auf dem Parteitag von uns allen diskutiert wird? Über diese neuen Möglichkeiten der Mitarbeit müssen wir in unserer CDU reden.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt: „Jeder einzelne Bürger muss das Gefühl haben und das Bewusstsein, das er selbst Mitträger des Staates ist. Er muss erkennen und wissen, dass es ein gemeinsames Interesse gibt, das beachtet werden muss, und dass das in seinem ureigenen Interesse geschieht.“

Ich finde, das beschreibt gut, was bis heute Menschen fühlen, die sich in der CDU engagieren.

Dazu passt ein Vorschlag, den uns ein Mitglied gemacht hat und über den ich zum Schluss noch berichten möchte. Er schrieb uns und fragte: Warum singen wir die Nationalhymne nicht am Anfang des Parteitages statt am Ende? – Das, was er damit zum Ausdruck bringen will, ist, finde ich, überlegenswert. Er schrieb: Wir wollen damit deutlich machen: Wir machen das alles hier, weil es uns um unser Land geht. Auch wenn wir streiten, werden wir als Christdemokraten nach jeder noch so harten Diskussion gemeinsam und geschlossen für unsere Überzeugung in diesem Land werben. Das symbolisch dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass man am Anfang singt und nicht am Schluss, darüber kann man, finde ich, diskutieren.

(Teilweise Beifall)

Wir haben viel, worauf wir stolz sein können. Wir sind eine tolle Partei. Doch unser Land verändert sich. Also müssen wir das auch tun. Ich habe in meiner letzten Rede Goethe zitiert. Ich zitiere ihn wieder: „Wenn wir bewahren wollen, was wir haben, werden wir vieles ändern müssen.“ Ich lade Sie alle ein, daran mitzuarbeiten, genau zu überlegen, was wir ändern müssen, damit die CDU 2017 und darüber hinaus erfolgreich ist. Das sind wir uns selbst schuldig. Das sind wir denen schuldig, die vor uns in der Union Verantwortung getragen haben. Und das sind wir vor allem Deutschland, unserem Vaterland, schuldig. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Lieber Peter Tauber, der Parteitag dankt dir als Generalsekretär für deine kluge Rede. Wir finden es toll, dass Peter Tauber sich zum Ziel gesetzt hat, aus der Volkspartei CDU im 21. Jahrhundert eine moderne, attraktive Mitgliederpartei zu machen, neu zu überlegen: Wie können wir immer wieder den Generationenanschluss schaffen, wie können wir um neue Leute werben, wie können wir neue Formen der Parteiarbeit finden? Die Partei steht hinter diesem Projekt, lieber Peter Tauber.

(Beifall)

Wir haben damit gleichzeitig die Einführung in den Antrag D 1 „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft. Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland.“ des CDU-Bundesvorstands gehört.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 22 auf:

#### Anträge

Sie finden die Anträge in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ auf den Seiten 10 bis 89 der Antragsbroschüre sowie in der „Sammlung der Initiativanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“. Diese sind mit dem Buchstaben „C“ gekennzeichnet. Weiterhin liegen Ihnen die Anträge D 1 und D 2 des CDU-Bundesvorstands vor: D 1 ist der Antrag „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft. Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland.“, D 2 ist der Antrag „Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit“.

Die Antragskommission hat empfohlen, die Beratung mit den Anträgen des CDU-Bundesvorstands zu beginnen, das heißt, ich rufe jetzt den Antrag D 1 des Bundesvorstands auf. Der Antrag wurde vorgestern vom Bundesvorstand beschlossen und zu Beginn des Parteitags ausgelegt.

Wir beginnen mit der Aussprache zum Antrag D 1.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir den Antrag D 1 in vier Teilen beraten und darüber abstimmen. Hierfür bietet sich die Gliederung des Antrags an: zunächst die Präambel, also die Zeilen 1 bis 19, dann das Kapitel I „Land der digitalen Chancen“, dann das Kapitel II „Land der klugen Köpfe“, dann das Kapitel III „Land der starken Wirtschaft“. Ich rufe bei den einzelnen Kapiteln die zum Antrag D 1 gehörenden Anträge mit dem Buchstaben C sowie den Initiativantrag C 103 und einen redaktionellen Änderungsvorschlag der Antragskommission mit auf. Den Text dieser Anträge finden Sie in Ihrer Antragsbroschüre und in der „Sammlung der Initiativanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“. Bei den einzelnen Kapiteln werden wir diejenigen Redner aufrufen, die hierzu sprechen möchten. Für Wortmeldungen verwenden Sie bitte die ausgehängten Wortmeldezettel. Bitte geben Sie diese an dem dafür vorgesehenen Tisch, der sich von der Bühne aus gesehen auf der rechten Seite befindet, ab.

Wir hören jetzt erst einige Überlegungen zum Antrag insgesamt. Ich erteile dazu dem Vorsitzenden unserer Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Carsten Linnemann, das Wort.

(Beifall)

**Carsten Linnemann:** Herzlichen Dank, Peter Hintze, Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im Bundesvorstand aus Überzeugung allen vier Abschnitten, also dem gesamten Antrag, zugestimmt und empfehle das auch Ihnen. Ich will das auch begründen.

Ich glaube, wenn wir in der Geschichte zurückblicken, kann man sagen, dass jede Generation ihre eigenen Herausforderungen hatte. Es war die Union, die sich immer diesen Herausforderungen gestellt hat und die sich auch damals schon nicht nur die entsprechenden Fragen gestellt, sondern auch die passenden Antworten gefunden hat. Genau das tun wir heute wieder. Wir stellen uns heute die Fragen, die wir beantworten müssen, wenn wir in zehn oder 20 Jahren noch erfolgreich sein wollen.

Da gibt es beispielsweise ein wichtiges Thema, das schon Peter Tauber angesprochen hat: Die Kernursache, warum es Deutschland heute gut geht, ist für mich, dass wir am industriellen Kern Deutschlands, an den gesamten Wertschöpfungsketten und am industriellen Mittelstand festgehalten haben und uns nicht wie andere in Teilen davon verabschiedet haben. Das sind wichtige Punkte, die auch in diesem Antrag herausgestellt werden: dass wir bezahlbare Energie brauchen, dass wir Freihandel brauchen. Der Mittelstand ist deshalb erfolgreich, weil er exportorientiert ist. Der Maschinenbau, der Anlagenbau, die chemische und elektronische Industrie sowie die Automobilindustrie exportieren zu 80 Prozent. Deshalb sind wir erfolgreich, und deshalb brauchen wir auch TTIP. Die momentane Debatte über TTIP erinnert mich an die Debatte über die Einführung des Binnenmarktes. Da hatten wir genau dieselben Befürchtungen.

Wir müssen aber die Chancen sehen. Die Chancen liegen darin, dass wir nicht nur unsere Standards halten, sondern eventuell sogar ausbauen können. Beim Binnenmarkt haben alle gesagt: Die Standards werden gesenkt. Das Gegenteil ist richtig. Deswegen danke ich auch Angela Merkel, dass uns dieses so bestätigt wurde. Wir brauchen TTIP, wir brauchen den Freihandel; gerade für den Mittelstand und den industriellen Kern unseres Landes.

(Beifall)

Drei zentrale Fragen müssen beantwortet werden: Erstens. Welche Produkte verkaufen wir in 20 Jahren? Zweitens. Wer verkauft diese Produkte? Drittens. Auf welchen Märkten sind wir unterwegs?

Erstens. Welche Produkte? Es ist klar, dass wir nie ein Billiglohnland werden wollen. Unsere Arbeitskosten sind hoch. Wir haben qualitativ hohe Produkte. Das heißt, wenn wir kein Billiglohnland sind, sind wir teurer als andere. Also müssen wir auch besser sein. Wir müssen also das Thema Bildung, auch das Thema duale Ausbildung, großschreiben. Deswegen gibt es im Antrag ein ganz klares Bekenntnis für die duale Ausbildung, wie zentral sie ist, gepaart mit dem Meisterbrief. Der Meisterbrief ist deshalb wichtig, weil er jungen Leuten aufzeigt, dass es Karrieremöglichkeiten in der dualen Ausbildung gibt. Das ist entscheidend. Deshalb ist es wichtig, dass wir am Meisterbrief festhalten. Das ist kein nichttarifäres Handelshemmnis, sondern ein Bildungsstandard.

(Beifall)



Wir sehen, dass gerade in den Gewerken, in denen der Meisterbrief aufgehoben wurde, die Selbstständigkeit nicht so erfolgreich ist und die duale Ausbildung zurückgeht. Deswegen müssen wir den Akademisierungswahn stoppen. Wir brauchen beides. Wir brauchen Akademiker, aber auch die duale Ausbildung für das Handwerk und für Fachkräfte der Zukunft.

(Beifall)

Apropos Fachkräfte: Wir brauchen die Jungen und die Alten. Ich hatte das Glück, mit der Konrad-Adenauer-Stiftung einige Tage in Japan zu sein. Mir ist aufgefallen, dass dort viele freiwillig länger arbeiten, nicht in erster Linie wegen des Geldes, sondern wegen der Teilhabe am Arbeitsmarkt, weil man nicht von 100 auf 0 fallen will. Uns haben viele Unternehmer, viele Mittelständler angesprochen und gefragt: Warum können wir in Deutschland befristete Verträge im Rentenalter abschließen? Warum sind es nur unbefristete Verträge? Sie sagen: Für mich als Mittelständler ist es schwierig, weil wir uns irgendwann, wenn der Mitarbeiter 90 oder 100 Jahre alt ist, trennen müssen. Deshalb war es richtig, dass wir die Flexirente durchgesetzt haben – Flexibilität im Rentenalter – dass befristete Verträge erlaubt sind, dass diejenigen, die gerne länger arbeiten wollen, dies auch tun können. Es war die CDU, die diesen Punkt in der Rentendebatte besetzt hat. Das sollten wir immer wieder herausstellen.

(Beifall)

Natürlich gibt es auch noch weitere Schritte. Deswegen gibt es die Kommission zum Thema Rente, Abbau von Barrieren, die im Moment tagt. Viele wissen nicht, dass es jetzt schon die Möglichkeit gibt, im Rentensystem zu bleiben und länger zu arbeiten. Ich bedanke mich auch bei Karl Schiewerling, der dieses immer deutlich macht. Wenn heute jemand länger arbeitet und im Rentensystem bleibt, bekommt er jedes Jahr einen Zuschlag von sechs Prozent plus eingezahlte Beiträge. Das sind jedes Jahr 8,5 Prozent mehr Rente. Nach drei Jahren sind es 25 Prozent. Auch das müssen wir kommunizieren.

Auf der anderen Seite gibt es viele, die sagen, dass sie zwar Rente beziehen wollen, trotzdem aber weiter arbeiten wollen. Das machen die meisten. In diesen Fall müssen in Deutschland die Unternehmer, die Mittelständler für die Rentner weiter Sozialversicherungsabgaben zahlen, obwohl die davon nichts mehr haben. Es ist doch absurd, dass man für Rentner Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen muss, die gar nicht mehr arbeitslos werden können. Das gehört abgeschafft.

(Beifall)

Im Bereich der Renten sollten wir uns die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, dass man die Rentenpunkte, die man erwirbt, auch direkt dem Arbeitnehmer im Betrieb zugutekommen lässt und sie nicht in einem großen Topf belässt.

Die zweite Frage lautet: Wer wird überhaupt Unternehmer? Wer wird überhaupt Mittelständler? 94 Prozent der jungen Leute im Studium sagen, dass sie nicht Unternehmer, Mittelständler werden wollen. Wir müssen uns hier die Frage stellen: Wie können wir in Deutschland ein Gründerklima schaffen, dass sie es machen? Auch in diesem Antrag gibt es dazu tolle Aspekte, die ganz klar sagen, dass auch die Fraktion mit Volker Kauder an der Spitze mit den Ländern reden will, dass wir wirtschaftliche Zusammenhänge in den Schulen vermitteln, dass das zum Lerninhalt wird. Das ist doch wichtig. Wichtig ist für junge Menschen, die ein Unternehmen gründen wollen, dass die Bürokratie abgebaut wird. An dieser Stelle herzlichen Dank an Helge Braun, der sich dafür einsetzt. Wenn ich das bescheiden sagen darf, dann hat die Mittelstandsvereinigung immer gefordert, dass wir in den ersten drei Jahren eine Schutzzone für Gründer brauchen, dass sich diese nicht mit Bürokratie, mit Statistiken und Dokumentationspflichten beschäftigen müssen, sondern mit ihrem Geschäftsmodell.

(Beifall)

Deshalb freue ich mich, dass es jetzt endlich Initiativen gibt, damit sich die jungen Leute darauf konzentrieren können.

Die dritte Frage lautet: Welche Märkte gibt es in Zukunft? Das ist natürlich die Verzahnung der industriellen Welt mit der digitalen Welt. Das ist das zentrale Thema. Sie sehen das im Bereich der Handys. Früher wurden Handys noch in Deutschland hergestellt. Es gibt die Firma Nokia, die im Jahr 2009 einen Weltmarktanteil von 50 Prozent hatte. Heute sind es null Prozent. Beim Handy ist es nicht so problematisch, weil wir Deutschen keine komparativen Kostenvorteile hatten. Aber wenn uns diese Dynamik im Automobilssektor, im Maschinenbau oder im Anlagenbau erreicht, wo wir weltweit Spitze sind, dann bekommen wir ein Problem. Deswegen müssen wir uns heute vorbereiten. Deswegen brauchen wir beispielsweise ein schnelles Internet. Deshalb müssen wir unseren Umgang mit Daten neu bewerten. Deswegen brauchen wir Risikokapital. Das sind genau die richtigen Stichworte, die in diesem Antrag angesprochen werden.

(Beifall)

Es gibt auch einen Grund, warum wir uns mit diesen Fragen beschäftigen. Natürlich ist die Konjunktur nicht mehr so gut wie vor einem Jahr. Die einen sagen, dass wir kurzfristig Konjunkturpakete brauchen. Die anderen sagen sogar, dass wir schuldenfinanzierte Konjunkturpakete brauchen. Ich sage Ihnen: Man ist viel unterwegs in den Kreisverbänden und besucht viele Unternehmen. Ich selbst komme aus dem Einzelhandel. Wenn ich mit Mittelständlern rede, dann wollen sie immer nur zwei Sachen: Erstens Planbarkeit und zweitens Verlässlichkeit. Das ist die wichtigste Währung, die wir heute brauchen.

(Beifall)

Um dieses umzusetzen, stehen wir auch in der Verantwortung. Papier ist natürlich geduldig. In diesem Papier steht viel. Wir können auf dem Parteitag keine Gesetze beschließen, aber wir ste-

hen in der Verantwortung, dass wir die Beschlüsse umsetzen. Auch das ist Verlässlichkeit. Deshalb freue ich mich, dass wir mit dem Abbau der kalten Progression ein erstes Signal setzen, indem wir sie noch in dieser Legislaturperiode wirklich angehen wollen. Das geht natürlich nur – das stand auch in unserem Antrag – wenn die schwarze Null gilt. Auch das ist ein Zeichen von Verlässlichkeit. Wir können Wolfgang Schäuble dankbar sein, dass er uns als Finanzminister die schwarze Null besorgt hat. Die steht für Verlässlichkeit, und das wollen Mittelständler haben. Das ist das wichtige Signal in die Welt.

(Beifall)

Es gibt aber einen Satz in diesem Antrag, der meiner Meinung nach unterschätzt wird. Er steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der kalten Progression und lautet: Wir wollen Spielräume schaffen. Ich glaube, das ist ambitioniert. Wir sollten uns auf den Weg machen, um unseren Staat heute effizienter zu machen. Nehmen Sie das Thema öffentliche Verkehrsinfrastruktur. Im letzten Jahr sind nur 14 von 40 Großvorhaben im Plan gewesen. Alle anderen wurden über Gebühr abgerechnet. Das prominenteste Beispiel ist der Flughafen Berlin Brandenburg. Er wurde mit 1,5 bzw. 1,7 Millionen Euro geplant. Jetzt ist man schon bei 5,5 Milliarden Euro, und der Flughafen steht immer noch nicht.

Da müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nicht ans Planungsrecht gehen, ob wir nicht andere Prioritäten setzen müssen, und insbesondere die Frage: Wie machen wir unseren Staat effizienter?

Wenn wir uns jetzt auf den Weg machen, werden wir vielleicht feststellen, dass wir im Jahre 2020 den Solidaritätszuschlag gar nicht mehr benötigen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein letzter Punkt. Ich glaube, es hat einen wichtigen psychologischen Effekt, wenn heute das Signal rausgeht, dass es uns als Union bei Fragen des Sozialstaates insbesondere um soziale Gerechtigkeit geht. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Wir müssen uns auch mit der anderen Seite beschäftigen, mit den Menschen, die diesen Sozialstaat finanzieren und damit überhaupt erst möglich machen. Das sind die Leistungsträger dieser Gesellschaft, das ist die Mitte dieser Gesellschaft, das sind Handwerker, Arbeitnehmer, Mittelständler und Freiberufler. Die müssen im Mittelpunkt stehen. Wir müssen das Signal senden, dass wir uns um die breite Masse dieser Gesellschaft kümmern.

(Vereinzelt Beifall)

Die Voraussetzungen sind gut. Wir haben einen klasse Mittelstand, eine klasse Familienunternehmensstruktur. Diese sind über ganz Deutschland verteilt, auch im ländlichen Raum. Wir konzentrieren uns nicht wie andere Länder auf wenige Monopole, auf wenige Regionen, sondern

die Unternehmen sind im ganzen Land verteilt. Dies sind ehrbare Kaufleute. Gleichzeitig haben wir einen herausragenden Wissenschaftsbereich, angefangen mit der Humboldt-Universität über Forschungsuniversitäten hin zu tollen Fachhochschulen. Wir haben jetzt schon eine Verzahnung zwischen Mittelstand und Wissenschaft. Wir haben damit die besten Voraussetzungen, um auch in dieser neuen Welt vorne zu sein. Gehen wir diesen Weg. Auf geht's! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Carsten Linnemann a) für die Rede, b) für die Vorarbeit und c) für die Arbeit als Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung, als wirtschaftspolitisches Herz und Gewissen der Union. Als Nächsten rufe ich den von den Mitgliedern nominierten Spitzenkandidaten der CDU in Baden-Württemberg, Guido Wolf, auf.

(Beifall)

**Guido Wolf**: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich denke, dieser Parteitag kann nicht vorbeigehen, ohne dass ich mich Ihnen vorstelle. Ich bin Guido Wolf aus Baden-Württemberg und wurde letzte Woche von der CDU Baden-Württemberg zum Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl nominiert. Ich will euch und Ihnen einfach mitteilen: Wir, die CDU Baden-Württemberg, hat das Ziel und den unbändigen Willen, Baden-Württemberg 2016 wieder eine bessere, eine CDU-geführte Landesregierung zu geben. Dafür stehe ich, und dafür bitte ich euch alle um eure Unterstützung.

(Beifall)

Ich habe bewusst diesen Tagesordnungspunkt gewählt, um mich vorzustellen. Es geht um den Antrag „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“. Wir Baden-Württemberger wollen uns an diesem wichtigen Projekt „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“ beteiligen. Baden-Württemberg ist mehr als das, was wir derzeit erleben. Baden-Württemberg verkauft sich unter Wert. Baden-Württemberg ist zu einem Land der Bedenkenträger geworden, aber wir alle haben das Ziel, Baden-Württemberg wieder zum Land der Hoffnungsträger zu machen, indem – so wie es die Kanzlerin gestern gesagt hat – über Chancen diskutiert wird und nicht über Bedenken und Risiken.

(Beifall)

Die CDU ist die Partei, die für Zukunft steht. Die CDU ist die Partei, die sich um die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen kümmert. Sie steht für Technologie, für Innovation und geht die großen Herausforderungen der digitalen Revolution offensiv an. Sie darf sich jetzt nicht in kleinkarierten Diskussionen über Datenschutz und Risiken verheddern. Sie setzt ganz gezielt darauf, dass wir in Deutschland und insbesondere in unseren Bundesländern Speerspitze dieser digita-

len Revolution werden müssen. Die CDU ist die eigentliche Zukunftspartei, die den Bedürfnissen der Menschen in diesem Land dient. Das muss die Botschaft sein, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Um Ihnen zu verraten, was einem baden-württembergischen CDU-Kandidaten auf der Seele liegt: Die Grünen und die Roten bei uns sind zu Verbotsparteien geworden, die sich täglich überlegen, was man den Menschen noch alles vorschreiben und was man noch alles definieren kann, Gutmenschen, die tagtäglich vermitteln, was die Menschen zu tun und zu lassen haben. Das Neueste bei uns in Baden-Württemberg ist eine Efeu-Novelle: Wer irgendwo eine Wohnung oder ein Haus ohne Vorgarten hat, der muss jetzt die Hauswand mit Efeu bewachsen lassen oder das Dach begrünen. Wie viele Verbote wollen wir denn noch? Wir wollen Freiheit, Handlungsspielraum für die Menschen dieses Landes und die vielen mittelständischen Unternehmen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage auch mit Blick auf diesen Antrag „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“: Wichtig ist, dass wir damit beginnen, in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen das Bewusstsein für die Zukunft zu schärfen. Wichtig ist, dass wir in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen ein Bewusstsein für selbstständiges Unternehmertum, für wirtschaftliches Denken, für den Umgang mit Geld schaffen. Im Rahmen der Fortschreibung der Bildungspläne in unseren Schulen ist es für mich in erster Linie wichtig, dass wir genau diesen Unternehmergeist bereits in den Schulen vermitteln, damit Kinder spüren, es ist ein Wert an sich, in diesem Land Verantwortung zu übernehmen, ein Unternehmen zu gründen, Arbeitsplätze zu schaffen. Das sind Beiträge zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Das muss vor allem in den Köpfen der jungen Menschen verankert werden.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, darf ich Ihnen sagen: Wir Baden-Württemberger haben uns in der CDU zu einem geschlossenen Auftritt, zu einer geschlossenen Formation entschieden. Wir haben den Mitgliederentscheid absolviert, ohne dass Gräben gezogen oder Lager gebildet wurden. Ich will auch an dieser Stelle Thomas Strobl für diesen fairen Wahlkampf und Wettbewerb nochmals danken.

Ich will diesen Parteitag hier in Köln aber auch nicht vorübergehen lassen, ohne euch allen zu sagen: Wir Baden-Württemberger sind gewillt, 2016 wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir setzen auf die Unterstützung der Bundespartei, der Kanzlerin, aller unserer Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern. Wir wollen als Baden-Württemberger wieder an Deutschlands Zukunft mitarbeiten. Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Danke, lieber Guido Wolf. Der Parteitag hier in Köln unterstützt das Projekt der Rückgewinnung von Baden-Württemberg für die Christlich Demokratische Union mit Herz und Sinn. – Als nächster Rednerin erteile ich das Wort einer Finanzpolitikerin aus Sachsen, unserer Kollegin aus dem Bundestag, Bettina Kudla. Danach kommt Jens Spahn.

**Bettina Kudla:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße eine Aussage in unserem Antrag ganz besonders, nämlich dass die kalte Progression perspektivisch abgeschafft wird. Ich halte dies vom Grundsatz her für ein sehr wichtiges Ziel; denn es sollte immer unser politisches Ziel sein, die Menschen möglichst stark von Steuern zu entlasten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben vergangene Woche und auch in den vergangenen Monaten im Deutschen Bundestag sehr viele Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung beschlossen. Ich nenne beispielsweise das Gesetz zur Verschärfung der strafbefreienden Selbstanzeige und das Informationsabkommen zwischen mehr als 50 Staaten zum elektronischen Datenaustausch.

Die Bereitschaft der Bürger, Steuern zu zahlen, wird nur gegeben sein, wenn sie den Staat auch wirklich akzeptieren. Die Akzeptanz des Staates jedoch wird nur steigen, wenn der Bürger perspektivisch entlastet wird.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Entlastung kann aber nur geschehen, wenn wir wichtige finanzpolitische Eckdaten einhalten. Zu diesen Eckdaten gehört ein ausgeglichener Haushalt.

Meine Damen und Herren, wir haben gesamtwirtschaftlich in den letzten Jahren sehr viel erreicht. Deutschland geht es insgesamt sehr gut. Aber vor dieser Aussage sollten wir nicht vergessen, dass viele Menschen mit sehr wenig Geld und mit einem geringen Einkommen auskommen müssen. Deswegen muss das Ziel immer sein, perspektivisch den Bürger zu entlasten.

Wir haben mit dem ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2015 die These der Opposition widerlegt, dass man einen ausgeglichenen Haushalt nur mit Steuererhöhungen erreichen kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Die nächsten Redner sind Jens Spahn, Regina Görner, Albrecht Schütte und Andreas Lämmel. – Jens Spahn, bitte.

**Jens Spahn:** Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Dieser Antrag ist ein wichtiges Signal. Die Union weiß, dass Erwirtschaften vor dem Verteilen kommt. Rente, Gesundheit, Sozialhilfe, BAföG, ja auch die Ausgaben für Verteidigung – das geht am Ende alles

nur, wenn wir eine gute wirtschaftliche Basis haben. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt: Rentenerhöhungen, Lohnerhöhungen und am Ende auch ein ausgeglichener Haushalt – das alles geht nur, wenn die Wirtschaft läuft. Wir wollen mit diesem Antrag die Basis für die nächsten Jahre legen und deutlich machen: Die CDU steht für wirtschaftliches Wachstum.

(Beifall)

Ich möchte gerne kurz zwei Themen herausgreifen. Da ist zum einen das Thema Fachkräfte. Carsten Linnemann hat schon darauf hingewiesen, dass die Flexi-Rente ein Erfolg der Union ist. Es geht darum, dass diejenigen, die länger arbeiten können und wollen, tatsächlich auch Anreize haben, das zu tun. Ich habe es an meinem eigenen Vater gesehen. Als er in Rente war, hat er sich kurz darauf gedacht, dass er wieder arbeiten will, weil es ihm zu langweilig war. Er hat dann aber gesehen, wie schwierig dies ist, weil die Rahmenbedingungen zum Teil nicht stimmen.

Wir wollen es besser machen. Wir möchten, dass diejenigen, die wollen und können, tatsächlich länger arbeiten. Das ist das richtige Signal in einer älter werdenden Gesellschaft.

(Beifall)

Das andere wichtige Thema ist Zuwanderung. Ich finde, auch darüber müssen wir etwas mehr reden, als wir es in der Vergangenheit getan haben. Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten das Land in der Welt, in das – nach absoluten Zahlen – die meisten Menschen zuwandern, und das schon zum zweiten Mal infolge. Wir sind begehrt in der Welt. Es ist beliebt, zu uns zu kommen, bei uns zu arbeiten und sich hier einzubringen. Wir sind mit der Blue Card da gut vorangekommen. In unserem Antrag zeigen wir klare Kriterien auf, was die Qualifikation, Sprachkenntnisse und Chancen auf dem Arbeitsmarkt angeht.

Im Übrigen gehört dazu durchaus auch – das sind natürlich zwei getrennte Themen – die Debatte über die Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland. Ich selbst war in Nordjordanien im Flüchtlingslager al-Zaatari. Wir haben dort mit syrischen Flüchtlingen gesprochen. Manchmal müssen wir vielleicht unser eigenes Bild von Flüchtlingen korrigieren. Das waren IT-Fachleute, gut ausgebildete Ärzte, BWLer und Marketingfachleute. Sie haben gesagt: Gebt uns eine Chance, bei euch in Deutschland mitzumachen! – Ich hätte, ehrlich gesagt, die Ärzte am liebsten sozusagen eingepackt und mitgenommen; denn wir brauchen sie hier. Es ist ein gutes Signal, wenn wir sagen: Wer hier in Deutschland als Asylbewerber und Flüchtling ist, hat die Chance – das ändern wir ja gerade –, hier zu arbeiten und sich einzubringen, wenn es einen Arbeitsplatz für ihn gibt. Wir brauchen diese gut ausgebildeten Leute und auch das sagen wir in diesem Antrag, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ein anderes Thema, das ich noch kurz erwähnen möchte, ist der digitale Wandel. Auch der Generalsekretär hat richtigerweise einen Schwerpunkt darauf gelegt. Das wird das große Thema

sein. Wir stellen uns die spannende Frage – sie wird auch im Antrag erwähnt; wir müssen sie in den nächsten Monaten intensiver miteinander diskutieren –, wie wir den Gegensatz zwischen innenpolitischen Vorgaben und den Datenschutzvorgaben einerseits und den Bedürfnissen der digitalen Wirtschaft andererseits auflösen können.

Ein banales Beispiel ist WLAN. Ich steige in Lissabon ins Taxi und habe freies WLAN. Ich liege in Kroatien am Strand und habe auch dort WLAN. Aber wir schaffen es nicht einmal, dass es am Pariser Platz in Berlin-Mitte WLAN gibt. Das kann und darf so nicht bleiben. Auch daran misst sich unsere Zukunftsfähigkeit.

(Beifall)

Es geht am Ende um den Ausgleich zwischen den Interessen der inneren Sicherheit verbunden mit der Nachvollziehbarkeit, wer möglicherweise im Netz ist, und der Frage, wie wir WLAN nutzen können.

Noch ein Wort zum Datenschutz. Die Amerikaner machen das ganz easy. Sie sammeln Daten und überlegen sich dann ein Geschäftsmodell dazu. Nach deutschem Datenschutzrecht muss man vorher den Zweck wissen, bevor man überhaupt Daten sammeln darf. Dadurch haben die Amerikaner natürlich einen unendlichen Vorteil, wenn es darum geht, Geschäftsmodelle und Ideen zu entwickeln. Stellen Sie sich einmal vor, dass Sie beim automatisierten Fahren alle zehn oder 20 Meter Ihre Zustimmung geben müssen, dass die Software Ihre Position weitergeben darf. Das Auto müsste dazu höchst wahrscheinlich anhalten.

Mit dem Datenschutz in Deutschland funktioniert das alles nicht. Wir müssen die Partei sein, die klug damit umgeht. Natürlich dient der Datenschutz der Datensicherheit und den Interessen der Verbraucher. Wir brauchen aber einen Datenschutz, der es gleichzeitig ermöglicht, dass deutsche Unternehmen und deutsche Start-ups Geschäftsmodelle entwickeln können. Wir wollen nicht, dass Unternehmen wie Facebook, Google und Amazon auch in anderen Bereichen vorherrschen. Wir wollen deutsche Unternehmen und europäische Unternehmen, die erfolgreich sind. Deswegen ist die EU-Datenschutzverordnung ein ganz wichtiges Thema für uns.

Dieser Antrag sagt klar: Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft. Wir wollen diejenigen sein, die die wichtigen wirtschaftspolitischen Akzente setzen. Deswegen freue ich mich sehr, dass wir diesen Antrag heute beraten. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jens Spahn. – Nun Regina Görner bitte. Danach folgt Albrecht Schütte.

**Dr. Regina Görner:** Schönen guten Morgen, liebe Delegierte! Ich möchte mich zum Punkt III „Land der starken Wirtschaft“ unter zwei Aspekten beschäftigen. Ich finde, es ist ein großer



Fortschritt, dass in diesem Antrag deutlich gemacht wird: Wir bekennen uns zur Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung. Das ist zwar nichts Neues in der Union. Aber wir wissen, dass dies ein Standortvorteil ist.

Wenn ich gefragt werde, warum sich die deutsche Industrie in der Krise so gut durchgesetzt hat und warum es so viele Hidden Champions, so viele Weltmarktführer in Gestalt von kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland gibt, dann muss ich darauf antworten: Das sind keine Unternehmen, in denen es schlechte soziale Bedingungen gibt, die niedrige Löhne zahlen und in denen es keine Mitbestimmung, keine Betriebsräte und nur schwache Gewerkschaften gibt. Wenn man genau hinschaut, dann sieht man, dass das Gegenteil der Fall ist. Das hat etwas damit zu tun, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in den Unternehmen ein größtes Interesse an Innovation und an Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen haben und dass sie darauf hinarbeiten, dass diese Zukunftsfähigkeit auch sichergestellt ist.

In Zeiten, in denen Unternehmen durch die Shareholder immer stärker unter Druck gesetzt werden, an kurzfristige Erfolge zu denken und die langfristigen Investitionsinteressen außer Acht zu lassen, ist es ganz unverzichtbar, dass es im Unternehmen Gegengewichte gibt, die genau dieses langfristige Interesse verfolgen. Das sind die Tarifpartner und die Betriebsräte. Wir sollten dieses Gut auf gar keinen Fall aufs Spiel setzen. Ich bin froh, dass das inzwischen auch international mit großer Aufmerksamkeit viel positiver betrachtet wird, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Ziffer 420 ff. Dort steht, dass ein „Tariftreue- und Vergabegesetz durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in weiten Teilen überflüssig geworden ist“. Ich bin sehr froh, dass wir den gesetzlichen Mindestlohn haben. Er wird auch viel Positives bewirken. Aber dass man deswegen kein Tariftreue- und Vergabegesetz braucht, gehört nun wirklich nicht zu den Wirkungen. Ich bitte die Antragskommission, das noch herauszunehmen, weil es sachlich falsch ist.

Ich will zu dieser Debatte, die in diesem Bereich ansteht, sagen: Es gibt Bundesländer, in denen man mit Tariftreuegesetzen, die die Überprüfung einer Vielzahl von Sachverhalten vorsehen, die Erfahrung gemacht hat: Es lässt sich nicht überprüfen und ist auch für die Betriebe ganz unübersichtlich.

Ein abgeschlossener Tarifvertrag hat in Deutschland Gesetzescharakter und muss von den Tarifparteien eingehalten werden. Wenn es so ist – das ist ja Gott sei Dank so –, dass unsere mittelständischen Unternehmer, die bereit sind, sich an Recht und Gesetz und an ihre Tarifvertragspflichten zu halten, gerade deswegen beispielsweise im Wettbewerb um die Vergabe öffentlicher Aufträge gegen Anbieter unterliegen, die sich nicht die Bohne um Tariftreue kümmern, dann haben wir, wie ich finde, alle Veranlassung, ein vernünftiges Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg zu bringen, das dafür sorgt, dass so ein Unsinn nicht passiert. Wir haben im Saar-

land ein solches schlanke Gesetz seit ein paar Jahren. Niemand hat die Veranlassung gesehen, das abzuschaffen. Regulierung kann vernünftig sein, aber sie kann natürlich auch völlig unsinnig sein. Wir sollten die gute Regulierung machen und die schlechte abschaffen. – Danke.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Jetzt spricht Albrecht Schütte und danach Andreas Lämmel.

**Albrecht Schütte:** Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Albrecht Schütte, Kreisverband Rhein-Neckar. Als ich im Kollegenkreis gesagt habe, dass ich auf den Bundesparteitag fahre, fragte man natürlich: Worum geht es da? Das Thema, das meine Kollegen interessiert hat, war die Kalte Progression. Wenn man sich dieses Thema genau anschaut, stellt man fest, dass es bei der Abmilderung der Kalten Progression nicht um eine Steuersenkung geht, sondern einfach darum, dass die Steuern nicht immer weiter erhöht werden. Die Aussage der SPD zu diesem Thema ist: Wir müssen, wenn wir die Kalte Progression abmildern, irgendwelche Steuern erhöhen. Diese Aussage ist dumm und bedeutet im Grunde: Wir können nur dann Politik machen, wenn wir die Steuern konstant erhöhen. Ich bin froh, dass das in unserem Antrag anders steht.

Ich möchte auf die Zahlen der letzten zehn Jahre eingehen: Die Nettolöhne sind um circa 1,5 Prozent gestiegen – das entspricht der Inflation –, die Bruttolöhne sind um circa 2,2 Prozent gestiegen – das ist knapp unter der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts –, und die Steuereinnahmen sind um 3,4 Prozent gestiegen. Genau darum geht es. Einer meiner ersten Berührungspunkte mit der Politik war der Satz: Leistung muss sich wieder lohnen. In den nächsten drei Jahren, bis zum Ende dieser Legislaturperiode, wird die Kalte Progression zu Steuermehreinnahmen von zehn Milliarden Euro führen. Ich bitte all diejenigen, die den Antrag in den Parlamenten weiter bearbeiten: Denken Sie an die Leute, die täglich arbeiten gehen, zum Beispiel an die Facharbeiter. Ich bitte Sie: Sorgen Sie dafür, dass infolge unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik nicht nur die Steuereinnahmen steigen, sondern auch netto etwas mehr in der Lohntüte ankommt. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun spricht der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, unser Kollege Andreas Lämmel.

**Andreas Lämmel:** Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Slogan unseres Parteitages „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft.“ ist sicherlich genau der Slogan, den wir im Moment brauchen. Deutschlands Zukunft hängt ganz entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Ohne eine gesunde und positive wirtschaftliche Entwicklung sieht es um die Zukunft Deutschlands schlecht aus. Die Bundeskanzlerin hat gestern in ihrer Rede deutlich gemacht, dass es jetzt darum geht, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung richtig zu setzen. Genau darum geht es in dem Antrag, den der Bundesvorstand hier vorgelegt hat.

Wenn wir uns das letzte Jahr der Großen Koalition anschauen, muss man feststellen, dass wir mit unseren politischen Entscheidungen einige Belastungen der Wirtschaft verursacht haben. Diese müssen wir nun – das ist Ziel dieses Antrags – korrigieren. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen werden am 1. Januar des nächsten Jahres ziemlich frustriert in die Welt schauen, wenn sie merken, welche Gesetze und Gesetzesänderungen zum 1. Januar des nächsten Jahres in Kraft treten. Ich weiß, dass 80 Prozent unserer Wählerschaft bzw. der Bevölkerung die Projekte, die wir verabschiedet haben, mittragen. Dabei geht es um den gesetzlichen Mindestlohn, die Rentenpakete, das Elterngeld Plus und die Pflegezeit. Alle diese Maßnahmen sind aber mit bürokratischen Belastungen der Wirtschaft und mit neuen Rechtsansprüchen, denen die Wirtschaftsunternehmen gerecht werden müssen, verbunden. Daher sind Korrekturen notwendig.

Ich möchte auf einige Punkte des Antrags eingehen. Insgesamt zeigt der Antrag wirklich in die richtige Richtung. Es gilt nun, im weiteren politischen Prozess die einzelnen Punkte, die beschrieben wurden, umzusetzen.

Das Kapitel, in dem es darum geht, digitale Chancen zu ergreifen, enthält einen Unterpunkt, der mir sehr wichtig ist. Dabei geht es darum, die Offenheit für neue Technologien zu sichern. Wir haben in den letzten Jahren ohne Not Technologien aufgegeben, in denen wir in Deutschland führend waren. Wir haben ganze Industriezweige aufgegeben, angefangen bei der Nukleartechnik bis zur Grünen und Weißen Gentechnologie. Wir haben es im Zusammenhang mit der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes nicht geschafft, die CCS-Technologie in Deutschland einzuführen. Auch beim Thema Fracking sind wir keinen Schritt weitergekommen. Und nun will Wirtschaftsminister Gabriel auch noch dem Bau von Kohlekraftwerken den Garaus machen, indem er keine Exportgarantien geben will. Das zeugt nicht von Offenheit für neue Technologien. Wir müssen mehr dafür werben, auch innerhalb der CDU, dass man bei neuen Technologien nicht immer nur die Risiken betrachtet, sondern vor allem auch die Chancen sieht.

(Teilweise Beifall)

Unter dem Punkt „Land der starken Wirtschaft“ geht es um die Gründer. Das ist sicher ein ganz wichtiges Thema. Man muss sich fragen, warum sich in Deutschland so wenig junge Leute für Gründungen interessieren. Das hängt natürlich mit den Rahmenbedingungen zusammen. Wenn ein junger Mensch sieht, dass sich seine Eltern in ihrem Betrieb oftmals ablagen und mit staatlicher Regulierung herumschlagen müssen, erhöht das nicht die Motivation, selbst zu gründen. Wir müssen uns um die Gründer kümmern; wir müssen uns aber auch um die bestehenden Wirtschaftsunternehmen kümmern, um die mittleren und kleinen Unternehmen, die es im internationalen Wettbewerb immer schwerer haben.

Damit komme ich zum Thema Bürokratieabbau. In der letzten Legislaturperiode haben wir uns ein Abbauziel gesetzt. Im neuen Koalitionsvertrag ist dazu leider nichts zu finden. Wir brauchen

aber ein solches Abbauziel. Mit den Reformen im sozialen Bereich, die im ersten Jahr der Großen Koalition verabschiedet wurden, wurde – das habe ich schon gesagt – so viel Bürokratie erzeugt, dass wir uns eigentlich vornehmen müssten, doppelt so viel Bürokratie abzubauen, um den Stand von vor einem Jahr zu erreichen.

(Teilweise Beifall)

Mit einem Satz im Antrag kann ich mich überhaupt nicht einverstanden erklären. Ich wundere mich sehr darüber, dass dieser Satz so in dem Antrag steht. Es geht um die Rückführung der vorgezogenen Sozialversicherungsbeiträge. Dort steht der Satz: Eine Liquiditätsrückführung wird nicht stattfinden. – Ich kann mich genau erinnern: Vor zehn Jahren hat man, weil die Rentenversicherungskassen klamm waren, gesagt, dass die Unternehmen einen Monatsbeitrag an Sozialversicherungsbeiträgen zusätzlich in die Kassen einzahlen sollen. Wenn es den Kassen wieder besser ginge, sollten diese Beiträge zurückgeführt werden. Dass man diese Rückführung jetzt ganz grundsätzlich ausschließt, ist, glaube ich, keine Maßnahme, um die Glaubwürdigkeit der Politik in der Wirtschaft zu erhöhen.

Ansprechen möchte ich noch ein Thema, das mit der Handelspolitik zu tun hat. TTIP und CETA wurden heute mehrfach angesprochen. Ich bin der Bundeskanzlerin und vor allem Peter Tauber sehr dankbar dafür, dass sie innerhalb der CDU die Initiative ergriffen haben, um über TTIP und CETA – das ist das Handelsabkommen mit Kanada – wieder etwas optimistischer zu diskutieren. Wir brauchen diese Handelsabkommen, und wir brauchen dafür auch innerhalb der CDU eine große Mehrheit.

Letztes Thema des Antrags ist die Energiepolitik. Hier ist meine persönliche Meinung ganz klar: Wenn wir nicht zu marktwirtschaftlichen Lösungen zurückkehren, wird das Thema Energiewende immer schwieriger. Wir brauchen keine Planwirtschaft in Deutschland. Ich komme aus Sachsen und kenne die Planwirtschaft noch live. Ich will nicht, dass wir dorthin zurückkehren, woher ich komme. Deswegen brauchen wir für die Gestaltung der Energiewende marktwirtschaftliche Lösungen. Dazu gehört auch, dass man damit ehrlich umgeht, zum Beispiel mit dem Thema Braunkohle. Das Thema Braunkohle wird uns in den nächsten Jahren weiterhin verfolgen. Wir brauchen grundlastfähigen Strom in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen müssen wir die Diskussion über die Frage, wie die Energiewende weiter ausgestaltet werden soll, in der CDU fortführen.

Insgesamt empfehle ich die Zustimmung zum Antrag, auch wenn wir sicherlich in den nächsten Monaten weiter darüber diskutieren werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Danke, Andreas Lämmel, unserem wirtschaftspolitischen Obmann im Bundestag. – Nun zum Schluss dieser allgemeinen Aussprache gebe ich das Wort unserem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Armin Laschet.

**Armin Laschet:** Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Wir hätten heute viele Themen zum Hauptthema machen können. Es gibt internationale Krisen und andere Themen, die die Menschen ebenfalls bewegen. Aber ich finde es richtig, dass wir die Zukunft des Industrielands Deutschland zum Hauptthema gemacht haben. Das haben wir nicht gemacht, um Wirtschaftskompetenz zu beweisen. Vielmehr findet der Kampf um Industriearbeitsplätze zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen Tag für Tag statt. Wir fällen – auch in der Bundesregierung – zuweilen Entscheidungen – ich erinnere an die Klimaschutzgesetzgebung rund um den 3. Dezember – bei denen nicht immer im Blick behalten wird, wie wir Arbeitsplätze hier in Deutschland erhalten können. Deswegen war der Konsens der Großen Koalition bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes so wichtig. Das war kein abstraktes Thema. Vielmehr ging es darum, wie wir Industriearbeitsplätze sichern können.

Ich komme zum zweiten Punkt, den Regina Görner eben angesprochen hat. Wirtschaftskompetenz bedeutet auch, nicht alles, was gut gemeint ist, durch den Staat und mit entsprechendem bürokratischen Aufwand regeln zu lassen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Tariftreue- und Vergabegesetz. Dieses Gesetzeswerk ist sehr dick. Dann gibt es Verwaltungsverordnungen, die ebenfalls sehr umfassend sind. Dann gibt es Frequent Asked Questions, in denen die Verwaltungsverordnungen erklärt werden. Auch das ist ein sehr umfangreiches Werk. Da werden Beamte beschäftigt, die sich einfallen lassen, was man alles dort hineinschreiben kann. Bei jeder kleinen Ausschreibung muss nun ein Dachdecker, der 20 männliche Mitarbeiter beschäftigt, nachweisen, dass er ein Eltern-Kind-Zimmer hat, dass er alles gegendert hat und dass er keine Pappe aus Saudi-Arabien verwendet. Dann setzt er sich hin und formuliert all das aus. Dann muss in der Kommunalverwaltung wieder jemand angestellt werden, der das alles überprüft. Unsere These lautet: Schafft das ganze Gesetz ab! Es wird dann in Deutschland nichts schlechter und die Unternehmen in Deutschland sind von solchem Unsinn entlastet.

(Beifall)

Ein weiteres Thema ist der Landesklimaschutzplan, den es nicht nur in Nordrhein-Westfalen gibt. Er beinhaltet 550 Maßnahmen. Da diskutiert man mit staatlichen Beamten, die dafür extra eingestellt werden, beispielsweise über die Frage, ob man Wäsche noch mit dem Wäschetrockner trocknen sollte oder ob man sie draußen trocknen sollte. Wenn die Wäsche im Haus getrocknet wird, dann ist der Klimateffekt schlechter, als wenn die Wäsche draußen getrocknet wird. Das ist aberwitzig, wenn wir den europäischen Zertifikatehandel haben. Es ist aberwitzig, wenn wir zusätzlich 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Braunkohle einsparen, wenn dadurch der Zertifikatspreis in Europa verfällt und wenn gleichzeitig in Polen neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Das

hat mit Wirtschaftskompetenz nicht mehr zu tun. Deshalb bin ich der Meinung: Wir sollten uns auf den Kern konzentrieren, auf die marktwirtschaftlichen Elemente, die wir in Europa haben. Wenn wir anhand solcher konkreten Sachverhalte beweisen, was wir meinen, wenn wir für das Industrieland Deutschland kämpfen, dann überzeugen wir viele, die hier an uns zweifeln. Die SPD macht das nicht. Die Grünen machen das nicht. Die Linken machen das erst recht nicht. Im Bundestag ist die CDU die einzige Fraktion, die dieses Thema stärker profilieren kann. Dazu soll dieser Leitantrag dienen. Ich hoffe, dass wir ihn mit großer Mehrheit heute verabschieden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das war unser stellvertretender Vorsitzender Armin Laschet zum Abschluss der Aussprache.

Nun spricht für die Antragskommission zu den Anregungen, die noch in der Aussprache gekommen sind, unser neues Bundesvorstandsmitglied Ralf Brauksiepe.

**Ralf Brauksiepe**, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Die Antragskommission hat sehr wohl die Anregungen aufgenommen, die hier in der Debatte gegeben wurden. Sie spiegeln aber im Grunde die Diskussion wider, die wir bereits in der Antragskommission über die verschiedenen Themen geführt haben. Sicherlich hätte sich der eine oder andere einen anderen Akzent vorstellen können. Aber im Ergebnis bleiben wir bei unserer Auffassung, dass dies ein politisch kluges, sachlich ausgewogenes Gesamtwerk ist. Wir bleiben bei unserem Votum, den vorliegenden Antrag in der bestehenden Fassung anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das war das Votum der Antragskommission.

Wir gehen nun den Antrag in den Abschnitten durch, die ich Ihnen zu Beginn der Antragsberatungen vorgetragen habe. Als Erstes kommen wir zur Präambel, Zeilen 1 bis 19. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Präambel in den Zeilen 1 bis 19 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer Enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltung. Dann ist die Präambel einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über das Kapitel I „Land der digitalen Chancen“. Das Kapitel umfasst die Zeilen 21 bis 116. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer dem Kapitel I seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist Kapitel I „Land der digitalen Chancen“ angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel II „Land der klugen Köpfe“, Zeilen 118 bis 306. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer dem Kapitel II zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Ich sehe eine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Kapitel II ist beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel III „Land der starken Wirtschaft“, Zeilen 308 bis 585. Dazu gehören auch die Anträge C 1, C 21, C 35, C 36, C 45, C 48, C 50, C 51, C 53, C 55, C 58, C 59, C 61, C 65, C 68, C 69, C 81, C 86 und C 103. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zu Kapitel III zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Ich sehe vier Gegenstimmen. Enthaltungen? – Drei Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über den Antrag D 1 des Bundesvorstands. Wer dem Antrag in der vorliegenden Fassung zustimmen und dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Vier Gegenstimmen. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. Bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen sind der Antrag D 1 und alle damit verbundenen C-Anträge vom Parteitag angenommen. Recht herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir freuen uns, dass der Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union in Bayern, unser Freund Andreas Scheuer, bei uns ist. Herzlich willkommen auf dem CDU-Parteitag!

(Beifall)

Wir kommen nun zur Rede unseres Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag. Er führt die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag, die Unionsfraktion, und er führt sie gut. Er führt uns alle gut. Er stärkt Angela Merkel und der Regierung den Rücken. Wir bitten ihn jetzt um sein Wort, unseren Freund Volker Kauder.

(Beifall)

**Volker Kauder:** Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir haben gerade eben mit überwältigender Mehrheit den Antrag, der die Zukunftspositionen der Union beschreibt, beschlossen. Damit haben wir uns als Partei ein Programm gegeben, aus dem hervorgeht, wie wir die nächsten Jahre politisch gestalten wollen.

Da passt es sehr gut, dass heute ein herausragendes Ereignis stattfindet; nicht bei uns in Deutschland, aber in Europa. Am heutigen Mittwoch nimmt Stefan Hell den Nobelpreis für Chemie in Stockholm entgegen. Wir gratulieren ihm herzlich zu dieser großartigen Auszeichnung.

(Beifall)

Stefan Hell hat darauf hingewiesen, dass seine Arbeit nur möglich war, weil er eine besondere Förderung erhalten hat. Damit ist er ein Vorbild. Er hat sich dazu bekannt: Ich wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert. Ich bin Altstipendiat. Ich bedanke mich dafür. Ohne das Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung wäre ich nicht so weit gekommen. Herzlichen Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung für diese Unterstützung.

(Beifall)

Durch dieses Beispiel wird deutlich: Bildungspolitik und Engagement für Bildung sind zentrale Voraussetzungen für unsere wirtschaftliche Entwicklung und für Wirtschaftswachstum.

Eigentlich ist es ganz einfach: Wir sind ein rohstoffarmes Land. Wer nichts im Boden hat, der muss es in der Birne haben, sonst wird es nichts mit dem Wettbewerb mit den anderen auf der Welt.

(Beifall)

Deshalb ist die Investition in Bildung entscheidend.

Es wird immer wieder gesagt, wir hätten ein großes Defizit bei den Investitionen. Wer so etwas formuliert, der bemüht einen veralteten Investitionsbegriff, nämlich Investitionen in Beton. Aber ich kann nur sagen: Investitionen in Bildung und in all das, was innerhalb des umrandeten Betons stattfindet, sind mindestens ebenso wichtig. Deswegen bringt die Regierung ein Investitionsprogramm in Milliardenhöhe auf den Weg, das von Frau Wanka umgesetzt wird. Wir sind diejenigen, die in Bildung investieren und damit in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall)

Wir haben einen weiteren gewaltigen Schritt gemacht. Wir haben uns entschlossen, die Kosten für das BAföG ganz auf den Bund zu übertragen. Wir verbinden damit die Hoffnung, ja fast die Verpflichtung, dass die frei werdenden Milliarden in den Ländern auch für die Bildung eingesetzt werden.

Bildung ist zunächst eine zentrale Aufgabe unserer Länder. Wenn ich dann aber höre, dass eine Großzahl der SPD-geführten Bundesländer das frei gewordene Geld gar nicht für Bildung einsetzt – die einen wollen es für Beamte, die anderen für Kitas, wieder andere für den Haushaltsausgleich einsetzen –, dann kann ich nur sagen: Wir erwarten von den Ländern, dass sie ihren Auftrag „Investition in Bildung“ ernst nehmen und das Geld nicht für irgendetwas anderes verplempern.

(Beifall)

Ich fordere unsere Kolleginnen und Kollegen in den Landtagen auf: Stellt in den Ländern, in denen ihr jetzt in der Opposition seid, wieder die Regierung! Es ist unerträglich, dass die SPD-Bundestagsfraktion ständig davon spricht, dass mehr für Bildung getan werden muss, aber die SPD in den Ländern, wo sie unmittelbare Verantwortung trägt, nichts macht. Das dürfen wir denen nicht durchgehen lassen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Investition in Bildung ist eines der zentralen Themen der Regierung. Aber es gibt noch ganz andere Schwerpunkte. Da ich viel in Deutschland unterwegs bin und fast jeden Abend Gelegenheit habe, mit Mitgliedern unserer Partei zu sprechen, weiß ich natürlich, welche Fragen in der Partei gestellt werden. So heißt es: Das ist ja alles gut und schön, aber wir haben manchmal den Ein-



druck, dass ihr als Regierungsfraktion in der Bundespolitik zu wenig vorkommt. – Ich kann nur sagen: Die Sorge ist wirklich völlig unbegründet. Wir kommen in dieser Regierung zentral vor, liebe Freundinnen und Freunde; denn wir stellen die Regierungschefin, die in Deutschland auf sensationelle Zustimmungsraten stößt. Wir regieren in diesem Land mit Angela Merkel an der Spitze!

Wenn Sie sich die Ergebnisse, zum Beispiel des heute veröffentlichten stern-RTL-Wahlrends anschauen, stellen Sie fest, dass wir allen Grund haben, selbstbewusst zu sein. Herrn Gabriels Werte bei der Kanzlerpräferenz liegen inzwischen bei elf Prozent. Das ist wahrhaftig kein Wert, vor dem wir uns fürchten müssen.

(Beifall)

Es muss auch gesagt werden, dass viele das, was wir in dieser Regierung erreicht haben, als selbstverständlich erachten. Manche Punkte, die in der Koalitionsvereinbarung stehen, werden nicht unmittelbar umgesetzt, sind aber dennoch zentral für die Weiterentwicklung unseres Landes; weshalb wir immer wieder darauf hinweisen müssen.

Vor der Bundestagswahl im letzten Jahr haben uns die Wirtschaftsverbände gesagt, dass zwei Punkte für sie zentral sind: keine Steuererhöhungen – weder bei der allgemeinen Steuer noch bei der Vermögensteuer – und weniger Bürokratie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, den ersten Punkt konnten wir in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen. Es war schwer gegenüber der SPD durchzusetzen, dass es keine Steuererhöhungen geben soll. Deswegen ist es ein umso größerer Erfolg, dass wir dieses Vorhaben umgesetzt haben. Ich sage Ihnen ganz klar zu: In dieser Legislaturperiode gibt es mit uns keine Steuererhöhungen. Punkt! Dabei bleibt es. Darauf kann sich die deutsche Wirtschaft verlassen.

(Beifall)

Natürlich gibt es mit uns auch keine Substanzbesteuerung. Hören Sie sich doch einmal an, was Grüne und Sozialdemokraten schon wieder formulieren: Es muss eine Vermögensteuer geben, wir müssen über die Erbschaftsteuer nachdenken. – Es kann sein, dass wir ab dem 17. Dezember, je nachdem, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet, über die Erbschaftsteuer nachdenken müssen.

Wir werden das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ernst nehmen. Aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Wir werden unser Ziel weiterhin klar verfolgen und auch umsetzen; denn wir wissen, dass unsere Wirtschaft, unser Mittelstand, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und von Zukunftschancen für die junge Generation keine Erbschaftsteuer braucht. Wir werden dafür sorgen, dass unser deutscher Mittelstand Arbeitsplätze schafft und keine Erbschaftsteuer bezahlen muss.

(Beifall)

Damit haben wir zentrale Forderungen der deutschen Wirtschaft im Interesse der Arbeitsplätze erfüllt.

Ein zweites Thema, das wir alle im Wahlkampf angesprochen haben, lautete: Es muss in Europa bei ein paar Grundsätzen bleiben. Sie lauten: Mit uns gibt es keine Vergemeinschaftung von Schulden. Mit uns gibt es keine Euro-Bonds. Jeder muss die Verantwortung für seine Haushaltspolitik tragen. Ja, wir sind solidarisch und helfen, aber wir verlangen, dass vorher jeder seine Hausaufgaben gemacht hat. Eine Politik, wie sie die SPD zulasten Dritter wollte, in der die einen, die Deutschen, ihre Hausaufgaben machen, die anderen sich aber nicht darum kümmern und am Schluss alle zusammen zahlen, ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall)

Wie viele Sozialisten in Europa haben gehofft, dass die Wahl in Deutschland anders ausgeht? Ich kann nur sagen: Es ist ein Segen für unsere Wirtschaft, aber auch ein Segen für Europa, dass wir mit Angela Merkel und Wolfgang Schäuble zwei Politiker haben, die leidenschaftliche Europäer sind, die aber auch einen klaren Kurs haben. Es hilft Europa nichts, wenn Europa immer neue Regeln aufstellt, sich aber nie daran hält.

(Beifall)

Deswegen unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundeskanzlerin bei ihrem europafreundlichen Kurs, Europa wieder auf die Füße zu bringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben viel über innenpolitische Themen gesprochen. Darauf komme ich nachher noch einmal zurück. Ich glaube, dass zwei große Herausforderungen, die wirklich ernst zu nehmen sind, die Menschen in Deutschland und uns beschäftigen. Das eine ist die Situation in Russland und der Ukraine. Auch hierzu haben wir eine klare Position. Wir haben gerade 25 Jahre Mauerfall und die deutsche Einheit begangen. Wir als Union haben immer formuliert, dass wir das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen haben wollen. Wir wollen keine Fremdbestimmung durch andere, wir wollen selbst entscheiden, wie wir in die Zukunft gehen. Deswegen ist es doch selbstverständlich, wenn wir als Union sagen, dass wir das, was wir Deutsche in Anspruch genommen haben und in Anspruch nehmen, auch für andere verteidigen müssen. Die Menschen in der Ukraine haben das Recht, ohne Bevormundung aus Russland frei zu entscheiden, welchen Weg sie in die Zukunft gehen wollen. Das müssen wir unterstützen.

(Beifall)

Wir haben auch in Europa unsere Lektionen aus der Geschichte gelernt. Wir haben gelernt, dass Frieden nur möglich ist, wenn wir das Völkerrecht akzeptieren. Wenn wir vor allem eine Lehre aus der Geschichte ziehen, dann die, dass nie wieder, wie es vor dem Ersten Weltkrieg geschehen ist und dann in logischer Konsequenz der damaligen Machthaber im Zweiten Weltkrieg, aus Verletzungen der Souveränität, aus Grenzverletzungen ganz automatisch Kriege entstehen.

Diese Konsequenz haben wir gezogen. Aber Russland hat sie nicht gezogen. Russland spricht von Einflusssphären, das sind Worte aus einer vergangenen Zeit. Einflusssphären und Selbstbestimmungsrecht vertragen sich nicht miteinander.

Natürlich reden wir mit Russland. Es war von Anfang an ganz klar, dass eine militärische Lösung dieses Konflikts für uns nicht in Betracht kommt. So hat es auch Angela Merkel formuliert. Eines ist aber auch klar: Wir müssen natürlich schon Ursache und Wirkung beim Namen nennen. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit und nicht mit dem ideologischen Blick auf die Situation. Dazu muss ich sagen: Ich bin einigermaßen überrascht, dass 69 prominente oder weniger prominente Menschen, darunter ein ehemaliger Bundeskanzler, der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag einen offenen Brief, einen Appell nach dem Motto „Krieg?“ geschickt und uns ermahnt haben. Diese Menschen haben sich doch in der Anschrift geirrt. Nicht wir haben das Völkerrecht verletzt. Den Brief müssen sie nach Moskau schicken und nicht in den Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Wenn man glaubt, mit solchen Briefen den Kreml und Herrn Putin zur Vernunft zu bringen, dann täuscht man sich. Ich kann nur sagen: Wer Völkerrechtsverletzungen schönredet, der wird den Frieden in der Welt und in Europa nicht sicherer machen.

(Beifall)

Das wollen wir aber, deshalb unterstützen wir unsere Bundeskanzlerin bei all dem, was sie in der Russland- und Ukraine-Politik in Europa vertritt und verantwortet.

Das zweite Thema, das uns sehr beschäftigt, passt zum heutigen Tag. Heute ist der Internationale Menschenrechtstag der UNO. Ich bin darüber erfreut, dass die UNO aus diesem Anlass klare Formulierungen gefunden hat. Sie hat nicht allgemein „Wir sind für Menschenrechte und verurteilen Menschenrechtsverletzungen“ formuliert, sondern ist konkreter geworden und dies ist auch notwendig. Die Menschenrechtsverletzungen im Irak und in Syrien sind vor allem dadurch bedingt, dass Religionsfreiheit bekämpft und attackiert wird. Waren es früher im Wesentlichen die Christen, so sind es heute die Jesiden und die Muslime, die nicht islamistisch sein wollen. Deswegen kann ich nur sagen: Ja, wir alle müssen verurteilen, was im Augenblick im Irak passiert. Die Religionsfreiheit ist das zentralste Menschenrecht überhaupt. Sie können überall auf der Welt hinschauen: Dort, wo es keine Religionsfreiheit gibt, gibt es auch keine Freiheit. Deswegen treten wir für die Religionsfreiheit ein.

(Beifall)

Ich hoffe, dass wir den Kampf gegen die Islamisten entschlossen angehen, wohlwissend, dass dies keine Aufgabe ist, die in wenigen Wochen zu lösen ist. Dafür braucht man einen längeren

Atem. Ich bin froh, dass auch der Zentralrat der Muslime nach einer gewissen Zeit jetzt öffentlich erklärt hat, dass das, was durch den IS oder ISIS im Irak und Boko Haram in Nigeria stattfindet, mit dem Islam, mit der Religion nicht vereinbar ist. Ein erstes Hoffnungszeichen ist, dass der Großscheich der Universität in Kairo ebenso formuliert. Ich wünsche mir, dass wir bei der Verurteilung dieser schrecklichen Taten, die der ISIS verübt, geschlossen sind. Moderate Muslime, Christen und Jesiden, wir alle müssen klipp und klar sagen: Mit diesen Verbrechern haben wir überhaupt nichts gemeinsam.

(Beifall)

Natürlich folgt daraus, dass wir in der deutschen Innenpolitik die Dinge umsetzen müssen, die der Innenminister de Maizière mit unserer Fraktion vereinbart hat.

Natürlich müssen wir kontrollieren, wer aus diesem Kampf zurückkommt. Natürlich müssen wir diejenigen beobachten, die bereits in der extremistischen Szene unterwegs sind. Dies muss konsequent geschehen. Natürlich müssen wir auch die Salafistenszene beobachten. Das machen wir auch alles. Wir bewegen uns immer auf der Gratwanderung zwischen Freiheit und Verfolgung solcher Dinge durch den Rechtsstaat. Was wir aber zuweilen auf den Straßen unseres Landes erleben, ist nicht das, was wir uns vorstellen und führt auch nicht zu den richtigen Ergebnissen. Wenn die Dinge auch noch von den Falschen unterstützt werden, bringt uns das auch nicht weiter. Ich bin schon für Demonstrationen. Aber pauschal davon zu reden, dass alle Muslime in unserem Land Gefahr liefen, dieser Szene anzuhängen, geht beim besten Willen nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das unterstützen wir auch nicht.

(Beifall)

Ich muss schon einmal auf Folgendes hinweisen – Sie wissen, dass ich viel in der Welt unterwegs bin und verfolgte Christen und inzwischen auch Jesiden und Muslime besuche –: Wer wie wir in der Union formuliert, dass er für Religionsfreiheit eintritt, der muss auch denen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, egal ob Christ, Jeside oder Muslim, hier in unserem Land eine neue Heimat ermöglichen. Für eine C-Partei gehört zusammen: Wir stehen verfolgten Christen, Menschen, die wegen ihrer Religion verfolgt werden, bei – in ihrer Heimat, aber auch in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Position christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik.

(Beifall)

In diesen Fragen also kommt es darauf an, dass wir klar und deutlich Farbe bekennen und immer wieder auf unseren Kompass zeigen: Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Diese Position zur Religionsfreiheit bezieht sich nicht nur auf den Irak oder Sonntagsreden, sondern hat auch unmittelbare Bedeutung für die aktuelle Politik. Wir brauchen hier gar nicht mehr

viel anderes zu formulieren. Wir können nur der Türkei, die NATO-Mitglied ist und sich auf dem Weg nach Europa befindet, sagen: Die Türkei war einmal ein Ursprungsland des Christentums; heute leben dort nur noch wenige Christen. Aber dass man diesen wenigen Christen nicht die Religionsfreiheit garantiert, ist für mich unverständlich.

(Beifall)

Ich kann nur sagen: Wir begrüßen rechtsstaatliche Entwicklungen, Änderungen der Gesetze in der Türkei. Das ist alles in Ordnung. Wenn die Türkei aber nicht bereit ist, die Religionsfreiheit in ihrem Land zu akzeptieren, ist sie meilenweit von unserem Europa, unseren Überzeugungen, unserem Europa der Werte entfernt. Das muss man der Türkei klar und deutlich sagen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in dieser Großen Koalition einen Koalitionsvertrag. Die eine oder andere Maßnahme mag dem einen oder der anderen nicht gefallen. Das bringt aber nichts. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit: Wir haben diesen Vertrag abgeschlossen. Es gibt Dinge, die unsere volle Zustimmung finden, und andere, die uns, wenn wir alleine regieren würden, nicht eingefallen wären. Das ist auch wahr. Aber wir haben diese Regierung bilden wollen und müssen; andere standen uns nicht zur Verfügung. Die Linken hätten vielleicht mitgemacht. Die Grünen hatten Angst vor der eigenen Courage. Es blieben die Sozialdemokraten, mit denen wir es wagen. Zu den Linken kann ich nur sagen: Es wäre uns nicht einmal im total besoffenen Zustand eingefallen, mit denen etwas gemeinsam zu machen.

(Beifall)

Dass es aber der SPD einfällt, ist natürlich schon etwas außergewöhnlich.

Ich möchte nur ganz kurz aus Wolf Biermanns Brief an Matthias Bückner zitieren, der in diesen Tagen in einigen deutschen Zeitungen erschienen ist. Wolf Biermann wurde aufgefordert, nach Erfurt zu kommen und dort gegen die Entwicklung anzusingen. Er hat geschrieben, dass er das nicht machen könne. Er hat geschrieben, zu einem seiner Helden gehöre Otto Wels, der Sozialdemokrat, der, kurz bevor die Ermächtigungsgesetze beschlossen wurden, den bemerkenswerten Satz gerufen hat – ich zitiere jetzt Biermann, Biermann Wels: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Jetzt zitiere ich Biermann. Biermann sagt: „Heute passiert es umgekehrt, man könnte sarkastisch sagen, es sei ein Fortschritt: Ja, Freiheit und Leben kann den Sozialdemokraten in der Demokratie zum Glück keiner mehr nehmen. Und nur noch sie sich selbst: die Ehre.“

Die Sozialdemokraten sollten einmal berücksichtigen, was in der Geschichte passiert ist, dass sie die Ehre nicht aufgegeben haben. Aber heute machen sie genau dies, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir brauchen von Sozialdemokraten, aber auch von anderen keine Belehrungen. Wir haben einen klaren Beschluss, dass wir mit der AfD nicht zusammenarbeiten. Bei diesem Beschluss bleibt es. Der Parteitag hat in der einen oder anderen Entscheidung auch schön dokumentiert, dass wir diesen Grundsatz durchhalten werden und durchhalten wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin diesem Parteitag auch dankbar dafür. Ich kann nur sagen: Diejenigen, die uns ermahnen wollen, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten, was wir auch gar nicht machen, hätten allen Grund, sich einmal selber zu prüfen. Wer uns vorhält, wir sollten nicht mit der AfD zusammenarbeiten, aber selber mit den SED-Nachfolgern, die bis zum heutigen Tag die Auskunft verweigern, wo sie ihr Geld versteckt haben, gemeinsame Sache macht, verhält sich heuchlerisch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden unsere Arbeit in Berlin professionell fortsetzen. Wir werden dem Land auch in den nächsten Jahren dieser Koalition eine gute Regierung stellen und uns nicht durch das beeindrucken lassen, was geschehen ist, auch wenn es unverständlich ist.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden schon auch sagen müssen, dass die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auf aktuelle Entwicklungen reagieren muss. Es ist hier schon von einigen Rednern gesagt worden: Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen im sozialen Bereich umgesetzt. Ich bin allerdings nicht bereit, dies alles pauschal als Fehler zu bezeichnen. Die Bundeskanzlerin hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es der dringende nachhaltige Wunsch mehrerer Bundesparteitage war, eine Gerechtigkeitslücke zu verringern und den Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, eine höhere Mütterrente zu geben. Es war doch allen bewusst, dass dies nicht zum Nulltarif geschehen kann und dass dies nicht vom Himmel fällt. Ich habe mich lange schwer damit getan – das wissen die Frauen in der Frauen Union –, dem Anliegen nachzukommen, weil ich zunächst wissen wollte, ob wir das auch finanzieren können. Der Wunsch ist das eine, die Finanzierung das andere. Wir haben das berechnet und gesagt: Jawohl, wir können das verantworten.

Deswegen haben wir es auch gemacht. Wir haben es den Menschen versprochen, und was wir versprochen haben, halten wir. Deswegen kam die Mütterrente. Das ist ein gewaltiger Brocken. Sie ist das größte Projekt dieser Koalition in der Sozialpolitik und kostet etwa 6,5 bis sieben Milliarden Euro. Ich bin jetzt aber nicht bereit, zu sagen: Das war ein Fehler. Nein, im Gegenteil: Es war ein Fehler, dass wir es nicht intensiv nach außen vorgetragen haben und nicht immer wieder gesagt haben: Das ist unser Projekt.

(Beifall)

Mich hat es schon geärgert, dass auf dem Katholikentag in Regensburg einige Frauen Frau Nahles für die Mütterrente beglückwünscht haben. Die hat mit dem Thema nun wirklich überhaupt nichts zu tun gehabt, außer dass sie umgesetzt hat, was im Koalitionsvertrag stand.

(Beifall)

Bekennen wir uns doch dazu: Es war unsere Forderung, und wir haben sie erfüllt. Neun Millionen Frauen bekommen jetzt eine höhere Rente.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines möchte ich klarstellen: Wir stehen wirtschaftlich gut da. Das Gerede, dass die Wirtschaft schwächer werden könnte, kann ich überhaupt nicht verstehen. Wir haben immer noch ein Wachstum zu verzeichnen. Wir sehen zwar, dass das Wachstum nicht mehr so dynamisch ist, aber es gibt überhaupt keinen Grund zur Panik, sondern nur Grund zur angemessenen Reaktion. Deswegen habe ich im Deutschen Bundestag gesagt: Wir setzen die Koalitionsvereinbarung um, so wie wir sie beschlossen haben, aber nichts mehr darüber hinaus. Und ich habe gesagt: Dann muss auch mal gut sein. Jetzt müssen die Interessen der Wirtschaft in den Vordergrund gerückt werden; denn wir, die christlichen Demokraten und die CSU, wissen: Das Geld, das ausgegeben werden soll, muss zunächst einmal erwirtschaftet werden. Das ist ein schwierigerer und härterer Vorgang, als das Geld auszugeben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir stehen für das Erwirtschaften.

(Beifall)

Wir haben uns mit dem Bundeswirtschaftsminister auf ein Programm für weniger Bürokratie verständigen können, das jetzt auf den Weg gebracht werden soll. Dieses Programm enthält vor allem einen Satz mit dem wunderschönen Begriff „One in, one out“. Das bedeutet: Wenn ein Gesetz auf den Weg gebracht wird, das mit zusätzlicher Bürokratie verbunden ist, dann muss an anderer Stelle in gleichem Umfang Bürokratie abgebaut werden. Sigmar Gabriel hat diesen Vorschlag übernommen. Dieser Vorschlag wird jetzt im Kabinett und dann im Deutschen Bundestag beraten. Ich bin einmal auf die Diskussionen gespannt, die wir dann erleben, wenn die nächsten Gesetze mit „in“ kommen, nämlich mit mehr Bürokratie, und wir schauen müssen, bei welchen wir „out“ machen. Aber auf eines können Sie sich verlassen – die Wirtschaft auch: Wir wissen sehr wohl, dass die Wirtschaft Investitionsspielraum braucht, dass sie Luft zum Atmen braucht. Der Wettbewerb ist härter geworden. Wir wollen ihn und müssen ihn bestehen, nicht im Interesse von irgendwelchen großen Konzernen, wie mancher Linke behauptet – so ein Quatsch! –, sondern um Arbeitschancen für uns alle und vor allem für unsere junge Generation zu haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der entscheidende Punkt. Deswegen werden wir der Wirtschaft auch helfen.

(Beifall)

Ich erinnere nur daran, dass wir noch ein Thema haben, das auch nicht ganz einfach ist: Wir wollen ein Gesetz zur Tarifeinheit auf den Weg bringen. Die Freiheit, Gewerkschaften zu bilden,

ist im Grundgesetz fest verankert. Das soll auch so bleiben. In unserem Grundgesetz ist aber auch die Gemeinwohlorientierung formuliert. Die Freiheit des Einzelnen hört immer bei der Freiheit von anderen auf, und die Summe von Einzelinteressen ist noch nicht das Gemeinwohl. Das Gemeinwohl muss wieder in den Vordergrund gestellt werden. Es kann nicht sein, dass einige kleine Gewerkschaften eine ganze Nation in Haft nehmen für ihre ureigenen Anliegen, vor allem dann, wenn es gar keine Tarifierliegen, sondern Machtanliegen sind.

(Beifall)

Es ist ein berechtigtes Interesse, dass wir hier unserer Wirtschaft helfen. Wir werden dieses Gesetz auf den Weg bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in bewegten Zeiten und sind froh, dass es uns in unserem Land noch so gut geht. Dass die Menschen noch voller Hoffnung und Zuversicht sind, ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir diese Herausforderungen bewältigen. Natürlich stehen wir vor großen Herausforderungen, aber wir sind auch gerüstet. Gerade wir als Union sollten immer wieder einen Blick in die Geschichte werfen. Dann werden wir erkennen: Immer dann, wenn es in unserem Land besonders schwierig war, wenn die Herausforderungen besonders groß waren, hat die Union das Land regiert und auf einen guten Weg geführt. Das ist heute wieder so. Auch jetzt ist es schwierig. Die Union führt die Regierung. Wir haben eine Bundeskanzlerin, die klar Kurs hält, auf deren Wort man hört. Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir als Union sind dankbar dafür, dass wir mit Angela Merkel eine so starke Kanzlerin an der Spitze unseres Landes haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Herausforderungen sind groß, aber ich bin sicher, dass wir es schaffen können. Ich sage Ihnen allen, die Sie unsere Arbeit mit viel Zustimmung und Solidarität, aber natürlich auch mit kritischen Anmerkungen begleiten, Dank. Es wäre ja noch schöner, wenn man als Mitglied der Christlich Demokratischen Union nicht das Recht hätte, diejenigen, die für eine bestimmte Zeit Verantwortung übertragen bekommen haben, zu kritisieren. Hilfreich zu kritisieren, das zeichnet eine Partei aus. Aber eine Partei zeichnet im Gegensatz zu mancher Interessengruppe auch aus, dass wir uns am Schluss zusammenfinden, so wie es jetzt auch bei diesem Antrag nach wochenlangen Diskussionen, die wir im Vorfeld geführt haben, der Fall war.

Die Union zeichnet aus, dass wir bereit sind, in schwierigen Situationen das Land sicher zu führen. Die Union zeichnet aus, dass wir kritische Diskussionen führen, aber dann auch zu einem Ergebnis kommen, weil wir wissen: Am Schluss kommt es darauf an, dass CDU und CSU dieses Land in eine gute Zukunft führen. Daran beteiligen wir uns alle, jeder an seinem Platz: der eine in der Regierung, der andere in der Fraktion, der Dritte im Gemeinderat, im Kreistag oder in seinem CDU-Ortsverband. Ich kann nur sagen: Ich bin stolz darauf, dieser Partei anzugehören,



in ihr mitzuarbeiten, die Deutschland auf einen so hervorragenden Kurs geführt hat. Ich sage Ihnen allen Danke, dass Sie zusammen die große Familie bilden, in der wir uns wohlfühlen, einmal mehr, einmal weniger, aber immer um die Verantwortung wissend, die wir übernommen haben und die man uns übertragen hat. Dafür sage ich Ihnen allen herzlichen Dank, und da das allermeiste im Leben geschenkt ist, wünsche ich uns allen Gottes Segen.

(Anhaltender Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Volker Kauder, für deine Arbeit in der Bundestagsfraktion, wo du mit 311 Kolleginnen und Kollegen aus CSU und CDU die gesamte Union zusammenhältst. Wir sind stolz darauf, dass einer von uns, die markanteste Stimme in Deutschland ist, die sich für verfolgte Christen und religiöse Minderheiten in der Welt einsetzt. Wir sind froh, dass wir dich haben, der das Profil der CDU in dieser Großen Koalition so markant auf den Punkt bringen kann. Im Namen des Parteitages vielen Dank für deine Rede.

(Beifall)

**Christina Schwarzer**, Tagungspräsidium: Jetzt kommen wir nach der erfrischenden Rede unseres Fraktionsvorsitzenden zu einem etwas trockenen Teil auf diesem Parteitag. Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 21 auf:

Anträge zum Statut zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung der CDU

Zunächst bitte ich um Aufmerksamkeit für einige Erläuterungen. Auf dem 25. und 26. Parteitag hatte es Anträge zum Statut zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung gegeben, die abhängig vom Sachzusammenhang an den CDU-Bundesvorstand, den CDU-Generalsekretär und bzw. oder die Bundesfinanzkommission überwiesen wurden. Es handelt sich um die Anträge B 1, B 5, B 6, B 7, C 60 und C 73 des 25. Parteitags sowie den Antrag C 2 des 26. Parteitags. Wie Sie wissen – davon hat Peter Tauber vorhin berichtet – ist das Projekt „Meine CDU 2017“ gestartet. Ziel ist, in den kommenden Monaten gemeinsam mit den Mitgliedern der CDU in der Kommission „Meine CDU 2017“ intensiv zu diskutieren, was wir tun müssen, damit die CDU dauerhaft als Volkspartei erfolgreich ist. Auf dem Parteitag 2015 werden wir dann über die Empfehlungen der Kommission entscheiden. Die gerade genannten Anträge fallen thematisch in das Arbeitsgebiet der Kommission „Meine CDU 2017“. Wir würden den Beratungen der Kommission vorgreifen, wenn wir auf diesem Parteitag über diese Anträge beschließen würden. Daher hat der Bundesvorstand beschlossen, diese Anträge an die Kommission „Meine CDU 2017“ zu überweisen. Diese Entscheidung ist mit den Vorsitzenden der entsprechenden Landesverbände abgestimmt. Die antragstellenden Verbände wurden selbstverständlich informiert.

Wir kommen nun zu den aktuellen B-Anträgen und zur Änderung des Statuts der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU. Das sind die Anträge B 1 bis B 11 auf den Seiten 4 bis 8 Ihrer Antragsbroschüre.

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst einmal den Antrag B 1 des Landesverbandes Niedersachsen auf. Sie finden den Antrag auf Seite 4 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt uns, den Antrag anzunehmen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Wer diesem folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist der Antrag mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Antrag B 2 des Landesverbandes Niedersachsen. Sie finden den Antrag ebenfalls auf Seite 4 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt uns, den Antrag anzunehmen. Wer möchte hierzu das Wort ergreifen? – Niemand. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Antrag B 3 des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen auf den Seiten 4 und 5 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt uns, den Antrag anzunehmen. Möchte jemand das Wort dazu ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem Votum folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen. Damit ist das notwendige Quorum erfüllt und der Antrag angenommen.

Wir kommen zu den Anträgen B 4 bis B 11. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 5 bis 8 der Antragsbroschüre. Ich schlage vor, über diese Anträge gemeinsam abzustimmen, da alle Anträge das gleiche Votum, nämlich die Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“ vorsehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Anträge so überwiesen. Damit sind wir am Ende der Satzungsanträge.

**Annette Widmann-Mauz**, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, dann rufe ich den Antrag D 2 des CDU-Bundesvorstands mit dem Titel „Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit“ auf. Ich rufe diesen Antrag zusammen mit den dazugehörigen Initiativanträgen C 104 und C 105 auf.

Bevor wir in die Antragsberatungen einsteigen, darf Thomas Strobl eine Erläuterung dieses Antrags geben.

**Thomas Strobl**: Frau Tagungspräsidentin Annette Widmann-Mauz! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Delegierte! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben heute viel über Wirtschaft, Innovationen, Finanzen und Steuern geredet. Das ist auch richtig so; denn das ist ein Kernthema der Union.

Ich möchte nun ein weiteres Kernthema der Union ansprechen, ein Thema, bei dem uns die Menschen besonders viel zutrauen, bei dem wir eine besonders hohe Kompetenz haben, näm-

lich das Thema innere Sicherheit. Was die innere Sicherheit angeht, konnten wir hier in Köln vor sechs Wochen erleben. Wir sind aus dem Süden, aus dem Norden, aus dem Osten nach Köln gereist. Wir haben die Bilder, die sich in Köln vor sechs Wochen abgespielt haben, vor Augen: umgeworfene Polizeiwagen, grölende Hooligans und gewaltbereite Rechtsradikale. Es kamen mehr Demonstranten als erwartet, mehr als 4 000. Sie waren gewaltbereit und sie haben diese Stadt über mehrere Stunden terrorisiert. Ich weiß gar nicht, ob wir unseren Parteitag hätten abhalten können, wenn die Demonstration in diesen Stunden stattgefunden hätte. Die Polizei musste Schwerstarbeit leisten. 44 Polizistinnen und Polizisten wurden verletzt. Es war im Übrigen, was typisch ist für die Polizeiarbeit, ein Sonntag.

Ein anderes Beispiel der letzten Monate sind die Demonstrationen, die sich zwischen Kurden und gewaltbereiten Islamisten in Hamburg und in Celle begeben haben, bei denen es auch zu Ausschreitungen kam.

Drei zentrale Forderungen der CDU werden für mich bezüglich der genannten Ausschreitungen deutlich. Erstens. Wir wollen keine Spirale des Extremismus zwischen rechtsextremen, linksextremen und islamistischen Gewalttätern. Wir stehen für Meinungsfreiheit, für Demonstrationsfreiheit, für Religionsfreiheit. Doch wir wollen nicht, dass religiös fundierte Auseinandersetzungen im Nahen Osten zu Gewalt auf deutschen Straßen führen. Wir wollen nicht, dass das Demonstrationsrecht für gewalttätige Ausschreitungen missbraucht wird. Das ist nicht unser Standpunkt in der Union.

(Beifall)

Gewalt gegen Polizisten, liebe Freundinnen und Freunde, geht gar nicht. Zehntausende von Polizistinnen und Polizisten halten tagein, tagaus ihren Kopf für unsere Sicherheit hin. Sie sind bei Fußballspielen im Einsatz. Sie begleiten Demonstrationen.

Sie fahren Streife, sie kommen zu den Bürgerinnen und Bürgern. Sie arbeiten nachts, am Wochenende, im Schichtdienst. Sie sichern unseren Parteitag ab. Ich möchte ihnen sagen: Dafür gebührt den Polizistinnen und Polizisten unser aller Dank und Anerkennung.

(Beifall)

Wer Polizistinnen und Polizisten gewalttätig angreift, der greift uns alle an, unsere ganze Gesellschaft. Wir in der Union stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deswegen wollen wir als CDU auch mehr Maßnahmen zum Schutz unserer Polizei treffen. Einen ersten Beitrag für unsere Bundespolizei haben wir vor zehn Tagen mit unserem Bundeshaushalt 2015 beschlossen. Wir werden zusätzlich über 20 Millionen Euro für eine bessere Ausstattung

unserer Bundespolizei verwenden. Das ist ganz konkreter Schutz. Das hilft unseren Polizistinnen und Polizisten ganz konkret. Es ist auf jeden Fall hilfreicher als die Diskussion über Namensschilder für Polizistinnen und Polizisten, wie sie in manchen Bundesländern, etwa in meinem Bundesland Baden-Württemberg, geführt wird. Das ist doch läppisch! Namensschilder für Polizisten! Die Verbrecher, die Straftäter tragen auch keine Namensschilder, liebe Freundinnen und Freunde. Wir helfen unserer Polizei konkret.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen eine personell gut aufgestellte Polizei. Ein starker Staat braucht auch ausreichend Polizistinnen und Polizisten. Nur wenn wir in Bund und Ländern ausreichend viele Polizisten beschäftigen, können wir die innere Sicherheit auf einem hohen Niveau gewährleisten. Deswegen müssen wir auch in Zeiten der Schuldenbremse, auch in Zeiten der schwarzen Null die Anzahl der Polizisten behutsam erhöhen. Dazu haben wir im Bund einen Anfang gemacht. Der Bundeshaushalt 2015 sieht 400 neue Stellen für die Bundespolizei vor. Ich weiß von unionsgeführten Ländern wie Hessen und Sachsen, dass dort die Anzahl der Polizisten erhöht wird. Dass München, lieber Generalsekretär Andi Scheuer, eine besonders sichere Stadt in Deutschland ist, liegt daran, dass die bayerische Polizei in dieser Großstadt entsprechende Präsenz zeigt. Das muss in allen Ländern Standard werden. Innere Sicherheit darf etwas kosten. Innere Sicherheit muss uns etwas wert sein. Dafür bezahlen wir unsere Steuern.

(Vereinzelt Beifall)

Was sich Rote, Grüne und Dunkelrote merken sollten: Nicht unsinnige Strukturreformen der Polizeiverwaltungen führen zu mehr Sicherheit, sondern mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße. Wir wollen nicht, dass sich unsere Polizisten mit sich selbst beschäftigen. Sie sollen sich mit den Verbrechern beschäftigen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir brauchen an manchen Stellen eine stärkere Polizeipräsenz. Nehmen Sie die seit Jahren steigenden Einbruchszahlen. Inzwischen sind wir bei 150 000 Einbrüchen im Jahr. Ich bin sicher, viele von Ihnen hier im Saal kennen jemanden, bei dem eingebrochen worden ist. Es gibt inzwischen Bürgerinnen und Bürger – in meinem Heimatland ganze Gemeinden –, die private Sicherheitsdienste beauftragen, weil sie dem Staat nicht mehr vertrauen. Bürger, die sich einen privaten Sicherheitsdienst nicht leisten können, schließen sich zu Bürgerwehren zusammen und fahren nachts selber Streife, um die Einbrecher abzuschrecken. Das sind alarmierende Signale. Das ist doch nicht unser Land, wo es die einen gibt, die sich die innere Sicherheit leisten können, und die anderen, bei denen eben noch eingebrochen wird!

Das beste Mittel gegen Einbrecher ist und bleibt die Prävention. Wenn sich Einbrecher an gesicherten Türen und Fenstern die Zähne ausbeißen, wenn sie nicht innerhalb von wenigen Minu-

ten in die Wohnung oder das Haus hineinkommen, lassen sie häufig von ihrer Tat ab. Deshalb wollen wir ein eigenes KfW-Programm zum Eigentumsschutz. Wir greifen damit einen Gedanken des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder auf: Wer sich sichere Türen und Fenster einbaut, soll entweder einen Zuschuss oder einen günstigen Kredit bekommen. Das muss uns die innere Sicherheit wert sein.

(Beifall)

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf einen Punkt eingehen, den wir ganz bewusst an den Anfang unseres Antrags gestellt haben: die Gefahr durch gewaltbereite Islamisten. Aus Syrien und dem Norden des Iraks erreichen uns täglich Meldungen von grausamen Taten der Terrormiliz „Islamischer Staat“. Dieser Terror betrifft auch uns in Deutschland, sei es, weil verblendete Menschen von Deutschland aus – oftmals junge Menschen – in den Dschihad ziehen, um einen Gottesstaat zu errichten, zu kämpfen und das Töten zu lernen, sei es, weil sie mit dieser Kampfeserfahrung völlig enthemmt und sehr gefährlich zu uns nach Deutschland zurückkehren.

Viele Islamisten werden über das Internet radikalisiert. Im Netz verbreiten sich diese Hassparolen rasend schnell. Die Islamisten sind in den einschlägigen Netzwerken unterwegs. Sie schauen sich die Propagandavideos bei YouTube an. Leider lassen sich einige, vor allem junge Menschen, von solcher Propaganda anfixen und fallen auf die Aussagen der Islamisten herein. Deswegen müssen wir den Dschihadisten, den selbst ernannten Gotteskrieger, schon den geistigen Nährboden für ihren Terror entziehen. Deshalb treten wir dafür ein, die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe zu stellen. Das kann so nicht weitergehen mit der Werbung im Internet. Deshalb muss die Werbung für terroristische Vereinigungen wieder einen Straftatbestand bilden. Dafür steht die Union.

(Beifall)

Da muss sich auch unser freundlicher Koalitionspartner im Bund einmal bewegen. Wenn Bundesjustizminister Maas in diesem Zusammenhang von einer Beschädigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung warnt, bin ich überrascht. Wenn IS-Sympathisanten im Netz für ihre schrecklichen Taten werben, müssen wir das doch nicht mit Rücksicht auf den Schutz ihrer Grundrechte, ihrer Meinungsfreiheit, einfach so hinnehmen. Wer sich einmal die einschlägigen Videos bei YouTube anschaut – da wird Werbung mit geköpften und gekreuzigten Menschen gemacht –, der kann überhaupt nicht verstehen, wie so etwas straflos gezeigt werden darf. Solche Dinge gehören verboten! Da geht der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger allemal vor dem Schutz der Meinungsfreiheit der gewalttätigen Islamisten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall)

Das verstehen wir unter konsequenter Politik für die innere Sicherheit. Alles andere ist falsch verstandene Toleranz. Um tolerant zu sein, braucht man im Übrigen einen klaren Standpunkt. Alles andere ist Beliebigkeit. Wir in der Union haben in Fragen der inneren Sicherheit einen klaren Standpunkt. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung für diesen Antrag.

(Beifall)

**Annette Widmann-Mauz**, Tagespräsidium: Lieber Thomas Strobl, herzlichen Dank für die Einführung in diesen Antrag mit klaren Worten. Es liegen mir zur Aussprache über diesen Antrag und die weiteren Anträge bereits Wortmeldungen vor. Ich darf als Erstem unserem Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière das Wort geben.

**Dr. Thomas de Maizière**: Liebe Frau Widmann-Mauz! Sehr geehrte Frau Parteivorsitzende! Liebe Freunde! Thomas Strobl und ich haben zusammen den Antrag formuliert. Deswegen haben wir uns abgesprochen, dass wir uns bei dem, was wir vortragen, ergänzen. Das will ich gerne tun.

Ich möchte mit einem Satz aus dem Antrag beginnen: Wir fordern Respekt gegenüber den Vertretern unseres Staates; das fängt im Alltag an. – Dies ist eigentlich ein merkwürdiger Satz. In einem Antrag über Sicherheit würde man ihn nicht vermuten.

Es gibt Angriffe auf Polizeibeamte. Thomas Strobl hat das erwähnt. Das ist schlimm genug. Wir haben es aber auch noch mit einem anderen Phänomen zu tun. Wir haben eine neue Form von Respektlosigkeit gegenüber Vertretern unseres Rechtsstaates. Das sind Polizisten, Rettungskräfte, Mitarbeiter in Hartz-IV-Behörden, Mitarbeiter in Ausländerbehörden, Mitarbeiter in Kfz-Zulassungsstellen und Mitarbeiter in Finanzämtern. Nun erwartet niemand von Bürgerinnen und Bürgern einen Untertanengeist gegenüber Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Aber ein Grundmaß an Respekt, Höflichkeit und auch ein normales Verhalten kann man schon erwarten.

(Beifall)

Weil so viel über Entbürokratisierung und über Beamte gesprochen worden ist, möchte ich als der für Beamte zuständige Minister doch gerne einmal ein Wort über den öffentlichen Dienst sagen. Es fängt zunächst mit dem Begriff „öffentlicher Dienst“ an. Kein Beamter in einem Büro möchte Bürgerinnen und Bürger quälen. Es sind eher, wie Armin Laschet es vorhin sagte, politische Vorgaben. Glauben wir wirklich, dass wir die Energiewende hinbekommen ohne eine gut arbeitende Bundesnetzagentur? Glauben wir, dass wir die Sicherheit im Internet hinbekommen ohne ein gut arbeitendes BSI? Glauben wir, dass wir ein Kraftwerk genehmigen können, ohne eine gute Behörde? Ich bin ganz froh, dass die Deutsche Bahn noch 5.000 oder 6.000 beamtete Lockführer hat. So können wenigstens 30 Prozent der Züge fahren, wenn die GDL streikt.

(Beifall)

Ich finde, ein guter Rechtsstaat und eine gut funktionierende Verwaltung sind eine Stärke auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deswegen möchte ich den Wirtschaftspolitikern sagen: Bitte Vorsicht bei der Wortwahl, wenn ihr über den öffentlichen Dienst redet. Wir brauchen einen guten öffentlichen Dienst und gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem öffentlichen Dienst.

(Beifall)

Nun stelle ich – das besorgt mich ebenfalls – eine besondere Form von – ich greife den Ausdruck noch einmal auf – Respektlosigkeit im Internet fest. Woran liegt das? Wir haben in der analogen Welt einen Namen, eine Identität. Wir stehen im Melderegister. Wenn wir diskutieren, dann nennen wir unseren Namen und sagen, woher wir kommen. Wir sind stolz auf unser Antlitz; darauf komme ich noch einmal. Wir haben einen Namen. Wenn wir uns begegnen und in die Augen schauen, dann sind wir höflicher, als wenn wir anonym wären. Die Tageszeitungen haben früher anonyme Leserbriefe nicht abgedruckt. Wenn Sie einmal in Internet-Blogs schauen, dann sehen Sie, welch ruppige Sprache dort herrscht. Manchmal ist die Sprache auch fröhlich und frech, was in Ordnung ist. Aber Anonymität bei Meinungsäußerungen im Internet ist kein Fortschritt der Zivilisation und der politischen Kultur in unserem Land.

(Beifall)

Das gilt übrigens auch für „Pegida“. Darüber haben wir aus guten Gründen nicht lange diskutiert. Man kann viel sagen über die Menschen, die dort mitmachen, und man kann sich fragen, ob es da eine Unterwanderung gibt und wer die führenden Leute sind. Das tun wir auch. Aber wenn man einmal auf die Internet-Seiten von „Pegida“ guckt, dann sieht man, dass sie nicht von den Bürgern stammen, die angeblich normal mitlaufen. Denn es ist eine abstoßende Sprache. Davon müssen wir uns distanzieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Internet ist – darüber haben wir im Wirtschaftsantrag diskutiert – eine große Chance für Freiheit, für Wirtschaft und für Entwicklung, aber es besteht natürlich auch eine Gefahr. Das Internet ist längst eine kritische Infrastruktur wie Wasser, Strom und Gas geworden. „Kritisch“ insofern, als es kritisch für unser Land wird, wenn es in diesen Bereichen Ausfälle gibt. Deswegen haben wir vor – das findet sich natürlich in unserem Antrag –, diese kritische Infrastruktur Internet, soweit sie für das Funktionieren unserer gesamten Gesellschaft erforderlich ist, durch das IT-Sicherheitsgesetz zu sichern, das wir sehr bald beschließen werden. Wir behandeln dann die kritische Infrastruktur Internet wie andere auch. Das ist neu, aber es ist für das Funktionieren unseres Gemeinwesens nötig.

Es darf keinen Freibrief für die geben, die im Internet unterwegs sind. Es kann nicht sein, dass man im Internet vor Strafverfolgung sicher ist, nur weil es kompliziert ist. Über welche Straftaten reden wir in diesem Zusammenhang? Wir reden über millionenfachen sogenannten Identifizierung

titätsdiebstahl. Es wird auf Passwörter zugegriffen, damit man an die Konten unserer Bürgerinnen und Bürger kommt. Wir reden über milliardenschwere Finanzmanipulationen an der Steuer vorbei. Wir reden über grauenhafte Formen der Kinderpornografie. An dieser Stelle will ich sagen: Thomas Strobl hat vorhin insbesondere den Polizistinnen und Polizisten, die Streife gehen, gedankt. Aber es gibt auch Polizisten, denen wir zumuten, sich im Kampf gegen Kinderpornografie tagaus, tagein das Schrecklichste anschauen zu müssen, um andere davor zu bewahren, zum Opfer solcher Verbrechen zu werden. Ihre Arbeit ist wirklich aller Ehren wert und hat allemal Dank verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben im Internet Terrorverabredungen – offen und verdeckt. Wir diskutieren über die Rolle des Staates im Internet. Ich habe einen ganz einfachen Maßstab dafür, liebe Freunde. Dieser lautet: Der Staat und der Rechtsstaat haben im Internet nicht mehr Rechte als außerhalb des Internet, aber auch nicht weniger Rechte. Es muss möglich sein, auch den Verbrechern auf die Spur zu kommen, die im Internet Verbrechen verabreden. Das ist eine ganz klare Position. Das bedeutet zum Beispiel: So wie es eine Streife auf der Straße gibt, muss es auch in offenen Foren Streifen von Polizisten geben dürfen. Ich sehe da überhaupt kein Problem. Wenn die Foren geschlossen sind, dann braucht man allerdings andere Rechtsgrundlagen, um zu ermöglichen, auch in geschlossenen Foren vorgehen zu können.

Für viele Formen der Verbrechensbekämpfung im Internet brauchen wir – das will ich gerne noch einmal unterstreichen – die sogenannte Vorratsdatenspeicherung. Wir haben hier eine absurde Diskussion. Wir diskutieren relativ wenig darüber, dass private Unternehmen, überwiegend im Ausland ansässig, massenhaft Inhalte über uns speichern, sie verknüpfen, Profile daraus erstellen und entsprechende Geschäftsmodelle entwickeln. Das ist in Ordnung, wenn es dabei keine Verletzung der Persönlichkeitsrechte gibt. Mit der Vorratsdatenspeicherung ist es aber so: Der Staat speichert gar nicht selber. Er sagt vielmehr den Unternehmen, dass sie ihre Daten in Deutschland sicherer als bisher für eine gewisse Zeit aufbewahren, damit unter ganz strengen Voraussetzungen – mit Richtervorbehalt und allem Drum und Dran – der Rechtsstaat darauf zugreifen kann wie bei einer Telefonüberwachung oder wie bei einer Wohnungsdurchsuchung. Viele sagen – auch mitten in der Union –: Nein, das wollen wir aber nicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Vorratsdatenspeicherung in engen Grenzen für prinzipiell zulässig gehalten. Der EuGH hat eine entsprechende Richtlinie gekippt, aber auch gesagt, eine solche Speicherung sei möglich und diene einem legitimen Zweck. Wir wissen, dass das in Deutschland und in Europa wegen der politischen Meinungsverhältnisse kompliziert ist. Aber ich als Bundesminister des Innern kann Ihnen nur sagen: Wenn wir mehr Sicherheit haben wollen, dann müssen wir auch weiterhin klug für eine maßvolle Regelung zur Vorratsdatenspeicherung kämpfen. Ich werde das tun.

(Beifall)



Nun noch ein kurzes Wort zum Terrorismus. Dazu hat Thomas Strobl gesprochen, und darüber diskutieren wir in der letzten Zeit viel. Ich will ein Argument aufgreifen, das sozusagen unausgesprochen vorgetragen wird, mir aber oft begegnet. Es geht um dieses Argument: Wenn wir Menschen bei uns haben, die radikalisiert werden, auf die diese brutale Form von Gewalt eine starke Anziehungskraft ausübt, warum lassen wir sie nicht einfach reisen? Sollen sie doch gehen! Sollen sie doch woanders Unheil anrichten und nicht bei uns!

(Teilweise Beifall)

– Ich komme auf den Beifall zu sprechen, den ich an dieser Stelle für falsch halte. – Zeigen nicht manche Fälle in Kanada, dass man sie besser hätte ausreisen lassen sollen? – Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich halte das für prinzipiell falsch.

(Teilweise Beifall)

– Lassen Sie mich das zuerst begründen. – Warum halte ich das für falsch? Warum sind wir eigentlich nach Afghanistan gegangen? Unter anderem, weil wir nicht wollten, dass von Afghanistan der Terror zu uns gebracht wird. Herr Barzani, der Präsident des Nordirak, wenn Sie so wollen, hat Volker Kauder gesagt: „Wissen Sie was, Herr Kauder? Ich verlange nicht, dass eure Söhne auf unserer Seite gegen IS kämpfen – Klammer auf: wir fordern keine Bodentruppen aus Deutschland –, aber wir können wohl verlangen, dass eure Söhne nicht aufseiten des IS gegen uns kämpfen.“ Das ist, finde ich, verdammt richtig.

(Beifall)

Von den 25 000 bis 30 000 Kämpfern des IS stammen 10 000 und mehr aus arabischen Staaten, aber auch ungefähr 3 000 aus Europa. Es kann nicht sein, dass wir sagen: „Die Konflikte von anderswo sollen nicht auf unsere Straßen getragen werden“, wenn wir selbst einen Beitrag dazu leisten, dass von uns diese brutale Gewalt nach Syrien und in den Irak gebracht wird. Deswegen müssen wir Ausreisen und erst recht Wiedereinreisen verhindern. Deswegen brauchen wir den Passenzug. Wir arbeiten an einer Möglichkeit zum Entzug des Personalausweises und zur Ausstellung von Ersatzpapieren. Wir brauchen eine Änderung der Praxis des Schengener Informationssystems, und wir brauchen, ehrlich gesagt – das sage ich auch nach den Veröffentlichungen von gestern –, auch eine internationale Zusammenarbeit der Nachrichtendienste mit der Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika. Ohne diese Zusammenarbeit können wir die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger nicht gewährleisten. An dieser Zusammenarbeit sollten wir festhalten.

(Teilweise Beifall)

Für all das und anderes, was in der Debatte noch erwähnt werden wird, brauchen wir einen starken Staat. Dieser Staat muss stark sein, nicht, weil wir einfach so einen starken Staat haben wol-

len. Der starke Staat hat eine dienende Funktion: für die Freiheit und den Schutz unserer Bürger. Ich zitiere zum Schluss die Zeilen 10 bis 14 unseres Antrags, weil sie das so schön zusammenfassen:

„Um Leib und Leben, Eigentum und Freiheit der Menschen zu schützen, steht die CDU Deutschlands für einen starken Staat. Die Erfüllung dieser staatlichen Aufgabe ist bei der CDU in guten Händen. Das gilt gerade jetzt angesichts der sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Welt. Die Sicherheitslage ist ernst wie lange nicht mehr. Aber unsere Demokratie ist wehrhaft, der Rechtsstaat stark.“

Und die CDU ist ihr bester Anwalt. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Annette Widmann-Mauz**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. de Maizière. Unser Rechtsstaat ist auch bei Ihnen in guter Hand. Jetzt darf ich zum nächsten Redner überleiten. Es hat sich zu Wort gemeldet der Hessische Innenminister, Herr Beuth.

**Peter Beuth**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf für die Kolleginnen und Kollegen des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU Deutschlands sprechen. Die großen Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit sind von Thomas Strobl und Lothar de Maizière gerade eben zutreffend beschrieben worden. Lassen Sie mich gleichwohl an drei Punkten ansetzen. Lassen Sie mich drei Aspekte besonders beleuchten, die uns, wie ich glaube, wichtig sein müssen, die uns wichtig sein sollten.

Thomas de Maizière hat gerade eben über die Herausforderungen gesprochen, die mit der salafistischen Gewalt in Syrien und im Irak verbunden sind, und über die jungen Leute, die aus unserem Land dorthin gehen, um dort zu kämpfen. Er hat von unserer Verantwortung gesprochen, das zu verhindern. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Am besten ist es, wenn wir nicht mit den Regeln des Rechtsstaates, mit den Regeln des Passrechtes, mit den Regeln des Staatsangehörigkeitsrechts oder mit dem Strafrecht darauf reagieren müssen, sondern wenn es uns gelingt, überhaupt zu verhindern, dass sich junge Leute radikalisieren.

Die salafistische Radikalisierung junger Männer und Frauen besorgt uns sehr. Insbesondere besorgt uns, wie schnell diese Radikalisierung mittlerweile vonstattengeht. Manchmal sind es nur wenige Wochen vom ersten Kontakt zur salafistischen Szene bis zur Planung einer Ausreise in die Kampfgebiete. Es muss also schnell gehandelt werden, wenn ein Hinweis aus dem Umfeld auf eine mögliche Radikalisierung kommt. Oft sind es besorgte Eltern, Geschwister, aber auch Freunde, Trainer oder Lehrer, die merken, dass sie zu ihrem Kind, zu ihrem Freund, zu ihrem Schüler oder ihrem Mitschüler nicht mehr durchdringen. Dieser Hinweise müssen wir uns annehmen. Wir müssen sie ernst nehmen, und wir müssen vor allem unverzüglich handeln. Dafür benötigen wir Anlaufpunkte.

Klar ist: Wenn es Hinweise auf strafbare Handlungen gibt, werden wir alle Möglichkeiten der Strafverfolgung, der Gefahrenabwehr ausschöpfen. Wir werden, wie bereits dargestellt, alles tun, um die Ausreise zu verhindern. Klar ist aber auch: Mit den Mitteln der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung allein werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen.

Meine Damen und Herren! Der erfolgreiche Kampf gegen Salafismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen: Sicherheitsbehörden, Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen, aber auch muslimische Institutionen, Moscheevereine, die ein ureigenes Interesse daran haben. Wir dürfen gemeinsam nicht zulassen, dass über diese Extremisten eine ganze Religion diskreditiert wird.

(Teilweise Beifall)

Wir haben uns in Hessen dazu entschieden, ein eigenes Präventionsnetzwerk aufzusetzen. In diesem Präventionsnetzwerk sollen die Träger von Jugendeinrichtungen, Schulen und Sportorganisationen sensibilisiert werden für diese Radikalisierungsprozesse, die eben beschrieben worden sind. Wir nehmen uns des Umfeldes, aus dem die Hinweise auf Radikalisierungen stammen, an. Wir stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite und helfen ihnen, den Kontakt zu ihrem Sohn, ihrer Tochter, ihrem Freund oder ihrer Freundin nicht abreißen zu lassen. Wir bauen selbst Kontakt zu der von Radikalisierung bedrohten Person auf und bemühen uns so um einen direkten Zugang, um diejenige oder denjenigen von einer weiteren Radikalisierung abzuhalten. Wir helfen aber auch mit ganz konkreten Maßnahmen, wenn es um den Ausstieg aus der Szene geht. Es geht darum, Lebensperspektiven aufzuzeigen, um der Radikalisierung zu entkommen.

Ich glaube, dass wir gut beraten sind, dabei die richtigen Mittel und Maßnahmen zu ergreifen. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, in diesem Fall nicht mit einem Schutzmann in Uniform aufzutreten. Wir sollten versuchen, die jungen Leute dort abzuholen, wo sie stehen. Wir sollten mit in Jugendarbeit erfahrenen Menschen zusammenarbeiten; mit denen, die ein breites Wissen über die islamische Kultur haben und vielleicht sogar eine eigene Migrationssozialisation in Deutschland haben; mit Menschen, die bereit sind, sich mit den religiösen Argumenten auseinanderzusetzen, mit dem, was in den Köpfen dieser radikalisierten jungen Menschen vor sich geht. Rudimentäre, selektive religiöse Einstellungen müssen aufgebrochen werden und es muss aufgeklärt werden. Ich glaube, dass wir damit gut beraten sind. Dies können wir gemeinsam hinbekommen. Mit den Sicherheitsbehörden, den Kommunen, den Religionsgemeinschaften und den Islamverbänden können wir in Sachen Prävention und Intervention sinnvoll und vernünftig zusammenarbeiten, und wir können gemeinsam dafür Sorge tragen, dass es gar nicht erst zu der Situation kommt, die Lothar de Maizière beschrieben hat.

Wir wollen die jungen Leute davor bewahren, überhaupt radikalisiert zu werden. Ich glaube, dass das ein guter Ansatz ist.

(Beifall)

Wir dürfen die Söhne und die Töchter nicht den salafistischen Rattenfängern überlassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie mit Versatzstücken irgendeiner extremistischen, islamistischen Anschauung geködert werden, ihre Zukunft oder sogar ihr Leben wegzuworfen oder das Leben anderer in Gefahr zu bringen. Wir dürfen nicht zulassen, dass es einigen wenigen gelingt, mit ihren abstrusen und menschenverachtenden Ansichten einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie eine ganze Religion verunglimpfen. Wir wollen in einer freien und friedlichen Gesellschaft leben. Wir treten denen entgegen, die das ändern wollen, mit Härte und Konsequenz des Rechtsstaates, aber auch mit Präventionsmaßnahmen, die verhindern, dass junge Leute zu diesen Rattenfängern abgleiten.

(Vereinzelt Beifall)

Als weiteren Punkt will ich den Schutz von Polizeibeamten und Einsatzkräften aufgreifen; das haben meine beiden Vorredner bereits angedeutet. Ich will dafür werben, im Strafrecht den Unwert eines Angriffs auf einen Polizeibeamten ordentlich und vernünftig zu verankern. Wer die Vertreter unseres Rechtsstaates angreift, der greift den Rechtsstaat selbst an. Das muss entsprechend sanktioniert werden. Das muss das Strafrecht in einem eigenen Schutzparagrafen für die Polizei hergeben.

(Vereinzelt Beifall)

Letzter Punkt. Wir haben in unserem Papier auch das Thema Jugenddelinquenz aufgenommen. Wir haben in den vergangenen Wochen mit dem Fall Tugce aus Offenbach wieder einen besonders tragischen Fall der Jugendkriminalität erlebt. Unser Augenmerk muss sich darauf richten, kriminelle Karrieren frühzeitig zu erkennen und dauerhaft zu beenden. Dafür ist notwendig, dass alle an einem Straf- und Ermittlungsverfahren Beteiligten zusammenarbeiten. Ziel muss sein, dass die Strafe auf dem Fuße folgt und dass sich der straffällig gewordene Jugendliche mit den Folgen seines Handelns auseinandersetzt. Es muss klar und deutlich gemacht werden: Diebstahl, Schlägereien und Drogenhandel sind nicht cool und auch keine lässliche Jugendsünde. Sie werden von uns nicht geduldet. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Wiedergutmachung. Mir dreht sich der Magen um, wenn ich die unter Jugendlichen so beliebte und scherzhaft gebrauchte Redensendung „Du Opfer!“ höre. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass es sich um jemanden handelt, der durch sein eigenes Verhalten dazu beigetragen hat, dass er zum Opfer wurde. Hier müssen wir sehr deutlich machen: Es gibt in unserer Gesellschaft nicht das Recht des Stärkeren, sondern nur die Stärke des Rechts.

(Beifall)

Das Opfer einer Straftat – sei es eines Einbruchs, eines Diebstahls oder eines anonymen Gewaltdelikts – darf kein anonymer Irgendwer bleiben. Damit machen wir es den Tätern zu einfach. Sie sollen verstehen, welche Auswirkungen ihr Handeln auf das Leben eines anderen Men-

schen hat, und sich mit diesen Auswirkungen intensiv auseinandersetzen. Daher ist es wichtig, dass wir die Häuser des Jugendrechts ausbauen, in denen es uns gelingt, Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe sowie Täter und Opfer in einer Gruppe zusammenzuführen und im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs auf Jugenddelinquenz ordentlich zu reagieren.

Wenn wir über Abschreckung reden, müssen wir uns auch den Strafraumen für heranwachsende Straftäter erneut anschauen. Wir sind der Meinung, dass die Anwendung des Jugendstrafrechts bei Heranwachsenden, also bei jungen Menschen zwischen 18 und 21 Jahren, die Ausnahme sein sollte. Ein normal begabter 20-Jähriger kann die Folgen seines Handelns überblicken. Daher kann er auch nach einem normalen Strafraumen und muss nicht nach dem Jugendstrafrecht bestraft werden. Wir müssen endlich dazu kommen, das Regel-Ausnahme-Verhältnis umzukehren.

„Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit“, wir bewegen uns mit diesem Antrag – das ist bereits bei Thomas Strobl angeklungen – im Markenkern der Union. Hier trauen uns die Bürgerinnen und Bürger besonders viel zu. Mit dem Beschluss dieses Antrags machen wir deutlich: Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist bei der Union in guten Händen, sowohl im Bund als auch in den Ländern. Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft gerade auch im Bereich der inneren Sicherheit. Vielen Dank.

(Beifall)

**Annette Widmann-Mauz**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Minister Beuth, für Ihren Beitrag. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Antrag und den Initiativanträgen C 104 und C 105 vor, sodass ich Ihnen jetzt das Votum der Antragskommission vorstellen möchte. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Initiativanträge C 104 und C 105 sowie die Annahme des Antrags D 2 in entsprechend geänderter Fassung. Wer mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag D 2 einstimmig angenommen. Ich bedanke mich dafür.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir kommen nun zur Sammlung der Anträge und zu den Empfehlungen der Antragskommission. Das sind zwei Pakete. Das sage ich insbesondere für diejenigen, die Lust habe, mitzudiskutieren. Zum einen gibt es in gedruckter Form die Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission. Dieses Buch haben Sie vor dem Parteitag bekommen. Zum anderen muss auf Ihren Tischen die Sammlung der Initiativanträge mit den dazu vorliegenden Empfehlungen der Antragskommission liegen. Wir verfahren wie folgt: Wir gehen die einzelnen Anträge durch. Dort, wozu keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir sofort zur Abstimmung. Dort, wozu Wortmeldungen vorliegen, werden wir die Wortmeldungen aufrufen. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? – Das ist der Fall.

Der erste Antrag, zu dem eine Wortmeldung vorliegt, ist der Antrag C 3, ein Antrag zur Bildung. Dazu hat die Antragskommission die zur Annahme empfohlene Fassung leicht abgeändert. Der Punkt 15 auf Seite 20 soll wie folgt lauten:

Auch bei abgeschlossener Berufsausbildung und guter Qualifikation starten inzwischen fast 50 Prozent der jungen Menschen mit einem befristeten Arbeitsvertrag in das Berufsleben. Viele müssen sich mit Leiharbeit und Werkverträgen zufriedengeben. Diese prekären Beschäftigungsformen belasten vor allem jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn ihnen fehlt damit die Planungssicherheit, die sie insbesondere in der Phase der Familiengründung benötigen. Daher wollen wir befristete und ungesicherte Arbeitsverhältnisse zurückdrängen und begrüßen ausdrücklich die Initiativen von Tarifparteien, die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung wieder zum Normalfall werden zu lassen.

Ich denke, das ist eine zustimmungsfähige Formulierung. Gemeldet hat sich zu diesem Punkt Elke Hannack vom Landesverband Berlin. – Bitte.

**Elke Hannack:** Werter Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass heute CDA und Frauen-Union gemeinsam einen wichtigen Antrag für eine zukunftsfähige Berufsbildung in Deutschland zur Abstimmung stellen. Ja, das duale System der Berufsbildung in Deutschland hat sich bewährt. Wir haben in Deutschland mit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Das duale System schafft eine enge Kopplung zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt. Es ist und bleibt das Rückgrat der Innovationskraft unserer Betriebe. Unser System der beruflichen Bildung ist aber kein rein staatliches System, sondern es basiert auf einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. Arbeitgeber und Gewerkschaften sorgen gemeinsam für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der einzelnen Betriebe, den Bedürfnissen ganzer Branchen und den Perspektiven von Jugendlichen.

Auch an der Steuerung des Berufsausbildungssystems sind Gewerkschaften und Arbeitgeber sowie der Staat gemeinsam beteiligt. Sie entwickeln die Ausbildungsberufe mit ihren Expertinnen und Experten aus der Praxis heraus. Genau das sichert eine hohe Akzeptanz der Ausbildungsberufe in der Arbeitswelt. Die rund 330 Ausbildungsberufe in Deutschland sind eben unsere gemeinsamen Berufe. Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung die Sozialpartnerschaft in der dualen Ausbildung wieder stärken will, indem sie zum einen das Konsensprinzip bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen beachten will und indem sie zum anderen eine Allianz für Aus- und Weiterbildung ins Leben ruft, und zwar mit einer Allianz, an der Arbeitgeber und Gewerkschaften beteiligt sind.

Ich habe diese Allianz für den DGB mitverhandelt. Ich freue mich sehr, sagen zu können: Die Gewerkschaften wollen und werden sich an dieser Allianz für Aus- und Weiterbildung beteiligen, sie werden mitarbeiten und sie werden gemeinsam die Verantwortung mit den Arbeitgeberverbänden in Deutschland übernehmen, sodass wir am Ende zu einem guten Ergebnis kommen. Konsens zwischen allen Gewerkschaftsvorsitzenden ist: Jeder junge Mensch braucht eine Chance auf eine Ausbildung, insbesondere auf eine betriebliche Ausbildung.

Der gemeinsame Antrag von CDA und Frauen Union ist absolut auf der Höhe der Zeit. Er ist ganz nah an dem, was Bund, Länder, Gewerkschaften und Arbeitgeber in der Allianz für Aus- und Weiterbildung miteinander vereinbart haben.

Wir stehen, bei aller Freude über unser duales Ausbildungssystem, vor zentralen Herausforderungen. Eines ist klar: Immer mehr Betriebe können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen. Die Zahl der offenen Ausbildungsstellen lag 2014 mit 37 100 auf einem Rekordhoch. Gleichzeitig landen mehr als 250 000 Jugendliche in einer der zahlreichen Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung, in der Regel mit schlechten Chancen auf einen Ausbildungsabschluss.

Mehr als 1,3 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren – das sind mehr als 13 Prozent dieser Altersgruppe – haben keine abgeschlossene Ausbildung. Gerade junge Menschen mit Hauptschulabschluss schaffen immer seltener nahtlos den Sprung von der Schule in die Ausbildung. Gerade einmal sieben Prozent eines Jahrgangs von Hauptschülerinnen und Hauptschülern bekommen überhaupt noch direkt nach dem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz.

Diese Entwicklung, liebe Freundinnen, liebe Freunde, kann Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht unberührt lassen. Ich freue mich deshalb sehr, dass der vorliegende Antrag genau die Themen anspricht, die wir in der Allianz für Aus- und Weiterbildung anpacken müssen.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in Deutschland: weg von der endlosen Ausbildungsvorbereitung hin zu betrieblicher Ausbildung, bei Bedarf auch mit professioneller Begleitung. Die Umsetzung der Ausbildungsgarantie wird deshalb eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre sein.

Ja, wir wissen: Es ist Aufgabe der Wirtschaft, für genügend gute Ausbildungsplätze zu sorgen. Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildungsplätze in Deutschland. Jedem vermittlungsbereiten Jugendlichen, der zum 30. September eines Jahres noch keinen Ausbildungsplatz hat, sollen deshalb drei Angebote für eine betriebliche Ausbildung gemacht werden. Das haben wir gemeinsam mit den Arbeitgebern in der Allianz für Aus- und Weiterbildung festgeschrieben und es wird eine Mammutaufgabe, das gemeinsam umzusetzen.

Wir müssen den Betrieben aber auch bei der Ausbildung helfen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen steigen heute aus der Ausbildung aus. Allein 2013 sind uns rund 14 000 Ausbildungsbetriebe verloren gegangen. Wenn wir allein diese wieder für die Ausbildung gewinnen wollen, dann müssen wir ihnen Unterstützung anbieten. Deshalb müssen wir die assistierte Ausbildung gesetzlich verankern.

(Vereinzelt Beifall)

Die assistierte Ausbildung setzt an der Achillesferse des dualen Systems an: der sinkenden Ausbildungsbereitschaft vor allem kleinerer Unternehmen und den schlechten Chancen vieler Ju-

gendlicher. Sie ist das einzige Instrument, das Jugendliche und Betriebe hier gleichermaßen unterstützt. Sie hilft den Betrieben bei der Auswahl der Jugendlichen und beim Erstellen der betrieblichen Ausbildungspläne. Sie unterstützt die Jugendlichen, wenn sie zusätzliche Förderung, etwa Sprachunterricht oder Nachhilfe, brauchen. Deshalb brauchen wir einen kräftigen Impuls für die assistierte Ausbildung.

Wir müssen auch die Berufsschulen in den Blick nehmen. Sie sind das zweite Standbein der dualen Berufsbildung. Wir brauchen weiterhin ein flächendeckendes Angebot an guten Berufsschulen. Gerade in Zeiten der Digitalisierung – wir haben es gestern diskutiert – müssen die Berufsschulen technisch auf dem neuesten Stand sein. Außerdem brauchen wir auch gute Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer. Uns ist es gelungen, die Hochschulen durch den Hochschulpakt zukunftsfähig zu machen. Warum sollen wir, Bund und Länder, nicht auch einen Berufsschulpakt schließen, der für unser duales System zentral wäre?

Liebe Freundinnen und Freunde, Deutschland ist nicht das Land, in dem Milch und Honig fließen. Wir dürfen die Hände nicht selbstzufrieden in den Schoß legen. Wir haben noch viele Hausaufgaben zu erledigen. Wir müssen beispielsweise die Integrationskraft unseres dualen Ausbildungssystems verbessern, indem wir auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen mitnehmen. Wir müssen bei der Ausbildung insbesondere kleine und mittlere Unternehmen besser unterstützen als in der Vergangenheit.

Ich denke, wir haben in Deutschland einen klaren Blick auf die Stärken und Schwächen unserer dualen Berufsausbildung. Das ist eine gute Basis für die Arbeit der künftigen Allianz für Aus- und Weiterbildung. Der vorliegende Antrag von CDA und Frauen Union zeigt, dass die Christlich Demokratische Union mit richtig guten Konzepten an der Zukunft der Berufsausbildung arbeitet.

Jeder junge Mensch braucht eine Chance. Wir dürfen und wir wollen keinen jungen Menschen zurücklassen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Tagungspräsidium hat eine Bitte an die folgenden Redner. Die Rede war interessant, aber auch sehr umfanglich. Wenn jeder selbst darauf achtet, dass er in zwei Minuten sagt, was er sagen möchte, dann haben wir die Chance, durchzukommen.

(Beifall)

Das ist quasi eine moralische Selbstverpflichtung. Das wäre supernett. Nächste Rednerin ist Regina Görner.

**Regina Görner**: Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank vonseiten der Frauen Union an die Antragskommission für das positive Votum zu diesem Antrag. Es ist nicht ganz selbstverständ-



lich, dass ein umfangreicher und detailgeladener Antrag so viel Unterstützung findet. Jeder zweite Redner gestern und heute hat über die Bedeutung von Qualifizierung gesprochen. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir allen jungen Menschen eine Qualifizierung zugutekommen lassen.

Ich will einen einzigen Aspekt aus dem Antrag aufgreifen, der noch nicht hinreichend bekannt ist. Die duale Berufsausbildung ist nicht nur gut für die Wirtschaft, nicht nur gut für junge Leute, die alle Potenziale mit sich bringen, sondern sie ist auch und gerade gut für junge Leute, die mit Misserfolgserfahrungen aus der Schule kommen.

Wir wissen inzwischen aus der Hirnforschung: Es gibt sehr unterschiedliche Lernweisen. Ein Teil der Menschen lernt am besten über seine Sinne Sehen und Hören. Das ist die Lernform, die wir in den Schule und Universitäten praktizieren. Aber ein Teil der Menschen lernt besonders gut über das Begreifen. Es ist kein Zufall, dass wir in unserer Sprache für den Abschluss eines geistigen Prozesses das Wort „Begreifen“ verwenden. Es geht um das, was man mit den Händen machen kann, um das, was man durch Handeln und Tun erlernen kann. Das duale Berufsbildungssystem ist daher die ideale Form, mit der man diesen jungen Leuten zu Qualifizierung verhelfen kann.

Wir müssen das vorhandene Potenzial endlich nutzen. Ich richte daher einen herzlichen Appell an alle Ausbilder in unserem Land: Trauen Sie ihrem eigenen System mehr zu, als sie es in der Vergangenheit getan haben. Die jungen Leute verdienen eine Chance. Wenn sie endlich mit ihren Händen lernen können, dann werden sie auch in der Lage sein, die hohen Anforderungen, die wir mit Blick auf die Zukunft Deutschlands stellen müssen, zu erfüllen.

Es gibt sehr positive Erfahrungen in diesem Bereich. Ich möchte dafür sorgen, dass diese Erfahrungen endlich überall ernstgenommen werden und dass wir die entsprechenden Vorhaben anpacken; denn das können wir. Der wesentliche Standortvorteil, den wir durch das duale Berufsausbildungssystem haben, ist: Wir können alle mitnehmen, wirklich alle. Danke.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Jetzt haben wir zwei zustimmende Voten gehört. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Herzlichen Dank.

Wir kommen zum Antrag C 9. Es spricht Christian Natterer vom Landesverband Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall)

**Christian Natterer**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tagungspräsident! Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Jungen Union auf Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zuzustimmen. Unser NATO-Partner Türkei hat sich in den letzten Jahren leider von Europa weg statt zu Europa hin entwickelt. Traurige Beispiele hierfür sind neben gesetzlichen Maßnahmen wie der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit und neben den Ereignis-

sen auf dem Gezi-Platz auch Aussagen und Forderungen türkischer Spitzenpolitiker, allen voran Staatschef Erdogan, die bei uns im Westen nur noch für Kopfschütteln sorgen. Einige Beispiele: Frauen sollen in der Öffentlichkeit nicht lachen. Kussverbot in der Öffentlichkeit. Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir werden den Nachrichtendienst Twitter mit Stumpf und Stiel ausrotten. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau fördert die Suizidrate.

Was vielleicht so unfassbar klingt, das sind Aussagen und Einstellungen, die eine Geisteshaltung an den Tag legen, die meilenweit von unseren europäischen Grundwerten entfernt ist. Wir wissen, dass sich mit einem Beschluss des CDU-Parteitages nicht automatisch unsere Außenpolitik im Hinblick auf die Türkei ändert. Dieser Antrag ist auch nicht gegen die Menschen gerichtet, die auf dem Gezi-Platz demonstriert haben. Aber wir wollen heute ein Zeichen gegen die aktuelle Politik der Regierung Erdogan setzen.

Eine Zahl zum Schluss: Zwei Drittel der Menschen in der Türkei lehnen Umfragen zufolge einen EU-Beitritt ihres Landes ab. Tun wir den Menschen in der Türkei einen Gefallen und erfüllen ihnen diesen Wunsch. Ich bitte Sie um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Ruprecht Polenz bitte.

**Ruprecht Polenz**, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission lehnt den Antrag ab und empfiehlt Ihnen, ihn ebenfalls abzulehnen. Beitrittsverhandlungen sind keine Belohnung für irgendetwas, sondern sie sind ein Hebel, ein unerwünschtes Verhalten zu korrigieren oder die Türkei auf einen Kurs zu bringen, der sie Richtung Europa führt. Letzteres ist auch in deutschem Interesse. Die Aufnahme der Türkei in die EU steht überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Niemand hier im Saal glaubt, dass das in absehbarer Zeit der Fall sein kann. In den letzten fünf Jahren hat sich die Türkei eher weiter von Europa entfernt.

Der Antrag verweist zu Recht auf die Eingriffe in die Pressefreiheit und in die Unabhängigkeit der Justiz. Es gibt Tendenzen von Erdogan zu einem immer autoritärer werdenden Regierungsstil. Er ist dabei, durch die angestrebte Präsidialverfassung das institutionelle Gefüge in der Türkei zu verändern, etwa die Justiz in ihrer Unabhängigkeit zu schwächen. Trotzdem wäre der Abbruch der Verhandlungen, wie es der Antrag fordert, nicht das richtige Signal; denn wir würden dadurch die Kräfte in der Türkei schwächen, die sich diesen Tendenzen entgegenstellen. Diese Kräfte gibt es. Wir würden zweitens die Chance vertun, die die Europäische Union in den Beitrittsverhandlungen sieht. Ich finde es richtig, dass auch die Bundesregierung und Angela Merkel versuchen, das Kapitel 23 der Verhandlungen zu eröffnen. Darin geht es um die Justiz und die Grundrechte. Wenn wir dieses Kapitel eröffnen könnten – dazu müsste Zypern seine Blockadehaltung aufgeben –, dann könnte sehr konkret mit der Türkei über die Missstände, die in dem Antrag zu Recht aufgelistet sind, gesprochen werden.

Ich empfehle Ihnen Zustimmung zu der Empfehlung der Antragskommission.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Wir haben das Votum der Antragskommission gehört. Wir haben die Frage ja auch im Zusammenhang mit dem Europawahlprogramm diskutiert und eine sehr kluge Position gefunden, die auch die Bundesregierung vertritt. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit etwa 80 Gegenstimmen bei 25 Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Anträge C 11 bis C 20 auf. Die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Beschlussfassung der Anträge C 12, C 43 und C 70. Die Einzelheiten der Texte finden sich am Ende der Antragsbroschüre zusammen mit den Empfehlungen der Antragskommission, die heute verteilt wurde.

Wir haben eine Wortmeldung zum Antrag C 13 vom Delegierten Frank Müller aus Rheinland-Pfalz.

**Frank Müller**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zum Antrag C 13, in dem es um die Grüne Gentechnik geht, sprechen. Ich spreche hier im Namen des Bundesvorstandes Junge Union. Wir von der Jungen Union freuen uns, dass die Antragskommission dem Antrag in den allergrößten Teilen ihre Zustimmung erteilt hat. Beim konkretesten Punkt des Antrags, der Opt-out-Regelung – dem nationalen Anbauverbot für Grüne Gentechnik –, folgt die Kommission nicht unserer Formulierung. Wir fordern, von dieser Regelung keinen Gebrauch zu machen. Die Kommission empfiehlt, die Opt-out-Regelung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Dagegen möchten wir uns aussprechen.

Wir werden bis 2050 das Doppelte des heutigen Nahrungsmittelbedarfs produzieren müssen. Gleichzeitig gilt es, Herausforderung durch den Klimawandel zu bewältigen. Wir erleben zunehmend Dürrephänomene, wie zum Beispiel die Versalzung von Brunnen, worauf die Pflanzenzüchter reagieren müssen. Die Grüne Gentechnik kann ein wichtiger Schlüssel sein, diese notwendigen Anpassungen zügig herbeizuführen. Sie wird daher eine der Schlüsseltechnologien für das kommende Jahrhundert sein.

Wir sind der Ansicht, die restriktiven europäischen Zulassungsrichtlinien reichen voll und ganz aus. Wir sollten hier das klare Signal setzen, dass wir in Deutschland, wir als CDU für Schlüsseltechnologien stehen, und zwar nicht nur bei der Digitalisierung, sondern auch auf dem Acker. Von daher bitte ich darum, der Antragskommission nicht zu folgen, sondern den Antrag in der ursprünglich vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht unser agrarpolitischer Sprecher, der Kollege Holzenkamp.

**Franz-Josef Holzenkamp**, Antragskommission: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz für die Antragskommission sprechen. Die zentrale Forderung der Jungen Union zu dem Antrag ist, keinen Gebrauch von einer sogenannten Opt-out-Lösung für die Grüne Gentechnik zu machen. Das beinhaltet letztlich, wer wo entscheidet, ob beim Anbau auf EU-Ebene oder auf der Ebene der Mitgliedstaaten.

Um es vorweg zu sagen: Wir als Union – das ist ganz klar, da sind wir d'accord – stehen zu Zukunftstechnologien. Bei der Grünen Gentechnik gibt es im Gegensatz zur Weißen und Roten Gentechnik eine sehr kritische Haltung in unserer Bevölkerung, deshalb haben wir uns auf dem letzten Bundesparteitag schon für eine sogenannte Opt-out-Lösung ausgesprochen. Das heißt, der Mitgliedstaat entscheidet selbst über einen Anbau von Pflanzen aus Grüner Gentechnik. Deshalb werben wir seitens der Antragskommission für eine leicht abgeänderte Fassung. Wir wollen zunächst eine sorgfältige Prüfung, ob eine Opt-out-Regelung Sinn macht oder nicht. Zweitens wollen wir den gesellschaftlichen Dialog verstärken, in dem wir die Chancen und Risiken dieser Zukunftstechnologie gegenüberstellen. Drittens wollen wir uns für mehr Transparenz im Rahmen einer Positivkennzeichnung einsetzen. Diese muss aber auf EU-Ebene entschieden werden. Wir wollen, dass das draufsteht, was in den Nahrungsmitteln enthalten ist. Wir wollen darüber hinaus die Forschungskompetenz Deutschlands stärken, damit uns hier keine Zukunftstechnologie verlorengeht.

Meine Damen und Herren, wir sind seitens der Antragskommission der Meinung: Mit dieser geänderten Fassung werden wir den Chancen gerecht, aber auch den Vorbehalten in der Bevölkerung. Deshalb bitte ich um Unterstützung für das Votum der Antragskommission. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir haben beide Positionen gehört. Wer dem Votum der Antragskommission seine Stimme gibt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei etwa 40 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zu Antrag C 16. Es gibt eine Wortmeldung von Johannes Ferstl aus Nordrhein-Westfalen.

**Johannes Ferstl**: Herr Tagungspräsident! Frau Bundesvorsitzende! Liebe Delegierte! Wir haben in den letzten anderthalb Tagen viel über junge Leute geredet, Talente, die wir fördern wollen, die Bürgergesellschaft. Dann engagieren sich junge Leute in unseren Kommunalparlamenten, und wenn sie sich auf den Weg zur Ausbildung oder zum Studium machen, müssen sie in der Re-

gel ihre ländliche Region verlassen. Was passiert mit ihnen? Wir erklären ihnen dann, dass es Sinn macht, seinen Erstwohnsitz aufzugeben, um die Zweitwohnsitzsteuer zu meiden. Man kann auch sagen: Das ist nicht viel Geld. Wir haben aber lange über die BAföG-Reform geredet; viele Studenten und Auszubildende haben natürlich ein Problem mit der Zweitwohnsitzsteuer. Genau deswegen empfehlen wir als Junge Union, diese Lücke in der Gemeinde- und Kommunalfinanzierung aufzulösen, indem man die Schlüsselzuwendungen nachkorrigiert, statt in der Form, dass jede Kommune eine Zweitwohnsitzsteuer erheben muss.

Wir empfehlen deshalb zu Ziffer 1 – darum bitten wir als Junge Union – , dass Sie nicht dem Votum der Antragskommission zustimmen, sondern uns unterstützen, damit wir jungen Leuten wieder eine Perspektive geben, kommunal in ihrer Heimat Politik machen zu können, und sie nicht wegen der Zweitwohnsitzsteuer den Erstwohnsitz aufgeben müssen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Kollege Liebing.

**Ingbert Liebing**, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Das Anliegen, das die Junge Union mit dem Antrag vorgebracht hat, ist aus Sicht der Antragskommission berechtigt. Auch wir haben ein Interesse daran, jungen Menschen während des Studiums weiterhin kommunalpolitisches Engagement in ihrem Heimatort zu ermöglichen. Das ist der Grund, weshalb wir als Antragskommission empfehlen, Ziffer 2 des Antrags der Jungen Union an die jeweiligen Landtagsfraktionen zu überweisen. Das Thema „Wahlrecht im Kommunalwahlrecht“ muss in den jeweiligen Landesgesetzen zum Kommunalwahlrecht geregelt werden; dies kann nicht einheitlich über Deutschland geregelt werden. Die Verweisung an die Landtagsfraktionen ist das bewusste Signal, sich mit dem Thema zu beschäftigen: Wie schaffen wir es, dass für Studenten beides vereinbar ist: der Heimatwohntort, wo sie sich weiterhin in der Kommunalpolitik engagieren wollen, und der Studienwohntort? Wir wollen dies auch positiv befördern.

Wir empfehlen aber die Ablehnung von Ziffer 1. Auch das möchte ich kurz begründen: Die Zweitwohnsitzsteuer ist eine kommunale Steuer, die auf der Grundlage einer kommunalen Satzung erhoben wird. Schon heute ist es möglich, dass die Kommunen in eigener Zuständigkeit in ihrer Satzung regeln, dass Studenten von der Zweitwohnsitzsteuer ausgenommen werden. Dies ist schon heute möglich. Deswegen ist es wichtig, dass diese Diskussion an den Standorten der Universitäten mit den jeweiligen Kommunen geführt wird und dass Einvernehmen darüber erzielt wird, bei Studenten auf die Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer zu verzichten. Wir empfehlen aber, dass dies nicht par ordre du mufti, von oben herab, per Gesetz, den Kommunen aufgedrückt wird. Wir führen doch oft genug Diskussionen über die gesetzlichen Vorgaben gegenüber den Kommunen, was sie alles machen müssen oder nicht mehr machen dürfen. Wir haben uns als CDU auf die Fahnen geschrieben, für die kommunale Selbstverwaltung zu streiten. Wir wollen mehr Entscheidungskompetenz bei den Kommunen vor Ort. Dann passt es nicht, wenn

wir gleichzeitig sagen: Der Landesgesetzgeber muss den Handlungsspielraum der Kommunen einschränken. – Aus diesen Gründen empfehlen wir die Ablehnung zu Ziffer 1 des Antrags. Ich bitte, diesem Votum der Antragskommission zu folgen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Jetzt müssen wir entscheiden: Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das Votum der Antragskommission mit einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen so beschlossen worden.

Wir kommen zu Antrag C 22. Hier empfiehlt die Antragskommission die gemeinsame Beschlussfassung der Anträge C 22 und C 56. Am Ende des Kapitels 5 auf Seite 34 soll noch folgender Satz ergänzt werden: Wintererlasse, wie sie jetzt von der Landesregierung Schleswig-Holstein beschlossen wurden, widersprechen diesem Ziel.

Dazu gibt es keine Wortmeldungen, auch nicht von der Antragskommission. Dann können wir darüber beschließen. Wer dafür ist, dass wir C 22 so beschließen, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Der nächste Antrag, den wir behandeln müssen, ist der Antrag C 25 zur dualen Ausbildung. Dazu hat sich Markus Pieper, Europaabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen, gemeldet. – Markus Pieper, bitte.

**Markus Pieper**: Vielen Dank. – Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte! Duale Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit – wir in Deutschland sind das Land mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Spanien hat 50 Prozent, Griechenland 47 Prozent. Das sind dramatische Zustände. Ein Grund ist: In Südeuropa regelt die Berufsausbildung fast ausschließlich der Staat. Wer Elektriker werden will, muss in die Schule, ohne Rückkopplung mit den Unternehmen. Das ist auch das Geheimnis unserer niedrigen Jugendarbeitslosigkeit: diese Rückkopplung mit der Wirtschaft, mit den Betrieben mit den konkreten Lehrberufen.

Wir wollen helfen, duale Strukturen in Europa aufzubauen. Brüssel muss Geld in die Hand nehmen, um die konkrete Ausbildung in den Betrieben zu ermöglichen. Dafür fordern wir Geld aus den Strukturfonds.

Eines aber muss auch klar sein: Das, was sich bei uns und in anderen Ländern bewährt hat, dürfen europäische Gesetze nicht gefährden. Wir wollen die Qualität unserer Berufe erhalten. Es gibt gute Gründe für die beruflichen Zugänge. Wir wollen die Selbstverwaltung der Wirtschaft erhalten. Es gibt gute Gründe für die Selbstverwaltung der Wirtschaft im Kammersystem. Last but not least: Es gibt gute Gründe für den Erhalt des Meisterbriefs. Der Meisterbrief bleibt, auch aus Sicht der CDU-Politiker in Brüssel.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen mit diesem Antrag duale Strukturen der beruflichen Ausbildung in ganz Europa stärken – wir, das sind die Mittelstandsvereinigung und der Mittelstandskreis der gesamten EVP-Fraktion. Da hat sich eine Truppe zusammengeschlossen, um speziell die Interessen kleiner und mittlerer Firmen zu stützen. Sie geben uns heute mit Ihrem Ja Unterstützung und Rückendeckung für unsere Politik in Brüssel. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herr Kretschmer, wollen Sie für die Antragskommission etwas dazu sagen? – Nein. Wer dem Antrag C 25 in der Form der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag C 31. Patrick Sensburg, bitte.

**Prof. Dr. Patrick Sensburg**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Wir werden heute sicherlich keine intensive Debatte über das Thema Sterbehilfe führen können. Ich finde es allerdings ganz wichtig, dass wir diese Debatte in den nächsten Wochen und Monaten intensiv führen. Wir haben das bereits in einer Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag getan, und die Gruppenanträge gewinnen inzwischen an Form. Mir erscheint es wichtig, dass wir das Thema nicht ausschließlich auf die gewerbliche bzw. geschäftsmäßig organisierte Sterbehilfe verengen. Wir kommen sonst in eine Kasuistik, die viele Fragen aufwirft wie etwa diese: Wann ist Sterbehilfe geschäftsmäßig, also auf Dauer angelegt, organisiert? Welche Gruppen sollen von einer Regelung erfasst werden? Welche Gruppen sollen davon ausgenommen sein? Ist Sterbehilfe im Einzelfall, also zum Beispiel durch einen Krankenpfleger, zulässig? Bei der Beantwortung diese Fragen kommen wir in Debatten, die bis hin zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes führen. Wir sehen also: Wenn wir nicht für ein volles Verbot der Sterbehilfe, für das ich werbe, stehen, werden wir viele Einzelfälle zu regeln haben, was uns große Probleme bereiten wird.

Das Thema Sterbehilfe ist ein Thema, mit dem wir als Union uns intensiv beschäftigen sollten und das wir intensiv begleiten sollten. Ich glaube, dass ein Verbot der Sterbehilfe rechtlich möglich und geboten ist und dass trotz dieses Verbots auch die Einzelfälle, in denen wirklich eine besondere seelische bzw. psychische Situation desjenigen, der in den Tod geht, aber auch der Angehörigen besteht, regelbar sind. In Österreich existiert solch eine Verbotsregelung, bei der auch diese Extremfälle geregelt sind und bei der es möglich ist, eine Lösung für die Angehörigen und denjenigen zu finden, der aus dem Leben scheidet. Die Begleitung ist das Entscheidende, die Palliativmedizin ist das Entscheidende. Insofern sollten wir darüber nachdenken, ob wir nicht für ein volles Verbot sind. 95 Prozent der Bürgerinnen und Bürger glauben, dass die Beihilfe zum Tod, also die Sterbehilfe, zurzeit rechtswidrig ist, auch wenn die derzeitige Rechtslage anders aussieht. Das würde ein volles Verbot rechtfertigen.

Ich bitte Sie, dieser Debatte Raum zu geben. Ich kann dem Antrag nicht zustimmen und glaube, dass wir die Diskussion noch einmal öffnen sollten. Das Thema Sterbehilfe europaweit zu regeln, würde ich für mehr als riskant erachten. Ich glaube, wir sollten in Deutschland eine kluge Regelung finden, die Sterbehilfe grundsätzlich verbietet, aber im extremen Einzelfall, zum Beispiel was die Schuld betrifft, Möglichkeiten eröffnet. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht jetzt Thomas Rachel.

**Thomas Rachel**, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich denke, hier ist ein sehr wichtiges Thema angesprochen. Ich freue mich sehr, dass wir im Deutschen Bundestag eine über vier Stunden dauernde Orientierungsdebatte über die Frage, wie wir mit Menschen in der letzten Phase ihres Lebens umgehen, geführt haben. Es war eine gute Debatte, in der deutlich geworden ist, dass nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern auch in unserer Fraktion unterschiedliche Positionen zu diesem Thema vorhanden sind. Wir als Antragskommission werben hier dafür, dass wir, wie wir es als gemeinsames Verfahren besprochen haben, es zulassen, dass eine breite und grundsätzliche ethische Debatte in der Gesellschaft, in der CDU und auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geführt wird und dass am Ende, wenn eigene Gesetzentwürfe vorliegen, die Abgeordneten in dieser Frage ihrem Gewissen folgend entscheiden können. In der Sache hat sich der Bundesparteitag der CDU, nämlich der 25., bereits für die Strafbarkeit der gewerbsmäßig organisierten Sterbehilfe ausgesprochen. Damit haben wir, wie ich finde, schon zu Recht einen klaren inhaltlichen Schwerpunkt gesetzt. Wir haben gerade in der Bundestagsdebatte gezeigt, dass es wichtig ist, neben diesen rechtlichen Gesichtspunkten auch Raum für die Unterstützung der betroffenen Patienten und ihrer Familien zu schaffen, indem die Palliativmedizin und das ehrenamtliche Engagement im Hospizwesen gestärkt werden. Das sind die Themen, mit denen wir uns bei der Konkretisierung dann auseinandersetzen wollen. Deswegen werben wir dafür, dass wir für diese grundsätzliche ethische Debatte diesen Initiativantrag an die Bundestagsfraktion überweisen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich lasse abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission, wie es Thomas Rachel begründet hat, folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei vereinzelt Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist dann dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen jetzt zum Antrag C 34.

Es spricht Tim Peters von unserer Auslandsorganisation Brüssel-Belgien zum Thema Sperrklausel.



**Dr. Tim Peters:** Liebe Parteifreunde! Ich bin Tim Peters von der CDU Brüssel-Belgien. An dieser Stelle möchte ich mich erst einmal ganz herzlich bei Peter Tauber und dem gesamten Team des Konrad-Adenauer-Hauses für die tolle Organisation des Parteitages bedanken. Das muss ja auch einmal gesagt werden.

(Beifall)

Ich glaube, die Fünfprozentklausel im Bundestag und in den Landtagen hat sich in Deutschland vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik bewährt und für Stabilität gesorgt. Ich habe schon die Abschaffung der Fünfprozentklausel in den Kommunalparlamenten für einen Fehler gehalten. Allerdings kommt es dort wegen der relativ geringen Zahl der Mitglieder – meistens sind es unter 100 – ja doch zu einer faktischen Sperrklausel. Wenn es zum Beispiel 20 Mitglieder im Gemeinderat gibt, dann braucht man ja auch fünf Prozent der Stimmen, um einen Sitz zu bekommen. Im Europaparlament dagegen haben bei der letzten Wahl deutschlandweit 0,6 Prozent der Stimmen für einen Sitz gereicht. Ich glaube, dass es Sinn macht, hier eine Änderung gesetzlicher Art zu schaffen, damit nicht jede Spaßpartei oder auch rechtsextremistische Partei ins Parlament kommt, was in Deutschland ja zum Glück irrelevant ist. Da es vom Verfassungsgericht nicht akzeptiert worden ist, das einfache Wahlrecht zu ändern, macht es, denke ich, Sinn, hier eine Grundgesetzänderung anzustreben. Auch im Europäischen Parlament gilt, dass starke Parteien und nationale Delegationen für Deutschland einen starken Einfluss ausüben können. Das beste Beispiel ist die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Diese hat auch informell starken Einfluss. Ich denke, wir haben allen Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht. Ich habe aber manchmal Zweifel, ob das Bundesverfassungsgericht auch ausreichenden Respekt vor dem Gesetzgeber hat. Insofern, denke ich, sollte, was das Wahlrecht angeht, eine Grundgesetzänderung angestrebt werden. Ich plädiere für eine Annahme des Antrags statt einer Überweisung an die Bundestagsfraktion.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Für die Antragskommission spricht Bodo Löttgen.

**Bodo Löttgen,** Antragskommission: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragskommission plädiert dafür, die Frage der Zulässigkeit der Aufnahme von Sperrklauseln in das Wahlrecht nicht ohne vorherige Einholung einer umfassenden verfassungsrechtlichen Expertise zu beantworten. Dies wäre vorrangig durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion zu veranlassen, da eine Änderung des Grundgesetzes nur durch den Deutschen Bundestag als Gesetzgeber erfolgen kann. Zusätzlich wären die Landtagsfraktionen für die Landesebene und die kommunale Ebene zu beteiligen. Wenn die Antragsteller bei ihren Formulierungen der Antragsbegründung beispielsweise gerichtsfeste Grundsatzentscheidungen oder eine gerichtsfeste

Verankerung annehmen, um sich mit einer Grundgesetzänderung in absoluter Rechtssicherheit wägen zu können, so ist dies aus Sicht der Antragskommission unzutreffend. Das Bundesverfassungsgericht könnte zumindest im Fall einer Verfassungsbeschwerde eines Wählers auch zur Prüfung der Neuregelung berufen sein, etwa wenn dieser geltend macht, eine kleine, unter die Sperrklausel fallende Partei nicht wählen zu können. Zusätzlich können von der Sperrklausel betroffene Parteien einen Verstoß gegen die Chancengleichheit geltend machen. Hinzu käme der allgemeine, aus Art. 79 Grundgesetz abgeleitete Verfassungsgrundsatz, dass das Bundesverfassungsgericht verfassungswidriges Verfassungsrecht stets überprüfen kann.

Die Rechtsfrage in der Sache ist schwierig und komplex. Einerseits folgt aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur drei-Prozent-Sperrklausel vom 26. Februar 2014, dass dem Gesetzgeber bei der Ordnung des Wahlrechts nur ein eng bemessener Spielraum für Differenzierungen bleibt. Andererseits kommt einer Ausübung dieses Spielraums ein weitaus höheres Gewicht zu, wenn der Gesetzgeber eine Regelung nicht in einem einfachen Parlamentsgesetz, sondern in der Verfassung treffen will. Im Kern kommt es deshalb auf die Frage an, ob die vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung herangezogenen Grundsätze der Wahl, nämlich Rechtsgleichheit und Chancengleichheit, mit der Grundgesetzänderung vereinbar wären, die, wie das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung betont, ihrerseits ebenso Rechtfertigung im Grundgesetz finden.

Diese Rechtfertigung könnte das Bundesverfassungsgericht auch bei einer Entscheidung über die Neuregelung in den Vordergrund stellen, etwa mit der Argumentation, dass nach dem Demokratiegebot Stimmen nicht ohne Erfolgswert bleiben dürften, die für eine unter die Sperrklausel fallende Partei abgegeben wurden.

Die vorgenannten Grundsätze ließen sich vorbehaltlich rechtlicher Besonderheiten der jeweiligen Ebenen prinzipiell natürlich auch auf die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen übertragen. Aus gleichem Grund ist aber auch eine nähere Prüfung der Gesetzgebungskompetenz notwendig.

Im Ergebnis könnte somit das Bundesverfassungsgericht auch eine Grundgesetzänderung für verfassungswidrig erklären. In diesem Fall wäre der politische Schaden extrem hoch. Die Frage nach dem eigentlichen Gesetzgeber bekäme erneuten Vorschub. Sie hätte zudem eine völlig neue Dimension, da alle Ebenen des Wahlrechts, die von den Antragstellern zum Gegenstand gemacht wurden, betroffen wären. Daher bitte ich um Zustimmung zum Votum der Antragskommission.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir stimmen ab. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zum Antrag C 47. Dazu spricht Karl-Josef Laumann.

**Karl-Josef Laumann:** Liebe Freundinnen und Freunde! Ich spreche jetzt in der Funktion als Vorsitzender der CDU Münsterland. Wir haben den Antrag zur hausärztlichen Versorgung gestellt, weil wir in vielen ländlichen Regionen Deutschlands ein ganz großes Problem haben, junge Hausärztinnen und Hausärzte in der Nachfolge von Praxisaufgaben und -übergaben zu finden.

Die Situation ist, dass heute etwa ein Drittel der Landärzte über 60 Jahre alt ist. Wenn eine Gemeinde keine Arztpraxis mehr hat, dann ist es eine Frage der Zeit, bis sie keine Apotheke mehr hat. All das, was wir in unserem Grundsatzprogramm besprechen – etwa Pflege zuhause, Sterben zuhause, alte Menschen dort lassen, wo sie ein Leben lang gelebt haben –, ist ohne hausärztliche Versorgung, gerade für die älteren Menschen, nicht möglich. Deswegen sind Landärzte in vielen Regionen Deutschlands wichtige Pfeiler der Gesundheitsversorgung.

Wir haben aber leider auch eine andere Entwicklung. Wir haben vor 20 Jahren in Deutschland 2 000 Ärztinnen und Ärzte mehr ausgebildet als heute. Allein das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat in den letzten 20 Jahren bei der Ausbildung der Ärzte 1 400 Studienplätze abgebaut. Bayern hat in den letzten 20 Jahren 800 Studienplätze in der medizinischen Ausbildung abgebaut. Andere Bundesländer, wie zum Beispiel Niedersachsen, haben 200 Studienplätze abgebaut. Hätten wir nicht die Länder Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg, die die Anzahl der Studienplätze erhöht haben, hätten wir ein noch viel größeres Problem.

Ich muss Ihnen leider berichten, dass ich mittlerweile eine ganze Reihe von Kliniken in ländlichen Gebieten in Nordrhein-Westfalen aufzählen kann, in denen mittlerweile 80 Prozent der Ärztinnen und Ärzte, die dort arbeiten, Ausländer sind. Es gibt bezüglich der Sprachprobleme ein Riesenproblem bei den Arzt-Patienten-Gesprächen. Umgekehrt gibt es in attraktiven Städten diese Probleme nicht. Das ist nicht nur ein Verteilungsproblem.

Wir haben Anfang der 90er-Jahre eine EU-Arbeitszeitrichtlinie bezüglich der Bereitschaftsdienste umsetzen müssen. Die Umsetzung dieser EU-Arbeitszeitrichtlinie hat allein im Bereich der Krankenhäuser 30 000 Arztstellen in Anspruch genommen. Aber wir haben die Ausbildungszahlen zurückgefahren. Heute sind zwei Drittel bis Dreiviertel aller Menschen, die eine staatliche Prüfung in Medizin ablegen, Frauen. Die haben eine andere Vorstellung von Arbeitszeit als der typische Landarzt. Aber wir haben die Zahl der Ausbildungsplätze nicht erhöht. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

In der Antragskommission ist etwas passiert, was ein Versehen sein muss. Der Satz „Wir müssen auch die Ausbildungsplätze im Medizinstudium wieder erhöhen.“ wurde aus dem Antrag herausgenommen. Deswegen beantrage ich, die Fassung der Antragskommission zu beschließen,

aber in Absatz 3, zweitletzter Satz, den folgenden Satz einzufügen, dass auch die Zahl der Studienplätze im Bereich der Medizin in Deutschland erhöht werden muss. Nur durch Verteilung ist dieses Problem nicht zu lösen. Wir müssen auch wieder mehr ausbilden.

(Beifall)

Die jüngeren Abiturientinnen und Abiturienten möchten gerne Arzt werden. Es gibt für einen Studienplatz neun Bewerbungen. Es gibt an manchen Universitäten die Situation, dass man einen Studienplatz nur mit der Abiturnote eins bekommt. Ob darunter die Typen sind, die anschließend Landarzt werden wollen, möchte ich bezweifeln.

(Beifall)

Aber es muss sich in dieser Frage etwas tun. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Es muss eine Gesamtaufgabe der Wissenschaftspolitik in Deutschland sein, diesem drohenden Ärztemangel für unsere ländlichen Regionen entgegenzutreten. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Jetzt kommt ein Vorschlag zur Güte von der Antragskommission. Annette Widmann-Mauz, bitte.

**Annette Widmann-Mauz**, Antragskommission: Wie Karl-Josef Laumann schon richtig bemerkt hat, handelt es sich eher um ein redaktionelles Missverständnis; denn wir haben keine Studienplätze für Allgemeinmedizin, sondern Studienplätze für Medizin und die Weiterbildung in die entsprechende Fachrichtung gemeint. Deshalb schlagen wir vor, im Abschnitt III, letzter Absatz, nach dem Satz: „Die CDU spricht sich daher für eine Reform der organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen des Studiums der Allgemeinmedizin aus.“ anzufügen: mit dem Ziel, die Zahl der Studienplätze deutlich zu erhöhen. Damit könnten wir mit dem Antragsteller einig werden.

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Findet der Antragsteller das auch so? – Schön. Dann sind sich alle einig. Wer diesem Einheitsvotum Laumann und Widmann-Mauz –Münsterland und Antragskommission – zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Erkennbar niemand. Enthält sich jemand? – Auch niemand. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Das ist dann der rheinische Frieden. Er schließt an den westfälischen an; auf niedriger Ebene.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zum Antrag C 67. Uwe Becker aus Hessen. Zwei Minuten, bitte. Dann kommt Sylvia Pantel aus Düsseldorf.

**Uwe Becker**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Die Frankfurter CDU hat den Antrag zum Verbot einer Ver-

schleierung gestellt, weil wir das Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Religionen in unserem Land in Offenheit und im Geist des Miteinanders auf Dauer sicherstellen wollen. In Frankfurt wie in vielen anderen Städten leben über 170 Nationen friedlich und offen zusammen. 160 Gemeinden und Gemeinschaften aller Weltreligionen sind in Frankfurt zuhause, und es ist Teil unserer Lebensrealität. Wir sind froh und stolz darauf, dass dies den Reichtum, die Buntheit und die gesellschaftliche Vielfalt in modernen Städten in Deutschland ausmacht. Der allergrößte Teil dieser Menschen lebt ihren Glauben und ihre Religion in Offenheit, in Frieden und im Geist eines offenen Miteinanders. Es gebietet auch der Respekt – nicht allein unsere grundgesetzlich verankerte Religionsfreiheit – im Umgang miteinander, dass der Glaube auch öffentlich gezeigt wird und dass Glaube auch öffentlich praktiziert werden kann. Es ist gut, dass Moscheegemeinden aus den Hinterhöfen der Gewerbegebiete deutscher Städte nach vorne kommen, dass Moscheen entstehen. Das Bild wird in den nächsten Jahren noch bunter und noch vielfältiger. Wenn eine junge Muslima, die selbstbewusst und überzeugt zu ihrem Glauben steht, ein Kopftuch trägt, ist das gut und richtig. Das macht das Miteinander unserer Gesellschaft heutzutage aus, meine Damen, meine Herren. Dieses offener Werden und dieses Miteinander verlangt aber auch die Frage, wie wir dieses Zusammenleben auf Dauer gestalten wollen, wie wir auf Dauer diese Offenheit und dieses Zusammenleben sicherstellen möchten. Deshalb ist es eine grundsätzliche Frage, wie wir dieses Miteinander handhaben wollen. Wir sollten diese Diskussion als Christlich Demokratische Union führen. Wir sollten sie nicht den Scharfmachern und nicht den Rattenfängern überlassen, die auf die Menschen zugehen, meine Damen und meine Herren.

(Beifall)

Deswegen ist es richtig, dass wir eine solche Debatte über das Zusammenleben unserer Gesellschaft miteinander in Verantwortung für eine dauerhaft friedliche und offene Gesellschaft führen.

Unsere Gesellschaft steht auf einem Wertefundament von Freiheit, Offenheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir treten entschieden für dieses Wertefundament ein, insbesondere dort, wo sich Menschen von dieser Gesellschaft ein Stück weit abwenden, abgrenzen, sich zurückziehen. Einer Abgrenzung müssen wir entgegenreten. Auch dort, wo die Rechte der Frauen nicht gewahrt werden, wo sie verletzt werden, wo Frauen nicht als Persönlichkeit gesehen, sondern auf ein Kleidungsstück reduziert werden, muss die Gesellschaft entgegenreten.

Auch im Umgang miteinander, nicht nur bei Fragen, die die öffentliche Ordnung betreffen, gilt: Es ist eine Frage des respektvollen Umgangs miteinander, dass jeder das Recht hat, zu wissen, wer ihm gegenübersteht. Deswegen, meine Damen und Herren, ist dieser Antrag ein Signal für ein Miteinander und nicht für ein Gegeneinander.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist richtig, dass wir dies thematisieren. Zwei Dinge sollten wir nicht tun: Da es sich um eine grundsätzliche Frage des gesellschaftlichen Miteinanders handelt, kann es keine Frage der Anzahl sein. Es kann nicht darum gehen, wie viele man denn sieht, wenn es darum geht, Recht und Gleichberechtigung sicherzustellen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Argument kann auch nicht die Sorge davor sein, dass Frauen, die heute mit einer Verschleierung in die Öffentlichkeit treten, dieses dann nicht mehr dürften. Eine mögliche weitergehende Entrechtung kann doch nicht Grund dafür sein, dass wir eine teilweise Entrechtung akzeptieren und nicht darüber sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen, meine Damen und meine Herren, aus Gründen der Offenheit und des Zusammenhaltens, aus dem Grund, dass jeder in seinen Rechten gleich sein soll, Frauen wie Männer, aus dem Grund, dass jeder ein Recht hat, zu wissen, wer ihm gegenübertritt, tritt die Frankfurter CDU hierfür und damit für ein Signal der Offenheit und des Miteinanders ein. Wir wissen, dass heute noch nicht alles zu klären ist und noch nicht alle Fragen beantwortet werden können. Deswegen ist es sinnvoll, dem Votum der Antragskommission heute zu folgen, diesen Antrag in die entsprechenden Fachgremien zu überweisen. Aber es muss ein Arbeitsauftrag sein. Es darf keine Beerdigung zweiter Klasse sein. Es muss ein Arbeitsauftrag sein, diese Diskussion in der Christlich Demokratischen Union verantwortlich zu führen. Das sind wir den Menschen dort draußen schuldig.

(Beifall)

Deswegen werbe ich für das Votum der Antragskommission. Es ist ein Arbeitsauftrag, und wir führen die Diskussion in Verantwortung und Offenheit und nicht so, wie es die Scharfmacher und Rattenfänger an anderer Stelle tun. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Danke für diesen sehr versöhnlichen Vortrag des Antragstellers. – Wir werden hinterher darüber abstimmen. Er deckt sich mit dem Votum der Antragskommission. Als Nächstes kommt Sylvia Pantel, danach Thomas de Maizière.

**Sylvia Pantel**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte! Ich kann mich meinem Vorredner in vollem Umfang anschließen und möchte seine Ausführungen nicht wiederholen. Ich bitte aber auch um eines: Wir kommen aus ganz Deutschland hierher, und die Leute draußen möchten von uns ein Signal sehen. Das heißt, wir wollen uns beim nächsten Parteitag mit diesem Arbeitsauftrag erneut beschäftigen.

(Vereinzelt Beifall)

Der nächste Bundesparteitag findet erst in einem Jahr statt. Es kann jedoch nicht sein, dass die Leute so lange auf eine Antwort warten müssen. Die Leute warten darauf.

Es gibt kein offeneres und freundlicheres Land als Deutschland. Wir lassen jedem seine Religion. Wir müssen aber auch die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen. Wie fühle ich mich, wenn ich jemandem nicht ins Gesicht sehen kann und nicht weiß, wer sich dahinter verbirgt? Dem gegenüber sagten mir Migranten: Wenn ihr keine Regeln aufstellt, dann wundert euch auch nicht, dass wir das machen, was wir für richtig halten.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb müssen wir Regeln aufstellen, damit wir friedlich und unter Achtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau zusammenleben können. Das ist ebenso ein Grundrecht wie die Religionsfreiheit. Mir sagen Koranwissenschaftler, dass es nicht unbedingt etwas mit dem Glauben zu tun hat, wenn man Frauen verhüllt und sie damit in ein Gefängnis steckt. So trägt auch das Argument nicht, dass sie sonst gar nicht raus kämen. Ich bitte um ein klares Votum dafür, dass wir die Gesichtverschleierung und speziell die Burka in unserer Gesellschaft nicht möchten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Bundesinnenminister Thomas de Maizière, bitte.

**Dr. Thomas de Maizière:** Liebe Freunde! Auch ich möchte für das Votum der Antragskommission werben, aber noch ein paar Sätze hinzufügen. Ich möchte gerne deutlich machen, dass es wahrscheinlich in der Bewertung des Burkatragens auf diesem Parteitag keinen Unterschied gibt.

Ich habe vorhin in anderem Zusammenhang schon einmal gesagt: Wir zeigen stolz unser Gesicht. Ich erinnere an unsere Debatten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten. Es gibt die Aktion „Gesicht zeigen!“. Wir zeigen mit unserem Gesicht: Wir sind bereit zum Dialog. Wir schauen uns in die Augen und sind stolz darauf, eine Persönlichkeit zu sein. All das wird mit der vollen Verschleierung, der Burka, nicht erreicht. Es widerspricht fundamental unserem Verständnis von den Rechten der Frauen, es widerspricht fundamental unserem Verständnis von Menschenwürde, und es widerspricht fundamental dem, was wir auf unseren Straßen haben wollen.

(Beifall)

Ich finde, da sollten wir uns einig sein. Aber es gibt natürlich ein paar Fragen zu klären. Das müssen wir in der Kommission machen, und ich würde mich gern daran beteiligen.

Ich komme nun auf den Antrag zu sprechen. Darin ist nicht von einem Burkaverbot die Rede, sondern davon, dass das Tragen von Gesichtverschleierungen wie zum Beispiel der Burka zu verbieten sei. Das könnte man so heute gar nicht beschließen. Welche sind es denn noch? Wann? Was heißt „wie zum Beispiel der Burka“? Das müssen wir abarbeiten.

Als Nächstes steht hier, das solle in Deutschland verboten werden. Ich will nicht zu juristisch werden, aber es spricht einiges dafür, dass ein Verbot zur allgemeinen Gefahrenabwehr gehört und damit zu einer Zuständigkeit der Bundesländer und nicht des Bundes führt. Wollen wir hinsichtlich des Burkaverbots eine Zersplitterung in unserem Land haben?

Dann wird auf Erfahrungen im Ausland, in Frankreich, verwiesen. Liebe Freunde, Vorsicht mit der Berufung auf Frankreich. Vor wenigen Tagen hat es ein Urteil eines Verwaltungsgerichts in Frankreich gegeben. Dieses Verwaltungsgericht hat einem Bürgermeister einer Gemeinde verboten, eine christliche Krippe in den Räumen des Bürgermeisteramtes auszustellen mit der Begründung, in Frankreich sei das Zeigen religiöser Symbole in der Öffentlichkeit per se verboten. Das wollen wir natürlich nicht. Deswegen Vorsicht mit der Berufung auf das laizistische Frankreich.

Es kommt noch etwas hinzu: Ein solches Verbot müsste man dann auch durchsetzen. Wir können nicht alles, was wir für falsch halten, verbieten und glauben, damit sei das Problem erledigt. Das fängt mit dem Verbot erst an; denn natürlich bildet das Satiremagazin „Titanic“ Frauen ab, die verschleiert vor Polizisten auf- und ablaufen und gucken, was passiert.

In welcher Weise ist das Entziehen der Burka durch Polizisten ein Verstoß gegen die Menschenwürde und die Religionsfreiheit? Kommt es wirklich nicht auf die Anzahl an, wie der Antragsteller oder auch Frau Pantel sagen? Ich vermute einmal, dass die Gerichte sagen werden: Es kommt sehr wohl auf die Anzahl der Burkaträger in Deutschland an, weil eine Freiheitseinschränkung immer auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit ist.

Selbstverständlich könnten wir ein Burkaverbot im öffentlichen Dienst regeln, vielleicht auch in öffentlichen Gebäuden. Mit anderen Worten: Lassen Sie uns erst mal einig darüber sein, dass wir die Burka und diesen Umgang mit Frauen in Deutschland nicht wollen. Dann lassen Sie uns zweitens überlegen, wie wir klug damit umgehen, in einer uns gut zu Gesicht stehenden Weise und nicht – damit bin ich sehr einverstanden – in Form einer Beerdigung zweiter oder dritter Klasse. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Julia Klöckner.

**Julia Klöckner**, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Debatte um die Vollverschleierung von Frauen ist ein Thema, das uns beschäftigt. Ich meine, zu Recht. Welches Bild steht dahinter? Hier geht es weder um Fremdenfeindlichkeit noch um Ablehnung fremder Kulturen. Eines ist klar: Wer sich an die Seite von Fundamentalisten stellt – meistens sind es Männer –, die glauben, dass Frauen sich deshalb verhüllen und verstecken müssen, weil sie weiblichen Geschlechts sind, der vertritt nicht unsere Vorstellung von der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

(Beifall)



Frauen sind genauso viel wert wie Männer. Es ist antiquiert, zu glauben, dass das Haar und das Gesicht einer Frau in der Öffentlichkeit Anstoß erregen. Wenn Männer ein Problem mit dem Anblick von Frauen haben, dann haben nicht Frauen das Problem, sondern die betroffenen Männer.

(Beifall)

Es wird gesagt, dass die Frauen nicht mehr aus dem Haus herauskommen würden, wenn man eine Vollverschleierung verbieten würde. Da können wir uns gerne über den Tatbestand der Freiheitsberaubung unterhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Eines ist aber auch klar – da stimme ich den Vorrednern explizit zu -: Es gibt juristische Fragen zu klären, und es gibt unterschiedliche Sichtweisen dabei. Ich glaube, wir sind uns in der Analyse alle einig. Wir sollten den Blick nicht nur nach Frankreich – über die Situation in Frankreich hat schon Thomas de Maizière berichtet –, sondern auch nach Spanien und Belgien richten. Die Niederlande arbeiten ebenfalls an einem Verbot. In den entsprechenden Ausschüssen sollten wir uns in aller Tiefe darüber unterhalten. Ich sehe es so wie die Kollegen aus Hessen, dass es ein Auftrag ist, sich damit zu beschäftigen.

Ich will noch auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hinweisen, der deutlich gemacht hat, dass die Burka auch eine Barriere zwischen Trägerin und Umwelt ist. In einer offenen Gesellschaft wollen wir uns offen ins Gesicht schauen und die Mimik sehen können. Eine tolerante Gesellschaft sollte kein intolerantes Frauenbild dulden.

(Teilweise Beifall)

Ein letzte Bemerkung in Richtung derer, die uns Rückmeldungen geben. Ich bin sehr froh, dass wir viele Unterstützerinnen gerade aus den Reihen der aufgeklärten Muslima haben. Lea Ackermann – sie kommt aus Rheinland-Pfalz –, die gegen Zwangsprostitution kämpft, ermutigt uns, an diesem Thema dranzubleiben. Mein Blick geht in Richtung Grüne, die uns aufgrund dieser Debatte Ausländerfeindlichkeit vorwerfen. Sie sagen weiter, wir müssten unser Verhältnis zum Islam klären. Ich rufe diesen Grünen zu – meistens sind es ja Männer -: Nicht wir müssen unser Verhältnis zum Islam klären, sondern die grünen Männer müssen ihr Verhältnis zum Bild der Frau in unserem Land klären.

(Beifall)

Ich werbe deshalb für den Vorschlag der Antragskommission; denn es ist zu bedenken, welchen Weg man wie gehen kann und wie etwas umgesetzt werden kann, sodass es juristisch haltbar ist. Dadurch, dass wir auf diesem Parteitag darüber diskutieren, senden wir ein klares Signal: In einer offenen, freien Gesellschaft sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Frauen müssen sich nicht verstecken. Eine offene Gesellschaft bedeutet, dass sich Menschen offen ins Gesicht

schauen können. Dafür kämpfen wir. Um diese Werte zu unterstützen, gilt es, stark zu sein und das Ganze nicht aus einer falsch verstandenen Toleranz als kulturelle Vielfalt zu bezeichnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, es hat noch den einen oder anderen Redewunsch gegeben. Aber wir haben die Regel, dass nach dem Votum der Antragskommission abgestimmt wird. Ansonsten kämen wir auch schlecht durch den Parteitag. Sind Sie damit einverstanden, dass wir in die Abstimmung eintreten? – Jawohl.

Wer dem Votum der Antragskommission, das der Antragsteller, der Kreisverband Frankfurt/Main, dankenswerterweise unterstützt, folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Vereinzelt Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Dann ist das Votum der Antragskommission so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C 93, Pkw-Maut. Das Wort hat Tim Peters, Brüssel. Für die, die nicht so im Stoff sind, will ich sagen, dass wir dort einen Auslandsverband haben, der einen Delegierten auf unserem Parteitag stellt.

**Tim Peters**: Liebe Freunde! Die CDU versteht sich als Europa-Partei. Die CDU versteht sich auch als Wachstums- und Beschäftigungspartei. Das haben wir heute mit dem Antrag D 1 noch einmal bekräftigt.

Der Europäische Binnenmarkt ist einer der wichtigsten und erfolgreichsten Schlüssel, um Wachstum und Beschäftigung durch europaweite Mobilität von Arbeitskräften, Produkten und Dienstleistungen zu bekommen. Die Schaffung einer nationalen Infrastrukturabgabe kann eine Begrenzung und Beschädigung dieses freien Warenverkehrs und der grenzüberschreitenden Mobilität darstellen. Sie schafft auch zusätzlich Kosten und Bürokratie. Das wollen wir eigentlich nicht.

Es kann aber durchaus gerechtfertigt sein, wenn man der Meinung ist: Alle Straßennutzer sollen zur Finanzierung dieser Infrastruktur beitragen. Das ist im Moment für ausländische Fahrzeuge nicht der Fall. Wir denken aber, dass es Sinn macht, ein europäisch integriertes System zu schaffen, das auf dem Kompromiss aufbaut, auf den sich die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen geeinigt haben.

In unserem Antrag schlagen wir vor – das wäre auch eine Erleichterung für die Bürger und die Firmen –, eine europäische Vignette einzuführen, die dann an die Mautsysteme der verschiedenen Länder angepasst wird. Es ist zwar keine komplette Harmonisierung, aber die Länder passen sich an. Das würde bewirken, dass die Mobilität nicht eingeschränkt wird. Gleichzeitig wäre die Europarechtskonformität sichergestellt. Deswegen möchte ich hier um Zustimmung für den Antrag C 93 bitten. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Herr Schnieder, bitte.

**Patrick Schnieder**, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Warum? Wir haben im Lkw-Bereich einen Gesetzentwurf für einen europäischen, elektronischen Mautdienst auf den Weg gebracht. Dies wird auch für den Nutzer erhebliche Vereinfachungen mit sich bringen. Das unterstützen wir. Wir haben im Oktober im Verkehrsausschuss darüber beraten.

Die Frage ist nur, ob wir das angesichts der Situation in Europa auf die Pkw-Maut übertragen können. Da sieht es erheblich schwieriger aus, weil wir ganz unterschiedliche Systeme haben. Zum Teil gibt es in einzelnen Ländern überhaupt keine Pkw-Maut. Zum Teil gibt es eine Pkw-Maut nur für besondere Streckenabschnitte. Die CDU stand bisher nicht an der Spitze der Bewegung, wenn es darum ging, eine Pkw-Maut in Deutschland einzuführen.

Die Antragskommission ist der Auffassung, dass wir erst einmal unsere Hausaufgaben machen sollten und die Infrastrukturabgabe im Deutschen Bundestag beschließen sollten. Danach können wir über andere Schritte nachdenken.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Wir haben das Votum der Antragskommission gehört. Wer diesem Votum zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Vereinzelt Gegenstimmen. Enthaltungen? – Vier Enthaltungen. Das Votum ist angenommen.

Nun gibt es noch zwei Minuten Redezeit zum Antrag C 77. Der Bundestagskollege Zertik hat das Wort. Diese Wortmeldung ist uns vorhin entgangen.

**Heinrich Zertik**: Einverstanden. – Es sind 250 Jahre vergangen, seit Katharina II. einen Aufruf gestartet hat und viele Deutsche in den Osten gerufen hat. Es gingen Menschen aus verschiedenen Regionen Deutschlands. Sie sprachen Hessisch, Schwäbisch, Deutsch und Plattdeutsch. Sie haben im Osten einige Entwicklungen vorangetrieben. Sie haben sich angesiedelt in Kolonien in der Ukraine, im Wolga-Gebiet oder in Sibirien. Die Versprechungen Katharinas II. wurden leider nicht auf Dauer eingehalten. Es kam zu Repressionen und Verfolgungen; ich will jetzt nicht tiefer in die Geschichte einsteigen. Wenn man sich vor Augen führt, was diese große Gruppe in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, während des Zweiten Weltkrieges und nach dem Krieg erlebt hat – Verfolgung und Deportation –, dann weiß man, wie sehr diese circa 2,8 Millionen Menschen in Russland, in der ehemaligen Sowjetunion gelitten haben.

Deswegen entstand in Detmold, Kreis Lippe, eine Initiative, um diese deutsche Geschichte darzustellen. Es sollte eine wissenschaftliche Begleitung geben und verschiedene Projekte durchgeführt werden. Ständig sind bei uns in Detmold Klassen aus verschiedenen Regionen Deutsch-

lands und aus dem Ausland zu Gast. Ich denke, der Vorschlag des Kreisverbandes Lippe ist ein wichtiger Vorschlag. Ich bitte die Kommission und Sie, liebe Delegierte, dem Antrag zuzustimmen. Ich denke, das wäre für Deutschland ein guter Schritt.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Wir stimmen hinterher gemeinsam mit den anderen Anträgen darüber ab. – Jetzt kommen wir zum Antrag C 94. Dazu spricht Manfred Pentz von der CDU Hessen.

**Manfred Pentz**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Parteifreunde! Gerade mit Blick auf die Veränderung der globalen Sicherheitslage muss unsere Außen- und Sicherheitspolitik neu überdacht werden. Die Konfliktherde liegen nun auch unmittelbar in der Nachbarschaft von Deutschland und Europa. Schauen wir uns die Ukraine, Israel, Syrien, Irak und Nordafrika an.

Die Krise in der Ukraine stellt die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft auf eine harte Probe. Wir stehen ausdrücklich hinter der Politik unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Europäischen Union. Wir unterstützen die notwendigen Maßnahmen wie die beschlossenen Wirtschafts- und Finanzsanktionen in jeglicher Hinsicht.

Gemeinsam mit seinen Partnern muss Deutschland dem Zerfall von Staaten entgegenwirken, um terroristischen Organisationen die Räume zu entziehen, in denen sie planen, rekrutieren, ausbilden und operieren können.

(Vereinzelt Beifall)

Damit die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auf die neuen Herausforderungen angemessen reagieren kann, müssen wir sie als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankern und in die Bevölkerung tragen. Das ist die Grundvoraussetzung, um die notwendigen politischen Mehrheiten zu organisieren, damit die für die Sicherheitspolitik notwendigen Mittel bereitgestellt werden können. Die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Ursula von der Leyen, geht den richtigen Weg, um Mängel hinsichtlich der Beschaffung und Ausrüstung der Bundeswehr zu beheben.

(Vereinzelt Beifall)

Nachsteuerungsbedarf ist besonders mit Blick auf die Fähigkeiten bei Großgeräten notwendig. Die Bundeswehr muss durchhaltefähiger werden und damit zugleich dem Anspruch gerecht werden, für europäische Verbündete Anlehnungspartner zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

Alle Waffensysteme müssen auf ihren tatsächlichen Bedarf hin überprüft werden, und die entsprechenden Planungen müssen angepasst werden. Mir ist bewusst, dass die Außen- und Sicherheits-

politik wie jedes Politikfeld sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung wie auch bei der Vergabe von Haushaltsmitteln mit anderen Politikfeldern konkurriert. Doch ohne ein starkes Fundament der Sicherheit sind auch alle anderen Errungenschaften in Gefahr. Die Sicherheit steht an erster Stelle.

(Vereinzelt Beifall)

Der Deutsche Bundestag muss der Parlamentsarmee Bundeswehr und ihren Soldaten das bestmögliche Material zur Auftrags Erfüllung bereitstellen. Der Schutz des Lebens und der Unversehrtheit unserer Soldatinnen und Soldaten hat oberste Priorität.

Meine lieben Parteifreunde! Die deutsche Gesellschaft hat die Pflicht, sich um die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten zu kümmern. Wir wollen mit diesem Antrag aus Hessen eine neue Diskussionsgrundlage für die zukünftige Ausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik schaffen. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen und für diesen Antrag „Verantwortung für Freiheit und Sicherheit im 21. Jahrhundert“ zu votieren. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Peter Hintze**, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags unserer Freunde aus Hessen. Das heißt, Antragsteller und Antragskommission sind einer Meinung. Wenn Sie jetzt noch zustimmen, wird der Antrag angenommen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag der hessischen Freunde einstimmig angenommen.

(Teilweise Beifall)

Wir sind gleich am Ende der Antragsberatungen. Es folgen noch ein kurzer prägnanter Bericht von Herbert Reul zur Gefechtslage im Europäischen Parlament und die Wahl der Delegierten.

Jetzt müssen wir über die C-Anträge, die wir heute nicht im Einzelnen behandelt haben, weil es dazu keine Wortmeldungen und keine Kontroversen gab, gemeinsam abstimmen. Wer bei den nicht ausdrücklich behandelten C-Anträgen dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen, damit wir das auch förmlich bescheiden können. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen sind die übrigen C-Anträge so beschlossen. Ich bedanke mich. Das war eine superzügige und prima Antragsberatung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen, dass die Union die Partei aller Generationen ist. Daher freue ich mich, den Ehrenvorsitzenden der Europäischen Senioren-Union, unseren Freund Bernhard Worms, der bei den Delegierten aus dem Erftkreis sitzt, in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Er war früher stellvertretender Bundesvorsitzender und Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen. Er ist ein großer rheinischer Politiker. Er ist seit vielen Parteitagen dabei. – Es ist schön, Bernhard Worms, dass du hier bei uns bist.

(Beifall)

Ich übergebe jetzt das Wort an den Kollegen Liebing für die Wahl der CDU-Mitglieder für den EVP-Vorstand und der CDU-Delegierten für den EVP-Kongress.

**Ingbert Liebing**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder  
für den Vorstand der Europäischen Volkspartei

Zunächst möchten wir den bisherigen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der Europäischen Volkspartei für ihre wichtige Arbeit danken. – Herzlichen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Die insgesamt 13 CDU-Vertreter im EVP-Vorstand sowie ihre Stellvertreter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2016. Die Liste der Vorschläge für die Mitglieder im EVP-Vorstand ist vom Bundesvorstand der Partei erarbeitet worden und liegt Ihnen in Ihren Tagungsunterlagen vor.

Ich schlage vor, diese Wahl per Akklamation vorzunehmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Wir können nun per Akklamation die Wahl der ordentlichen und stellvertretenden CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei vornehmen. Dazu bitte ich diejenigen um das Kartenzeichen, die dem Vorschlag zustimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist das einstimmig beschlossen. Ich gratuliere allen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der Europäischen Volkspartei und wünsche eine erfolgreiche Arbeit.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse  
der Europäischen Volkspartei

Bevor wir nun zur Wahl kommen, darf ich um Ihre Aufmerksamkeit für einen Hinweis bitten. Nach dem Vorschlag, der Ihnen in den Tagungsunterlagen vorliegt, sind die Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2016 zu wählen. Dabei handelt es sich um 39 Delegierte und 39 stellvertretende Delegierte. Die vom Bundesvorstand unterbreiteten Vorschläge der zu wählenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder finden Sie in Ihren Unterlagen.

Auch hier schlage ich vor, diese Wahl per Akklamation vorzunehmen. Ich bitte um Zustimmung mit der Stimmkarte, wenn Sie mit dem Verfahren einverstanden sind. – Gegenstimmen? – Keine. Dann können wir so verfahren.

Wer nun dem vorliegenden Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Somit ist die Liste der Delegierten und der stellvertretenden Delegierten für den EVP-Kongress einstimmig gewählt. Ich gratuliere sehr herzlich und wünsche eine erfolgreiche Arbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

#### Wahl der Rechnungsprüfer

Hier geht unser aller Dank an die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer in der bisherigen Amtsperiode. Insbesondere möchten wir Herrn Ferdinand Tillmann nochmals herzlich für seine langjährige Arbeit als Rechnungsprüfer danken.

(Beifall)

Die Kandidatenvorschläge für die Wahl der Rechnungsprüfer liegen ebenfalls Ihren Unterlagen bei. Vorgeschlagen sind Peter Jacoby, Peter Rzepka und Dorothea Störr-Ritter. Frau Störr-Ritter und Herr Jacoby können an dem heutigen Plenartag nicht teilnehmen. Sie haben aber schon am ersten Plenartag ihre Bereitschaft zur Kandidatur und zur Annahme ihrer Wahl erklärt. Ich frage, ob Vorstellung der Kandidaten gewünscht wird. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Damit können wir auch hier per Akklamation abstimmen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Vorschlag der Wahl der Rechnungsprüfer durch Hochheben der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Somit sind auch diese Parteifreunde jeweils einstimmig gewählt. Herzlichen Glückwunsch! Auch ihnen wünschen wir erfolgreiche Arbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf die Sitzungsleitung an Armin Laschet geben.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament  
Herbert Reul MdEP

Das Wort hat Herbert Reul.

(Beifall)

**Herbert Reul:** Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Frau Bundeskanzlerin! Wir haben nun anderthalb Tage hier gesessen und kluge Reden gehört. Nun soll noch eine kommen. Aber das mache ich jetzt kurz und bündig. Ich lege schon Wert darauf, darauf hinzuweisen, dass das Europäische Parlament ein Parlament ist, das sich in den letzten Monaten und

Jahren mit wichtigen Fragen befasst hat. Erstens melde ich, dass wir erfolgreich waren. Wir haben es geschafft, dass mit Manfred Weber der Vorsitzende der Gesamtfraktion aus unseren Reihen kommt. Darauf sind wir stolz.

Zweitens haben wir dafür gesorgt, dass in dieser neuen Legislaturperiode viele Kolleginnen und Kollegen auf wichtigen Aufgabenfeldern tätig sind. Das alles können Sie im schriftlichen Bericht nachlesen; das muss ich jetzt nicht vortragen.

Drittens. Wir haben mit 34 Mitgliedern weniger Mitglieder als zuvor. Das ist ärgerlich. Das ist allerdings nur begrenzt unsere Schuld, um das klar zu sagen. Gestatten Sie mir dazu ein, zwei Sätze. Das liegt in der Verantwortung derjenigen, die beim Verfassungsgericht die Entscheidung getroffen haben, auf die drei-Prozent-Klausel zu verzichten. Dank dieser klugen Richterinnen und Richter haben wir AfD, ÖDP, NPD, Tierschutzpartei, Spaßpartei und sonstige Verrückte neben uns sitzen. Das ist wirklich ein gelungener Beitrag des obersten deutschen Gerichts und wir müssen uns nun jeden Tag damit herumschlagen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gebe die Hoffnung allerdings nicht auf. Meine Oma hat immer gesagt: Not lehrt Beten. – Wahrscheinlich müssen die Richter erst einmal verstehen, was sie da angerichtet haben. Sie müssen sehen, wie schwierig es nun ist, zu tragfähigen politischen Entscheidungen zu kommen.

Viertens. Ich habe gelernt, dass es in der Politik ganz gut ist, nicht nur kluge Reden zu halten, sondern sich auch an das, was man beschlossen hat, zu halten. Das ist für die Wählerinnen und Wähler relativ relevant. Man sollte also nicht nur klug daherschwätzen, sondern auch beweisen, dass man das tut, was man sagt. Ich will hier auf zwei, drei Punkte hinweisen, die uns im Moment ein wenig beschweren bzw. uns aufmerksam machen.

Es gibt mühselig gefasste Beschlüsse zur Haushalts- und Stabilitätspolitik. Die Staaten in der Europäischen Union sollen sich an die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes halten. Wir haben in den letzten Tagen zur Kenntnis genommen, dass einige Staaten beim Haushaltscheck der Europäischen Union durch den Rost gefallen sind. Sie haben sich nicht an die Bedingungen und Regeln gehalten, die sie selbst vereinbart haben. Das sind namentlich Italien und Frankreich. Mir bereitet schon ein wenig Sorge, dass der Hinweis aus der Kommission kommt, man wolle den betreffenden Staaten keine Lektion erteilen, weil Länder Lektionen nicht mögen. Ich glaube, das ist keine Geschmacksfrage. Vielmehr geht es darum, ob man solche Beschlüsse ernst nimmt. Regeln, die man beschließt, aber an die man sich nicht hält, sind sinnlos, wertlos und zwecklos.

(Vereinzelt Beifall)



Deshalb lege ich größten Wert darauf, dass nach der kleinen Pause von ein paar Monaten nun ernsthaft geprüft wird – darauf müssen Parlament, Kommission und Rat bestehen –, ob Italien und Frankreich die Regeln genauso einhalten wie andere, kleine Staaten, zum Beispiel wie Griechenland, Spanien, Portugal und Irland.

(Vereinzelt Beifall)

Es wäre zutiefst unfair, wenn nun andere Bedingungen gelten würden.

Ein weiterer Punkt, mit dem wir uns befassen, sind Investitionen. Wir alle wollen Wachstum in Europa. Die entscheidende Frage lautet nur, wie. Ich bin froh, dass uns mit dem Investitionspaket mit einem Volumen von 315 Milliarden Euro keine Wundertüte auf den Tisch kommt, die frisches Geld bringt oder dass wir zusätzliche Schulden machen. Vielmehr wird das aus dem Bestand organisiert. Ich wünsche mir allerdings, dass bei den Projekten eine Auswahl erfolgt. Wir, die Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, legen größten Wert darauf, dass es sich um Projekte handelt, die wirklich Wachstum in Gang setzen und nicht dazu dienen, jedem Land einen netten Wunsch zu erfüllen. Dann wäre es sinnlos. Es macht nur Sinn, wenn sorgfältig beurteilt wird, ob Projekte wirklich Wachstum anregen oder ob sie es nicht tun.

Wir haben im Wahlkampf versprochen, für Wachstum und Stabilität in Europa zu sorgen. Wachstum zu steigern bedeutet, für Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen. 80 Millionen Deutsche, 500 Millionen Europäer und sieben Milliarden Menschen auf der Welt, wer angesichts dieser Zahlen glaubt, dass irgendein Staat den Wettkampf um Wohlstand und Arbeitsplätze alleine gewinnen kann, irrt gewaltig. Aber wir irren auch, wenn wir glauben, dass die Europäer es alleine schaffen könnten, wenn sie so weitermachen wie bisher. Wir müssen uns schon ein bisschen mehr einfalten lassen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Wir haben heute viele viele kluge Beschlüsse gefasst. Ich wünsche mir, dass wir nicht nur kluge Beschlüsse fassen, sondern dass wir ernsthafte Beiträge leisten, die dazu dienen, dass die drohende Deindustrialisierung Europas nicht Raum greift. Wir haben hier ein paar dicke Probleme. Diese bestehen nicht nur darin, dass einige Staaten keine richtige Politik machen, sondern auch darin, dass wir in der Politik – auch auf europäischer Ebene – manchmal Beschlüsse fassen, die der Industrie nicht helfen, sondern ihr schaden. Mehrbelastungen und Mehrauflagen hemmen die Industrialisierungs- und Wachstumspolitik in Europa und sind schädlich für neue Jobs.

(Vereinzelt Beifall)

Das gilt insbesondere für die Stahl-, die Chemie- und die Automobilbranche. Sie alle kennen die entsprechenden Beispiele. Ich wünsche mir, dass wir das in Sonntagsreden nicht nur beschwören, sondern auch Beschlüsse fassen – ich denke in diesem Zusammenhang an die Energiepolitik –, die es uns ermöglichen, nicht die ganze Welt zu retten, wohl aber Stück für Stück

voranzugehen und berücksichtigen, dass wir unserer Nachwelt ein gesundes Klima hinterlassen wollen, dass wir aber auch ein paar neue Jobs schaffen wollen. Beides zusammen macht Sinn. Hier muss man manchmal behutsamer sein.

(Vereinzelt Beifall)

Es gäbe noch viel zu erzählen. Ich lasse das jetzt. Lesen Sie das auf der Heimfahrt im Bericht nach, wenn Sie es nicht schon gemacht haben. Ich wünsche mir, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen in der Politik in der CDU in der Zukunft so gut ist wie in den letzten Monaten und Jahren. Ich bedanke mich bei der Bundestagsfraktion dafür, insbesondere bei Volker Kauder, für das große Projekt drei Prozent. Wir haben hier riesige Hilfe erfahren. Ich bedanke mich bei der Bundeskanzlerin und bei Wolfgang Schäuble für die Geradlinigkeit in der Stabilitätspolitik. Ansonsten wünsche ich Ihnen schöne Weihnachtstage.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Herbert Reul, auch für deine Arbeit im Europäischen Parlament. Du hältst CDU und CSU zusammen. Dank deines Engagements war es möglich, dass der neue Fraktionsvorsitzende Manfred Weber von der CSU, der gestern hier war, wieder ein Deutscher ist. Ich glaube, dass es gut ist, in Europa jemanden zu haben, der für Industriearbeitsplätze in Deutschland kämpft. Das geht nämlich häufig unter.

(Vereinzelt Beifall)

Bevor wir das Schlusswort unserer Vorsitzenden hören, sehen wir jetzt noch einige filmische Eindrücke von diesem Bundesparteitag.

(Filmeinspielung)

(Beifall)

Jetzt bitte ich unsere Bundesvorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, um ihr Schlusswort.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Freundinnen und Freunde! Zwei arbeitsreiche Tage dieses Parteitags liegen hinter uns. Es ist deutlich geworden, dass unser Motto nicht nur an der Wand hängt, sondern dass wir in der Tat für Deutschlands Zukunft arbeiten. Das haben unsere Anträge, aber vor allen Dingen auch die Diskussionen in den Foren gestern gezeigt. Wir haben damit eine Debatte eröffnet, die uns auch in Zukunft begleiten wird.

Damit komme ich auf die Zukunft zu sprechen. Unsere Aufgabe im nächsten Jahr wird es sein, aus den Themen, die wir gestern in den Foren diskutiert haben – Zukunft der Arbeit, Arbeit der Zukunft, Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und nachhaltiges Leben und die Bewahrung der Lebensqualität – programmatische Vorschläge zu machen, die dann in das nächste Wahlprogramm einfließen.

Wie geht es weiter in der nächsten Zeit? Wir freuen uns erst einmal auf die Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Bundesvorstand. Wir werden uns im Januar in Hamburg zu einer Klausurtagung treffen. Damit leisten wir einen Beitrag, den Hamburgern zu helfen, bei der Bürgerschaftswahl mit Dietrich Wersich an der Spitze ein gutes Wahlergebnis zu erzielen. Die ganze Bundes-CDU wird euch unterstützen.

(Beifall)

Wir werden unsere Bremer Freunde mit Elisabeth Motschmann an der Spitze tatkräftig unterstützen, wenn am 10. Mai Wahlen in Bremen stattfinden. Auch ihr habt unsere volle Rücken- deckung und unsere volle Unterstützung, liebe Freunde.

(Beifall)

Im Jahr 2015 haben wir Zeit für die drei thematischen Projekte und für die CDU-Parteireform, die der Generalsekretär mit anderen auf den Weg bringt. Hierbei soll es darum gehen: Wie stellen wir uns die Parteiarbeit in der Zukunft vor? Wie kommen wir näher an die Bürgerinnen und Bürger heran? Wie können wir sie in unsere Arbeit einbeziehen?

So ist schon abzusehen, dass unser nächster Parteitag in Karlsruhe am Ende des Jahres 2015 ein Parteitag sein wird, auf dem wir inhaltlich wichtige Beschlüsse fassen. Natürlich sind wir nicht nur wegen der inhaltlichen Beschlüsse in Karlsruhe, sondern auch, um das Jahr 2016 vorzubereiten, in dem wir alleine im Frühjahr drei Landtagswahlen haben, nämlich in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt, wo wir natürlich super abschneiden wollen. Wir haben die Spitzenkandidaten schon begrüßt: Reiner Haseloff, Julia Klöckner und Guido Wolf. Sie sollen unsere Rückendeckung haben.

(Beifall)

Wie geht es dann weiter? Das Jahr 2017 wird wieder angefüllt sein mit einer Vielzahl wichtiger Landtagswahlen.

Ich will Armin Laschet herzlich Dankeschön sagen: Wir haben uns hier in Köln pudelwohl gefühlt, nicht nur bei dem wunderbaren Gottesdienst und hier in dieser tollen Messe, in der wir miteinander arbeiten konnten, sondern auch gestern auf dem NRW-Abend. Dass die „Höhner“ aufgespielt haben, war natürlich ein tolles Zeichen. Man konnte sich zwar nicht so gut unterhalten, aber es war toll, ihnen zuzuhören.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg. Berichten Sie von diesem Parteitag. Geben Sie den Schwung dieses Parteitags weiter in die Parteigliederungen.

Zum Abschied möchte ich mich noch einmal ganz herzlich bei all jenen bedanken, die bei der Vorbereitung geholfen haben. Das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Koelnmesse und die Mitglieder des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte mich ganz herzlich bei den Sponsoren und Ausstellern bedanken, die uns ein reichhaltiges Nebenangebot serviert haben, wodurch man sich sehr gut informieren und interessante Einblicke bekommen konnte.

Ich möchte ein herzliches Dankeschön an die Polizei, die Sicherheitskräfte, die Feuerwehr, die Sanitäter und die Ärzte richten, die dabei geholfen haben, dass wir hier ganz toll arbeiten konnten, dass wir sicher waren. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Last but not least ein herzliches Dankeschön an unser Tagungspräsidium und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses, an der Spitze mit Peter Tauber und Klaus Schüler. Allen ein herzliches Dankeschön, es hat wunderbar funktioniert. Alle Anträge sind ordentlich beraten worden, danke und auf weitere gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ihnen allen alles Gute, eine gute Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. – Danke schön.

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen. – Allen eine gute Heimreise.

(Schluss: 13.40 Uhr)

**ANHANG**  
**Beschlussprotokoll**  
**des 27. Parteitags der CDU Deutschlands**  
**am 9./10. Dezember 2014 in Köln**

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Bestätigung der Antragskommission
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9 a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 9 b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands;  
Vorlage der Rechenschaftsberichte 2011 und 2012 gem. § 23 Abs. 2  
Parteiengesetz
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Bericht der Rechnungsprüfer
15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Wahl des Bundesvorstandes
- 16.1 Wahl des Vorsitzenden
- 16.2 Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden
- 16.3 Wahl des Bundesschatzmeisters

- 16.4 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums
- 16.5 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
18. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der Europäischen Volkspartei (EVP)
19. Wahl der Rechnungsprüfer
20. Foren
  - Forum I  
Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren
  - Forum II  
Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten
  - Forum III  
Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit
- 21 a) Anträge zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU
- 21 b) Beratung und Beschlussfassung
22. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
23. Schlusswort

**Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB.

**Zu TOP 2:** Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 27. Parteitags der CDU Deutschlands am 9. Dezember 2014 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

<b>Tagungspräsident:</b>	Armin Laschet MdB
<b>Beisitzer:</b>	Peter Hintze MdB
	Michael Kretschmer MdB
	Ingbert Liebing MdB
	David McAllister MdEP
	Antje Tillmann MdB
	Annette Widmann-Mauz MdB

**Zu TOP 3:** Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

**Zu TOP 4:** Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 27. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

<b>Vorsitzender:</b>	Peter Tauber MdB
<b>Stellvertretender Vorsitzender:</b>	Dr. Klaus Schüler
<b>Weitere Mitglieder:</b>	
Baden-Württemberg:	Dr. Andreas Schockenhoff MdB
	Karin Maag MdB
	Dr. Joachim Pfeiffer MdB
	Annette Widmann-Mauz MdB
Berlin:	Prof. Monika Grütters MdB
Brandenburg:	Anja Heinrich MdB
Bremen:	Elisabeth Motschmann MdB

Hamburg:	Marcus Weinberg MdB
Hessen:	Peter Beuth MdL Dr. Michael Meister MdB Manfred Pentz MdL Bettina M. Wiesmann MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Vincent Kokert MdL
Niedersachsen:	Dr. Maria Flachsbarth MdB Franz-Josef Holzenkamp MdB Carsten Müller MdB
Nordrhein-Westfalen:	Bodo Löttgen Christina Schulze Föcking MdL Dr. Jan Heinisch Cemile Giousouf MdB
Rheinland-Pfalz:	Dr. Michael Fuchs MdB Patrick Schnieder MdB
Saar:	Roland Theis MdL
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
Sachsen-Anhalt:	André Schröder MdL
Schleswig-Holstein:	Katja Rathje-Hoffmann MdL
Thüringen:	Dr. Mario Voigt MdL
JU:	Marcel Grathwohl
FU:	Anja Wagner-Scheid
MIT:	Jürgen Presser
OMV:	Klaus Schuck
CDA:	Ralf Brauksiepe MdB
KPV:	Ingbert Liebing MdB
SU:	Leonhard Kuckart
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Dr. Rainer Gerding



RCDS:	Dietmar Schulmeister
BACDJ:	Barbara Richstein MdL
EVP:	Herbert Reul MdEP

**Zu TOP 5:** Die vom Bundesvorstand für den 27. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

<b>Vorsitzender:</b>	Ulf Leisner Stellvertretender Bundesgeschäftsführer Bereichsleiter Organisation & Veranstaltungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle
<b>Weitere Mitglieder:</b>	Gregor Jaecke Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Hamburg  Stephan Lechner Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen  Christian Post CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen  Mario Zeising Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt

**Zu TOP 6:** Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

<b>Vorsitzender:</b>	Wolfgang Blum CDU-Bundesgeschäftsstelle	
<b>Stellv. Vorsitzende:</b>	Ute Elias CDU-Bundesgeschäftsstelle	
<b>Weitere Mitglieder:</b>		
Arnst	Martin	KV Warendorf-Beckum
Baisel	Vitalij	KV Rendsburg-Eckernförde

Bauder	Yvonne	KV Esslingen
Binnberg	Ralf	KV Dortmund
Blank	Andreas	KV Wuppertal
Brill	Hubert	KV Olpe
Brückner	Nicole	KV Bad Kreuznach
Dinter	Cordula	KV Märkisch-Oderland
Dönninghaus	Jürgen	KV Heidenheim
Elsemann	Josef	KV Wesel
Epper	Claudia	KV Duisburg
Erpenbach	André	KV Herford
Fehling	Steven	CDU-BG
Funnemann	Klaus	KV Höxter
Gatzka	Wilma	KV Wetterau
Göttlicher	Heike	KV Ludwigsburg
Grotjahn	Henrik	KV Braunschweig
Hermann	Astrid	BV Südbaden
Hermes	Achim	KV Rhein-Erft
Hess	Philipp	KV Main-Tauber
Hildebrand	Arnold	KV Bielefeld
Hölsken	Marion	KV Leverkusen
Holsträter	Christoph	KV Bottrop
Jasper	Markus	KV Borken
Jeske-Werner	Imke	KV Peine
Joepen	Brigitte	KV Euskirchen
Jung	Roland	KV Siegen-Wittgenstein
Kalfhaus	Marianne	KV Recklinghausen

Kalscheuer-Müller	Rita	KV Aurich
Kauffels	Lothar	KV Krefeld
Kerber	Gaby	KV Fulda
Kleinemeier	Hubert	KV Gütersloh
Kleinheyer	Robert	KV Neuss
Klemme	Walter	KV Weserbergland
Kramer	Karsten	KV Vogtland
Krause	Helmut	KV Unna
Lehe	Jürgen	KV Rhein-Lahn
Leinenbach	Christof	KV Trier-Saarburg, Trier-Stadt, BV-Trier
Lüttgens	Hanswalther	KV Paderborn
Machill	Johannes	KV Steinfurt
Mannheims	Carsten	KV Aachen-Land
Marquard	Franziska	KV Uelzen
Meertz	Volker	KV Köln
Mehlkopf-Cao	Thomas	KV Mülheim an der Ruhr
Memmler	Doris	KV Magdeburg
Mies	Harro	KV Aachen-Stadt
Müller	David	KV Rems-Murr
Nies	Fritz	KV Hochsauerland
Orthey	Harald	BV Koblenz-Montabaur
Pakusch	Christian	KV Viersen
Paulun	Eike	KV Schaumburg
Pelz	Kerstin	CDU-BG
Penzialek	Renate	KV Schwarzwald-Baar-Kreis

Pfrommer	Ursula	KV Calw
Pick-Gobs	Christl	KV Ravensburg
Pöppel	Jochen	KV Mark
Ramakers	Bernd	BV Aachen
Robanus	Ute	KV Offenbach-Stadt
Rodestock	Karola	KV Böblingen
Roth	Björn	KV Lingen
Samson	Ludger	KV Recklinghausen
Schary	David	KV Bochum
Schenk	Roger	LV Baden-Württemberg
Scherler	Thomas	KV Märkisch-Oderland
Schmachtenberg	Max	KV Rendsburg-Eckernförde
Schmidt	Iris	KV Vogelsberg
Schulze	Norina Marie	CDU-BG
Schwaderer	Susanne	BV Hohenzollern
Seckler	Nadja	KV Rhein-Hunsrück
Sepbach	Bernd	KV Heilbronn
Siemers	Svenja	KV Baden-Baden, Rastatt
Solberg	Mechthild	LV Nordrhein-Westfalen
Solberg	Norbert	KV Essen
Spittler	Martin	KV Ennepe-Ruhr
Stein	Martin	KV Hohenlohe
Ströbele-Both	Petra	KV Herne
von Schulz	Doris	KV Rottweil
von Ziegner	Elke	KV Harburg Land
Voss	Uwe	KV Segeberg

Walb	Jan-Eric	KV Gießen
Westeppe	Paul	KV Wuppertal
Wießel	Bernd	KV Salzwedel, Altmarkkreis
Wulff	Karla	CDU-BG
Zeising	Mario	LV Sachsen-Anhalt

**Zu TOP 7: Grußworte**

**Zu TOP**

**8a/8b):** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP**

**9a/b):** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Tauber MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 10:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 11:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 12:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Philipp Murmann MdB**, und die gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsberichte 2011 und 2012** zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 13:** Die Mandatsprüfungskommission des 27. Parteitag der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 27. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 13:00 Uhr 980 Delegierte anwesend.

Der 27. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner  
– Vorsitzender –

gez. Gregor Jaecke

gez. Stephan Lechner

gez. Christian Post    gez. Mario Zeising“

**Zu TOP 14:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 15:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für die Kalenderjahre 2011 und 2012 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

**Zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes**

**Zu TOP**

**16.1: Wahl des Vorsitzenden**

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 919

Ungültig: 0

Enthaltungen:	5
Gültige Stimmen:	914
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	458
Ja:	884
Nein:	30

**Zu TOP****16.2: Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	960
Ungültig:	2
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	958
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	480
Es wurden gewählt:	
Julia Klöckner MdL	924
Volker Bouffier MdL	854
Armin Laschet MdL	729
Thomas Strobl MdB	720
Dr. Ursula von der Leyen MdB	675

Danach wurden im ersten Wahlgang fünf Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter zwei Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

**Zu TOP****16.3: Wahl des Bundesschatzmeisters**

Es wurde gewählt:	
Dr. Philipp Murmann MdB	
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	761
Ungültig:	2

Enthaltungen:	3
Gültige Stimmen:	756
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	379
Ja:	752
Nein:	4

**Zu TOP****16.4: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	897
Ungültig:	1
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	896
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	449
Es wurden gewählt:	
Annegret Kramp-Karrenbauer MdL	763
Dr. Wolfgang Schäuble MdB	758
David McAllister MdEP	750
Stanislaw Tillich MdL	734
Karl-Josef Laumann MdL	688
Jens Spahn MdB	593
Emine Demirbükten-Wegener	515

Danach wurden im zweiten Wahlgang insgesamt sieben weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter zwei Frauen gewählt. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

**Zu TOP****16.5: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	929
Ungültig:	9



Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	920
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	461
Es wurden gewählt:	
Peter Altmaier MdB	881
Dr. Thomas de Maizière MdB	857
Hermann Gröhe MdB	842
Dr. Franz Josef Jung MdB	793
Elisabeth Motschmann MdBB	714
Dr. Reiner Haseloff MdL	709
Dr. Michael Meister MdB	701
Serap Güler MdL	699
Sabine Weiss MdB	689
Annette Widmann-Mauz MdB	689
Elmar Brok MdEP	682
Katherine Reiche MdB	679
Prof. Dr. Otto Wulff	673
Monica Wüllner	662
Arnold Vaatz MdB	632
Dr. Michael Fuchs MdB	621
Dr. Regina Görner	617
Prof. Dr. Dagmar Schipanski	615
Dr. Peter Liese MdEP	608
Dietrich Wersich MdHB	607
Gudrun Heute-Bluhm	604
Elisabeth Heister-Neumann	602

Christian Baldauf MdL	585
Dr. Ralf Brauksiepe MdB	585
Dr. Johann David Wadephul MdB	585
Elke Hannack	578

Danach wurden im 1. Wahlgang 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter elf Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Es wurden nicht gewählt:

Hubert Hüppe MdB

Mike Mohring MdL

**Zu TOP 17:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2015 bis 31.12.2016:

**Ordentliche Mitglieder:**

Hildegard Bentele MdB

Elmar Brok MdEP

Michael Gahler MdEP

Ursula Heinen-Esser

Werner Jostmeier MdL

Gunther Krichbaum MdB

Dr. Werner Langen MdEP

Armin Laschet MdL

David McAllister MdEP

Lucia Puttrich MdL

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP

Katherina Reiche MdB

Dr. Christian von Boetticher

**Stellvertretende Mitglieder:**

Dr. Ralf Brauksiepe MdB

Claudia Crawford

Dr. Stefan Gehrold

Dr. Christoph Konrad

Bettina Kudla MdB

Eva Majewski

Philipp Mißfelder MdB

Dr. Eva Möllring

Dr. Tim Peters

Dr. Markus Pieper MdEP

Michael Stübgen MdB

Sabine Verheyen MdEP

Bertil Wenger

**Zu TOP 18:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 1.1.2015 bis 31.12.2016 zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP:**

**Delegierte:**

Hildegard Bentele MdA

Gustav Bergemann

Dr. Ralf Brauksiepe MdB

Astrid Damerow MdL

Jens Eckhoff

Thorsten Frei MdB

Ralf Geisthardt MdL

Ursula Heinen-Esser

Dr. Roland Heintze MdHB

Elisabeth Jeggle

Werner Jostmeier MdL

Roderich Kiesewetter MdB

Dr. Christoph Konrad

Christian Kremer

Gunther Krichbaum MdB

Armin Laschet MdL

Philipp Mißfelder MdB

Dr. Eva Möllring

Younes Ouaqasse

Henning Otte MdB

Dr. Patricia Peill

Lucia Puttrich MdL

**Ersatzdelegierte:**

Silke Adam

Rolf Berend

Dr. Stefan Berger MdL

Claudia Crawford

Felix Diekmann-Lange

Elke Duhme

Dr. Stefan Gehrold

Olav Göhs

Klaus-Dieter Götz

Clemens Große Macke MdL

Edith Grupp

Lothar Hegemann MdL

Niclas Herbst

Dr. Nadja Kroha

Bettina Kudla MdB

Thomas Kufen MdL

Helma Kuhn-Theis

Markus Kurze MdL

Markus Lackamp

Eva Majewski

Dr. Beatrice Marnetté-Kühl

Christian Meißner

Dennis Radtke	Elisabeth Motschmann MdB
Katherina Reiche MdB	Elke Müller
Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL	Carsten Ovens
Barbara Richstein MdL	Dr. Doris Pack
Dr. Josef Rosenbauer	Manfred Pentz MdL
Helmut Sauer	Dr. Tim Peters
Uwe Schäfer	Henning Rehbaum MdL
Dr. Klaus Schüler	Günther Schartz
Sophie Seyfert	Prof. Dr. Günther Schneider MdL
Roland Theis MdL	Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Andreas Texter MdL	Dr. Klaus Schüle
Ilka von Boeselager MdL	Michael Stübgen MdB
Dr. Christian von Boetticher	Kerstin Terhardt
Marco Wanderwitz MdB	Dr. Hanno Thewes
Mark Weinmeister MdL	Tobias Utter MdL
Karin Wolff MdL	Jesko von Samson
Barbara Woltmann MdB	Bertil Wenger

### Zu TOP 19: Wahl der Rechnungsprüfer

Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zu **Rechnungsprüfern für die Jahre 2015 bis 2018:**

Peter Jacoby

Peter Rzepka MdB

Dorothea Störr-Ritter

### Zu TOP 20: Foren

Die in der Tagesordnung ausgewiesenen Foren fanden zeitgleich in getrennten Räumen statt.

**Zu TOP:**

**21 a/21 b):** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung zu den **Anträgen zum Statut, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands** folgende Beschlüsse:

- B 1 Annahme
- B 2 Annahme
- B 3 Annahme
- B 4 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- B 5 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- B 6 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- B 7 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- B 8 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- B 9 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- B 10 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- B 11 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 11 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

**Zu TOP 22:** Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über **die sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

- C 1 Erledigung
- C 2 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 3 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 4 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 5 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 6 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 7 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 8 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 9 Ablehnung

- C 10 Annahme
- C 11 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- C 12 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 13 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 14 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 15 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 16,  
Ziffer 1 Ablehnung
- C 16,  
Ziffer 2 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 17 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 18 Annahme
- C 19 Ablehnung
- C 20 Annahme
- C 21 Erledigung
- C 22 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 23 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Maßgabe, die besondere Situation von Frauen zu berücksichtigen.
- C 24 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 25 Annahme
- C 26 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 27 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 28 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 29 Annahme
- C 30 Erledigung
- C 31 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- C 32 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 33 Annahme
- C 34 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 35 Erledigung
- C 36 Erledigung
- C 37 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 38 Überweisung an den Bundesfachausschuss Innenpolitik sowie an den Bundesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik
- C 39 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 40 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 41 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 42 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 43 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 44 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 45 Erledigung
- C 46 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 47 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 48 Erledigung
- C 49 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 50 Erledigung
- C 51 Erledigung
- C 52 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 53 Erledigung
- C 54 Erledigung

- C 55 Erledigung
- C 56 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 57 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 58 Erledigung
- C 59 Erledigung
- C 60 Ablehnung
- C 61 Erledigung
- C 62 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 63 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- C 64 Annahme
- C 65 Erledigung
- C 66 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 67 Überweisung an den Bundesfachausschuss Innenpolitik, das Netzwerk Integration sowie an die Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“
- C 68 Erledigung
- C 69 Erledigung
- C 70 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 71 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 72 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 73 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 74 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- C 75 Ablehnung
- C 76 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 77 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 78 Erledigung
- C 79 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 80 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion



- C 81 Erledigung
- C 82 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 83 Ablehnung
- C 84 Überweisung an die Kommission „Meine CDU 2017“
- C 85 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- C 86 Erledigung
- C 87 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 88 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- C 89 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die Bundesvereinigung Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ)
- C 90 Annahme
- C 91 Annahme
- C 92 Annahme
- C 93 Ablehnung
- C 94 Annahme
- C 95 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 96 Annahme
- C 97 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 98 Annahme
- C 99 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 100 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 101 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 102 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 103 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 104 Annahme
- C 105 Annahme

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 93 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 94 bis C 105 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Der 27. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Aussprache und Beratung in offener Abstimmung über die Anträge D 1 und D 2 folgende Beschlüsse:

- D 1 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- D 2 Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge D 1 und D 2 ist diesem Protokoll beigelegt.)

**Zu TOP 23: Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

<b>REDNERVERZEICHNIS</b>	Seite
Abler, Eugen	44 ff.
Altmaier, Peter	90
Bäumler, Christian	51 f., 174
Baldauf, Christian	90 f.
Becker, Uwe	252 ff.
Beuth, Peter	234 ff.
Biermann, Egbert	173 f.
Bouffier, Volker	68
Brauksiepe, Ralf	91 f., 214
Brok, Elmar	92 f.
Caffier, Lorenz	93 f.
Daul, Joseph	15 ff.
de Maizière, Thomas	102, 144 f., 148, 151 ff., 158 f., 161, 230 ff., 255 f.
Demirbüken-Wegner, Emine	77 f.
Derksen, Bernd	130
El Founti, Hicham	148 f.
Ferstl, Johannes	153, 244 f.
Fischer, Albrecht	155
Fuchs, Michael	94 f.
Göhner, Reinhard	168 ff., 172, 174 ff., 180
Görner, Regina	95, 208 ff., 240 f.
Golland, Gregor	151 f.
Gröhe, Hermann	78 f., 111 f.
Güler, Serap	96
Gurr-Hirsch, Friedlinde	156

	Seite
Hannack, Elke	97, 238 ff.
Hansing, Ingrid	155 f.
Hardt, Jürgen	150
Haseloff, Reiner	97 f.
Hebeler, Matthias	122 f., 126 f., 129 f., 134 ff.
Heinritz, Katrin	154
Heister-Neumann, Elisabeth	98 f.
Heute-Bluhm, Gudrun	99
Hintze, Peter	14 f., 18, 64 ff., 111 f., 118 ff., 181 ff., 189 f., 198 f., 204, 206, 208, 210, 213 ff., 237 f., 240 ff., 254 ff., 258 ff.
Hirte, Heribert	147
Hofmann, Klaus	171
Holzenkamp, Franz-Josef	244
Hüppe, Hubert	100
Jung, Franz Josef	100 f.
Kauder, Volker	215 ff.
Klein, Matthias	179
Klößner, Julia	68 ff., 121 ff., 128 ff., 134, 136 f., 139 ff., 185, 188, 256 ff.
Kramp-Karrenbauer, Annegret	79 f.
Krauß, Alexander	172
Kretschmer, Michael	77 ff., 82, 84, 87 ff., 106 ff., 110, 226
Kudla, Bettina	206
Kulitz, Jessica	176
Lämmel, Andreas	210 ff.
Laschet, Armin	9 ff., 14, 19 ff., 70 f., 143, 146, 149 f., 152 ff., 157 f., 162 f., 186 ff., 213 f., 225, 263, 266, 268

	Seite
Laumann, Karl-Josef	80 ff., 251 f.
Liebing, Ingbert	42, 44, 46, 49 ff., 112 ff., 245 f., 262 f.
Liese, Peter	101
Linnemann, Carsten	56, 199 ff.
Löttgen, Bodo	249 f.
Mann, Thomas	176
Matthiesen, Max	169
McAllister, David	18, 22, 67 f., 70 f., 73 ff., 82 ff.
Meister, Michael	102 f.
Merkel, Angela	5 ff., 22 ff., 64 f., 67, 75, 84, 266 ff.
Metzelder, Christoph	145, 150 f., 153, 156 f., 161 f.
Mohring, Mike	103 f.
Motschmann, Elisabeth	104
Müller, Frank	243
Murmann, Philipp	58 ff.
Natterer, Christian	241 f.
Niedergesäß, Fritz	46 ff.
Nolte, Paul	144, 146 ff.
Özkan, Aygül	159 f.
Ouaqasse, Younes	105 f.
Pantel, Sylvia	254 f.
Pentz, Manfred	260 f.
Peters, Tim	249, 258
Pieper, Markus	246 f.
Polenz, Ruprecht	242 f.

	Seite
Post, Christian	61
Rachel, Thomas	248
Reiche, Katherina	106 f.
Reul, Herbert	263 ff.
Roters, Jürgen	11 ff.
Rzepka, Peter	62 f.
Samrotzki, Tanja	163 ff., 184 ff.
Schauerte, Hartmut	57
Schipanski, Dagmar	107 f.
Schnieder, Patrick	259
Schütte, Albrecht	210
Schuster, Armin	179 f.
Schwarzer, Christina	49, 51 f., 54 f., 57 f., 225
Seibert-Daiker, Felix	120 ff., 133 ff.
Sensburg, Patrick	247 f.
Sevindim, Asli	142 ff., 152, 155 ff., 159, 161 ff.
Siewert, Malte	166 ff., 173, 178, 180
Spahn, Jens	84 ff., 206 ff.
Strobl, Thomas	73 f., 165 f., 170 f., 173, 175 ff., 179 ff., 186, 188, 226 ff.
Tauber, Peter	190 ff.
Tigges, Raphael	155
Tillich, Stanislaw	87 f.
Vaatz, Arnold	54 f., 109
von der Leyen, Ursula	71 f.
von Hirschhausen, Eckart	121 f., 124 f., 127 f., 131 ff., 137 f., 140 f.

	Seite
von Ketteler, Michael	138 f.
Wadepful, Johann	110 f.
Weiss, Sabine	112 f.
Welzel, Jan	160
Wersich, Dietrich	42 ff., 113
Weyberg, Silke	134
Widmann-Mauz, Annette	58, 61 f., 64, 113 f., 226, 230, 234, 237, 252
Wolf, Guido	204 f.
Wüllner, Monica	114 f.
Wulff, Otto	115 f.
Zertik, Heinrich	259 f.
Ziemiak, Paul	53 f.

**Herausgeber:**

CDU-Bundesgeschäftsstelle · Marketing und Interne Kommunikation · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin  
Telefon 030 220700 · Telefax 030 22070111 · [www.cdu.de/kontakt](http://www.cdu.de/kontakt)